SICHERHEITSEMPFINDEN ÄLTERER MENSCHEN IM WOHNQUARTIER

EIN PRAXISHANDBUCH FÜR DIE SOZIALE ARBEIT

Herbert Schubert
Dietrich Oberwittler
Lara Schartau
Nina Planer
Anna Nutz
Holger Spieckermann
Dominik Gerstner
Heleen Janssen

GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Das diesem Buch zugrundeliegende Forschungsvorhaben wurde im Rahmen des Förderschwerpunktes „Urbane Sicherheit“ des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autoren.

MIT BEITRÄGEN VON:

SYLWIA BUZAS, PARISOZIAL – GEMEINNÜTZIGE GESELLSCHAFT FÜR PARITÄTISCHE SOZIALDIENSTE MBH

PETRA GRÄFF, SENIORENNETZWERK VOGELSANG

SABRINA KOLBE, STIFTUNG DEUTSCHES FORUM FÜR KRIMINALPRÄVENTION

HEINZ SCHWIRTEN, SENIORENNETZWERK BOCKLEMÜND/MENGENICH

CATRIN WAGNER, MILIMETERTRAINING

ISBN 978-3-938038-16-1

© 2016 VERLAG SOZIAL • RAUM • MANAGEMENT

TECHNISCHE HOCHSCHULE KÖLN

Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften

Institut für Angewandtes Management und Organisation in der Sozialen Arbeit (IMOS)

Forschungsschwerpunkt Sozial • Raum • Management (SRM)

Ubierring 48

50678 Köln

http://www.th-koeln.de

http://www.sozial-raum-management.de

Dieses Buch steht unter einer **Creative Commons Namensnennung** – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz (CC – BY – SA 4.0): http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0

GRAFIK UND LAYOUT: Johanna Warchol und Valentin Schlitt

DRUCK: Druckerei Flock, Frechen

Köln, im Dezember 2016

SICHERHEIT ÄLTERER MENSCHEN IM WOHNQUARTIER

EIN PRAXISHANDBUCH FÜR DIE SOZIALE ARBEIT

Herbert Schubert
Dietrich Oberwittler
Lara Schartau
Nina Planer
Anna Nutz
Holger Spieckermann
Dominik Gerstner
Heleen Janssen

VORWORT

Nach Karl Valentin ist Sicherheit ein unerreichbares Ziel. Als Komiker im letzten Jahrhundert war sein Berufsethos der Galgenhumor, die Angst und die Desillusionierung. Daher würde er sagen:

„SICHER IST, DASS NICHTS SICHER IST, DRUM BIN ICH VORSICHTSHALBER MISSTRAUISCH."

Vorsicht ist sinnvoll; aber es ist nicht die Vorsicht, sondern das tiefe Misstrauen von älteren Menschen in die eigene Wehrhaftigkeit und in die Sicherheit ihres Stadtteils, was zu einer individuellen und auch sozialen Problemlage führen kann. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist dem Thema Schutz und (subjektive) Sicherheit einer wachsenden und im besonderen Maße vulnerablen Bevölkerungsgruppe eine hohe Bedeutung zuzuschreiben. Es muss als kommunale Entwicklungsaufgabe gesehen werden, den älteren Menschen zu einem gestärkten Sicherheitsgefühl zu verhelfen, die Angst vor Kriminalität und Gewalt einzudämmen und so ihre soziale Teilhabe zu sichern.

Die Menschen in Deutschland leben heute im Durchschnitt 15 Jahre länger als vor 50 Jahren, nach der aktuellen Statistik sind etwa 25 Prozent der Menschen in Deutschland älter als 65 Jahre. Ältere Menschen werden zwar statistisch weniger Opfer von Straftaten, im Vergleich zu jüngeren Menschen, haben aber mehr Angst, Opfer einer Straftat zu werden und ziehen sich öfter aus dem sozialen Leben zurück.

Der Kommune, den Akteuren Sozialer Arbeit und der Polizei sollte es deshalb wichtig sein, Menschen mit derartigen Vermeidungsstrategien nicht zu Gefangenen ihrer eigenen Furcht werden zu lassen. Ziel des transdisziplinären Forschungsprojekts war es deshalb, den älteren Menschen einen partizipativen Zugang zur aktiven Gestaltung ihres Lebens und ihrer Umgebung zu ermöglichen sowie ihr subjektives Sicherheitsgefühl zu stärken. Dazu wurden, durch Einbeziehung der Adressatinnen und Adressaten, Maßnahmen entwickelt, durchgeführt und evaluiert, die das subjektive Sicherheitsgefühl stärken sollen. Der transdisziplinäre Konzeptansatz strafrechtlicher Kriminalprävention und Sozialer Arbeit unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft ist das Fundament für eine gelingende soziale Innovation.

Prof. Dr. Ute Lohrentz, Dekanin der Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften der Technischen Hochschule Köln

DANKSAGUNG

Das diesem Praxishandbuch zugrundeliegende Forschungs- und Modellprojekt „Sicherheit älterer Menschen im Wohnquartier – Analysen und Konzeption des Praxismodells Seniorensicherheitskoordination“ (SENSIKO) entstand in enger Zusammenarbeit zwischen dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Abteilung Kriminologie, Freiburg im Breisgau und der Technischen Hochschule Köln, Forschungsschwerpunkt Sozial • Raum • Management.

An dem Gelingen des Forschungsvorhabens war eine Reihe von Menschen beteiligt, bei denen sich die Autorinnen und Autoren des Buches an dieser Stelle bedanken möchten:

Besonderer Dank gilt den Praxispartnerinnen und Praxispartnern der Kreisgruppe Köln vom Der Paritätische NRW e.V. unter der Leitung von Monika Dierksmeier. Ohne das Engagement von Cornelia Harrer, die das Projekt vonseiten des Der Paritätische NRW e.V. koordinierte, und ohne die in den Modellstadtteilen tätigen Fachkräfte hätte das Projekt nicht mit Leben gefüllt und umgesetzt werden können. Vielen Dank an Sylwia Buzas und Bärbel Wittko von PariSozial-Gemeinnützige Gesellschaft für paritätische Sozialdienste mbH aus dem Bürgerzentrum Finkenberg, an Petra Gräff vom Seniorennetzwerk Vogelsang, an Heinz Schwirten vom Seniorennetzwerk Bocklemünd/Mengenich sowie an Gabriele Wahlen und Annetta Ristow von Ceno e.V.

Bedanken möchten wir uns auch bei den wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräften der Technischen Hochschule Köln: Berit Enkelmann, Katharina Neuhann, Katharina Hofmann, Katrin Haas, Andreas Marx, Mara Georg, Alina König, Elena Spiekermann und Zijad Naddaf. Erwähnung verdienen auch Dr. Katja Veil, Daniel Wolter und Ann-Kathrin Stork, die für das Modellprojekt in Köln wichtige Grundlagen erarbeitet haben. Auf Seiten des Max-Planck-Instituts wollen wir uns für die Mitwirkung von Göran Köber sowie allen am Projekt beteiligten studentischen Hilfskräften, Praktikantinnen und Praktikanten bedanken.

Ein weiterer Dank geht an die Stadt Köln, insbesondere an das Amt für Senioren und Soziales unter der Leitung von Stephan Santelmann, sowie an das Polizeipräsidium Köln, die als assoziierte Partnerinnen und Partner das Modellprojekt mit ihren Kompetenzen unterstützt haben. Dank gilt auch Catrin Wagner, der Trainerin des eigens für SENSIKO konzipierten Selbstbehauptungtrainings, der Gerontologin Verena Leve und der Kriminalhauptkommissarin Elke van Ooyen, die mit wertvollen Tipps und Ideen zu der Konzeption des Selbstbehauptungstrainings beigetragen haben.

Einen besonderen Dank wollen wir auch an die Seniorinnen und Senioren aussprechen, die sich aktiv an Maßnahmen des Projektes beteiligt haben.
Das Forschungs- und Modellprojekt SENSIKO wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert.

INHALT

Einführung 16

1.1.
Zum Forschungsprojekt 19

1.2.
Aufbau des Praxishandbuchs 21

Grundlagen 23

2.1
Gerontologische Grundlagen und Altersbilder 24

2.1.1
Altersbilder 25

2.1.2
Gerontologie 26

2.1.3
Alternstheorien und Viktimisierung 27

2.1.4
Lebenszufriedenheit im Alter 28

2.1.5
Aktivierung und soziale Teilhabe 28

2.1.6
Aktives Altern 29

2.2 Sicherheitswahrnehmung im Alter 32

2.2.1 Wandel des Sicherheitsverständnisses 32

2.2.2 Die Rolle der Sicherheitswahrnehmung 36

2.3 Unsichere Stadtgebiete 39

2.3.1 Städtebauliche Charakteristika unsicherer Stadtgebiete 39

2.3.2 Fehlendes gemeinsames Wertefundament in unsicheren Stadtteilen 42

2.4 Empirische Befunde zur Sicherheitslage und Sicherheitswahrnehmung im Alter 44

2.4.1 Anlage und Durchführung der Erhebungen 44

2.4.2 Soziales Kapital und Verbundenheit mit dem Wohngebiet 45

2.4.3 Objektive und subjektive Sicherheit im Alter 49

2.4.4 Die sozialräumliche Dimension: Die Rolle der Wohngebiete für das Unsicherheitsempfinden 55

2.4.5 Zusammenfassung 61

2.5 Ansatzpunkte der Kriminalprävention 63

2.5.1 Infrastruktur und soziale Integration 65

2.5.2 Sozialmanagement 65

2.5.3 Architektur und Städtebau 66

2.5.4 Nachbarlichkeit 68

2.6 Gemeinwesenarbeit und Soziale Arbeit 70

Das Konzept der Seniorensicherheits-koordination

73

3.1
Lebenswelt- und Bedarfsorientierung durch soziale Einrichtungen im Stadtteil 74

3.1.1
Lebensweltorientierung 75

3.1.2
Bedarfsorientierung 76

3.2
Die drei Handlungsebenen der Seniorensicherheits-koordination 79

3.2.1
Individuelle Handlungsebene 81

3.2.2
Nachbarschaftliche Handlungsebene 81

3.2.3
Stadtteilbezogene Handlungsebene 82

3.2.4
Zuordnung zu Sicherheitsbereichen 83

3.2.4.1
Aufklärung über die Zuständigkeiten von Sicherheitsakteuren 83

3.2.4.2
Beseitigung von Unordnungserscheinungen 83

3.2.4.3
Engagement für das Gemeinwesen durch Beteiligung 84

3.2.4.4
Mobilitätskompetenz 84

3.2.4.5
Opferschutz 85

3.2.4.6
Schutz vor Eigentums- und Vermögensdelikten 85

3.2.4.7
Sicherheit im öffentlichen Raum 86

3.2.4.8
Sicherheit im Privatraum 86

3.2.4.9
Stärkung der Selbstwirksamkeit 86

3.2.4.10
Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenhalts 87

3.3
Partizipation älterer Menschen bei der Definition der Sicherheitsprobleme und der Maßnahmen 88

3.4 Ressortübergreifender Netzwerkaufbau 92

3.5 Prozessmodell 96

3.5.1 Durchführung des Sicherheitsassessments 97

3.5.1.1 Partizipatives Auditverfahren zur Sicherheitslage im Sozialraum 98

3.5.1.2 Daten und Statistiken zur Sicherheitslage im Sozialraum 99

3.5.2 Sozialraumveranstaltungen als Kerninstrument 100

3.5.3 Gestaltung der Sozialraumveranstaltungen 102

3.5.4 Professionelle Evaluation der Seniorensicherheitskoordination 106

3.6 Stadtteileinrichtung als Impulsgeberin im Sozialraum 107

3.7 Erfolgsaussichten und Grenzen der Seniorensicherheitskoordination 111

Katalog der Maßnahmen zur Stärkung des Sicherheitsgefühls von Seniorinnen und Senioren 115

4.1 Übergreifende Maßnahmen 126

4.1.1 Partizipatives Auditverfahren im Rahmen des Sicherheitsassessments 126

4.1.2 Sozialraumveranstaltung 1: „Wie sicher ist unser Quartier?“ 130

4.1.3 Sozialraumveranstaltung 2: „Wie kann unser Quartier noch sicherer werden?“ 135

4.1.4 Sozialraumveranstaltung 3: „Weniger Furcht, mehr Teilhabe!“ 138

4.2 Individuelle Stärkung des Sicherheitsgefühls 141

4.2.1 Selbstbehauptungstraining 141

4.2.2 Informationsveranstaltungen zu Sicherheitsthemen 145

4.2.3 Lokale Sicherheitsberatung für ältere Menschen durch ehrenamtlich tätige Multiplikatorinnen und Multiplikatoren 148

4.2.4 Sicherheitstheater 152

4.2.5 Sichere Geldgeschäfte bei der Bank 156

4.2.6 Geocaching 159

4.2.7 Regelmäßige Polizeisprechstunde 163

4.2.8 Sicherheitstafel 167

4.2.9 Mobilitätstraining im öffentlichen Nahverkehr 169

4.3 Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenhalts 172

4.3.1 Regelmäßiger Sicherheitstreff 172

4.3.2 Nachbarschaftsfest 176

4.3.3 Intergeneratives Nachbarschaftscafé 179

4.3.4 Institutionelle und intergenerative Kooperationen im Sozialraum 182

4.3.5 Alt trifft Jung 185

4.3.6 Generationenübergreifende Nachbarschaftshilfe 188

4.4 Maßnahmen auf der Stadtteilebene zur Stärkung des Sicherheitsgefühls älterer Menschen 193

4.4.1 Stadtteilbegehung 193

4.4.2 Unser Quartier putz(t) munter 196

4.4.3 Mitwirkung an der Öffentlichkeitsbeteiligung nach Baugesetzbuch 199

4.4.4 Sicherheitstag 203

4.4.5 Gemeinwesenmediation 206

4.4.6 Seniorengenossenschaften 210

Anhang 213

1
Arbeitshilfe für das partizipative Auditverfahren 214

2
Arbeitshilfe zur Stadtteilbegehung 216

3
Arbeitshilfe zur Entwicklung der Sicherheitsmaßnahmen 222

4
Ausführliches Konzept des Selbstbehauptungstrainings 224

5
Materialempfehlung zur Bearbeitung sicherheits-relevanter Themen mit Seniorinnen und Senioren 254

6
Finanzanreize zur Föderung von Maßnahmen zum Schutz vor Wohnungseinbruch 258

7
Wichtige Adressen und Anlaufstellen 263

Glossar 268

Abbildungsverzeichnis 280

Übersichtsverzeichnis 282

Literaturverzeichnis 283

EINFÜHRUNG

Sicherheit ist in erster Linie eine subjektive Wahrnehmung. Wenn Sie sich vorstellen, wie im Alter zunehmend die körperlichen Fähigkeiten schwinden – Ihr Gang wird wackeliger, Ihre Sehkraft lässt nach, Ihre Reaktionszeiten werden länger – dann ist schnell nachvollziehbar, dass der Weg zur Bäckerei zunehmend Erschwernisse mit sich bringt. Gehwegschäden durch ausschlagende Astwurzeln, kaum einsehbare Ecken, schlecht ausgeleuchtete Straßen oder von Jugendlichen „eingenommene" Plätze stellen größere Barrieren dar als in jüngeren Jahren. Der Stadtteil, in dem Sie seit Jahrzehnten leben, hat sich über die Zeit auch stark verändert: Immer mehr neu Hinzugezogene bewohnen die Wohnsiedlung und es gibt eine gestiegene ethnische Diversität. Möglicherweise suggerieren die Medien eine vermeintlich gestiegene Kriminalitätsbelastung.

1

Dieses Szenario kommt nicht selten vor. Es geht vielen älteren Menschen so; auch jenen, die Einrichtungen und Angebote der Sozialen Arbeit besuchen. Daher müssen die Fachkräfte der Sozialen Arbeit vermehrt darüber nachdenken, welche Auswirkungen diese Entwicklungen auf das Leben der älteren Menschen haben. Haben die Unsicherheiten der älteren Menschen zugenommen und fühlen sich diese verletzlicher? Meiden sie daher riskante Situationen und verlassen sie abends kaum noch die Wohnung? Fühlen sie sich in ihren eigenen vier Wänden unsicherer als früher? Entwickeln sie eine ausgeprägte Angst vor den „Fremden“ oder vor Jugendlichen, die sie früher so vielleicht nicht hatten?

Mit dem Älterwerden verändert sich das subjektive Sicherheitsempfinden vieler Menschen. Wie die einleitende Reflexion andeutet, wird das subjektive Sicherheitsgefühl von ganz verschiedenen Faktoren beeinflusst. Wahrnehmungen der Umwelt und persönliche Ressourcen, die altersbedingten Veränderungen unterliegen, tragen zur negativen Entwicklung des individuellen Sicherheitsempfindens bei. Oft entwickeln sich die Unsicherheitswahrnehmungen unabhängig von der objektiven Kriminalitätsrate. Ältere Menschen werden seltener Opfer von Straftaten (ausgenommen dem Trickbetrug), doch haben sie im Verhältnis dazu eine höhere Kriminalitätsfurcht. Senioren und insbesondere Seniorinnen reagieren auf dieses Unsicherheitsempfinden mit einem Vermeidungsverhalten oder einem Rückzug aus dem gesellschaftlichen Leben. Negative Konsequenzen für die eigene Lebensqualität und die eigene soziale Teilhabe, aber auch für das kollektive Sozialkapital im gesamten Wohnquartier sind die Folge.

In der angewandten Forschung war das Sicherheitsempfinden älterer Menschen im Wohnquartier bislang ein unterrepräsentiertes Thema. Um die Teilhabe im Alter für alle zu sichern, muss eine Gesellschaft im demografischen Wandel allerdings neue Perspektiven für die Sicherheitslage und das Sicherheitsgefühl älterer Menschen eröffnen. Die vorliegende Publikation will einen Beitrag zur Verbesserung der objektiven und der subjektiven Sicherheitslage älterer Menschen im Wohnquartier leisten. Es stellt die Ergebnisse des Forschungs- und Modellprojekts „Sicherheit älterer Menschen im Wohnquartier –

Analysen und Konzeption des Praxismodells Seniorensicherheitskoordination“ (SENSIKO) in einem praktischen Handbuch vor und lädt Praktikerinnen und Praktiker ein, sich der Sicherheitsthematik von Seniorinnen und Senioren in ihrem Sozialraum anzunehmen.

Das Buch verbindet notwendiges theoretisches Hintergrundwissen zur Sicherheitsforschung und empirische Befragungsergebnisse zum Sicherheitsempfinden älterer Menschen in Großstädten mit sozialraumorientierten Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit zu einem integrierten Handlungskonzept der „Seniorensicherheitskoordination“. Unter „Seniorensicherheitskoordination“ ist dabei die im Sozialraum – zum Beispiel in einer lokalen Einrichtung – tätige Fachkraft zu verstehen, die Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheitslage älterer Menschen koordiniert und durchführt. Mithilfe eines partizipativen Prozesses, bei dem Seniorinnen und Senioren die Definition ihrer Sicherheitsprobleme vornehmen sowie ihre Lösungsvorstellungen einbringen, kann ein individuell auf die Zielgruppe zugeschnittenes Konzept an Sicherheitsmaßnahmen entwickelt werden. Durch diesen offenen Ansatz wird einem veränderten Sicherheitsverständnis Rechnung getragen, das die persönliche Kriminalitätsfurcht beziehungsweise subjektive Unsicherheitswahrnehmungen als einen integralen Bestandteil von Sicherheit anerkennt. Es wird dabei davon ausgegangen, dass die eigene Kriminalitätsfurcht von verschiedenen Faktoren wie persönlichen Ressourcen, Umweltwahrnehmungen, aber auch allgemeinen Ängsten beeinflusst wird. Der Begriff des „integrierten Handlungskonzepts“ verdeutlicht des Weiteren die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure sowie die Verzahnung verschiedener Sicherheits- und Handlungsbereiche. Bestehende und neu zu entwickelnde Partnerschaften mit lokalen Sicherheitsakteuren unterstützen die Seniorensicherheitskoordination bei der Umsetzung der Maßnahmen. Dabei können auch laufende Angebote in Bezug auf das Thema Sicherheit modifiziert und angewandt werden. Vor diesem Hintergrund gibt das in diesem Buch vorgestellte Konzept eine Orientierung, auf deren Grundlage Praktikerinnen und Praktiker mit den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen Sicherheitsmaßnahmen entwickeln und durchführen können. Das Buch bietet dazu Ansatzpunkte für niederschwellige Sicherheitsmaßnahmen, die sich im Alltagsgeschäft integrieren lassen.

1.1

ZUM FORSCHUNGSPROJEKT

Im Rahmen der Bekanntmachung „Urbane Sicherheit“ des Forschungsprogramms „Forschung für die zivile Sicherheit“ förderte das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) das Verbundprojekt „Sicherheit älterer Menschen im Wohnquartier – Analysen und Konzeption des Praxismodells Seniorensicherheitskoordination“ für die Laufzeit vom 01. Oktober 2013 bis 30. November 2016. In dem Verbundprojekt kooperierten das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht (Verbundkoordinator) und die Technische Hochschule Köln mit den Praxispartnerinnen und Praxispartnern der Kreisgruppe Köln des Der Paritätische NRW e.V. sowie den assoziierten Partnerinnen und Partnern der Stadt Köln und der Polizei Köln.

Unter der Leitung von Prof. Dr. Dietrich Oberwittler führte das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht eine postalische Längsschnittbefragung von circa 6500 Bürgerinnen und Bürgern im Frühjahr 2014 und im Herbst 2015 durch, um Erkenntnisse über die objektive Sicherheitslage und das subjektive Sicherheitsgefühl der älteren Wohnbevölkerung am Beispiel der Städte Köln und Essen zu gewinnen. Gefragt wurde nach Kontakten, Vertrauen und Alltagsgestaltung ebenso wie nach gesundheitlichen Einschränkungen und psychischen Ressourcen. Die Ergebnisse wurden in Hinblick auf mögliche Ansätze präventiver Maßnahmen ausgewertet und bildeten eine wichtige Grundlage für das praxisorientierte Modellprojekt in vier Kölner Stadtteilen.

Der von Prof. Dr. Herbert Schubert geleitete Forschungsschwerpunkt Sozial • Raum • Management der Technische Hochschule Köln entwickelte auf der Grundlage des polizeilichen Konzepts der „Seniorensicherheitsberatung“ und

des sozialräumlichen Konzepts des „Quartiersmanagements“ das integrierte Handlungskonzept der Seniorensicherheitskoordination. In Zusammenarbeit mit Fachkräften sozialer Infrastruktureinrichtungen des Der Paritätische NRW e.V. entstanden darin eingebettet sozialräumlich ausgerichtete Präventionsmaßnahmen, die in den vier Kölner Modellstadtteilen Bocklemünd, Deutz, Finkenberg und Vogelsang umgesetzt und wissenschaftlich begleitet wurden. Ein großer Wert wurde dabei auf regelmäßige Beteiligungsmöglichkeiten der älteren Bevölkerung bei der Analyse der lokalen Sicherheitsprobleme gelegt, bei der Entscheidung darüber, welche Maßnahmen zu verfolgen seien und bei der Evaluation der Maßnahmen durch Seniorinnen und Senioren.

In Hinblick auf die Übertragbarkeit der Maßnahmen auf andere Quartiere sowie zur Optimierung des Handlungskonzepts wurde das Modellprojekt multimethodisch wissenschaftlich begleitet. Die Technische Hochschule Köln führte dazu in drei Wellen (Pre-, Mid- und Postterm-)Interviews mit unbeteiligten und an dem Projekt beteiligten Seniorinnen und Senioren aus den Modellstadtteilen sowie Interviews mit den Praxispartnerinnen und Praxispartnern aus den sozialen Infrastruktureinrichtungen durch. Darüber hinaus wurden in jedem Stadtteil drei Sozialraumveranstaltungen zur Beteiligung der älteren Wohnbevölkerung arrangiert, Gute Beispiele zur Seniorensicherheit in ganz Deutschland analysiert, die Dokumentationen der Praxispartnerinnen und Praxispartner ausgewertet, Expertenworkshops mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Gerontologie und Polizei durchgeführt sowie einzelne Maßnahmen wie das Selbstbehauptungstraining mithilfe der Teilnehmenden Beobachtung begleitet. Die daraus gewonnenen Ergebnisse sind in die folgenden Ausführungen des Praxishandbuchs eingeflossen.

1.2 AUFBAU DES PRAXISHANDBUCHS

Das Praxishandbuch beginnt mit theoretischem Grundlagenwissen aus der Sicherheitsforschung mit älteren Menschen. Es fasst zunächst wichtige gerontologische Grundlagen zusammen und führt anschließend in die Thematik der Sicherheitswahrnehmungen Älterer ein [Kapitel 2.1 Gerontologische Grundlagen respektive Kapitel 2.2 Sicherheitswahrnehmung im Alter]. Die Beschaffenheit und Rolle von unsicheren Stadtgebieten wird darauffolgend näher ausgeführt [Kapitel 2.3 Unsichere Stadtgebiete]. Eingebettet in ein sozialräumliches Verständnis von Wohlbefinden und Sozialkapital werden die Befragungsergebnisse zur Sicherheitswahrnehmung älterer Menschen im Wohnquartier geschildert [Kapitel 2.4 Empirische Befunde zur Sicherheitslage und Sicherheitswahrnehmung im Alter]. Es wird vorgestellt, inwiefern Faktoren wie die Verbundenheit mit dem Stadtteil, die Nachbarlichkeit oder die ethnische Diversität einen Einfluss auf das subjektive Sicherheitsempfinden haben. Mit der Übersicht von Ansatzpunkten der Kriminalprävention sowie der Rolle der Gemeinwesenarbeit wird das Fundament der Konzeption der Seniorensicherheitskoordination begründet [Kapitel 2.5 Ansatzpunkte der Kriminalprävention respektive Kapitel 2.6 Gemeinwesenarbeit und Soziale Arbeit].

Auf diesen Grundlagen aufbauend wird das integrierte Handlungskonzept der Seniorensicherheitskoordination vorgestellt. Zunächst wird die Lebenswelt- und Bedarfsorientierung als Leitsatz der Seniorensicherheitskoordination formuliert [Kapitel 3.1 Lebenswelt und Bedarfsorientierung durch soziale Einrichtungen im Stadtteil]. Im Anschluss werden die drei Ebenen – die individuelle, die nachbarschaftliche und die stadtteilbezogene, auf

denen die Sicherheitsmaßnahmen ansetzen, vorgestellt [Kapitel 3.2 Die drei Handlungsebenen der Seniorensicherheitskoordination]. Welche Rolle Beteiligungsmöglichkeiten für Seniorinnen und Senioren sowie Netzwerke von Sicherheitsakteuren bei der Seniorensicherheitskoordination einnehmen, wird darauffolgend dargestellt [Kapitel 3.3 Partizipation älterer Menschen bei der Definition der Sicherheitsprobleme und der Maßnahmen respektive Kapitel 3.4 Ressortübergreifender Netzwerkaufbau]. Ein Kernstück des Konzepts der Seniorensicherheitskoordination stellt das auf Beteiligung und Rückkopplung fokussierte Prozessmodell dar, das die vorangegangenen Ausführungen aufgreift und logisch zusammenführt [Kapitel 3.5 Prozessmodell]. Der tragenden Rolle der Seniorensicherheitskoordination – der sozialen Infrastruktureinrichtungen und ihren Fachkräften vor Ort – ist das darauffolgende Kapitel gewidmet [Kapitel 3.6 Stadtteileinrichtung als Impulsgeberin im Sozialraum]. Zu guter Letzt werden die Erfolgsaussichten und Grenzen einer Seniorensicherheitskoordination kritisch diskutiert [Kapitel 3.7 Erfolgsaussichten und Grenzen der Seniorensicherheitskoordination].

Der Maßnahmenkatalog bildet das praxisnahe Herzstück des Buches. Als übersichtliches Nachschlagewerk konzipiert, soll der Katalog einen Überblick über die einzelnen Maßnahmen, die Sicherheitsziele, die dafür benötigten Ressourcen und die Ausgestaltung der Maßnahmen geben. Der Maßnahmenkatalog unterteilt sich dabei in vier Unterkapitel. Zunächst werden die dem Projektprozess innewohnenden Maßnahmen zur Beteiligung der älteren Menschen dargestellt [Kapitel 4.1 Übergreifende Maßnahmen]. Anschließend finden sich die Maßnahmen nach den drei Handlungsebenen zur Verbesserung der subjektiven und objektiven Sicherheitslage sortiert:

- Kapitel 4.2 Handlungsebene: Individuelle Stärkung des Sicherheitsgefühls
- Kapitel 4.3 Handlungsebene: Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenhalts
- Kapitel 4.4 Handlungsebene: Maßnahmen auf der Stadtteilebene zur Stärkung des Sicherheitsgefühls älterer Menschen

Praktische Tipps unserer Praxispartnerinnen und Praxispartner vom Der Paritätische NRW e.V. komplementieren den Maßnahmenkatalog.

2

GRUNDLAGEN

2.1 GERONTOLOGISCHE GRUNDLAGEN UND ALTERSBILDER

Was heißt eigentlich „Alter“ und „Altern“? Der Begriff Alter bedeutet zunächst eine höhere Anzahl von Lebensjahren, Bejahrtheit oder auch letzter Lebensabschnitt (vgl. Buchka 2012: 13). Einerseits wird mit dem Begriff des Alters die Existenz- oder Lebensphase eines Subjekts oder Objekts beschrieben, andererseits kann damit die letzte Phase seiner Existenz gemeint sein (vgl. ebd.: 13). Es können folgende Seinszustände unterschieden werden:

- **Kalendarisches Alter**
- **Rechtliches Alter**
- **Biologisches Alter (organische Konstitution)**
- **Funktionales und psychologisches Alter (geistige Leistungsfähigkeit)**
- **Soziales und kulturelles Alter (Grad der sozialen Teilhabe, mögliche Veränderungen der sozialen Rollen und gesellschaftlich geprägten Verhaltensmuster)** (vgl. Rüberg 1991: 18ff.)

Das kalendarische Alter hat für das individuelle Altsein und das „sich alt fühlen“ nur eine begrenzte Aussagekraft. So müssen weder das psychologische noch das biologische Alter mit dem kalendarischen Alter übereinstimmen (vgl. Thieme 2008: 33f.).

2.1.1 ALTERSBILDER

Neben dem Begriff des Alters gibt es auch noch den Ausdruck des Altersbildes. Mit dem Begriff des Altersbildes werden in der Gerontologie einerseits Meinungen, Überzeugungen und Vorstellungen über Prozesse im Alter und charakteristische Merkmale Älterer, zum anderen Einstellungen gegenüber Alter und Altern verstanden (vgl. Schmitt 2006: 43). Sie beeinflussen nicht nur die Einstellungen und das Verhalten der Jüngeren zu den Älteren, sondern sie haben auch Auswirkungen auf die Entfaltungschancen, welche älteren Menschen von der Gesellschaft zugesprochen werden (vgl. Schmidt-Hertha & Mühlbauer 2012: 112). Die Vielfalt an Altersbildern und Veränderung ist durch verschiedene Studien belegt. Altersbilder prägen den politischen, professionellen und familiär privaten Umgang mit alten Menschen und deren Selbstbild (vgl. Schuhmacher 2009: 258). Sie entstehen, weil Menschen andere Menschen nach Prototypen einordnen. Hummert et al. (1994) fanden 14 Prototypen älterer Menschen, unter anderem „Perfect Grandparent“ (familienorientiert, fürsorglich, unterstützend und vertrauenswürdig) oder „Severely Impaired“ (inkompetent, senil, krank, arm) (vgl. Schmitt 2006: 44). Andere als Zugehörige einer Kategorie zu sehen, heißt sie als Personen zu erkennen, die sich durch spezifische Merkmale auszeichnen. Es kann zur Veränderung bestehender Altersbilder kommen, denn das Alter wird differenziert wahrgenommen.

Individuelle Altersbilder beeinflussen faktisch nicht nur das Selbstbild und die soziale Einbindung Älterer, sondern haben auch eine entscheidende Bedeutung für ihre Gesundheit (vgl. Levy 2003). So wird ein Zusammenhang zwischen negativem Selbstbild und schwächerer Gedächtnisleistung nachgewiesen (vgl. Schmidt-Hertha & Mühlbauer 2012: 113). Darüber hinaus belegen Studien, dass sich Seniorinnen und Senioren mit negativem Altersbild subjektiv kränker fühlen und mit ihrem Befinden weniger zufrieden sind. Hingegen haben Menschen mit einem positiven Bild vom Alter eine deutlich höhere Lebenserwartung und eine bessere kognitive und physische Leistungsfähigkeit (vgl. ebd.).

Diese Befunde zeigen, dass vor allem die altersbedingten Einschränkungen in der öffentlichen Diskussion herausgestellt werden, während die Kompetenzen und Potenziale des Alters einen sehr geringen Stellenwert haben.

2.1.2 GERONTOLOGIE

Gerontologie als „Wissenschaft vom Altern“ hat einen interdisziplinären Zugang. Sie bedient sich aus Natur- und Sozialwissenschaften, Psychologie, Soziologie, Arbeitsmedizin, Geragogik und Erwachsenbildung. Eine wichtige Frage ist: **„BEDEUTET ALTERN NUR ABBAU UND VERLUST ODER AUCH ZUNAHME UND GEWINN?“** Denn es geht nicht darum, Altern zu verhindern, sondern vielmehr, das höhere Lebensalter soweit wie möglich lebenswert zu gestalten. Nach der Kognitionstheorie sollte sich deshalb weder nur an dem Defizitmodell (Altern bedeutet Abbau) noch nur an dem Kompetenzmodell (trotz Abbauerscheinungen bleibt ein erhebliches Ausmaß an Kompetenzen) orientiert werden (vgl. Oswald & Kaiser 2006: 211). Die Lösung liegt dazwischen. Ältere Menschen haben weiterhin hohe Kompetenzen auf Teilgebieten. So können vertraute Probleme schnell gelöst werden, wobei neuauftretende Probleme Schwierigkeiten darstellen können (vgl. Witterstätter 2008: 62). Die Berliner Altersstudie fand heraus, dass zwar die intellektuelle Leistungsfähigkeit abnimmt, aber die Bereiche der psychologischen Funktionsfähigkeit (zum Beispiel zukunftsorientierte Ziele) und allgemein subjektives Wohlbefinden (zum Beispiel Lebenszufriedenheit) nicht zwangsläufig nachlassen müssen (vgl. Smith & Delius 2006: 114). Die körperlichen Fähigkeiten lassen nach, aber geistige Fähigkeiten nehmen häufig zu. Hinzu kommt, dass sich Theorie und Praxis heute von der Fremdbestimmung hin zur Selbstbestimmung älterer Menschen entwickeln (vgl. Kricheldorff 2008: 243).

Ältere Menschen weisen sehr große Unterschiede in ihren körperlichen und geistigen Fähigkeiten auf. Die Verwirklichung von Potenzialen hängt maßgeblich von individuellen und sozialen Voraussetzungen ab. Deshalb ist der Alterungsprozess kein einheitlich und linear verlaufender, sondern von verschiedenen Faktoren abhängiger Prozess. Prägnante Faktoren sind dabei die Lebensumstände, die materiellen Bedingungen und die individuelle Lebensführung. Diese Lebensumstände können den Prozess des Alterns positiv, aber auch negativ beeinflussen (vgl. Thieme 2008: 303). Dort knüpft die Seniorensicherheitskoordination an, um diese Rahmenbedingungen in Bezug auf das subjektive Sicherheitsgefühl zu verbessern.

Wichtig für die Arbeit mit älteren Menschen ist es, sich ins Gedächtnis zu rufen, dass viele Interaktionen und Gegebenheiten für alte Menschen, die früher alltäglich waren oder nicht in Frage kamen, im Alter anders wahrgenommen werden (vgl. Witterstätter 2008: 18). So verhält es sich auch mit dem Sicherheitsempfinden. Ältere Menschen fühlen sich häufig unsicher, obwohl ihre tatsächliche Viktimisierungsrate, das heißt die Wahrscheinlichkeit Opfer einer Straftat zu werden, geringer ist als bei jüngeren Altersgruppen (Bundesministerium des Inneren 2013: 26). Die Differenz zwischen der objektiven Kriminalitätsbelastung, also den tatsächlich begangenen Straftaten, und dem subjektiven Sicherheitsempfinden der Bewohnerinnen und Bewohner nimmt im Alter zu. Dies beschreibt auch das sogenannte Viktimisierungs-Furcht-Paradox. Damit wird in der Kriminalitätsforschung der Umstand beschrieben, dass ältere Menschen trotz eines geringen Risikos der Opferwerdung gegenüber anderen Altersgruppen eine höhere Furcht der Opferwerdung äußern (vgl. Clemente & Kleiman 1976: 207; Ferraro & LaGrange 1988).

2.1.3 ALTERNSTHEORIEN UND VIKTIMISIERUNG

Es gibt nicht eine, sondern zahlreiche Alternstheorien. Es wird zwischen biologisch-genetischen, medizinischen, soziologischen und psychologischen Alternstheorien unterschieden. Im Folgenden soll exemplarisch mit dem kognitiv-motivationalen Ansatz der psychologischen Theorien gearbeitet werden. Dieser sagt aus, dass Reaktionen auf objektive Reize durch persönliche Überzeugungen und Schemata geprägt werden (vgl. Kruse 2006: 34). Wenn beispielsweise eine Person die individuelle Überzeugung vertritt, dass die Straßen im Wohnquartier viele Stolperfallen aufweisen, nimmt sie diese auch überproportional oft wahr. Mit kognitiv-motivational wird die enge Beziehung zwischen subjektiven Wahrnehmungs- und Interpretationsprozessen sowie individueller Bedürfnisstruktur betont (vgl. ebd.). Dies zeigt die hohe Bedeutsamkeit der subjektiven Wahrnehmungsprozesse, die das subjektive Sicherheitsgefühl beeinflussen: Nehme ich mich selbst als gebrechlich und die Umwelt als unsicher war, auch wenn dies objektiv betrachtet nicht der Fall ist, fühle ich mich automatisch unsicherer und nehme sehr wahrscheinlich nur noch in einem kleinen Ausmaß am öffentlichen Leben teil [Vulnerabilitätsansatz].

2.1.4 LEBENSZUFRIEDENHEIT IM ALTER

Das Alter, insbesondere die Phase von etwa 60 bis 75 Jahren, ist grundsätzlich ein Lebensabschnitt mit hoher Lebenszufriedenheit (Frijters & Beatton 2012). Staudinger und Schindler (2008) fassen eine Reihe von Untersuchungsergebnissen zusammen. Diese zeigen, dass ältere Menschen eine realistische Selbsteinschätzung und ein kohärentes Selbstkonzept haben. Es besteht außerdem ein positiver Zusammenhang zwischen Aktivitäten und Lebenszufriedenheit (vgl. Fröhlich-Gildhoff 2009: 301). Das heißt, wenn ältere Menschen im Seniorennetzwerk aktiv sind, zum Seniorensport gehen oder an intergenerativen Unternehmungen teilnehmen, dann sind sie in der Regel auch zufriedener. Denn dies sind Aktivitäten, welche die Lebenszufriedenheit erhöhen können. Demgegenüber stehen die zunehmenden Defizite; es kommt zum Nachlassen körperlicher Leistungsfähigkeit und zu einer Zunahme körperlicher Beschwerden (vgl. ebd.). Das Ausmaß der Einschätzung dieser Beschwerden hängt wiederum stark mit der subjektiven Beurteilung der Lebenszufriedenheit ab. Schlussfolgernd heißt das, wenn ältere Menschen aktiviert werden, haben sie eine größere Lebenszufriedenheit; wenn sie eine höhere Lebenszufriedenheit haben, folgt daraus eine positivere Einschätzung der körperlichen Beschwerden.

2.1.5 AKTIVIERUNG UND SOZIALE TEILHABE

Ältere Menschen sind weiterhin ein Teil der Gesellschaft. Deshalb muss sich die Seniorensicherheitskoordination fragen: Wer alles hat Teil am sozialen Leben; wer noch nicht und warum? Teilhabe ist ein Prozess, der durch eigene Motive, Fähigkeiten und Interessen beeinflusst wird. Dies ist aber nicht für alle in gleicher Weise möglich. So können beispielsweise gesundheitliche Beschwerden den Kontakt zu anderen erschweren oder geringe finanzielle Ressourcen die älteren Menschen hindern, an kostenpflichtigen Angeboten teilzunehmen. Die Kommunen und damit Nachbarschaften und Quartiere sind zentral im Konzept der sozialen Teilhabe, um den sozialen Rückzug älterer Menschen zu verhindern. Seniorinnen und Senioren wiederum tragen in besonderem Maße zur Belebung von Gemeinschaftsaktivität und sozialem Engagement bei und dies kommt auch häufig der eigenen Bezugsgruppe zugute (vgl. Schuh-

macher 2009: 260). Durch Aktivierung wird die soziale Teilhabe gestärkt und die älteren Menschen fühlen sich sicherer und eingebundener in Strukturen. Auch zeigen Forschungsbefunde, dass eine barrierefreie, unterstützende und anregende Umwelt in hohem Maße zur Aufrechterhaltung beziehungsweise Wiedererlangung eines selbstständigen und selbstverantwortlichen Lebens beitragen (vgl. Ackermann 2006: 326) [Kapitel 3.3 Partizipation älterer Menschen bei der Definition der Sicherheitsprobleme und der Maßnahmen].

Dabei ist ein weiteres Ziel durch die Beteiligung der Bevölkerung, die Demokratisierung der Gesellschaft voranzutreiben. Das meint, dass sich auch freiwillige Zusammenschlüsse finden (zum Beispiel mithilfe der Seniorensicherheitskoordination), in denen Mitgestaltungsmöglichkeiten genutzt werden. Teilhabe kann verschiedene Stärken aufweisen. So ist das nachbarschaftliche Gespräch eine schwache Form von Teilhabe, die Teilnahme an informellen gemeinsamen Aktivitäten stellt eine höhere Stufe dar und die organisierte Teilhabe wie regelmäßig stattfindende Angebote geht noch einen Schritt weiter (vgl. Žiljak 2015). Teilhabe erhält und entwickelt die Fähigkeiten des Individuums. Sie aktiviert die Fähigkeit, Ressourcen in sinnvolle Tätigkeiten zu verwandeln und in höherem Maß Glück zu erleben (vgl. ebd.).

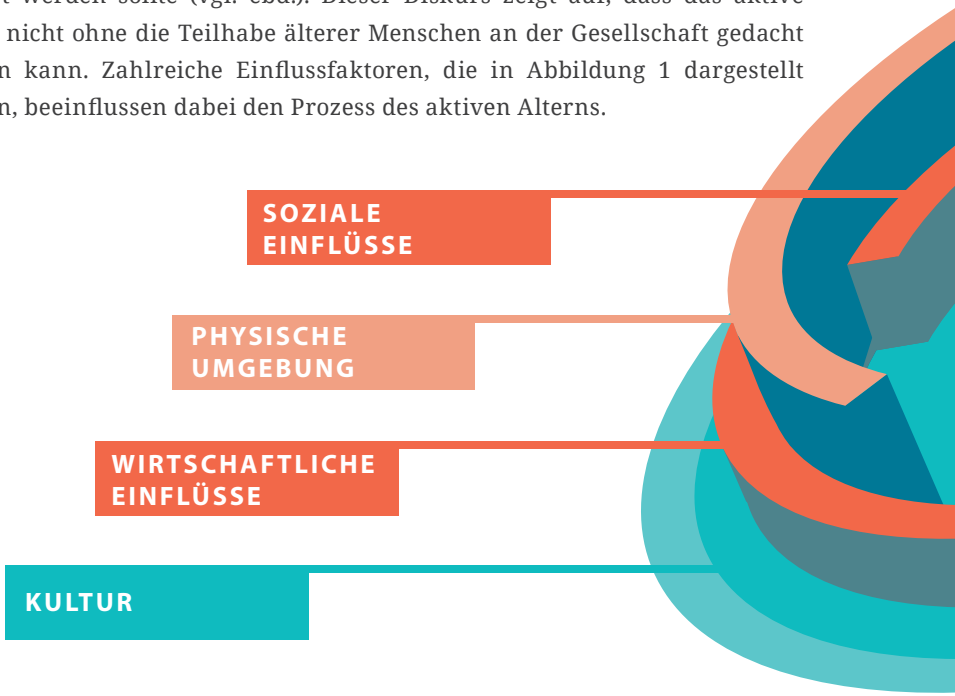
2.1.6 AKTIVES ALTERN

> *„Unter aktiv Altern versteht man den Prozess der Optimierung der Möglichkeiten von Menschen, im zunehmenden Alter ihre Gesundheit zu wahren, am Leben ihrer sozialen Umgebung teilzunehmen und ihre persönliche Sicherheit zu gewährleisten, und derart ihre Lebensqualität zu verbessern.“* (WHO 2002: 12)

Aktiv Altern zielt auf eine Ausweitung der Lebenserwartung und Lebensqualität aller Menschen ab. In einem Handlungskonzept für aktives Altern spielen daher Maßnahmen und Programme, die das geistige und soziale Wohlbefinden fördern und erhalten, eine gleichermaßen wichtige Rolle wie diejenigen, die die Verbesserung der körperlichen Gesundheit fokussieren (vgl. ebd.). So hatte das „Europäische Jahr für Aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012“ zum Ziel, das Bewusstsein für eine alternde Gesellschaft zu schärfen und positive Lösungen für die

altersspezifischen Herausforderungen zu finden. Dazu gehört auch die Aktivierung und Teilhabe älterer Menschen. Als Schlüsselfunktionen nennt die Deklaration die Teilhabe, die Verhinderung von Diskriminierung und die soziale Inklusion älterer Menschen, die Würde, Gesundheit und Unabhängigkeit in höherem Lebensalter sowie die intergenerationelle Solidarität (vgl. Žiljak 2015). Aktives Altern führt also zu einer gesteigerten Lebensqualität bis ins hohe Alter sowie zu einer erhöhten Teilhabe am sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben (vgl. ebd.: 16).

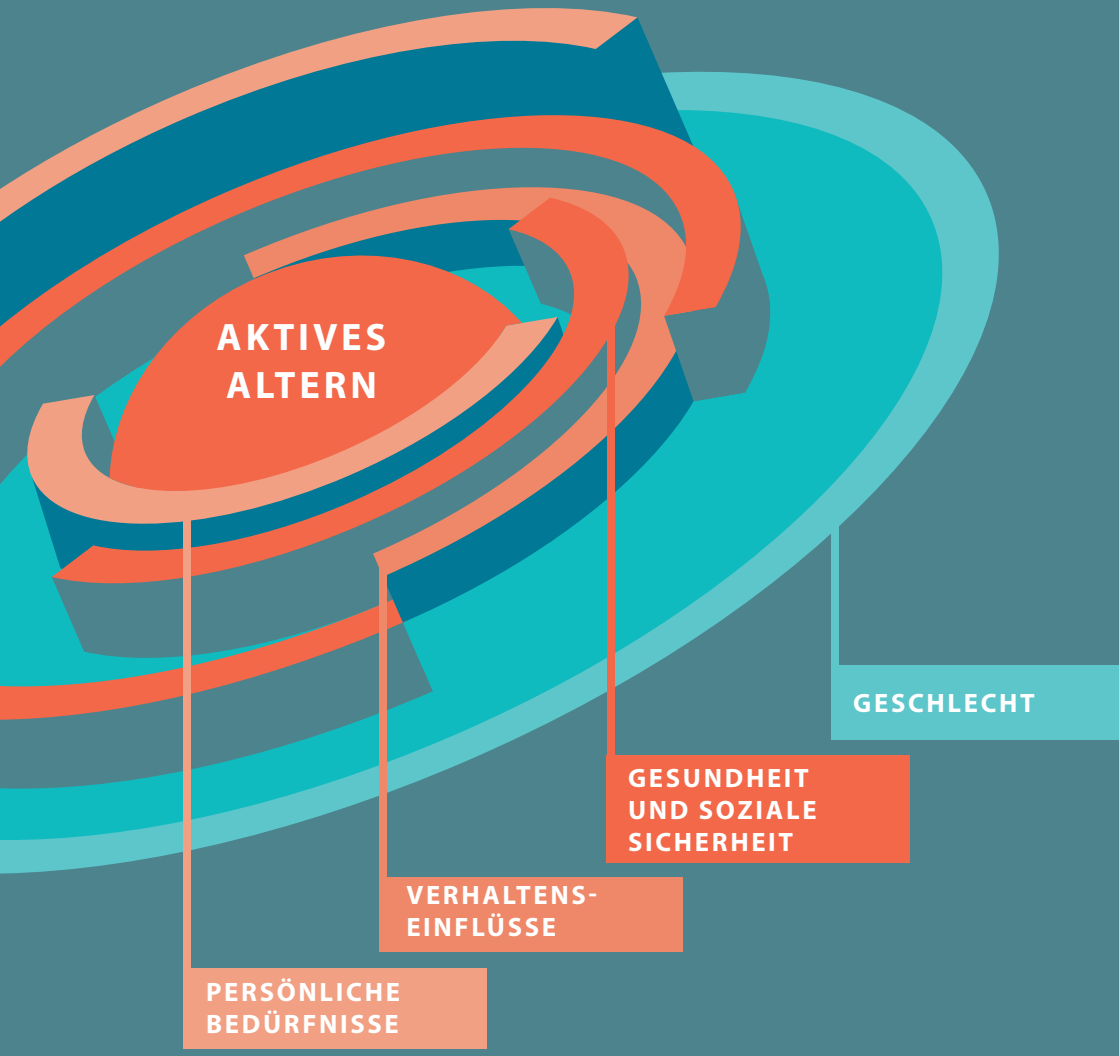
Aktives Altern beschreibt aber auch, dass das Potenzial älterer Menschen genutzt werden sollte (vgl. ebd.). Dieser Diskurs zeigt auf, dass das aktive Altern nicht ohne die Teilhabe älterer Menschen an der Gesellschaft gedacht werden kann. Zahlreiche Einflussfaktoren, die in Abbildung 1 dargestellt werden, beeinflussen dabei den Prozess des aktiven Alterns.



Die Maxime des aktiven Alterns bildete die Grundlage für die Entwicklung sicherheitsfördernder Maßnahmen, die im Rahmen des Modellprojekts der Seniorensicherheitskoordination erprobt wurden [Kapitel 4 Katalog der Maßnahmen zur Stärkung des Sicherheitsgefühls von Seniorinnen und Senioren].

Abbildung 1

Einflussfaktoren für aktives Altern
(verändert nach WHO 2002: 19)



2.2 SICHERHEITSWAHRNEHMUNG IM ALTER

2.2.1 WANDEL DES SICHERHEITSVERSTÄNDNISSES

In den vergangenen beiden Jahrzehnten hat sich das Sicherheitsverständnis deutlich gewandelt. Sicherheit wird heutzutage – ebenso wie Unsicherheit – als Ergebnis eines Prozesses sozialer Konstruktion verstanden (vgl. Masala 2012: 60). In diesem Prozess wird gesellschaftlich festgelegt, welche Güter schützenswert sind und inwiefern ihre Sicherheit bedroht wird. Allmählich wurde dabei der schützende und präventiv-vorbeugende Aspekt gegenüber dem repressiv-aufklärenden und sanktionierenden – sozusagen traditionellen – Kern des Sicherheitsbegriffs gestärkt. Während die alte Sicherheitsarchitektur auf die Behördenzuständigkeiten von Polizei, Nachrichtendiensten, Bundeswehr und Katastrophenschutz fokussiert war, basiert das veränderte Sicherheitsverständnis auf einem Konzept, das verstärkt von einer präventiven Sicherheitsgewährleistung geprägt wird und dabei alle Akteure in die Verantwortung mit einbezieht (vgl. Gusy 2012: 91f.).

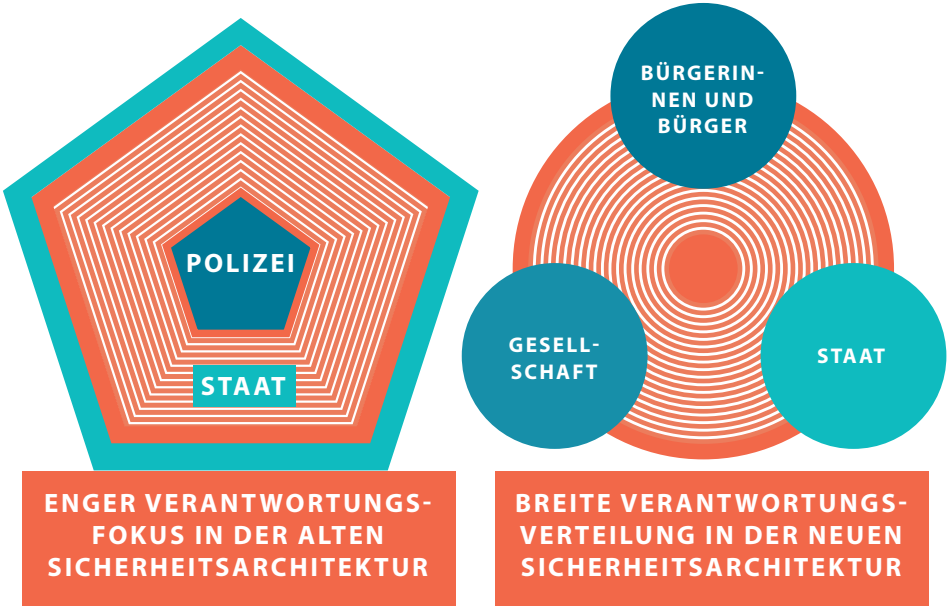
Unter dem Stichwort „Wandel der Sicherheitskultur“ spielt nicht mehr nur der Staat als Akteur sozialer Kontrolle eine Rolle, sondern es werden auch Kontrollleistungen der Gesellschaft und der Individuen in den Blick genommen (vgl. Daase 2012: 25). Unter dem neuen Sicherheitsverständnis wird die Verantwortung breiter verteilt: Während sich in den Stadtgebieten früher alle Erwartungen auf die Polizei richteten, entsteht nun eine Selbst- und Mitverantwortung der einzelnen Bürgerin und des einzelnen Bürgers für die innere Sicherheit. Danach tragen beispielsweise Unternehmen der Wohnungswirtschaft und kom-

munale Fachbereiche – ergänzend zur Polizei – selbst Verantwortung für die Sicherheit in den Wohnungsbeständen und in den öffentlichen Stadträumen.

Das gewandelte Verständnis stellt vor allem auch die subjektive Komponente heraus, womit das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger gemeint ist (vgl. Daase 2012: 74f.). Der New Yorker Soziologe und Kriminologe David Garland (2008) macht darauf aufmerksam, dass in diesem Prozess eine neue Theorie der Kontrolle Kontur gewinnt, in der Kriminalität nicht mehr als Problem der Benachteiligung, sondern als ein Phänomen der fehlenden Selbstkontrolle (Nutzerin oder Nutzer) und situativen Kontrolle (Umwelt) betrachtet wird. Eine Folge dieses Perspektivenwechsels ist, dass die subjektive Angst vor Kriminalität zu einem Thema an sich wird, unabhängig von der tatsächlichen Kriminalitätsbelastung und Viktimisierung. Dies spiegelt sich auch in den Forschungsergebnissen von Kriminologen und Psychologen wieder, die auf die symbolische Bedeutung der Furcht vor Kriminalität als eine Metapher für diffuse soziale Ängste hingewiesen haben (Jackson 2004, Hirtenlehner 2006).

Abbildung 2

Wandel der Sicherheitskultur



Unter der subjektivierenden Perspektive wird Sicherheit als ein Grundbedürfnis anerkannt: Das alltägliche Gefühl, sich in der Wohnung und im unmittelbaren Wohnumfeld sicher zu fühlen, stellt ein zentrales Merkmal der Lebensqualität dar. Anthropologisch betrachtet vermittelt die Wohnung traditionell Geborgenheit, bietet Zuflucht vor den Unbilden der Witterung und schützt vor den Gefahren der Außenwelt (vgl. Bollnow 1963: 500). Nach der allgemein anerkannten Bedürfnispyramide von Abraham Maslow (1954) besitzt das Überleben auf der ersten Stufe der physiologischen Grundbedürfnisse absolute Priorität (vgl. Abb. 3). Die Bedürfnisse dieser Stufe sind beispielsweise Nahrung, Kleidung und Behausung. Bereits auf der zweiten Stufe folgt das Sicherheitsbedürfnis. Wenn die physiologischen Bedürfnisse befriedigt sind, wird das Ziel verfolgt, die persönliche Existenz abzusichern. Schutz vor Schmerz, Angst und äußerer Bedrohung haben einen zentralen Stellenwert; erst im modernen sozialstaatlichen Verständnis wird dazu auch die finanzielle Absicherung gerechnet. Soziale Bedürfnisse, der Wunsch nach Anerkennung und autonomer Lebensführung sind demgegenüber nachgeordnet, das heißt sie können nur erfüllt werden, wenn die physiologischen Grundbedürfnisse befriedigt und die Lebensverhältnisse sicher sind. Nach der Bedürfnispyramide von Maslow können Menschen also erst dann soziale Kontakte pflegen und sich selbst verwirklichen, wenn sie sich im Alltag in ihrer Umgebung sicher fühlen.

Wohnung, Wohnumfeld und Wohnquartier repräsentieren die Orte, an denen das grundlegende Sicherheitsgefühl erlebt wird. Wenn keine persönlichen Bedrohungen zu befürchten sind und Menschen darauf vertrauen können, dass sie selbst und ihre Wohnung unversehrt bleiben, kann sich eine Identifikation mit dem Wohnstandort ausbilden. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass Sicherheit in der Entscheidung für einen Wohnstandort mit ganz oben steht. In wohnungswirtschaftlichen Studien nennen Bewohnerinnen und Bewohner auf die Frage, was an der eigenen Wohnung und was im Fall eines Umzuges bei der Standortwahl sehr wichtig ist, die „Sicherheit im Wohnviertel“ jeweils an zweiter Stelle (vgl. Hallenberg 2010: 294ff.). Sicherheit stellt somit ein Merkmal der Wohnqualität dar, das Wohnungsunternehmen nicht nur bei Neubau und Modernisierung beachten sollten, sondern vor allem auch bei der alltäglichen Bewirtschaftung der Wohnungsbestände. Sicherheit in

der Wohnung, im Wohnnahbereich und im öffentlichen Raum hat im menschlichen Leben einen zentralen Stellenwert und muss deshalb auch im Routinehandeln von Stadtplanung und Stadtentwicklung ausdrücklich als Bewertungsmaßstab mit einer Bedeutungspriorität versehen werden.

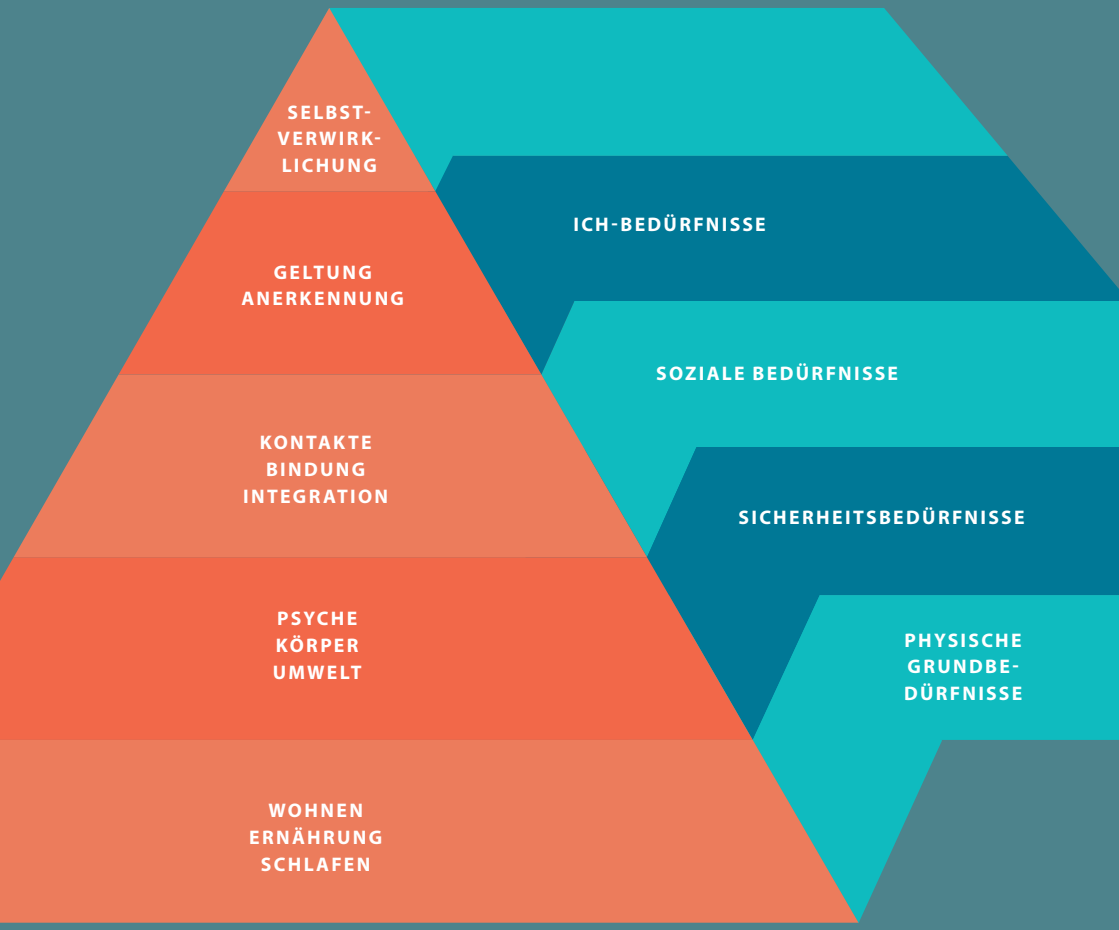


Abbildung 3
Maslowsche Bedürfnispyramide
(verändert nach Bardmann 2014: 221)

2.2.2 DIE ROLLE DER SICHERHEITSWAHRNEHMUNG

Bei der Herausbildung des subjektiven Gefühls von Sicherheit oder Unsicherheit ist die Ebene der visuellen Kommunikation von besonderer Bedeutung. Dies wurde eindrucksvoll mit dem SCP-Forschungsansatz gezeigt [SCP = Signal Crimes Perspective]. Die Wahrnehmung bestimmter Phänomene kann einerseits Unsicherheit gegenüber Personen, Orten und Ereignissen und andererseits Sicherheit, Engagement und Verantwortung erzeugen. Verantwortlich sind dafür Risikozeichen oder Kontrollsignale.

Risikozeichen verängstigen und beeinträchtigen das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Stadtraum (vgl. Innes & Jones 2006: VI). Dies gilt umso mehr, wenn Unordnung mit weiteren Problemkonzentrationen wie insbesondere ethnischer Segregation zusammentrifft. Die subjektiven Wahrnehmungen der Risikozeichen werden durch soziodemografische Kontexte nicht unerheblich gefiltert oder verstärkt (Sampson & Raudenbush 2004). Signale wie Zerstörungen durch Vandalismus, Verunreinigungen, die nicht beseitigt werden, oder brach gefallene Gebäude und Flächen wirken über die verunsichernde Wahrnehmung auf das Verhalten der Nutzerinnen und Nutzer. Diese Situationen werden so interpretiert, dass man sich dort „gehen lassen“ könne (vgl. ebd.: 50). Die beobachtete Zerstörung und Verwahrlosung werden als Signal der Gefahr und als Schwäche der für den Ort verantwortlichen Interventionsagenturen interpretiert (wie zum Beispiel die Polizei, die Eigentümerinnen oder Eigentümer). Wenn die Phänomene zunehmen oder nicht schnell beseitigt werden, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass der gesamte Bestand in eine Spirale des Niedergangs und Imageverlusts gezogen wird. Denn durch die fortdauernde Unordnung verringern sich die Abwehrkräfte der Siedlung und der Bewohnerschaft – in Denken, Wahrnehmung und Handeln machen sich Resignation und Rückzug breit (vgl. Wilson & Kelling 1996).

Verhaltens- und umgebungsbezogene Kontrollsignale sind demgegenüber wichtige Faktoren, um positive Veränderungen in Richtung einer Stärkung des Sicherheitsgefühls zu initiieren (vgl. Innes & Jones 2006: 51). Verhaltensbezogene Kontrollsignale geben beispielsweise Akteure, die am Standort eine formale soziale Kontrolle ausüben, um die alltäglichen Routinen der

BEISPIELE FÜR KONTROLL-SIGNALE	ORGANISIERT – PRODUZIERT	ORGANISCH
VERHALTENSBEZOGEN	Gut sichtbare Streifengänge von Kontrollpersonal Concierge in der Eingangszone von Wohnhäusern	Bewohnerinnen und Bewohner auf Bänken vor dem Haus Nutzung von Freiflächen durch Bewohnerinnen, Bewohner und ihre Kinder (zum Beispiel Mietergärten, Grillplatz)
UMGEBUNGSBEZOGEN	Bauliche und technische Maßnahmen, die unerwünschte Zugänge oder Nutzungen erschweren	Gepflegte (Vor-) Gärten und Freiflächen

Übersicht 1

Beispiele für Kontrollsignale (verändert nach Innes & Jones 2006)

Bewohnerschaft und der Stadtraumnutzer positiv zu beeinflussen. Interventionen von Wohnungsunternehmen (zum Beispiel durch Instandhaltung), der Kommune (beispielsweise durch Pflege des öffentlichen Raumes) und der Polizei (zum Beispiel durch Streifengänge) werden als Schutzhinweise wahrgenommen, sodass die Wahrnehmung von Risikosignalen die Wahrnehmung unter den Bewohnerinnen und Bewohnern neutralisiert und weitergehend positiv beeinflusst wird. Umgebungsbezogene Kontrollsignale können äußere Kontrollen sein, mittels derer die Fähigkeit der Nutzerinnen und Nutzer zur informellen sozialen Kontrolle erhöht wird (vgl. Übersicht 1).

Unter älteren Menschen herrscht eine besondere Sensibilität für diese Zeichen der Ordnung und Unordnung im Wohnumfeld und im öffentlichen Raum. Wegen der zunehmenden Verletzbarkeit [Vulnerabilität] in den späteren Lebensjahren werden Risikosignale besonders aufmerksam registriert.

2.3 UNSICHERE STADTGEBIETE

Die persönlich erlebte Unsicherheit hängt in besonderer Weise von Wahrnehmungen im Siedlungsraum ab. Unter diesem Blickwinkel rücken Stadtgebiete ins Blickfeld, die ein starkes Unsicherheitsgefühl erzeugen. In einer Studie des Gesamtverbandes der Wohnungswirtschaft (GdW) wurden solche Stadträume schon in den 1990er Jahren als „überforderte Nachbarschaften“ bezeichnet (GdW 1998). Sie weisen eine räumliche Konzentration benachteiligter Bevölkerungsgruppen auf. Die Probleme dieser Stadtgebiete sind einerseits die Armutsentwicklung aufgrund von Arbeitslosigkeit sowie Einwanderung und andererseits Desintegrationsgefahren aufgrund der Randständigkeit von Bewohnergruppen. Vielen Kindern und Jugendlichen in diesen Stadtgebieten mangelt es an Perspektiven. Die Chancenlosigkeit schulmüder und kulturell desorientierter Jugendlicher auf dem Arbeitsmarkt schlägt sich beispielsweise in zunehmendem Vandalismus und wachsender Kleinkriminalität nieder, die als Risikozeichen im Stadtraum ablesbar sind.

2.3.1 STÄDTEBAULICHE CHARAKTERISTIKA UNSICHERER STADTGEBIETE

Die Nachbarschaften sind insofern „überfordert“, als sich die Menschen in der Folge in ihre Wohnungen zurückziehen, die Regeln eines geordneten Miteinanders preisgeben und die Hauseingänge sowie Freiflächen der Verwahrlosung und Verschmutzung überlassen. In der GdW-Studie (1998) über die überforderten Nachbarschaften werden vor allem zwei Gebietstypen herausgestellt:

(1.) Vernachlässigte innerstädtische oder innenstadtnahe Altbauquartiere und (2.) große Wohnsiedlungen aus der Nachkriegszeit an peripheren Standorten. Dort sind besonders häufig soziale, wohnungswirtschaftliche und städtebauliche Merkmalskombinationen und Häufungen von Risikozeichen zu finden, die Unsicherheit erzeugen (vgl. BMVBS & BBR 2007: 8ff.).

Die problematischen innerstädtischen oder innenstadtnahen (oft gründerzeitlichen) Quartiere weisen in der Regel den Mangel auf, dass die Bausubstanz über viele Jahrzehnte nicht modernisiert wurde und einen heruntergekommenen Eindruck macht. Ökonomisch aufstrebende jüngere Haushalte wandern deshalb aus diesen Quartieren ab. Es rücken Haushalte mit begrenzter ökonomischer Leistungsfähigkeit und mit geringem Integrationsvermögen nach. Solche Quartiere sind durch Zuzüge aus dem Ausland geprägt; Straßenprostitution, Alkohol- und Drogenkonsum sind keine Seltenheit. Oft werden die Quartiere auch durch sogenannte Problemhäuser und leerstehende Gebäude stark belastet (vgl. Wilson & Kelling 1996). Die hoch verdichtete Bausubstanz ist schlecht, die Materialien sind nicht robust genug, um beispielsweise Einbruchsversuchen widerstehen zu können. Die Wohnqualität wird oft zusätzlich durch Verkehrslärm beeinträchtigt. Insgesamt machen diese Quartiere keinen Vertrauen erweckenden Eindruck und werden von der Bevölkerung anderer Stadtteile gemieden.

Daneben gehören auch Großwohnsiedlungen der 60er- und 70er-Jahre am Stadtrand zu den Gebieten, die in hohem Maße Unsicherheitsgefühle auslösen. Insbesondere die eintönige, wenig individuelle Architektur, hochgeschossige Bauweise und eine geringe Qualität des öffentlichen Raumes kann dort emotional Unsicherheitsgefühle auslösen. Dadurch werden die Identifikation der Bewohnerschaft und die Herausbildung Schutz bietender Nachbarschaftsnetzwerke behindert – in den Hochhäusern von Großwohnsiedlungen wird tendenziell anonym gewohnt. Die belasteten Siedlungen weisen meistens hohe Anteile von öffentlich geförderten Wohnungen auf, die einseitig belegt wurden und in denen sich deshalb Haushalte sozial benachteiligter Bewohnergruppen mit Unterstützungsbedarf konzentrieren. Die fehlende Nutzungsmischung beziehungsweise die monofunktionale Beschränkung auf das Wohnen lässt den öffentlichen Raum fast den ganzen Tag über leer und unbelebt erscheinen. Wenn solche Großwohnsiedlungen nur unzureichend mit Gemeinbedarfsein-

richtungen und mit sozialer Infrastruktur ausgestattet wurden, fehlen Orte, die orientierungslose Jugendliche und junge Menschen auffangen können. Diese nehmen im Alltag, Nischen im öffentlichen Raum in Besitz und verunsichern die Anwohnerschaft durch exzessiven Alkoholkonsum, durch Abweichungen von den Verhaltensstandards, durch Verunreinigungen und Aggressivität.

Für beide Gebietstypen ist kennzeichnend, dass sowohl Häuser als auch öffentliche Flächen, Risikozeichen des baulichen Verfalls aufweisen, dass der preiswerte Wohnraum eine Bewohnerschaft anzieht, die kaum Beziehungen zur Nachbarschaft pflegt, dass benachteiligte Personenkreise überrepräsentiert sind, dass sich bestimmte Formen von Kriminalität häufiger ereignen, dass die öffentlichen Räume verwahrlost sind und dass den Gebieten in der öffentlichen Meinung ein negatives Image zugeschrieben wird.

Mit Strategien der sozialen Stadterneuerung wird versucht, die Nachbarschaften in solchen Stadtgebieten zu stärken, damit sich unter der Bevölkerung wieder gemeinsam akzeptierte Regeln und deren sozial breit verankerte Beachtung herausbilden können. Angefangen hatte das Land Nordrhein-Westfalen 1993 mit dem Förderprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“. Im Jahr 1999 folgte die Bund-Länder-Gemeinschaftsinitiative „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ (Programm „Soziale Stadt“, vgl. BMVBS 2013; Schubert et al. 2015a). Dieses Programm verfolgt das Ziel, die Lebenssituation der betroffenen Menschen in den überforderten Stadtquartieren durch eine aktive und integrativ wirkende Stadtentwicklung nachhaltig zu verbessern. Die Gebiete der Sozialen Stadt sind durch Kriminalitätsfurcht unter der Bewohnerschaft besonders belastet; in rund 87 Prozent der Programmgebiete sind Sicherheit, Gewalt und Kriminalität ein Thema für die Handlungskonzepte, und bei zwei Dritteln der Gebiete spiegelt sich dies auch in einem negativen Außenimage wider (vgl. Krings-Heckemeier et al. 2013: 39). Obwohl öffentliche und private Finanzmittel auf der Stadtteilebene gebündelt wurden und das Handeln in integrierten Programmen frühzeitig abgestimmt wurde, blieben und bleiben kriminalpräventive Effekte oft aus, wenn der lokale Aktionsplan unter kriminalpräventiver Perspektive nicht tiefenscharf genug ist (vgl. Schubert et al. 2015a). Einige dieser Stadtteile haben somit den Charakter, Unsicherheitsgefühle bei der Bewohnerschaft auszulösen, behalten.

2.3.2 FEHLENDES GEMEINSAMES WERTEFUNDAMENT IN UNSICHEREN STADTTEILEN

Eine besondere Rolle spielt in diesen Stadtgebieten die mangelnde Fähigkeit, gemeinsame Werte zu teilen und auf dieser Grundlage eine effektive soziale Kontrolle im öffentlichen Stadtraum durchzuführen. Das korrespondierende erhöhte Vorkommen kriminellen Verhaltens erweist sich in diesen von Armut, ethnischer Heterogenität und hoher Fluktuation in der Bewohnerschaft gekennzeichneten Stadtgebieten über Generationen hinweg als stabil (vgl. Sampson 2012: 37). Mit der Theorie der kollektiven Wirksamkeit [Collective Efficacy] konnte die sozialräumliche Verteilung der Gewaltkriminalität und der Effekt der strukturellen Benachteiligung auf die Häufigkeit von Gewaltdelikten besser aufgeklärt werden (vgl. ebd.: 150f.). Nachbarschaften mit einer starken Collective Efficacy weisen signifikant niedrigere Raten an Gewaltkriminalität auf. Die Collective Efficacy kommt beispielsweise zur Geltung, wenn Nachbarn auf der Grundlage gemeinsamer Wertorientierungen spielende Kinder auf der Straße im Auge behalten oder bei unerwünschtem Verhalten im öffentlichen Raum bereit sind zu intervenieren. Die Grundlage bilden geteilte Erwartungen an die informelle soziale Kontrolle im öffentlichen Raum der Nachbarschaft und ein kohäsives Vertrauen untereinander. Das dadurch entwickelte gemeinsame Verständnis von spezifischen Signalen in der (physischen) Umwelt als „Disorder“ steht im Gegensatz zu einem „Moral and Legal Cynicism“ in der Bewohnerschaft, diese Signale distanziert-spöttisch hinzunehmen und damit mitzutragen oder die gesellschaftlichen moralischen Wertorientierungen sogar zu verachten. Das gemeinsame Verständnis ist in geteilten sozialen Normen und in einem daraus abgeleiteten Programm koordinierten kollektiven Handelns verankert, während der zynische Rückzug statt eines sozialen Zusammenhangs eine Fragmentierung generiert (vgl. Friedrichs & Oberwittler 2007: 450ff.; Oberwittler 2013: 49; Brunton-Smith et al. 2014).

Im Hintergrund ist auch die fortschreitende Heterogenisierung der Stadträume zu beachten. Die Belastung steigt in allen Wohnquartieren, weil die Nutzungsanforderungen immer vielfältiger werden: So nimmt die Diversität der Lebenshintergründe immer mehr zu – die Kontexte von Frauen und

Männern, Jungen und Alten, Armen und Reichen sowie Einheimischen und Zugewanderten weisen im Wohnumfeld eine zunehmende Komplexität auf. Dies zeigt sich in einer fortgesetzten Pluralisierung der Lebensformen und Lebensstile, die sowohl mit einer erweiterten kulturellen Streuung als auch mit einer fortschreitenden Individualisierung des Erlebens im Alltag einhergeht. Die ungebrochene Individualisierungstendenz korrespondiert mit dem Paragrafen „Jeder Jeck ist anders“ aus dem sogenannten Kölschen Grundgesetz. Im Resultat nimmt die Fremdheit bei den Begegnungen im Wohnumfeld zu. Indem die Menschen dabei unterschiedliche kulturelle Wertsysteme repräsentieren, bildet sich schleichend auch eine Mehrdeutigkeit räumlicher Ordnungen heraus. Die Wohnquartiere müssen dadurch quasi „mehr aushalten“. Wenn die bestehenden Verhältnisse der heterogenen Nutzungs- und Raumpraxis nicht standhalten können, treten Verfallserscheinungen auf, die in der Wahrnehmung als Risikozeichen interpretiert werden.

2.4

EMPIRISCHE BEFUNDE ZUR SICHERHEITSLAGE UND SICHERHEITSWAHRNEHMUNG IM ALTER

2.4.1 ANLAGE UND DURCHFÜHRUNG DER ERHEBUNGEN

Eine unentbehrliche Grundlage für Handlungskonzepte sind empirische Erkenntnisse zur objektiven und subjektiven Sicherheitslage der älteren Wohnbevölkerung. Das Kernstück der Forschungen des Max-Planck-Instituts im Rahmen des Verbundprojekts „Sicherheit älterer Menschen im Wohnquartier. Analysen und Konzeption des Praxismodells Seniorensicherheitskoordination“ bildete eine postalische Befragung der Wohnbevölkerung in insgesamt 140 kleinen Wohngebieten in Köln und Essen. Diese Wohngebiete wurden zufällig aus insgesamt circa 600 Gebieten ausgewählt und können als repräsentativ für die Gesamtstädte gelten. Der Vergleich zweier unterschiedlich strukturierter Großstädte hilft bei der Frage, ob die Ergebnisse über Stadtgrenzen hinweg verallgemeinerbar sind. In den meisten Aspekten sprechen übereinstimmende Ergebnisse aus beiden Städten dafür.

Die erste Welle dieser Befragung wurde im Frühjahr 2014 durchgeführt; an ihr beteiligten sich 6565 zufällig aus dem Einwohnermelderegister ausgewählte Befragte (Rücklaufquote bei zwei Mahnwellen 41 Prozent). Teilgenommen haben Bewohnerinnen und Bewohner in Privathaushalten im Alter von 25 bis 89 Jahren, wobei Personen der Altersgruppen ab 60 Jahren entsprechend dem Projektfokus circa zweifach häufiger gezogen wurden. Durch die Befragung der

Altersspanne ab 25 Jahren können die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Älteren im Vergleich zu den jüngeren Altersgruppen herausgearbeitet werden.

Die Teilnahmebereitschaft war in der Altersgruppe von etwa 65 bis 75 Jahren mit circa 50 Prozent besonders hoch, und selbst bei den 85 bis 89-Jährigen lag sie noch etwas höher als bei den unter 50-Jährigen. Im Herbst 2015 erfolgte eine Wiederholungsbefragung derselben Befragten, an der sich noch 3745 Personen beteiligten (57 Prozent der Befragten der ersten Welle). Durch das in diesem Themenfeld seltene Längsschnittdesign kann beispielsweise untersucht werden, wie sich Opfererfahrungen auf die Veränderung von Kriminalitätsfurcht auswirken.

Die schriftlich-postalische Durchführung der Befragung eignete sich für die Zielgruppe der älteren Bewohnerschaft sehr gut. Die Befragten bilden die Bevölkerungsstruktur ihrer Wohngebiete trotz einer deutlich geringeren Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern mit niedriger Bildung und Migrationshintergrund recht gut ab. Trotzdem ist anzunehmen, dass mit der Befragung ein Teil der Menschen mit sehr ausgeprägten Unsicherheitswahrnehmungen und sozialer Isolation nicht erreicht wurde, sodass die Ergebnisse das tatsächliche Ausmaß der Problemlagen vermutlich unterschätzen.

Die Befragungsergebnisse werden mit sozialräumlichen Daten zur soziodemografischen Struktur der Wohngebiete und mit polizeilichen Daten zur Häufigkeit verschiedener Kriminalitätsformen im Rahmen von Mehrebenenanalysen verknüpft. Außerdem wurden in allen Wohngebieten systematische Beobachtungen von Risikozeichen wie Graffiti, Müll und anderen Signalen der Unordnung durch geschulte studentische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durchgeführt, um die subjektiven Wahrnehmungen der Bewohnerinnen und Bewohner mit einer objektiven Messung abgleichen zu können.

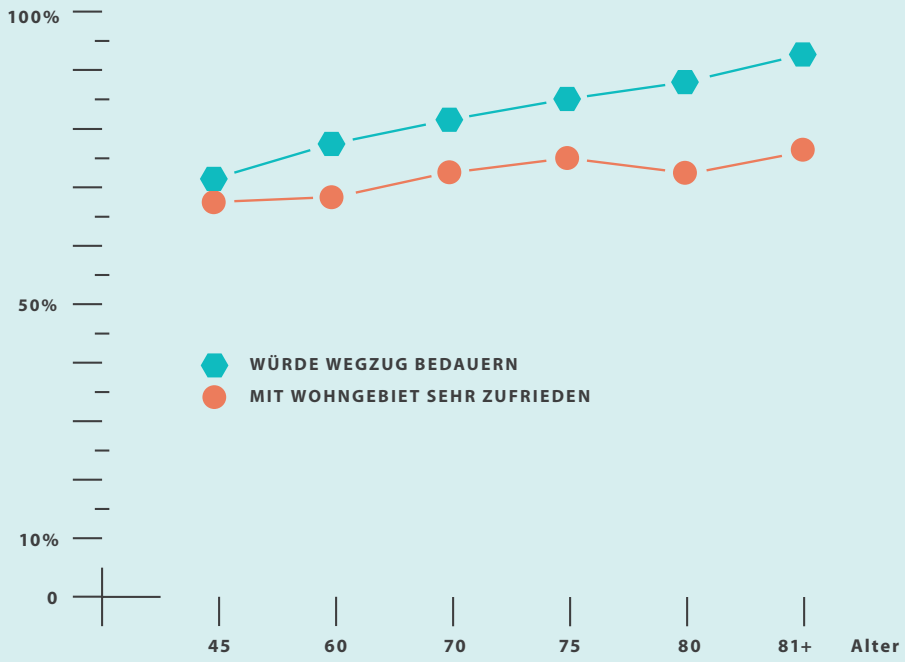
2.4.2 SOZIALES KAPITAL UND VERBUNDENHEIT MIT DEM WOHNGEBIET

Das Sicherheitsempfinden und Erfahrungen von Unsicherheit oder Kriminalität sind eingebettet in das Sozialkapital und das Wohlbefinden der Bewohnerinnen und Bewohner in ihren Wohngebieten. Daher wird zunächst die

soziale Einbindung der Menschen in ihre lokalen Lebensumwelten betrachtet, die insgesamt sehr eng ist und mit dem Alter teils noch enger wird. Die meisten Personen haben ein sehr hohes Vertrauen in ihre Nachbarinnen und Nachbarn, und knapp 70 Prozent der Jüngeren und 75 Prozent der ab 75-Jährigen sind mit ihrem Wohngebiet sehr zufrieden (Abb. 4).

Abbildung 4

Verbundenheit mit dem Wohngebiet (Zustimmung in Prozent)

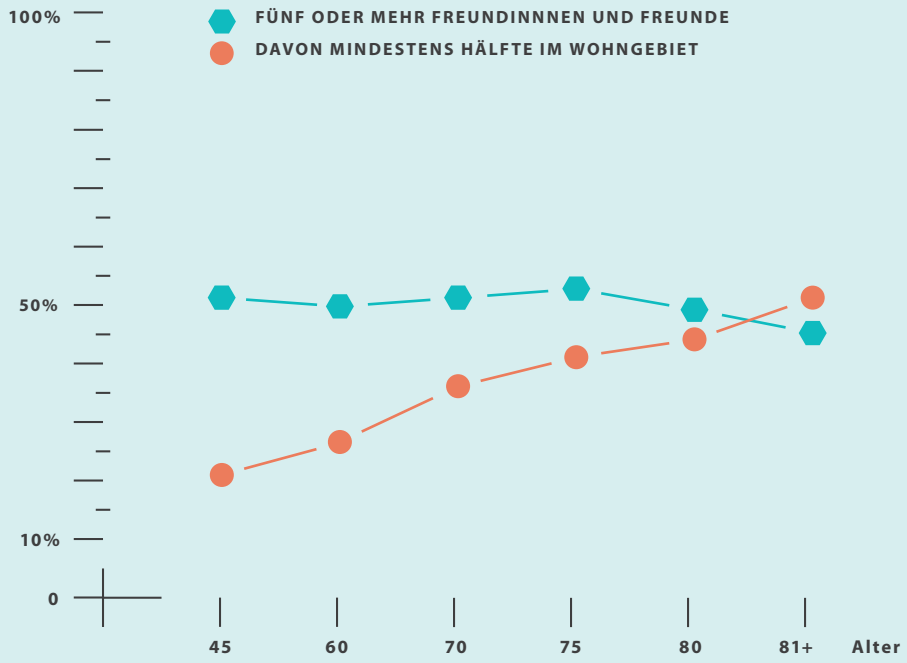


Der private Freundeskreis, der bei den Älteren noch recht stabil ist und sich erst ab circa 80 Jahren spürbar verkleinert, konzentriert sich mit dem Alter zunehmend auf das nähere räumliche Umfeld: Der Anteil der Freundinnen und Freunde, die im eigenen Wohngebiet wohnen, steigt von einem Viertel bei den unter 45-Jährigen auf knapp 60 Prozent bei den über 80-Jährigen an (Abb. 5). Dies trägt sicherlich dazu bei, dass die Verbundenheit mit dem Wohngebiet

mit dem Alter immer weiter zunimmt: Mehr als 90 Prozent der über 80-Jährigen würden einen Wegzug bedauern (Abb. 4).

Abbildung 5

Soziale Einbindung – Freundschaften und deren lokale Ausrichtung

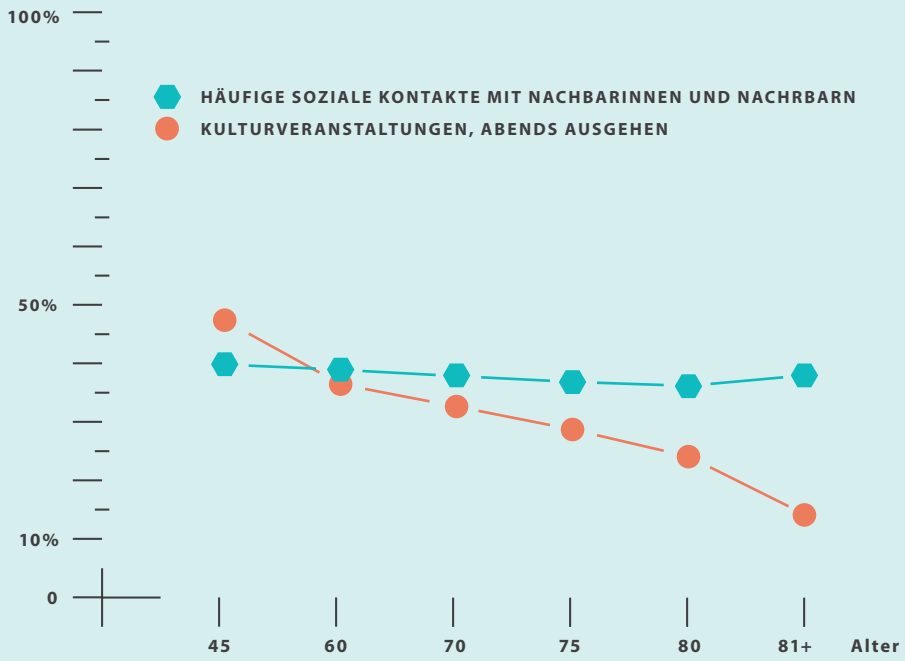


Häufigere soziale Kontakte mit Nachbarinnen und Nachbarn zum Beispiel durch Gespräche über persönliche Themen und gegenseitige Hilfeleistungen sind über die Lebensspanne konstant für knapp 40 Prozent der Befragten normal (Abb. 6). Allerdings haben rund ein Drittel der Alten (bei den Jüngeren noch etwas mehr) gar keine oder ausgesprochen wenig Kontakte zu den Nachbarinnen und Nachbarn. Sprechen diese Ergebnisse keineswegs für einen sozialen Rückzug der Alten, so reduziert sich doch die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben, vor allem abends: Der Anteil derer, die wenigstens einmal

im Monat Kulturveranstaltungen besuchen oder abends ausgehen, sinkt von 50 Prozent auf nur noch gut 10 Prozent bei den über 80-Jährigen (Abb. 6). Im Gegenzug nehmen ehrenamtliches Engagement, private Hilfeleistungen und die Teilnahme an Angeboten von Bürger- und Seniorenzentren mit dem Alter leicht zu, betreffen aber jeweils nur eine Minderheit.

Abbildung 6

Soziale Einbindung – Kontakte zu Nachbarinnen und Nachbarn, kulturelle Freizeitaktivitäten



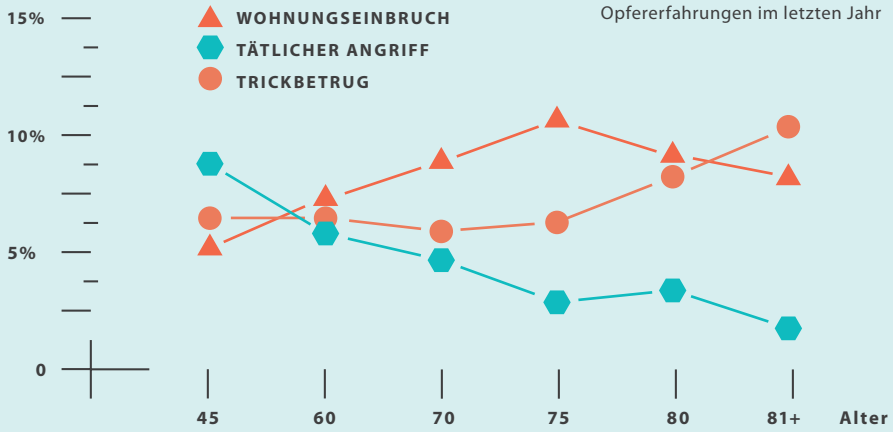
Die insgesamt sehr hohe Verbundenheit mit dem Wohngebiet und die mit dem Lebensalter eher noch wachsende soziale Einbindung können einen Schutzfaktor gegen Problemwahrnehmungen und Verunsicherungen darstellen, die das Wohlbefinden der Menschen je nach Konzentration sozialräumlicher Benachteiligungen einschränken (siehe dazu unten).

2.4.3 OBJEKTIVE UND SUBJEKTIVE SICHERHEIT IM ALTER

Das objektive Risiko, Opfer von Straftaten zu werden, ist für Ältere sehr gering. Auf der Basis der polizeilich registrierten Straftaten liegt das Opferrisiko bei Körperverletzung, Raub und Sexualstraftaten für Alte um das 10- bis 20-Fache niedriger als für Heranwachsende und junge Erwachsene. Auch in unserer Befragung zeigt sich dieser deutliche Rückgang bei Gewaltdelikten (Abb. 7) und, weniger ausgeprägt, bei Diebstahl. Anders sieht es dagegen bei Wohnungseinbrüchen aus, die in den letzten Jahren insgesamt wieder häufiger geworden sind, und die Ältere sogar etwas häufiger treffen als Jüngere (Abb. 7, vgl. Pfeiffer et al. 2015: 48). Der Anteil der Befragten, die über Opferereignisse im letzten Jahr berichten, liegt insgesamt recht hoch, was auch durch die Projektion weiter zurück liegender Erlebnisse (Telescoping) erklärbar sein dürfte. Als typisches Vermögensdelikt gegen Alte nimmt Trickbetrug ab circa 75 Jahren deutlich zu; hiervon sind circa 10 Prozent der ab 80-Jährigen betroffen.

Abbildung 7

Opfererfahrungen im letzten Jahr



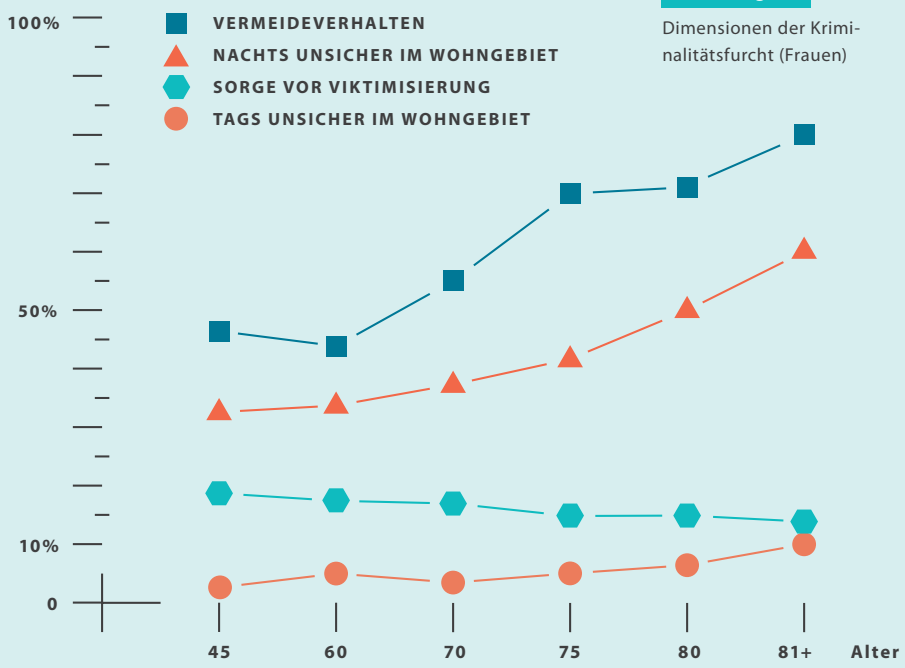
Dass sich viele Ältere trotz der zurückgehenden objektiven Kriminalitätsgefahren dennoch unsicher fühlen, wird in der Forschung seit langem als Viktimisierungs-Furcht-Paradox diskutiert (Greve 1998) [Kapitel 2.1.2 Gerontologie]. Der Schlüssel zum Verständnis dieses scheinbaren Widerspruchs liegt in der mit dem Alter häufig steigenden Vulnerabilität (Görgen et al. 2014).

Mit dem Alter sinkt das Zutrauen in die eigenen Fähigkeiten, sich in unsicheren Situationen und gegen potenzielle Angreifer behaupten zu können, und die Furcht vor schwerwiegenden Konsequenzen eines Angriffs nimmt zu.

Jedoch sind Unsicherheitswahrnehmungen ein vielschichtiges Phänomen mit unterschiedlichen Dimensionen. Fragt man nach der konkreten Beunruhigung, Opfer bestimmter Delikte zu werden, nimmt die Kriminalitätsfurcht mit dem Alter nicht zu, sondern leicht ab (Abb. 8 a & b). Außerdem liegt diese Furcht bei Männern und Frauen nicht sehr weit auseinander. Dies deutet auf eine eher realistische Einschätzung krimineller Gefahren hin. Allerdings müsste diese Furcht mit dem Alter angesichts der objektiven Risiken noch viel deutlicher sinken, um wirklich realistisch zu sein.

Abbildung 8 a

Dimensionen der Kriminalitätsfurcht (Frauen)

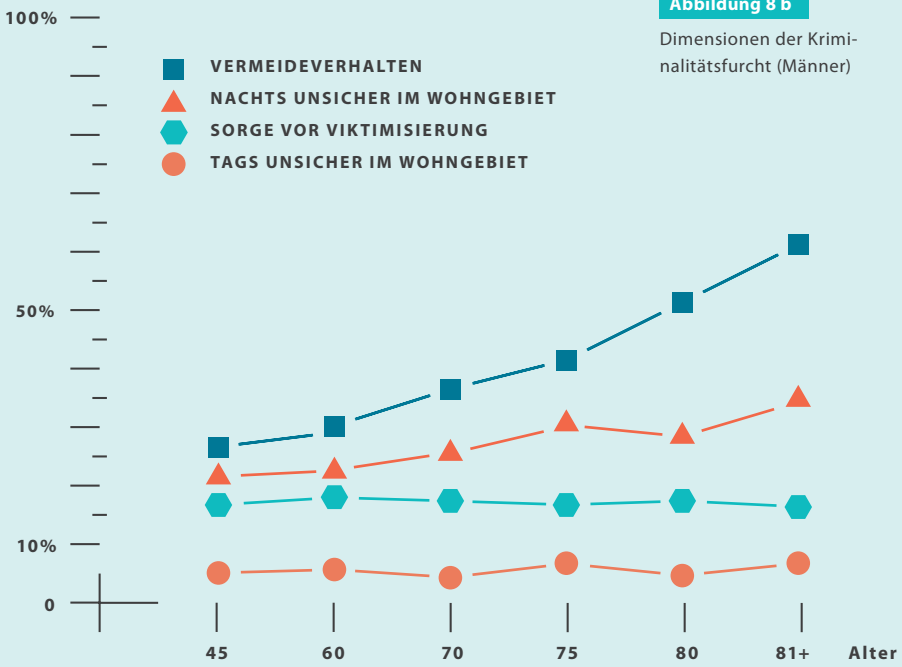


Anders sieht es jedoch mit dem unspezifischen Unsicherheitsgefühl aus, das man im Dunkeln oder auch tagsüber hat, wenn man im eigenen Wohngebiet alleine zu Fuß unterwegs ist oder wäre. Etwa ein Fünftel der Männer und ein

Drittel der Frauen im Alter zwischen 45 und 60 fühlen sich nachts alleine im Wohngebiet unsicher, und diese Anteile steigen bis zum Alter über 80 Jahren bei den Männern auf 35 Prozent und bei den Frauen auf 60 Prozent an (Abb. 8 a & b). Entsprechend nimmt auch das Vermeideverhalten mit dem Alter stark zu. Besonders Frauen ab 60 Jahren vermeiden zunehmend bestimmte Straßen und Orte oder die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, gehen nicht ohne Begleitung aus oder bleiben bei Dunkelheit gleich zu Hause. Natürlich ist dieses Unsicherheitsempfinden am Tage weit weniger verbreitet, aber es steigt bis auf 10 Prozent bei Frauen über 80 Jahren und bei Männern auf 6 Prozent an (Abb. 8 a & b). Unsicherheitsgefühle sind demnach ein Faktor, der die Mobilität und Nutzung öffentlicher Räume und damit potenziell die Teilhabe am sozialen Leben im Alter einschränkt.

Abbildung 8 b

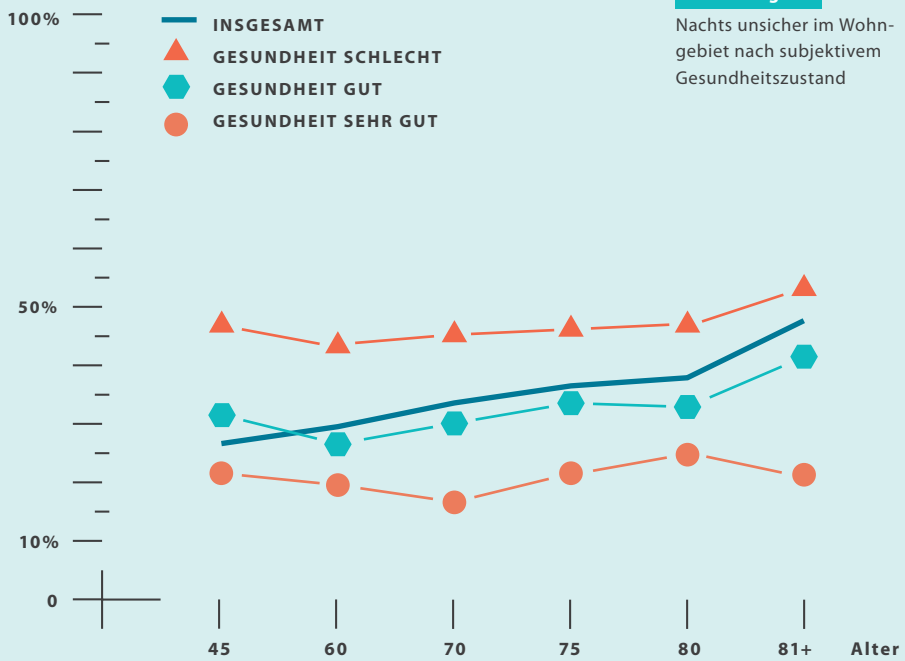
Dimensionen der Kriminalitätsfurcht (Männer)



Der Erklärungsansatz der Vulnerabilität ist vielschichtig und umfasst körperliche, psychologische und soziale Dimensionen. Aber alleine der subjektive Gesundheitszustand kann den größten Teil des altersbedingten Anstiegs

der Unsicherheitsgefühle im Wohngebiet und etwa die Hälfte des Anstiegs des Vermeideverhaltens erklären. Befragte, deren subjektiver Gesundheitszustand schlecht ist, fühlen sich in jedem Lebensalter erheblich unsicherer als Befragte mit sehr guter Gesundheit, die sich ebenso in jedem Lebensalter relativ sicher fühlen (Abb. 9). Da sich der subjektive Gesundheitszustand mit dem Alter drastisch verschlechtert, besteht ein sehr enger Zusammenhang mit dem Unsicherheitsempfinden.

Abbildung 9
Nachts unsicher im Wohngebiet nach subjektivem Gesundheitszustand



Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der Sensibilität gegenüber Signalen von Unordnung im Wohngebiet wider. Mit dem Alter findet man herumhängende Jugendliche auf der Straße oder Lärm durch laute Musik zunehmend schlimmer (Abb. 10). Aber gleichzeitig beobachten Befragte mit höherem Alter diese Zeichen der Unordnung immer seltener, vermutlich weil sie aufgrund rückläufiger Aktivitätsfelder und räumlichen Vermeideverhaltens seltener damit konfrontiert werden.

Abbildung 10

Wahrnehmung und Bewertung von herumhängenden Jugendlichen und Lärm

Neben dem Gesundheitszustand sind auch psychische und soziale Faktoren relevant für das Unsicherheitsempfinden.

Betrachtet man die Bedeutung unterschiedlicher individueller Faktoren gemeinsam in einem multivariaten Erklärungsmodell, so zeigen sich eine Reihe von wichtigen Einflüssen:

- **Sehr starke Effekte auf das Unsicherheitsgefühl haben neben Geschlecht und Gesundheitszustand auch der Bildungsstatus und die Einkommenslage: Bewohnerinnen und Bewohner mit hoher Bildung und guter Einkommenslage fühlen sich deutlich sicherer, und zwar unter Kontrolle sonstiger Einflüsse einschließlich des Wohnumfeldes (siehe dazu unten). Dies deutet darauf hin, dass Kriminalitätsfurcht auch ein Ausdruck allgemeiner sozialer Verunsicherungen ist** (Hirtenlehner & Hummelsheim-Doß 2015).
- **Ebenfalls mit sehr starken Verunsicherungen gehen mehrfache Opfererlebnisse insbesondere von Gewaltdelikten einher. Auch indirekte**

Opfererlebnisse im sozialen Umfeld tragen (weniger stark) zur Verunsicherung bei.

- **Eine ablehnende Haltung zu Migration ist mit stärkeren Unsicherheitsgefühlen verbunden. Dies zeigt die enge Verknüpfung der Wahrnehmungen von Kriminalität und Migrantinnen und Migranten bei vielen Menschen an. Beide Phänomene werden dann als soziale Bedrohung angesehen** (Hirtenlehner et al. 2016; siehe unten)**.**
- **Weniger starke, aber dennoch bedeutsame Zusammenhänge bestehen auch mit psychologischen Merkmalen der Überzeugung, das eigene Schicksal meistern und mit Unvorhersehbarem umgehen zu können, sowie mit dem Ausmaß nachbarschaftlicher Kontakte. Keinen Einfluss hat dagegen die Anzahl der Freunde.**

Diese Zusammenhänge verschiedener Faktoren mit Unsicherheitswahrnehmungen basieren auf der ersten Welle der Bewohnerbefragung und somit auf Querschnittsdaten. Die Frage, ob die genannten Faktoren ursächlich auf das Unsicherheitsempfinden wirken, oder ob beispielsweise andersherum Menschen, die sich unsicher fühlen, deswegen weniger Kontakte zu den Nachbarn pflegen, lässt sich wegen der fehlenden zeitlichen Ordnung dieser Effekte nicht klar bestimmen. Daher bietet die Wiederholungsbefragung im Abstand von 18 Monaten im Herbst 2015 die Chance, die Auswirkungen zum Beispiel von Opfererlebnissen oder einer Veränderung des Gesundheitszustandes auf die Veränderung der Unsicherheitswahrnehmungen zu untersuchen, und damit kausale Wirkungen deutlich besser erkennen zu können. Dabei muss allerdings ein Ausfall von etwa 40 Prozent der Befragten der ersten Welle berücksichtigt werden, die nicht mehr an der zweiten Befragung teilgenommen haben, darunter überproportional viele mit niedrigem Bildungsstatus und höheren Unsicherheitsempfinden. Dies bedeutet wiederum, dass unsere Ergebnisse die tatsächlichen Effekte vermutlich unterschätzen.

Bei der Analyse dieser Längsschnittdaten zeigen sich eine Reihe signifikanter Effekte, die für die ursächliche Wirkung von Opfererfahrungen auf die Unsicherheitswahrnehmungen sprechen:

- **Eine Gewaltviktimisierung zwischen den beiden Befragungen verstärkt sowohl die Unsicherheitsgefühle im Wohngebiet als auch die**

deliktsspezifischen Kriminalitätsfurcht und das Vermeideverhalten.

- **Gleichzeitig sinkt die Zufriedenheit mit dem Wohngebiet und gehen die nachbarschaftlichen Kontakte zurück.**
- **Diese Effekte einer Gewalterfahrung sind bei Befragten ab 65 Jahren deutlich stärker als bei jüngeren. Zwar werden Ältere viel seltener Opfer eines Gewaltdeliktes, aber dennoch sind die Konsequenzen für sie aufgrund ihrer größeren körperlichen und psychischen Verletzlichkeit härter.**
- **Weitergehende negative Auswirkungen auf die Lebenszufriedenheit sind jedoch nicht feststellbar, im Gegensatz zu anderen negativen Ereignissen wie schwere Erkrankungen und finanzielle Verluste, die die Lebenszufriedenheit deutlich mindern.**
- **Eigentumsdelikte einschließlich Wohnungseinbruch wirken sich entgegen den Erwartungen weitaus schwächer auf die Veränderung der Unsicherheitswahrnehmungen aus. Lediglich die deliktspezifische Kriminalitätsfurcht steigt an.**
- **Unabhängig von Opfererfahrungen geht ein Anstieg des Unsicherheitsempfindens zwischen den beiden Befragungen mit einem signifikanten Rückgang der Zufriedenheit mit dem Wohngebiet, der Nachbarschaftskontakte und der Häufigkeit des Besuchs von Kulturveranstaltungen sowie mit einem Anstieg des Vermeideverhaltens einher. Auch diese Effekte sind für Befragte ab 65 Jahren tendenziell stärker als für jüngere Befragte.**

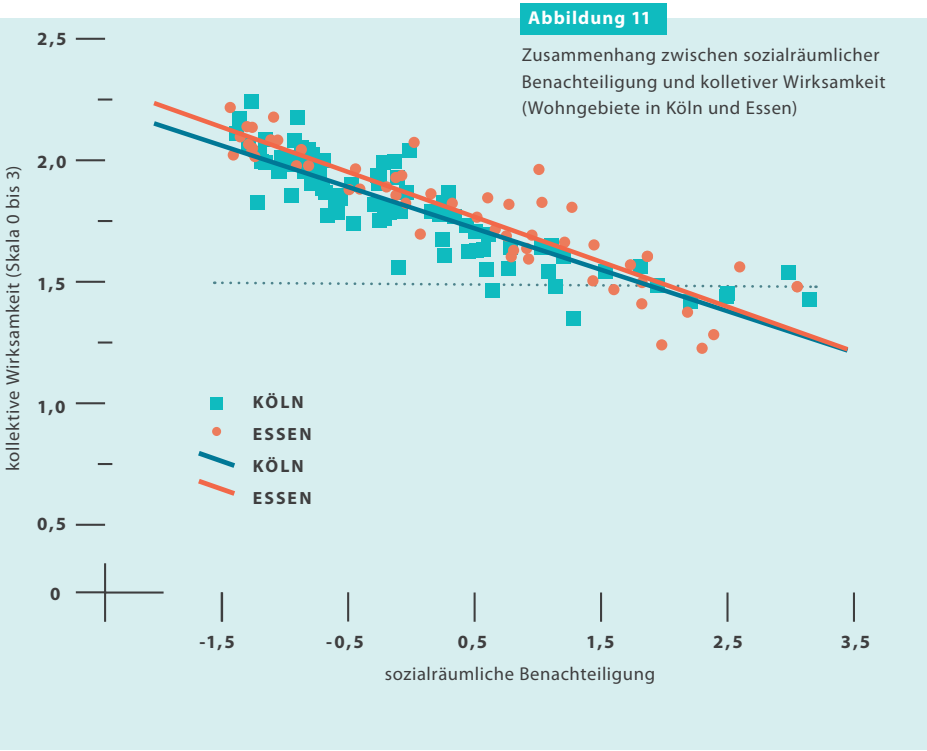
2.4.4 DIE SOZIALRÄUMLICHE DIMENSION: DIE ROLLE DER WOHNGEBIETE FÜR DAS UNSICHERHEITSEMPFINDEN

Dass die Unsicherheitswahrnehmungen der Menschen sehr stark von lokalen Bedingungen in den Wohngebieten geprägt werden, bestätigt sich auch in dieser Befragung. Alte Menschen unterscheiden sich dabei – trotz noch zu benennender Einschränkungen – nicht grundsätzlich von jüngeren. Wie in anderen Studien zuvor finden sich sehr enge Zusammenhänge zwischen dem Sicherheitsgefühl im Wohngebiet und dem Ausmaß der sozialräumlichen

Benachteiligungen (Lüdemann 2006, Oberwittler 2008). Dabei sind die beiden Hauptmerkmale struktureller Problemkonzentrationen – Armut (gemessen am Anteil Sozialgesetzbuch II/XII-Unterstützungsempfänger) und ethnische Diversität (gemessen an den Anteilen verschiedener nichtdeutscher Staatsangehörigkeiten) – in deutschen Großstädten so eng miteinander korreliert, dass sie zu einem gemeinsamen Indikator „sozialräumliche Benachteiligung“ zusammengezogen werden konnten. In Abbildung 11 ist der Zusammenhang zwischen dieser sozialräumlichen Benachteiligung und dem gemittelten wohngebietsbezogenen Unsicherheitsgefühl der Befragten auf der Ebene der 140 Wohngebiete als Streudiagramm dargestellt. Sehr deutlich ist zu erkennen, dass das Unsicherheitsgefühl, wenn man im Dunkeln alleine im eigenen Wohngebiet unterwegs ist oder wäre, mit der sozialräumlichen Benachteiligung stark ansteigt. In den besonders benachteiligten Wohngebieten fühlen sich sogar mehr als die Hälfte der Befragten unsicher. Sowohl Ausmaß als auch Zusammenhänge dieser Unsicherheitswahrnehmungen sind in Köln und Essen beinahe identisch. Dies spricht für die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse auf deutsche Großstädte.

Abbildung 11

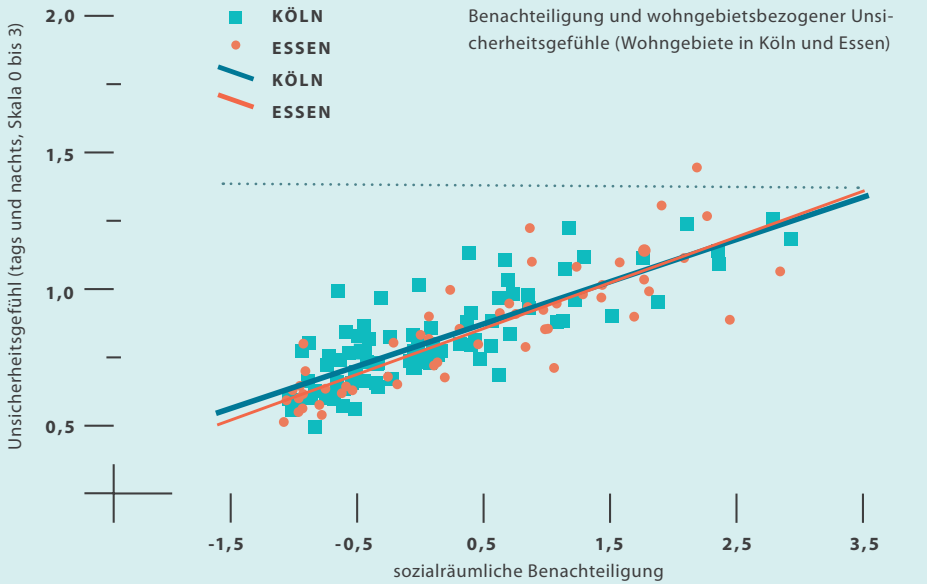
Zusammenhang zwischen sozialräumlicher Benachteiligung und kolletiver Wirksamkeit (Wohngebiete in Köln und Essen)



Nicht nur das Sicherheitsgefühl, sondern auch die kollektive Wirksamkeit als eine wichtige soziale Ressource der Bewohnerinnen und Bewohner, gemeinschaftlich lokale Probleme anzugehen, leidet in sozialräumlich benachteiligten Wohngebieten (Abb. 11). Wiederum decken sich die Ergebnisse in beiden Städten vollständig. Aber nur in den am stärksten benachteiligten Wohngebieten fällt das Niveau der kollektiven Wirksamkeit in einen negativen Bereich ab, in dem die Befragten die Fragen nach der kollektiven Wirksamkeit eher ablehnend beantwortet haben, während die Befragten in den allermeisten Gebieten eine unterschiedlich starke positive Wahrnehmung des gemeinschaftlichen Sozialkapitals haben.

Abbildung 12

Zusammenhang zwischen sozialräumlicher Benachteiligung und wohngebietsbezogener Unsicherheitsgefühle (Wohngebiete in Köln und Essen)



Betrachtet man die unterschiedlichen soziodemografischen und städtebaulichen Merkmale der Wohngebiete in multivariaten Modellen differenziert, so zeigt sich eine Hierarchie von Benachteiligungsfaktoren:

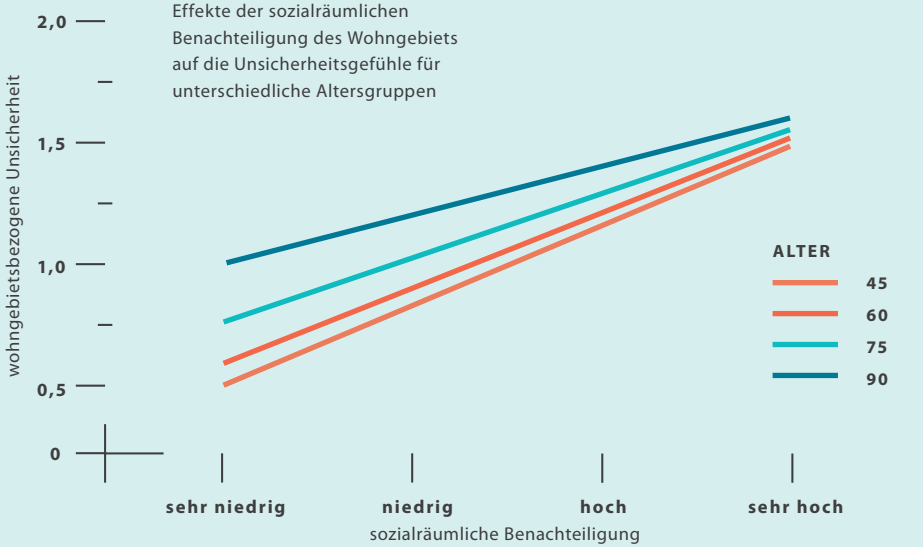
- **Die mit Abstand stärksten negativen Effekte auf das Sicherheitsempfinden haben an erster Stelle die ethnische Diversität und an zweiter Stelle der Anteil der Sozialgesetzbuch II/XII-Unterstützungsempfän-**

ger. Beide Strukturindikatoren für sich können beinahe Dreiviertel der Wohngebietsunterschiede im Unsicherheitsgefühl erklären, kombiniert als sozialräumliche Benachteiligung sogar beinahe 80 Prozent.

- Bei älteren Bewohnerinnen und Bewohnern verschieben sich diese Effekte stärker in Richtung der ethnischen Diversität, vermutlich da sie eine Tendenz zur stärkeren Ablehnung von Migrantinnen und Migranten haben (siehe unten).
- Deutlich geringere Effekte vergleichbarer Stärke gehen von der Fluktuation der Bewohnerschaft, von polizeilich registrierten Gewaltdelikten und Wohnungseinbrüchen sowie von Risikosignalen der Unordnung aus. Berücksichtigt man diese Merkmale zusätzlich zum dominanten Effekt der sozialräumlichen Benachteiligung, tragen sie aber nur relativ wenig zu den Unterschieden zwischen den Wohngebieten im Sicherheitsgefühl und in der kollektiven Wirksamkeit bei.
- Die räumliche Konzentration von Wohnungseinbrüchen ist besonders mit Unsicherheitswahrnehmungen, und die von Gewaltdelikten mit einer niedrigen kollektiven Wirksamkeit verbunden.

Abbildung 13

Effekte der sozialräumlichen Benachteiligung des Wohngebiets auf die Unsicherheitsgefühle für unterschiedliche Altersgruppen



Risikosignale der Unordnung, die unabhängig von der Befragung durch systematische Beobachtungen erhoben wurden, haben in Essen deutlich stärkere Effekte als in Köln, wo es eine größere Toleranz gegenüber Graffiti und Schmutz zu geben scheint.

Obwohl sie als verletzlicher gelten können, lassen sich ältere Bewohnerinnen und Bewohner weniger stark von sozialräumlichen Problemlagen beeindrucken. Dieser auf den ersten Blick paradoxe Befund soll hier näher analysiert werden. Die Unterschiede im Sicherheitsgefühl zwischen den Wohngebieten sind bei den älteren Befragten generell etwas geringer. Insbesondere nimmt ihr Unsicherheitsgefühl nicht in gleichem Maße wie das der Jüngeren mit der sozialräumlichen Benachteiligung ihrer Wohngebiete zu. Dieser Effekt ist in Abbildung 13 grafisch dargestellt. Die vier unterschiedlich schattierten Linien stellen diese Zusammenhänge zwischen sozialräumlicher Benachteiligung und Unsicherheitsgefühl für unterschiedliche Altersgruppen dar.

Das Unsicherheitsgefühl der Älteren steigt deswegen nicht so stark mit der sozialräumlichen Benachteiligung an, weil es bereits in den sozial besonders privilegierten Wohngebieten deutlich höher liegt als das der Jüngeren. Demgegenüber haben in den am meisten benachteiligten Wohngebieten alle Altersgruppen ungefähr gleich viel Furcht. Es kann vermutet werden, dass dieser überraschende Befund gerade mit der stärkeren individuellen Verletzlichkeit von Alten, insbesondere aufgrund ihres schlechteren Gesundheitszustandes, erklärbar sein könnte. Diese individuellen Faktoren schieben sich quasi vor die sozialräumlichen Faktoren und führen dazu, dass das Unsicherheitsempfinden der Älteren sich tendenziell überall und unabhängig von den sozialräumlichen Bedingungen, denen sie sich auch weniger aussetzen, ähnlicher ist.

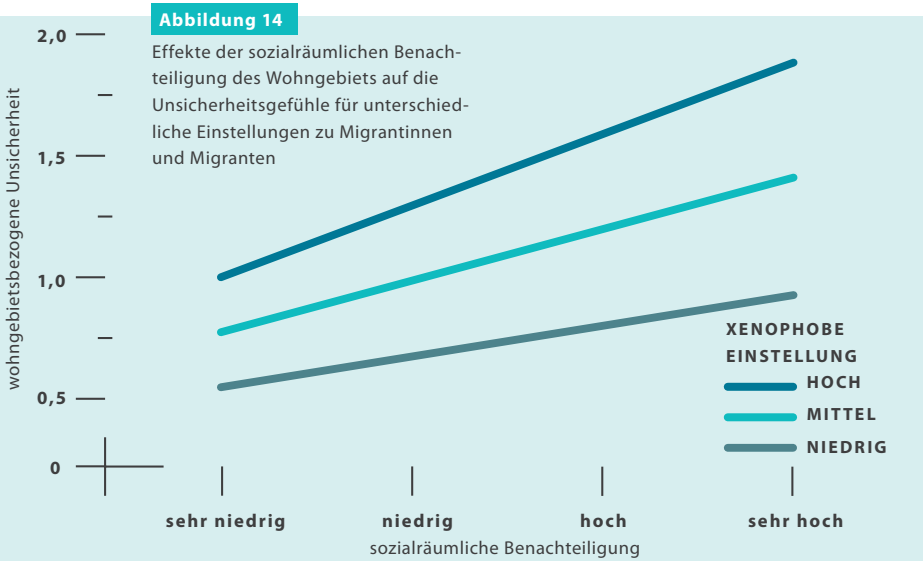
Nicht nur das Alter, sondern auch andere individuelle Eigenschaften entscheiden darüber, wie stark sich sozialräumliche Merkmale auf die Unsicherheitswahrnehmungen der Bewohnerinnen und Bewohner auswirken. Eine der wichtigsten Dimensionen ist hierbei die Einstellung gegenüber Migration. Es wurde bereits auf die enge Verknüpfung der Themen Kriminalität und Migration hingewiesen. Die Befragten wurden daher nach ihrer Meinung zu einigen Aussagen wie zum Beispiel “Dass hier Menschen aus verschiedenen Ländern und Kulturen leben, ist ein Gewinn für Köln [bzw. Essen]“ gefragt, um

daraus ihre positive oder ablehnende Einstellung gegenüber Migrantinnen und Migranten zu messen. Es zeigt sich, dass diese Einstellungsdimension entscheidend darüber bestimmt, in welchem Ausmaß sozialräumliche Benachteiligungen – und damit die ethnische Diversität – bei den Bewohnerinnen und Bewohnern Unsicherheitsgefühle auslöst. Dies gilt für alle Altersgruppen gleichermaßen. In Abbildung 14 wird dieses Wechselspiel von individueller Einstellung zu Migranten und sozialräumlicher Benachteiligung für die Altersgruppe ab 65 grafisch dargestellt. Diese Auswertung berücksichtigt Befragte ohne und mit Migrationshintergrund, die Ergebnisse nur für einheimische Befragte sind sehr ähnlich.

Befragte, die eine sehr positive Einstellung gegenüber Migrantinnen und Migranten haben, fühlen sich erstens generell sicherer, und zweitens wird ihr Sicherheitsgefühl auch deutlich weniger von sozialräumlichen Benachteiligungen beeinflusst, wie man an dem vergleichsweisen geringen Anstieg der Unsicherheit mit zunehmender sozialer Benachteiligung der Wohngebiete sehen kann (Abb. 14). Demgegenüber zeigen Befragte mit sehr negativen (xenophoben) Einstellungen gegenüber Migrantinnen und Migranten ein höheres Niveau der Unsicherheit und außerdem einen stärkeren Zusammenhang mit der sozialen Benachteiligung der Wohngebiete.

Abbildung 14

Effekte der sozialräumlichen Benachteiligung des Wohngebiets auf die Unsicherheitsgefühle für unterschiedliche Einstellungen zu Migrantinnen und Migranten



2.4.5 ZUSAMMENFASSUNG

Die postalische Befragung von rund 6500 Bewohnerinnen und Bewohnern zwischen 25 und 89 Jahren in Köln und Essen hat Erkenntnisse früherer Studien zum Sicherheitsempfinden im Alter bestätigt und neue Erkenntnisse vor allem zum Einfluss sozialräumlicher Bedingungen der Wohngebiete gewonnen.

Die Unsicherheitsgefühle und die Sensibilität gegenüber Signalen der Unordnung im Wohngebiet nehmen mit dem Alter deutlich zu, obwohl die Kriminalitätsrisiken (mit Ausnahme von Einbruchs- und Betrugsdelikten) gleichzeitig sinken. Dieses Paradox wird verständlich, wenn man die steigende körperliche und psychische Verletzlichkeit älterer Menschen berücksichtigt, die zwar nicht die Wahrscheinlichkeit eines Opfererlebnisses, aber dessen potenzielle Konsequenzen erhöht. Zudem spiegeln Unsicherheitsgefühle nicht nur Furcht vor Kriminalität wider, sondern auch Ängste vor anderen Lebensrisiken und unspezifische Sorgen. So ist beispielsweise der Zusammenhang zwischen Kriminalitätsfurcht und der Einstellung zu Migranten sehr eng.

Mit dem steigenden Unsicherheitsempfinden wächst auch die Tendenz, als unsicher wahrgenommene Orte und Situationen – vor allem in Dunkelheit – zu vermeiden. Es ist dann eine Frage des Ausmaßes, ob dieses Vermeideverhalten zu einem weitgehenden sozialen Rückzug führt und Ältere damit „Gefangene ihrer Furcht“ werden, oder ob es teils auch als Ausdruck einer altersgemäßen Anpassung des Lebensstils verstanden werden kann (Görgen et al. 2014: 29f.). Für letztere Perspektive spricht beispielsweise, dass ältere Bewohnerinnen und Bewohner nicht generell weniger Nachbarschaftskontakte pflegen, sondern in ihren Wohngebieten überwiegend sozial verwurzelt sind und sich dort entsprechend zu Hause fühlen.

Dennoch zeigte sich bei der längsschnittlichen Analyse im Abstand von 18 Monaten, dass eine Zunahme von Unsicherheitsgefühlen mit negativen Auswirkungen auf das Wohlbefinden und Sozialverhalten einhergehen. Außerdem steigern tatsächliche Gewalterfahrungen diese Unsicherheitsgefühle und die eben beschriebenen negativen Folgewirkungen. Zwar sind Opfererlebnisse im Alter zunehmend seltener, aber anhand der Befragungsergebnisse kann gezeigt werden, dass ihre Konsequenzen bei älteren Menschen schärfer sind.

Diese Ergebnisse unterstreichen die zentrale Bedeutung des Vulnerabilitätskonzepts für das Verständnis des Sicherheitsempfindens älter Menschen und damit auch für Präventionsmaßnahmen, die zur Stärkung der Selbstwirksamkeit und der Kompetenz im Umgang mit Unsicherheiten beitragen.

Sozialräumliche Probleme tragen erheblich zur Steigerung von Unsicherheitsgefühlen in Wohngebieten bei. An erster Stelle ist die soziale und ethnische Segregation zu nennen, die dafür sorgt, dass benachteiligte Bevölkerungsgruppen in einigen großstädtischen Wohngebieten konzentriert leben. Dies schwächt den Zusammenhalt und die kollektive Wirksamkeit. Damit tragen einhergehende Problemlagen wie eine höhere Kriminalitätsbelastung, städtebauliche Mängel und ein vermehrtes Auftreten von Signalen der Unordnung dann zusätzlich zur Verunsicherung bei. Auch wenn die soziodemografische Struktur der Wohngebiete als Grundursache der Unsicherheit gelten kann, heißt dies nicht, dass städtebauliche Mängel und Zeichen der Unordnung nicht trotzdem geeignete Ansatzpunkte für Präventionskonzepte bieten, da sie im Gegensatz zu soziodemografischen Strukturen direkter beeinflussbar sind (Görgen et al. 2014: 53).

Ein unerwartetes Ergebnis der Befragung ist, dass ältere Bewohnerinnen und Bewohner in ihren Unsicherheitswahrnehmungen weniger stark von diesen sozialräumlichen Problemlagen beeinflusst werden als eine jüngere Bewohnerschaft. Es wird vermutet, dass sich im Alter individuelle Faktoren wie die nachlassende körperliche und psychische Selbstwirksamkeit als Verursacher von Unsicherheitsgefühlen in den Vordergrund schieben und somit sozialräumliche Faktoren zurückdrängen. Eine bislang wenig beachtete Folge davon ist, dass sich ältere Bewohnerinnen und Bewohner in „guten“ Wohnlagen ebenfalls relativ unsicher fühlen, insbesondere im Vergleich zu jüngeren Altersgruppen in denselben Wohngebieten, während der Altersunterschied im Sicherheitsempfinden mit zunehmender sozialräumlichen Problemen immer kleiner wird. Auch wenn gesonderte Angebote für die ältere Bewohnerschaft notwendig und angemessen sind, sollte darüber nicht vergessen werden, dass Präventionskonzepte zur Verbesserung der subjektiven Sicherheitslage der Bevölkerung eine ganzheitliche Aufgabe darstellen.

2.5 ANSATZPUNKTE DER KRIMINALPRÄVENTION

Es ist das Kernanliegen der Kriminalprävention, kriminellen und die Ordnung beeinträchtigenden Ereignissen vorzubeugen. Dabei werden die drei Stufen der Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention differenziert (vgl. Meier 2010: 274ff.). Die Schutzorientierung der Primärprävention setzt grundsätzlich an – das heißt stadträumlich in der Planungsphase beziehungsweise vor Entwicklungsmaßnahmen und sozial mit universellen Angeboten zur Stärkung der sozialen Strukturen. Der Blick ist vorausschauend langfristig angelegt und soll den Stadtraum und die nutzenden Personen befähigen, Gefährdungen und Risiken zu vermeiden oder mit ihnen zumindest in vorbeugender Weise umzugehen. Die Sekundärprävention zielt im Sinne einer Früherkennung darauf, Störungen in einem Stadtraum bereits in einem frühen Stadium zu erkennen und den diagnostizierten möglichen Gefahren mit präventiven Maßnahmen Einhalt zu bieten. Im Fall der Tertiärprävention ist eine Problemsituation im Stadtgebiet bereits eingetreten. Reaktionen sollen weiteren Verschärfungen vorbeugen und die Fortsetzung der Komplikationen verhindern. Im stadträumlichen Kontext geht es dabei häufig um Angsträume mit Risikozeichen und um Orte, an denen kritische Ereignisse auftreten, aber auch um Nutzungskonflikte, die in der alltäglichen Konkurrenz zwischen den Stadtraum nutzenden Gruppen entstehen.

Die Ziele von Präventionsmaßnahmen bestehen vor allem darin, einerseits das objektive Risiko zu vermindern, Opfer einer kriminellen Handlung zu werden, und andererseits der subjektiven Wahrnehmung von Unsicherheit vorzubeugen. Als „sicher“ gelten im Allgemeinen Situationen, die frei von Bedrohungen sind

beziehungsweise wahrgenommen werden und in denen die Unversehrtheit von Körper sowie Eigentum nicht beeinträchtigt wird. Es ist ein Merkmal der alltäglichen Lebensqualität, wenn die Menschen im Gefühl der Sicherheit unbeschwert in ihren Wohnungen leben und ohne Beeinträchtigungen die öffentlichen Räume im Wohnumfeld nutzen können.

Im ISAN-Präventionsmodell des Forschungsschwerpunktes Sozial • Raum • Management der Technischen Hochschule Köln wurden vier Ansatzpunkte der Prävention identifiziert: (1) Infrastruktur und soziale Integration, (2) Sozialmanagement der Wohnungswirtschaft, (3) Architektur und Städtebau sowie (4) nachbarliche Kohäsion (vgl. Schubert & Veil 2011a).

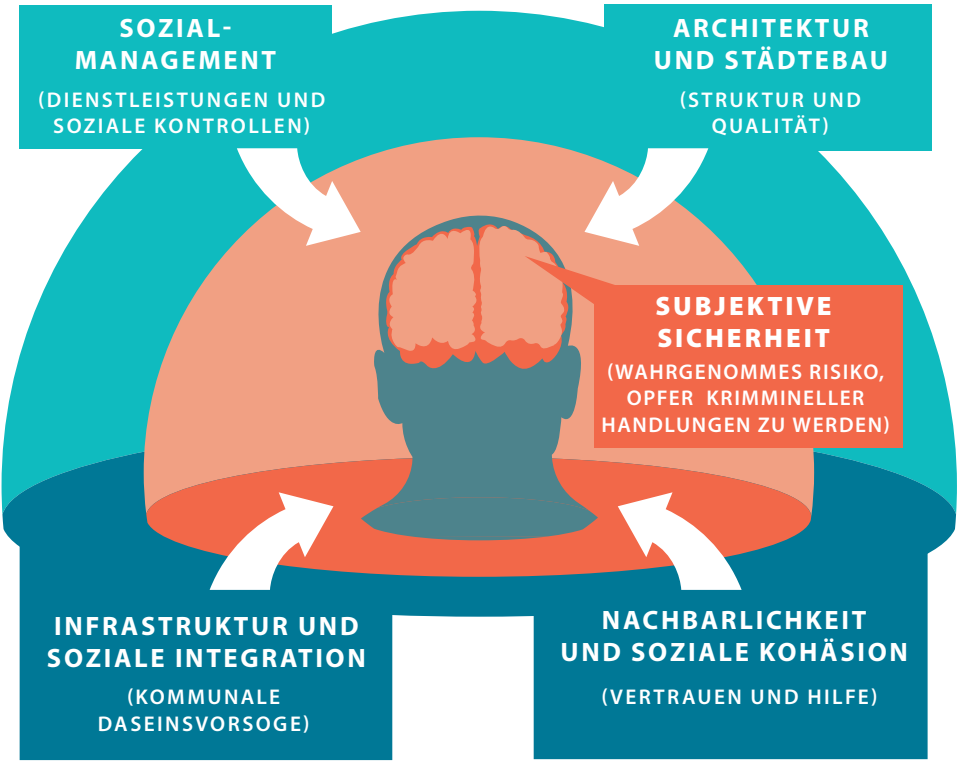


Abbildung 15

Das ISAN-Präventionsmodell (verändert nach Schubert & Veil 2011a: 90)

2.5.1 INFRASTRUKTUR UND SOZIALE INTEGRATION

Im Blickpunkt der ersten Isan-Handlungsebene „Infrastruktur und soziale Integration“ stehen (sozial-)pädagogische Präventionsansätze zur Stärkung sozialer Schutzfaktoren und zur Verminderung sozialer Risikofaktoren im Gemeinwesen. Neben der Präventionslogik stärkt die soziale Infrastruktur die lokale Lebensqualität und fördert die Integration der Bewohnerinnen und Bewohner. Da im positivistischen Erklärungsansatz die Delinquenz auf die Lebensumstände wie beispielsweise Armut oder Benachteiligung zurückgeführt wird, setzt Kriminalprävention traditionell an sozialen Verhältnissen als Wurzeln des Problems an. Diese sozialpolitische Herangehensweise rückt gegenüber repressiven und kontrollierenden Maßnahmen das wohlfahrtsstaatliche Ziel gesellschaftlicher Integration in den Vordergrund. Um stigmatisierende Effekte zu vermeiden, wird Kriminalprävention als Teilaspekt des fachlichen Handelns in den Bereichen der Sozialen Arbeit, Bildung und Beschäftigung interpretiert. So können die Erneuerung benachteiligter Wohnquartiere, die Bekämpfung der Obdachlosigkeit, der soziale Wohnungsbau, die Bereitstellung von Grünflächen und die Schaffung soziokultureller Infrastruktureinrichtungen zu einer sozialen Prävention im umfassenden Sinn gerechnet werden. Die Kommune – vertreten durch die Fachbereiche ihrer Verwaltung – und zivilgesellschaftliche Akteure – wie Träger der Freien Wohlfahrtspflege und bürgerschaftliche Vereine – repräsentieren dabei die handelnden Akteure.

2.5.2 SOZIALMANAGEMENT

Auf der zweiten iSan-Handlungsebene „Sozialmanagement“ sind vor allem wohnungswirtschaftliche Akteure die Handelnden. Sie ergänzen die Wohnfunktion mit wohnbegleitenden Maßnahmen zur Erhöhung der lokalen Sicherheit – beispielsweise etablieren sie Hausmeisterdienste und Concierge oder aktivieren die Bewohnerschaft, um die soziale Kontrolle in der Siedlung zu fördern. Es handelt sich hierbei vor allem um situative Kontrollstrategien der Prävention. Wenn die Wohnbevölkerung auf diesem Wege beteiligt wird, stabilisieren sich sicherheitsfördernde Kräfte im Wohnumfeld. Das Sozialmanagement der privaten Wohnungswirtschaft wird ergänzt durch soziale Kontrolle der Polizei

im öffentlichen Raum, sodass die Zusammenarbeit privater und öffentlicher Akteure ebenfalls einen Aspekt des Sozialmanagements darstellt. Durch die Unterhaltung und Bewirtschaftung, Reinigungs- und Instandsetzungsmaßnahmen sowie Sanierung und Modernisierung signalisieren Vermieterinnen und Vermieter sowie Wohnungseigentümerinnen und Wohnungseigentümer, dass sie sich um den Raum kümmern (vgl. Atlas et al. 2008: 74ff.).

2.5.3 ARCHITEKTUR UND STÄDTEBAU

Bauliche und materielle Aspekte erfüllen auf der dritten isAn-Ebene von „Architektur und Städtebau" Präventionsfunktionen im Siedlungsraum. Hier sind Akteure aus den Fachbereichen Design, Architektur, Freiraumplanung und anderen gestaltenden Professionen die handelnden Akteure, die im Auftrag kommunaler und privatwirtschaftlicher Akteure ihre Dienstleistungen erbringen. Nach dem situativen Präventionsansatz kommt es auf dieser Ebene darauf an, den städtischen Raum so zu gestalten, dass Tatgelegenheiten minimiert und Angst erzeugende Bereiche planerisch ausgeschlossen werden (vgl. Lukas 2010; Schubert 2005; 2008). Die Ursprünge dieses Ansatzpunktes reichen bis in die 1970er Jahre zurück: Es wurde damals angeregt, nicht nur auf die sozialen Ursachen von Kriminalität – wie Benachteiligung und subkultureller Kontext – zu schauen, sondern auch an den Gelegenheiten im Stadtraum anzusetzen (vgl. Jeffery 1971). Den Impuls gaben die hohen Kriminalitätsraten in Großwohnsiedlungen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus (vgl. Newman 1972): Es wurde festgestellt, dass die Verantwortungsübernahme von Bewohnerinnen und Bewohnern durch den überdimensionierten Maßstab der Gebäude, wegen der anonymen Unübersichtlichkeit der Bewohnerschaft und wegen der fehlenden räumlichen Gestaltung behindert wird. Auf dieser Grundlage wurden zahlreiche Designempfehlungen für eine kriminalpräventive Gestaltung der Stadt abgeleitet (vgl. Alexander et al. 1995; Crowe 2013; Laboratorio Qualità Urbana e Sicurezza 2007). Zugrunde liegt die Anforderung der Situationskontrolle, die David Garland mit den Worten zusammenfasst:

> *„Der Präventionssektor befasst sich nicht mit individuellen Tätern, sondern mit kriminogenen Situationen, die so verändert werden sollen, dass sie weniger anfällig für Straftaten und weniger einladend für potenzielle Täter werden"* (Garland 2008: 308).

Das Augenmerk wird dabei weniger auf die Integration abweichender Personen (Social Engineering) sondern stärker auf die Umgestaltung städtischer Situationen (Situational Engineering) gerichtet (vgl. Garland 2008: 326). Um die mit einer kriminellen Handlung verbundene Belohnung zu verhindern, verfolgen die Gestaltungsvorschläge das Ziel, den Aufwand für potenzielle Täterinnen und Täter beträchtlich zu erhöhen (vgl. Clarke & Eck 2007). Kerndimensionen der Gestaltung sind:

- **eine Robustheit der physischen Barrieren potenzieller Ziele (Target Hardening: zum Beispiel Sicherheitsschloss, Mehrfachverriegelung der Wohnungstür, widerstandsfähiges Türblatt, vandalismusresistente Möblierung, Panzerglas),**
- **die Kontrolle des Zugangs zum Objekt (Access Control: zum Beispiel Zaun, Eingangscode, Sprechanlage am Eingang, Beschränkung der Zahl der Eingänge), und**
- **die Ablenkung potenzieller Täter durch städtebauliche oder Bewirtschaftungsstrategien (Removing or Deflecting Offenders: zum Beispiel Einbahnstraße, eingeschränkte Parkmöglichkeiten, genehmigte Bereiche für Graffiti)** (vgl. Atlas et al. 2008)**.**

Weitere Aspekte sind die Erhöhung des Entdeckungsrisikos von potenziellen Täterinnen und Täter durch die formelle Überwachung (zum Beispiel Videokameras, Polizeistreifen), die Überprüfung von Besucherinnen und Besuchern (zum Beispiel Personenkontrollen durch Concierge) und die Förderung der informellen Überwachung (zum Beispiel bessere Ausleuchtung am Abend, Ausrichtung der Fenster zum öffentlichen Raum, Belebung des Freiraumes um das Haus herum durch Nutzungsmischung und Standorte von Haltestellen des ÖPNV). Die Tatgelegenheit wird zum Schlüsselbegriff, um Kriminalitätsrisiken im städtischen Kontext zu bewerten. Das Design von Architektur, Wohngebiet und Stadtraum – insgesamt die räumliche Gestaltung – soll das Risiko, durch Kontrollmaßnahmen entdeckt zu werden, steigern und damit die Kosten beziehungsweise den Aufwand einer Straftat erhöhen.

2.5.4 NACHBARLICHKEIT

Auf der vierten isaN-Ebene der „Nachbarlichkeit und sozialen Kohäsion“ repräsentieren die Bewohnerinnen und Bewohner selbst die handelnden Akteure. Es ist die Handlungsebene der lokalen Selbstorganisation, Sicherheit im informellen Zusammenspiel zu erwirken. Die Gemeinwesenarbeit ist bereits in den 1920er bis 1940er Jahren von den Humanökologen der Chicago School in den USA als Ansatzpunkt der Kriminalprävention entwickelt worden. Nach kommunitaristischen Prinzipien wird in ausgewählten Gebietseinheiten die Gründung zivilgesellschaftlicher Organisationen angeregt, damit die lokale Bewohnerschaft bei der Bestimmung und Umsetzung von Aktivitäten aktiv mitwirken kann. Die Selbstorganisation fördert im Gemeinwesen die informelle soziale Kontrolle; sie kann daher als kriminalpräventives Instrument betrachtet werden. Die Stärkung des sozialen Zusammenhalts wird vielfach als Schlüsselstrategie der Kriminalprävention angesehen, wobei an die Collective Efficacy Theorie angeknüpft wird (vgl. Saville & Cleveland 2003; Sampson 2012). Zugrunde liegt die Rückbesinnung auf Jane Jacobs (vgl. 1961) Anregung, neben der Eyes-on-the-Street-Forderung die Nachbarlichkeit als Kern sicherer Wohnquartiere zu begreifen (vgl. Schubert & Veil 2011b). In den Blickpunkt rücken die Facetten der Nachbarschaftsförderung (Community Building), der nachhaltigen Stadt(teil-) Entwicklung (Sustainable Urban Development), der Partizipation und des Empowerments (vgl. Colquhoun 2004: 61ff.). Die Förderung des Nachbarschaftszusammenhangs im Quartier soll auf der Grundlage geteilter Wertorientierungen erfolgen, damit Verantwortung für die informelle soziale Kontrolle des öffentlichen Raumes übernommen wird (vgl. Saville & Cleveland 2008: 95ff.). Darüber hinaus soll auch die „Nachbarschafts- und Quartierskultur“ (Community Culture) gefördert werden, die einerseits die kulturelle Diversität pflegt und andererseits von früheren Generationen gelebte Traditionen wiederbelebt. Dabei sollen die kulturellen Werthaltungen adressiert werden, die den Incivilities und der Kriminalität im Sozialraum zugrunde liegen. Die lokale Kultur wird als Impulsgeber aufgefasst, dass Bewohnerinnen und Bewohner Verantwortung im öffentlichen Raum des Wohnquartiers übernehmen und zur informellen Kontrolle beitragen.

Das Konzept der Seniorensicherheitskoordination findet vor allem auf der ersten Isan-Handlungsebene „Infrastruktur und soziale Integration“ statt, soll aber auch einen Beitrag für die vierte isaN-Ebene der „Nachbarlichkeit und sozialen Kohäsion“ leisten. Denn der Fokus liegt auf der (sozial-)pädagogisch ausgerichteten Prävention, indem Einrichtungen der Sozialen Arbeit und Gemeinwesenarbeit im Wohnquartier kriminalpräventive Maßnahmen für ältere Menschen durchführen. Die sozialen Schutzfaktoren der älteren Bevölkerung werden dadurch gestärkt, sodass Risikozeichen im Gemeinwesen weniger verunsichernd wirken und die Teilhabe der älteren Bewohnerinnen und Bewohner am Alltagsleben im Wohnquartier gefördert wird.

Der Ansatz knüpft an das Konzept der kommunalen Kriminalprävention an, das im angelsächsischen Raum als Community Crime Prevention entwickelt wurde. Es ist nicht nur das Ziel, die Kriminalität zu verringern, sondern auch die Kriminalitätsfurcht – das subjektive Unsicherheitsgefühl – zu reduzieren. In der kommunalen Kriminalprävention wird eine ressortübergreifende Zusammenarbeit und Vernetzung von Polizei, Ordnungsamt, Jugendamt, Sozialamt, Wohnungsunternehmen und anderen Akteuren in der Kommune angestrebt. Aber diese geforderte Kooperation steht teilweise vor Schwierigkeiten. Hemmend wirken die über lange Zeiträume verhärteten Vorbehalte zwischen spezifischen Professionen im kommunalen Raum. Eine dieser kritischen Beziehungsachsen betrifft das Verhältnis zwischen Fachkräften der Sozialen Arbeit und der örtlichen Polizei.

2.6 GEMEINWESENARBEIT UND SOZIALE ARBEIT

Die Gemeinwesenarbeit gilt neben der Einzelfallarbeit und Gruppenarbeit als sogenannte dritte Methode der Sozialen Arbeit.

> *„Gemeinwesenarbeit (GWA) ist eine sozialräumliche Strategie, die sich ganzheitlich auf den Stadtteil und nicht pädagogisch auf einzelne Individuen richtet. Sie arbeitet mit den Ressourcen des Stadtteils und seiner Bewohnerinnen und Bewohner, um seine Defizite aufzuheben. Damit verändert sie dann allerdings auch die Lebensverhältnisse seiner Bewohnenden.“* (Oelschlägel 2001: 653)

Aus dieser Definition lassen sich einige Funktionen der Gemeinwesenarbeit ableiten:

- **Ziel ist es, Ressourcen zu aktivieren und zur Verfügung zu stellen.**
- **Bewohnerinnen und Bewohner werden beraten und aktiviert, um ihr Schicksal selbstbewusst in die Hand zu nehmen.**
- **Gemeinwesenarbeit ist Kulturarbeit und fördert Eigentätigkeit und Genuss.**
- **Gemeinwesenarbeit ist ein Teil lokaler Politik.**
- **Gemeinwesenarbeit heißt auch Vernetzung im Stadtteil** (vgl. ebd.).

Der Handlungsort der Gemeinwesenarbeit ist der Sozialraum der Bewohnerinnen und Bewohner beziehungsweise der Nutzerinnen und Nutzer des Sozialraums. In der Regel handelt es sich um einen Stadtteil; der Sozialraum kann aber

auch eine Nachbarschaft mit einigen Baublöcken oder Straßenzügen umfassen. Diese sozialen Räume sind der Gegenstand sozialpädagogischer Einflussnahme, die an den Alltagserfahrungen der dort lebenden Menschen ansetzt und die sozialen Eigenkräfte zu aktivieren sucht. Da die Gemeinwesenarbeit pädagogisch nicht auf einzelne Individuen ausgerichtet ist, sondern auf die ganzheitliche Gestaltung des Sozialraums, umfasst das Tätigkeitsprofil von Fachkräften der Gemeinwesenarbeit auch die fachliche Kooperation der professionellen Akteure im Stadtteil. Methodisch kommt in der Gemeinwesenarbeit ein Mix verschiedener Instrumente zum Einsatz. Dieser umfasst sowohl Einzelfallhilfe, Gruppenarbeit, Beratung sowie Therapie als auch Moderationsmethoden, empirische Sozialforschung und Sozialraumanalysen. Die Gemeinwesenarbeit bildet dabei die Schnittstelle zwischen dem Stadtteil und der Stadt. Dieses Schnittstellenmanagement erfordert netzwerkartige Kooperationsformen zwischen den professionellen Akteuren im Quartier und beispielsweise den Ämtern der Stadtverwaltung. Aufgabe der Gemeinwesensarbeiterin und des Gemeinwesensarbeiters ist die Koordination und das Management dieser Netzwerke. Diese Steuerungsfunktion umfasst auch die Koordination finanzieller, institutioneller und räumlicher Ressourcen. So kann es Aufgabe von Gemeinwesenarbeit sein, Fördermittel zu akquirieren, die Verteilung der Mittel im Stadtteil zu organisieren und dadurch innovative Entwicklungsimpulse im Stadtteil zu initiieren.

Der ganzheitliche Anspruch der Gemeinwesenarbeit trägt auch zur Herstellung von Sicherheit durch Prävention bei. Hier sind sechs Präventionsdimensionen zu sehen:

1. **Die Gemeinwesenarbeit stärkt den sozialen Zusammenhalt zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Nutzerinnen und Nutzern des Sozialraums und fördert den Aufbau von Nachbarschaften beispielsweise durch Nachbarschaftsfeste und gemeinsame Aktionen.**
2. **Die Gemeinwesenarbeit trägt zur Beseitigung von Unordnungserscheinungen im Quartier bei, indem der öffentliche Raum nach Sicherheits- und Präventionskriterien gestaltet wird.**
3. **Die Gemeinwesenarbeit fördert die soziale Kontrolle und stärkt die Verantwortung der Bewohnerinnen und Bewohner für ihren Stadtteil.**

4. **Die Gemeinwesenarbeit stärkt die individuellen Schutzfaktoren, indem darauf abgestimmte Angebote gemeinsam mit sozialen Diensten entwickelt und angeboten werden. Dies können freizeitpädagogische Angebote oder Sportangebote gegen Vandalismus sein.**
5. **Die Gemeinwesenarbeit wirkt auf die Verbesserung des Images des Sozialraums hin, um die Konstruktion eines „unsicheren Ortes“ durch die Medien zu verhindern.**
6. **Die Gemeinwesenarbeit baut Netzwerke zwischen relevanten Akteuren nach dem Prinzip der Prävention durch Kooperation auf. So werden auch Polizei und Bauverwaltung in den Sicherheitsdiskurs im Quartier integriert.**

DAS KONZEPT DER SENIORENSICHERHEITS-KOORDINATION

Das Konzept der Seniorensicherheitskoordination zielt auf eine sozialräumlich orientierte Prävention objektiver und vor allem subjektiver Unsicherheiten. In der Sozialen Arbeit existieren vielfältige Maßnahmen für Seniorinnen und Senioren, die das soziale und gesundheitliche Wohlbefinden fördern sollen. Im Rahmen der Seniorensicherheitskoordination werden unterschiedliche bestehende Ansätze zusammenführt und weiterentwickelt. Durch den Begriff „Koordination“ wird angezeigt, dass es sich nicht um ein vorgefertigtes und von außen kommendes Konzept handelt. Es geht vielmehr darum, lokal bestehende Initiativen und Maßnahmen unterschiedlicher Ausrichtung zu nutzen und diejenigen anzuregen, die im Zusammenhang einen Beitrag dazu leisten können, objektive Risiken und Unsicherheitswahrnehmungen zu reduzieren und die soziale Teilhabe von älteren Bewohnerinnen und Bewohnern zu fördern.

3

3.1 LEBENSWELT- UND BEDARFSORIENTIERUNG DURCH SOZIALE EINRICHTUNGEN IM STADTTEIL

Projekte kommunaler Kriminalprävention werden in einer großen Anzahl von Gemeinden durchgeführt; in Nordrhein-Westfalen finden in jeder dritten Kommune solche Maßnahmen statt (vgl. Brand et al. 2003: 3; Braun 2003: 35). Die Themenbereiche sind dabei hauptsächlich auf Kinder und Jugendliche fixiert. In den meisten Fällen ist – neben Bürgermeisterin beziehungsweise Bürgermeister, Bürger- und Ordnungsamt sowie Polizei – insbesondere das Jugendamt engagiert. Andere Bevölkerungsgruppen fallen in der Regel aus dem Raster der kriminalpräventiven Perspektive heraus. So vorteilhaft die Vernetzung verschiedener kommunaler Fachbereiche für die interdisziplinäre Durchführung der Maßnahmen sein mag, so nachteilig ist die Herauslösung aus dem Alltagsgeschäft der Fachbereiche. Kommunale kriminalpräventive Räte koordinieren die Aktivitäten der verschiedenen öffentlichen Instanzen, nutzen Synergieeffekte und verhindern paralleles Arbeiten. Aber oftmals – so lautet die Kritik – sei die kommunale Kriminalprävention zu polizei-, behörden- und institutionenzentriert und somit weit entfernt von Partizipation und Teilhabe der Menschen in den kommunalen Sozialräumen (vgl. Heinz 2004: 17).

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, mit Maßnahmen der Kriminalprävention in die kommunalen Sozialräume zu gehen, um den „Gemeinsinn“ der Bürgerinnen und Bürger zu fördern (ebd.) und insbesondere weitere Zielgruppen

wie die älteren Menschen anzusprechen, die in der Wahrnehmung von Risikozeichen besonders sensibel sind und als Reaktion ihre Teilhabe am öffentlichen Leben einschränken können. Durch den stärkeren Einbezug von Einrichtungen in den Quartieren und Stadtteilen können vor Ort auch die Fachkräfte der Sozialen Arbeit für die kommunale Kriminalprävention im Gemeinwesen gewonnen werden. Im Vordergrund steht dabei nicht die Verringerung von Kriminalität, sondern die Stärkung der lokalen Gemeinschaft. In den Worten von Wolfgang Heinz: „Kommunale Kriminalprävention sollte (...) heißen: Hinsehen und selbst Verantwortung übernehmen“ (ebd.: 15).

Um die Partizipation älterer Menschen in ihrem Umfeld stärken sowie sie betreffende Fragen der Kriminalprävention in Einrichtungen des Sozialraums aufgreifen zu können, folgt das Modell der Seniorensicherheitskoordination den beiden Prinzipien der Lebenswelt- und Bedarfsorientierung.

3.1.1 LEBENSWELTORIENTIERUNG

Den Begriff der Lebensweltorientierung entwickelte Hans Thiersch im Konzept der „lebensweltorientierten Sozialen Arbeit“ am Ende der 1970er Jahre (vgl. Thiersch 2014). Mit dem Begriff der Lebenswelt werden besonders die Eigenschaften des sozialen Raumes beleuchtet, die nur existent sind, wenn sie von Menschen wahrgenommen werden. Thematisiert wird dabei die Konstitution subjektiver Sinnzusammenhänge im Bewusstsein handelnder Menschen; das heißt die Bedeutung sozialräumlicher Phänomene wird aus den subjektiven Sinnzusammenhängen der sie konstituierenden Handelnden erklärt (vgl. Riege & Schubert 2016: 12). Im Gegensatz zu einer objektivierenden Logik verfolgt der Begriff der Lebenswelt einen Rückbezug auf die Phänomene der alltäglichen Erfahrung (Intentionalität und Sinn) von Menschen in ihrem soziokulturellen Wohn- und Lebensumfeld. Es handelt sich um den Raum, wie er individuell oder gruppenspezifisch als je eigener gegeben ist.

Das Konzept der Lebensweltorientierung stellt vor diesem Hintergrund einen sozialpädagogischen Ansatz dar, der nicht auf institutionalisierte Hilfe und Unterstützung fokussiert ist, sondern unmittelbar an den individuellen Problemen im Alltag und im Sozialraum ansetzt (vgl. Thiersch 2014). Im Achten

Jugendbericht (1990) wurde die „Lebensweltorientierung“ zum zentralen Paradigma der Kinder- und Jugendhilfe erhoben und später in alle Felder der Sozialen Arbeit transferiert. Die grundlegenden Komponenten des Konzepts sind erstens die Prävention, um Konflikten und Krisen im Alltag der Menschen vorzubeugen, zweitens die dezentrale Verankerung im Sozialraum, damit die Angebote wohnungsnah in den Einrichtungen vor Ort erbracht werden können, drittens die niedrigschwellige Anknüpfung am Alltagsleben der Menschen und viertens die ganzheitliche Perspektive auf die Lebensumstände statt sich auf Symptome zu beschränken. Weitere Leitideen sind die Integration in die Stadtgesellschaft und die Ermöglichung der Teilhabe an kommunalen Entscheidungen.

Im Konzept der Seniorensicherheitskoordination wird die Lebensweltorientierung aufgegriffen, um mit niederschwelligen Maßnahmen der kommunalen Kriminalitätsprävention dezentral im Sozialraum an den Konflikten und Lebensumständen im Alltag von älteren Menschen gezielt ansetzen zu können. Dadurch soll ihre Integration in die Stadtgesellschaft und die Teilhabe am kommunalen Leben gesichert werden.

3.1.2 BEDARFSORIENTIERUNG

Das Prinzip der Bedarfsorientierung ist ein Element der Sozialplanung, das aus dem Sozialstaatsprinzip in § 1 Sozialgesetzbuch Erstes Buch (SGB I) abgeleitet werden kann. Darin wird betont, dass diejenigen Dienste und Einrichtungen rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung gestellt werden sollen, die zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit erforderlich sind. Grundlegend dafür sind die Bedarfserhebung, der Vergleich mit dem Bestand und die abgeleitete Maßnahmenplanung zur Deckung des Bedarfs, der nicht durch den Bestand erfüllt werden kann (vgl. exemplarisch § 80 Abs. 2 SGB VIII). Nur im Rahmen dieses Dreischritts kann ein wirksam aufeinander abgestimmtes (Leistungs-)Angebot gewährleistet werden. Mit diesem Vorgehen können soziale Entwicklungen sowie sich abzeichnende Problemlagen frühzeitig erkannt und darauf mit der Planung angemessener Angebote reagiert werden.

Dieses Sozialplanungsverständnis wurde im Handbuch Moderne Sozialplanung des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen folgendermaßen beschrieben:

> *Sozialplanung „analysiert die soziale Lage und Entwicklung im Sozialraum, in der Kommune und in ihrem Umfeld. (...) Sie entwickelt innovative Produkte und Prozesse mit Blick auf deren Wirkung und den Ressourceneinsatz. (...) Sie ist Grundlage einer ziel- und wirkungsorientierten Sozialpolitik sowie einer bedarfsgerechten sozialen Infrastruktur."* (MAIS 2011: 38)

In der Definition des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge (2011) wird sie als „politisch legitimierte, zielgerichtete Planung zur Beeinflussung der Lebenslagen von Menschen, der Verbesserung ihrer Teilhabechancen sowie zur Entwicklung adressaten- und sozialraumbezogener Dienste, Einrichtungen und Sozialleistungen in definierten geografischen Räumen" dargestellt.

In der sozialen Daseinsvorsorge der Kommunen gibt die Altenhilfeplanung (als operative Fachplanung) im Rahmen der örtlichen Sozialplanung traditionell Impulse für die Seniorenarbeit sowie die Altenhilfe. Die Altenhilfeplanung erkundet die Lebenslagen der älteren Generationen im Sozialraum – zum Beispiel im Rahmen der Sozialberichterstattung – und leitet im Planungsprozess aus den empirisch ermittelten Bedarfen konkrete, umsetzbare Maßnahmen ab, die den älteren Menschen eine lange eigenständige Lebensführung ermöglichen sollen. Da sich die Bedürfnisse in der Generationenabfolge von Kohorte zu Kohorte sukzessiv verändern, besteht die Aufgabe der Altenhilfeplanung auch darin, die soziale Infrastruktur in den verschiedenen fachlichen Feldern generationenspezifisch weiterzuentwickeln (vgl. Dahme & Wohlfahrt 2011: 9ff.) und die Leistungserbringer daran zu beteiligen (vgl. Schubert 2014).

Infolge des generationenbedingten Wandels der Bedarfsstrukturen sind auch die Konzepte der Sozialplanung selbst fortzuschreiben und die Chancen neuer Ansätze zu überprüfen. So wurde Kritik daran geäußert, dass die traditionelle Sozialplanung für ältere Menschen nicht ihre gesamte Lebenssituation berücksichtigt, sondern auf das sozialpolitische Feld der Altenhilfe enggeführt wird. Durch diesen eingeschränkten Blickwinkel werden die örtlichen Lebensräume und die Lebenswelten älterer Menschen institutionell zergliedert.

Dem Konzept der Seniorensicherheitskoordination wird die Bedarfsorientierung zugrunde gelegt, um die Durchführung von Maßnahmen der Kriminalprävention am Bedarf der älteren Menschen vor Ort auszurichten und in das sozialpolitische Feld der Altenhilfe beziehungsweise Seniorenarbeit mitaufzunehmen. Dazu ist erstens die Entwicklung der objektiven und subjektiven Sicherheit in den Sozialräumen der Kommune im Rahmen einer kontinuierlichen Sozialberichterstattung abzubilden und es müssen die Folgen für die Teilhabechancen älterer Menschen analysiert werden. Auf dieser Grundlage und im Vergleich mit dem Bestand kriminalpräventiver Maßnahmen ist zweitens der Bedarf von sicherheitsfördernden Maßnahmen unter der Perspektive der Adressatinnen und Adressaten in den Sozialräume zu bestimmen. Schließlich sollen drittens die lokalen Einrichtungen der Sozialen Arbeit den Bedarf aufgreifen und in Angeboten der Seniorensicherheitskoordination decken.

3.2

DIE DREI HANDLUNGSEBENEN DER SENIORENSICHERHEITS-KOORDINATION

Das integrierte Konzept der sozialraumorientierten Seniorensicherheitskoordination setzt an drei Handlungsebenen an, um objektive Risiken zu reduzieren und das subjektive Sicherheitsempfinden älterer Menschen zu stärken. Aus einem erweiterten Sicherheitsbegriff, der die Komponenten des subjektiven Sicherheitsempfindens als wichtig anerkennt, ergeben sich unterschiedliche Ebenen der Kriminalprävention, auf denen Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit durchgeführt werden können [Kapitel 2.5 Ansatzpunkt der Kriminalprävention]. Übertragen auf die Zielgruppe der älteren Menschen handelt es sich um drei Handlungsebenen: Die individuelle Situation, das nachbarschaftliche Umfeld und der Stadtteil.

Je nachdem in welchem Stadtteil, mit welcher lokalen Zielgruppe und mit welchen Ressourcen gearbeitet wird, kann es sinnvoll sein, sich entweder auf eine der drei Handlungsebenen zu fokussieren oder sie umfassend – sozusagen im Dreiklang – zu berücksichtigen. Einige der im Maßnahmenkatalog aufgeführten Maßnahmen setzen auf mehreren Ebenen an; andere entfalten ihre Wirkung nur auf einer der Ebenen.

Abbildung 16

Ansatzpunkte auf den drei Ebenen

3.2.1 INDIVIDUELLE HANDLUNGSEBENE

Das psychologische Konzept der Selbstwirksamkeit beschreibt die Wahrnehmung einer Person, mit den Anforderungen aus der sozialen Umwelt erfolgreich umgehen zu können (vgl. Bandura 1997). Viele Seniorinnen und Senioren erleben aufgrund sozialer Veränderungen und allmählich abnehmender Wahrnehmungs- und Bewegungsfähigkeiten einen Wandel in der Selbsteinschätzung der eigenen Stärken und Schwächen, der Einschätzung eigener Bewältigungsfähigkeiten von schwierigen Situationen und der Vulnerabilität in Gefahrensituationen (Wahl & Heyl 2004). Die Längsschnittbefragung der Abteilung Kriminologie des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht im Rahmen dieses Forschungsprojekts verdeutlicht die Auswirkungen jüngerer Viktimisierungserfahrungen von Gewalttaten auf das subjektive Sicherheitsempfinden älterer Menschen [Kapitel 2.4 Empirische Befunde zur Sicherheitslage und Sicherheitswahrnehmungen im Alter].

Maßnahmen auf der individuellen Handlungsebene haben deshalb zum Ziel, die Selbstwirksamkeit älterer Menschen zu stärken. Durch die gemeinsame Reflexion objektiver und subjektiver Risikofaktoren kann eine kritische Befassung mit den subjektiven Unsicherheitswahrnehmungen erfolgen. Dies kann zum Beispiel einerseits durch Aufklärung über die geringen Risiken der Opferwerdung und andererseits auch durch die Stärkung des Selbstvertrauens und der Selbstbehauptung der Teilnehmenden erreicht werden. Des Weiteren sollen individuelle Ressourcen gestärkt und Lösungsstrategien erarbeitet werden, die es den Seniorinnen und Senioren ermöglichen, Handlungskompetenzen zu festigen, wiederzuerlangen oder neu zu erlernen.

3.2.2 NACHBARSCHAFTLICHE HANDLUNGSEBENE

Das Sicherheitsempfinden wird auch stark vom sozialen Klima und von der Dichte sozialer Interaktionen im Wohngebiet beeinflusst. Viele Seniorinnen und Senioren berichten von gravierenden Veränderungen der Bewohnerstrukturen in den Wohnquartieren, in denen sie häufig seit langer Zeit leben. Der Verlust von befreundeten Personen und Bekannten im Stadtteil und der Zuzug von jungen und fremden Menschen können das Quartier für ältere Menschen anonym und unsicher erscheinen lassen. Auch äußern viele ältere Menschen

Angst vor Kindern und Jugendlichen, die durch wildes und respektloses Auftreten ihnen selbst oder anderen älteren Menschen (zum Beispiel Freundinnen und Freunde sowie Bekannten) gegenüber ausgelöst werden kann.

Die Stärkung der kollektiven Wirksamkeit [Collective Efficacy] und der sozialen Bindungen [soziale Kohäsion] sind deshalb das Ziel der nachbarschaftlichen Handlungsebene. Zum einen kann durch die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten zwischen den teils zurückgezogen lebenden älteren Menschen untereinander eine neue Nachbarlichkeit gefördert werden. Zum anderen ist auch der Austausch zwischen den älteren Menschen und den identifizierten angsteinflößenden Gruppen im Stadtteil wichtig, um die Bedürfnisse des jeweils anderen Kontextes kennenzulernen, Vorurteile abbauen zu können und ein gegenseitiges Verständnis aufzubauen. Durch nachbarschaftsbezogene Maßnahmen sollen Vertrauen, soziale Ressourcen und Bindungen innerhalb der Nachbarschaft entwickelt und die soziale Teilhabe gefördert werden.

3.2.3 STADTTEILBEZOGENE HANDLUNGSEBENE

Werden in überdurchschnittlicher Häufigkeit physische und soziale Verfallserscheinungen im Stadtteil wahrgenommen, führt dies nach dem Disorder-Ansatz zu einer erhöhten Kriminalitätsfurcht und in der weiteren Folge zu Rückzugstendenzen der Bewohnerinnen und Bewohner aus dem öffentlichen Raum (Lüdemann 2006: 287) [physical und social disorder]. Insbesondere für Seniorinnen und Senioren können physische Unordnungserscheinungen wie Straßenschäden (Stolperfallen) und Vandalismusschäden (zerstörte Sitzgelegenheiten) oder soziale Disorder-Phänomene wie scheinbar „herumlungernde“ Cliquen Jugendlicher das Sicherheitsempfinden schwächen [Kapitel 2.4.4 Die sozialräumliche Dimension: Die Rolle der Wohngebiete für das Unsicherheitsempfinden].

Die stadtteilbezogene Handlungsebene widmet sich diesen Problemlagen. Der öffentliche Raum soll sowohl von seiner baulich-gestalterischen Gegebenheit her wehrhaft und verteidigungsfähig sein als auch für die Bewohnerinnen und Bewohner selbst zu verteidigen sein. Maßnahmen auf der Stadtteilebene versuchen dies zu erreichen. Einige physische Unordnungserscheinungen können bereits mithilfe einfacher Schritte beseitigt werden. Beispielsweise

können durch Vermittlung der richtigen Ansprechpersonen in der Kommunalverwaltung oder im Wohnungsunternehmen (als Vermieterin oder Vermieter) bei defekten Wegen, kaputten Straßenlampen oder unübersichtlichen Raumsituationen kurzfristig objektive Verbesserungen herbeigeführt und persönliche Erfolge erzielt werden. Größere Unordnungserscheinungen setzen selbstverständlich ungleich mehr Aufwand voraus [Kapitel 3.7 Erfolgsaussichten und Grenzen der Seniorensicherheitskoordination].

3.2.4 ZUORDNUNG ZU SICHERHEITSBEREICHEN

Neben den drei Handlungsebenen gibt es verschiedene Sicherheitsbereiche, die mit Maßnahmen der Seniorensicherheitskoordination bearbeitet werden können. Die Sicherheitsbereiche lassen sich teilweise einer einzelnen Handlungsebene zuordnen. Allerdings können einige Sicherheitsbereiche auch auf mehr als einer Handlungsebene bearbeitet werden, sodass sie anschließend noch einmal thematisch gebündelt aufgeführt werden. Dabei ist zu beachten, dass die Sicherheitsbereiche von Wohnquartier zu Wohnquartier unterschiedlich sind, dennoch zeigten sich Ähnlichkeiten in den Modellstadtteilen. Folgende Sicherheitsbereiche wurden aufgedeckt:

3.2.4.1 AUFKLÄRUNG ÜBER DIE ZUSTÄNDIGKEITEN VON SICHERHEITSAKTEUREN

Das Wissen über die richtigen Ansprechpersonen im Sicherheitsbereich ermöglicht es älteren Menschen, selbstständig mit Sicherheitsproblemen umzugehen. Durch das persönliche Kennenlernen der zuständigen Instanzen und der direkten Kontaktpersonen im Wohnquartier, zum Beispiel an Informationstagen, können Hürden abgebaut und Vertrauen zu den Sicherheitsakteuren aufgebaut werden.

3.2.4.2 BESEITIGUNG VON UNORDNUNGSERSCHEINUNGEN

Bei Maßnahmen zur Beseitigung von Unordnungserscheinungen soll einer Spirale des physischen Verfalls vorgebeugt werden beziehungsweise Verfallserscheinungen reduziert werden. Dabei soll zum einen die ältere Bewohner-

schaft befähigt werden, Unordnungserscheinungen selbst bei den entsprechenden Behörden anzuzeigen. Zum anderen soll über gemeinsame Aktionen wie „Mein Quartier putz(t) munter“ eine Verständigung über gemeinsame Werte im Wohnquartier erfolgen.

3.2.4.3 ENGAGEMENT FÜR DAS GEMEINWESEN DURCH BETEILIGUNG

Die Verantwortungsübernahme für das Gemeinwohl im Quartier ist streng genommen kein eigener Sicherheitsbereich, sondern eines der Ziele, zu denen die Seniorensicherheitskoordination beitragen möchte. Allerdings lassen sich die Maßnahmen auch nach dem Grad der Partizipation der Zielgruppe unterscheiden. Bei einigen der Maßnahmen bedarf es allein der Initiativkraft der Seniorensicherheitskoordination; andere Maßnahmen leben von der aktiven Teilnahme und der Bereitschaft der älteren Menschen, sich für die Sicherheit im Quartier, für das Zusammenleben und andere Menschen zu engagieren. Dabei wird deutlich, dass die aktive Beteiligung einen positiven Beitrag zum eigenen Sicherheitsempfinden sowie zum nachbarschaftlichen Zusammenhalt leisten kann.

3.2.4.4 MOBILITÄTSKOMPETENZ

Die Förderung der Mobilitätskompetenz ist kein originäres Thema der Kriminalprävention. Das Thema Verkehrssicherheit und Mobilitätskompetenz wird dennoch in vielen Maßnahmen zur Erhöhung der Seniorensicherheit integriert, da aus Sicht der Seniorinnen und Senioren die Trennung von Gefährdungen nach institutionellen und fachlichen Zuständigkeiten ohne Belang ist. Da der Alterungsprozess mit einem Abbau körperlicher und geistiger Fähigkeiten einhergeht, nimmt die Sicherheit und Kompetenz im öffentlichen Straßenverkehr mit dem Alter ab. Wenn sich ältere Menschen beispielsweise aufgrund abnehmender körperlicher Fähigkeiten und der Benutzung von Mobilitätshilfen im öffentlichen Nahverkehr überfordert fühlen, kann dies dazu führen, dass diese Verkehrsmittel nicht mehr genutzt werden. Dadurch wird eine autonome Lebensführung eingeschränkt und die Gefahr vor sozialer Isolation gesteigert. Durch Sensibilisierung und Trainings soll die Mobilitätskompetenz erhöht und damit die Sicherheit gesteigert werden. Der Sicherheits-

bereich der Mobilitätskompetenz beinhaltet dabei Schulungsmaßnahmen zur sicheren Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel sowie die Rückgewinnung eines erweiterten Mobilitätsradius durch sicherheitsstiftende Maßnahmen.

3.2.4.5 OPFERSCHUTZ

Werden Seniorinnen und Senioren Opfer einer Straftat wie Trickbetrug, Einbruchsdiebstahl oder einer Gewalttat, hat dies besonders starke Auswirkungen auf ihre Unsicherheitswahrnehmungen. Das subjektive Sicherheitsempfinden älterer Menschen leidet im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen besonders stark unter jüngeren Viktimisierungserfahrungen [Kapitel 2.4 Empirische Befunde zur Sicherheitslage und Sicherheitswahrnehmung im Alter]. Dabei führen insbesondere Gewalterfahrungen zu einem sozialen Rückzug und dem Abbruch sozialer Kontakte. Vor diesem Hintergrund ist das Informieren über Möglichkeiten des Opferschutzes und professionellen Hilfestellen ein integraler Ansatz bei der Sicherheit älterer Menschen. Es ist angeraten, erfahrene Kooperationspartnerinnen und -partner wie den Weißen Ring e.V. oder die Polizei bei der Beratung hinzuzuziehen.

3.2.4.6 SCHUTZ VOR EIGENTUMS- UND VERMÖGENSDELIKTEN

Eigentums- und Vermögensdelikte bilden einen Schwerpunkt von seniorenspezifischen Präventionsmaßnahmen, da in diesem Deliktfeld ältere Menschen häufiger als junge Menschen Opfer werden. Insbesondere der Zutritt zur Wohnung wird als „Schwachstelle“ der älteren Menschen identifiziert. Görgen et al. (2012) weisen außerdem auf Delikte im Graubereich zwischen Delikt und „psychologischer Beeinflussung“ hin (36). Maßnahmen zum Schutz vor Eigentums- und Vermögensdelikten sensibilisieren zu Betrugsversuchen durch vorgetäuschte Verwandtschaftsbeziehungen (der „Enkeltrick“), „Haustürgeschäfte“, trügerische Onlinekäufe“ oder dem Eindringen in die Wohnung durch Vortäuschen einer Notlage mit Diebstahlfolge. Der Präventionsbereich Eigentums- und Vermögensdelikte wird im Allgemeinen durch Maßnahmen von Polizeibehörden und Kriminalpräventiven Räten abgedeckt, wobei mit Seniorenvertretungen und anderen relevanten Institutionen wie Verbraucherzentralen oder Banken zusammengearbeitet wird.

3.2.4.7 SICHERHEIT IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Zur Verbesserung der Sicherheit wird neben spezifischer Prävention im Bereich der Vermögens- und Eigentumsdelikte auch die allgemeine Sicherheit im öffentlichen Raum, das heißt auf Straßen, Plätzen und Grünanlagen, angestrebt. Auch wenn gewalttätige Übergriffe statistisch gesehen kein erhöhtes Risiko für ältere Menschen darstellen, sind deren erhöhte Vulnerabilität und das generelle Empfinden von Unsicherheit Anlässe, die Teilnahme am öffentlichen Leben durch die Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen Raum zu unterstützen. Der Fokus der seniorenbezogenen Maßnahmen liegt dabei bisher vor allem auf der Arbeit mit der Zielgruppe und nicht an der Veränderung der Umweltbedingungen. Die Sicherheit soll beispielsweise durch die Einübung von Verhaltensweisen in kritischen Situationen oder die Vernetzung von Seniorinnen und Senioren untereinander verbessert werden.

3.2.4.8 SICHERHEIT IM PRIVATRAUM

Für ältere Menschen stellen die eigenen vier Wände einen besonders wichtigen Schutzraum dar. Die Aktivitätsmuster der meisten Menschen gehen im Alter deutlich zurück; die eigene Wohnung oder das eigene Haus wird damit zu einem zentralen Lebensmittelpunkt. Um das Sicherheitsempfinden in den eigenen vier Wänden positiv zu beeinflussen, können Maßnahmen zur Stärkung der Selbstwirksamkeit ergriffen werden, bei denen die älteren Menschen neue Handlungsstrategien gegenüber Fremden an der Tür erlernen. Auch technische Vorkehrungen können einen großen Effekt für das eigene Unsicherheitsempfinden haben und gleichzeitig Schutz vor Wohnungseinbruch liefern.

3.2.4.9 STÄRKUNG DER SELBSTWIRKSAMKEIT

Das subjektive Sicherheitsempfinden wird bei älteren Menschen stärker durch persönliche Merkmale wie beispielsweise die persönliche Vulnerabilität geprägt. Die höhere Verletzlichkeit durch nachlassende Gesundheit ist ein zentraler Faktor für zunehmende Unsicherheit im Alter. Maßnahmen zur Stärkung der Selbstwirksamkeit sollen es Seniorinnen und Senioren ermöglichen, mit Anforderungen aus der sozialen Umwelt erfolgreich umzugehen (vgl. Bandura 1997). Selbstwirksamkeit ist für die Beurteilung der persönlichen

Fähigkeiten relevant und entwickelt sich primär durch eigene Erfahrungen. Aber auch durch die Beobachtung erfolgreicher Bewältigung von Problemen lässt sich die eigene Selbstwirksamkeit stärken. Indem sich die älteren Menschen beispielsweise durch Selbstbehauptungstrainings oder Sicherheitstheater ihrer eigenen Fähigkeiten bewusst werden und neue Handlungsstrategien erlernen, sollen ihre Handlungskompetenzen gestärkt werden. So fühlen sie sich weniger verletzlich und haben mehr teil am sozialen Leben.

3.2.4.10 STÄRKUNG DES NACHBARSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALTS

Das Konzept der Selbstwirksamkeit beschränkt sich nicht auf die individuelle Kompetenz, sondern lässt sich ebenso im Sinne einer kollektiven Wirksamkeit auf eine Gemeinschaft oder Nachbarschaft übertragen. Collective Efficacy lässt sich beobachten, wenn sich die Bewohnerschaft eines Wohnquartiers selbstwirksam für die Werte und Normen des Kollektivs einsetzt oder Verantwortung für das Quartier übernimmt – dabei muss die individuelle Selbstwirksamkeit nicht zwingend bei jeder einzelner Person stark ausgeprägt sein. Durch Maßnahmen in diesem Bereich soll ein Kennenlernen der oftmals heterogenen Bewohnerschaft ermöglicht werden, das über die Durchführung gemeinsamer Aktionen zu einer Stärkung der sozialen Bindungen im Quartier führen soll.

3.3

PARTIZIPATION ÄLTERER MENSCHEN BEI DER DEFINITION DER SICHERHEITSPROBLEME UND DER MASSNAHMEN

Das Modell der Seniorensicherheitskoordination verfolgt das Ziel, die Ressourcen der älteren Menschen im Stadtteil zu aktivieren und die Selbstwirksamkeit sowie die soziale Kohäsion im Quartier zu stärken. Die individuellen, nachbarschaftlichen und stadtteilbezogenen Problemlagen können dabei im jeweiligen Wohnquartier variieren, sodass auch die Maßnahmen quartiersbedingt unterschiedlich ausfallen können. Die älteren Menschen können dabei selbst am besten bewerten, welche Bedarfe und Bedürfnisse zur Stärkung der objektiven Sicherheit und des subjektiven Sicherheitsempfindens bearbeitet werden müssen. Bei der Definition der lokalen Sicherheitsprobleme und der Entwicklung von Maßnahmen müssen die älteren Menschen beteiligt werden, um sicherzustellen, dass passgenaue Konzepte entwickelt werden, die die Zielgruppe einerseits annimmt und andererseits als hilfreich wahrnimmt [3.5 Prozessmodell].

Die erste Aktivierung von Seniorinnen und Senioren kann bereits auf niederschwelliger Ebene erfolgen. Nach den Erfahrungen in der Erprobung der Seniorensicherheitskoordination nehmen die älteren Menschen die Ankündigung, sich um das bis dato oftmals stiefmütterlich behandelte Thema „Sicherheit älterer Menschen im Quartier“ zu kümmern, wohlwollend auf.

Durch Aktivierende Befragungen zum eigenen Sicherheitsempfinden oder durch die Schaffung von Räumen des Austauschs kann eine Reflexion der eigenen Unsicherheitswahrnehmung sowie eine Bewertung der objektiven und subjektiven Sicherheitsfaktoren angeregt werden.

Die Seniorensicherheitskoordination strebt grundsätzlich einen hohen Grad an Partizipation an, denn sie lädt zur Mitbestimmung ein und fördert die Selbstorganisation [Kapitel 3.5 Prozessmodell]. Gemäß der „Leiter der Partizipation“ erhalten die Seniorinnen und Senioren großen Einfluss, über die Problemlagen im Stadtteil, über die Ziele und über die Maßnahmen der Seniorensicherheitskoordination selbst zu befinden (Stufen 6 bis 8). Um sie dazu zu befähigen, kommen auch die Vorstufen (3 bis 5) der Partizipation zur Anwendung.

Abbildung 17

Leiter der Partizipation
(verändert nach Wright et al. 2007: 2)

Durch die weitreichende Form der Mitbestimmung und zunehmend entstehende Entscheidungskompetenz fühlen sich die älteren Menschen mit ihren Problemen und Wahrnehmungen ernst genommen. Die Partizipationsangebote stärken so das Gefühl der Selbstwirksamkeit und der individuellen Handlungsfähigkeit. Vor diesem Hintergrund kann die Mitbestimmung der Zielgruppe bei der Seniorensicherheitskoordination nicht nur als Instrument für die Schaffung passgenauer Angebote verstanden werden, sondern bewirkt gleichzeitig auch die Stärkung der eigenen Ressourcen und des subjektiven Sicherheitsempfindens (vgl. Heusinger & Kammerer 2011).

Das oberste Ziel der Beteiligung und die höchste Stufe der Leiter der Partizipation ist die Selbstorganisation älterer Menschen, die kollektive Wirksamkeit fördert und befähigt, gemeinsam im nachbarschaftlichen Zusammenwirken Problemlagen anzugehen. Bei der Erprobung der Seniorensicherheitskoordination in den vier Modellstadtteilen konnte die partizipative Stufe der Selbstorganisation nicht erreicht werden. Zwar brachten sich die Seniorinnen und Senioren vielfältig bei der Umsetzung einzelner Maßnahmen ein. Der Prozess der Seniorensicherheitskoordination blieb jedoch abhängig von der begleitenden Unterstützung durch Fachkräfte der Sozialen Arbeit. Dies lässt sich zum einen darauf zurückführen, dass die Teilnehmenden im Durchschnitt eher wenige Partizipationserfahrungen mitbrachten. Zum anderen war das Modellprojekt für einen – relativ kurzen – Zeitraum von eineinhalb Jahren angelegt, sodass die Partizipation zwar initiiert, aber noch nicht auf die Stufe der Selbstorganisation weiterentwickelt werden konnte.

Damit die Partizipation der Zielgruppe bei der Definition der Sicherheitsprobleme und der abgeleiteten Maßnahmen für alle Beteiligte ein Erfolg wird, sind verschiedene Kriterien zum Einsatz partizipativer Methoden zu beachten (vgl. Aner 2016: 145). Um Entscheidungsbefugnisse an die beteiligten Menschen abzutreten, ist es wichtig, dass die Erfolgsaussichten und Grenzen der Seniorensicherheitskoordination, das heißt der lokalen Möglichkeiten und Ressourcen, transparent vorgestellt werden. Eine offene Kommunikation, was machbar ist und was nicht erreicht werden kann, verhindert Enttäuschungen [Kapitel 3.7 Erfolgsaussichten und Grenzen der Seniorensicherheitskoordination].

Darüber hinaus ist es wichtig, dass die beteiligten Fachkräfte, Netzwerkpartnerinnen und Netzwerkpartner den erreichten Beteiligungsgrad immer wieder kritisch reflektieren. So müssen sich die Projektträger damit auseinandersetzen, ob das eigene aktive Mitwirken bei der Problemdefinition der Aktivierung und Beteiligung der Zielgruppe möglicherweise schadet und die Artikulation von Problemwahrnehmungen hemmt. Neben der Reflexion der eigenen Rolle sollte aber auch dafür Sorge getragen werden, dass diejenigen Mitglieder der Zielgruppe, die nur wenige Partizipationserfahrungen besitzen, behutsam an die Beteiligungsmöglichkeiten herangeführt werden. Über die individuelle Ansprache können Wahrnehmungen und Empfindungen multiperspektivisch zusammengeführt werden. Durch persönliche Gespräche können außerdem Konformität anstrebende Verhaltenstendenzen älterer Menschen reduziert werden. So wird Raum gegeben, auch gesellschaftlich eher schwierige Sicherheitsthemen wie die Angst vor dem Fremden auszusprechen.

3.4

RESSORTÜBERGREIFENDER NETZWERKAUFBAU

Im Laufe der vergangenen Jahre hat sich die Sicherheitskultur in Deutschland kontinuierlich verändert (vgl. Daase 2012: 25). Nicht mehr allein der Staat spielt als Akteur sozialer Kontrolle eine Rolle, sondern auch die Gesellschaft und die Individuen erbringen Kontrollleistungen. Die Verantwortung für Sicherheit ist breiter verteilt: Während sich in den Stadtgebieten früher alle Erwartungen auf die Polizei richteten, entsteht nun eine Selbst- und Mitverantwortung für die innere Sicherheit in den verschiedenen Funktionssystemen. Deshalb überlassen die Wohnungsunternehmen und kommunale Fachbereiche Sicherheitsfragen im Siedlungsbestand und in den öffentlichen Räumen des Wohnquartiers nicht mehr allein der Polizei – sie tragen ergänzend selbst Verantwortung für die Sicherheit in den Stadträumen.

Sicherheit ist somit zu einem Querschnittsthema geworden, das sich weder allein der Polizei noch allein dem Ordnungsamt in der kommunalen Verwaltung zuordnen lässt. Der Sicherheitsbegriff repräsentiert im modernen Verständnis ein vieldimensionales Themenfeld, das quer über die bestehende Ämterstruktur verläuft. Es reicht von der Einbruchsprävention über die Verkehrssicherheit bis hin zu Ordnung und Sauberkeit im Wohnumfeld. Die Fragen der Selbstsicherheit in vermeintlich unsicheren Situationen sind dabei zentral und kann keinem einzelnen Verwaltungsressort zugerechnet werden. Im Gegenteil: Sie streuen über die kommunale Ressort- und Ämterstruktur. Das Bild von der „Versäulung“ der kommunalen Verwaltung läuft dem zuwider; denn es gibt keinen ressortübergreifenden Austausch über die Sicherheitsthemen des Alltags. Die

Seniorensicherheitskoordination ist deshalb so angelegt, dass eine ressortübergreifende Vernetzung zu Sicherheitsfragen aus dem Wohnquartier heraus organisiert werden kann.

Diese Netzwerkarbeit korrespondiert mit den Aufgaben der Gemeinwesenarbeit, die Vernetzungen im Stadtteil initiiert. Die Frage ist nun, welche ressortübergreifenden Kontakte spezifisch in Bezug auf das Thema Sicherheit im Sozialraum gepflegt und welche Netzwerke aufgebaut werden. Hierfür ist zunächst eine Bestandsaufnahme und Analyse der bestehenden Kontakte und Netzwerkstrukturen erforderlich. In Kapitel 3.6 Stadtteileinrichtung als Impulsgeberin im Sozialraum werden wichtige Kooperationsmöglichkeiten zum Beispiel mit kommunalen Ämtern, Sicherheitsbehörden und weiteren wichtigen Akteuren beschrieben.

Instrumente für diese Netzwerkanalyse können die Anfertigung von Netzwerkkarten oder Organigrammen sein. Auf der Basis der Analyse kann eine Netzwerkstrategie entwickelt werden. Grundsätzlich gibt es einige Aspekte zu berücksichtigen, die sich als Fallstricke oder auch Erfolgsfaktoren für die Netzwerkarbeit erwiesen haben:

- **Netzwerke rekrutieren sich aus vorhandenen Netzwerken. Zur Bildung eines Netzwerkes sollten vorhandene Gremien und Vorvernetzungen genutzt werden statt neue Gremien zu bilden, in denen immer dieselben Akteure teilnehmen. So kann ein „Netzwerkrauschen“ vermieden werden. In vielen Stadtteilen gibt es bereits kriminalpräventive Räte, Sicherheitsarbeitskreise oder eine zentrale, thematisch nicht festgelegte Stadtteilversammlung. In Kapitel 3.6 Stadtteileinrichtung als Impulsgeberin im Sozialraum wird die Funktion von Stadtteileinrichtung als Impulsgeber im Sozialraum im Detail dargestellt.**
- **Notwendig sind ein gemeinsames Ziel sowie Vereinbarungen, wie das Ziel erreicht wird. Wenn ein Mehrwert für die Teilnehmerin oder den Teilnehmer nicht ersichtlich wird, sinkt die Bereitschaft und Motivation zur Teilnahme am Netzwerk. Hier bietet sich als Motivation das Bedürfnis nach Sicherheit, nach Vorsorge oder die Stärkung von Nachbarschaft an.**

- **Aber es müssen auch konkrete Vorteile für das Netzwerk sichtbar werden. Der Zweck eines Netzwerkes liegt in der gemeinsamen Ressourcenerschließung und -erweiterung. Dies können gemeinsame Stadtteilprojekte zur Sensibilisierung für das Thema Sicherheit sein, die Einbindung von wichtigen Partnerinnen und Partnern wie der Polizei mit dem Ziel, die Präsenz im Stadtteil zu erhöhen oder die Investition von Wohnungsbaugesellschaften in sicherheitsrelevante Maßnahmen zu beeinflussen.**
- **Netzwerke bewegen sich in der Ambivalenz zwischen Informalität und sozialer Infrastruktur. Ein Mindestmaß an formaler Struktur und Verbindlichkeit ist zur Aufrechterhaltung und effizienten Steuerung des Netzwerkes erforderlich. Andererseits gestaltet sich der Charakter eines Netzwerkes durch Offenheit, Freiwilligkeit und relativer Unstrukturiertheit. Es gibt weitgehende Übereinstimmung, dass Netzwerke eine Koordination oder Steuerung benötigen und hierfür Ressourcen zur Verfügung stehen müssen. Netzwerke benötigen Förderinnen und Förderer oder „Zugpferde“, um Inhalte und Anliegen des Netzwerkes voranzutreiben. Hier sind die Personengruppen in das Netzwerk zu holen, die das Thema Sicherheit als Profession zur Aufgabe haben. Dies sind die Polizei, aber auch das Ordnungsamt sowie Politikerinnen, Politiker und politische Gremien in der Kommune.**
- **Netzwerke sind auch soziale Gruppen und funktionieren teilweise nach deren Prinzipien. Netzwerken ist Kommunikation und Beziehungsarbeit. Zur Aufrechterhaltung ist regelmäßige und transparente Kommunikation ebenso unerlässlich wie die sozialen Kompetenzen der Akteure. Netzwerkbeziehungen basieren auf Vertrauen. Die Entstehung und der Unterhalt von vertrauensgeladenen Beziehungsnetzwerken erfordert Zeit und Kontinuität. Deshalb sollten regelmäßige persönliche Treffen und Versammlungen veranstaltet werden. Es ist ein Kennzeichen von Sicherheitsarbeitskreisen, dass Partnerinnen und Partner aus Organisationen mit unterschiedlichem Erfahrungshintergrund und Arbeitsweisen zusammenkommen.**

- **In der Regel funktioniert ein Netzwerk konsensorientiert. Dies kann sich bei Konflikten oder Unstimmigkeiten als Barriere bei der Entscheidungsfindung erweisen. Kooperation und Harmonie haben Grenzen und Konkurrenz sollte auch innerhalb eines Netzwerkes möglich sein. Die Netzwerkpartnerinnen und Netzwerkpartner stellen nur Teile ihrer Ressourcen dem Netzwerk zur Verfügung und bringen sich nicht als ganze Person ein. Da erfahrungsgemäß das Thema Sicherheit nur eines von vielen für die Kooperationsakteure ist, sollten die zur Verfügung stehenden Zeitressourcen transparent gemacht werden. Entsprechend realistisch sollten die gemeinsamen Ziele sein.**

3.5 PROZESSMODELL

Bei der Einführung einer Seniorensicherheitskoordination sollte eine Prozesslogik mit mehreren, aufeinander aufbauenden Projektschritten befolgt werden, um kriminalpräventive Maßnahmen für Seniorinnen und Senioren im Sozialraum zu entwickeln, die den Bedarfen und Bedürfnissen der Menschen Sorge tragen:

1. **Durchführung des Sicherheitsassessments**
2. **Entwicklung von Maßnahmen**
3. **Durchführung der Maßnahmen**
4. **(Zwischen-)Evaluation der Maßnahmen**

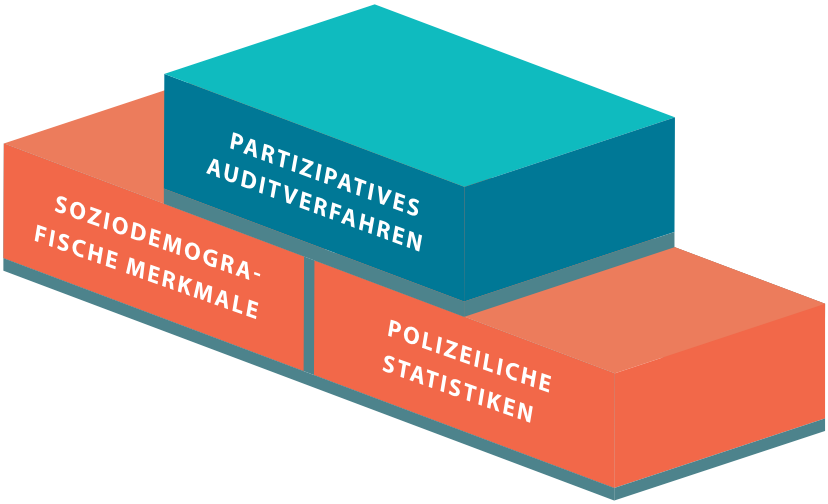
Die Analyse der objektiven Sicherheitslage und des subjektiven Sicherheitsempfindens der älteren Wohnbevölkerung bildet die Grundlage der Seniorensicherheitskoordination. Auf Basis von Recherchen zur objektiven Sicherheitslage und partizipativer Befragungs- und Beteiligungsrunden entsteht eine Problemdefinition, das sogenannte Sicherheitsassessment. Aus dem Sicherheitsassessment werden sozialraumorientierte Maßnahmen zur Verbesserung dieser Sicherheitslage abgeleitet. In einem weiteren partizipativen Zwischenschritt werden die entwickelten Maßnahmen der Zielgruppe noch einmal zur Diskussion gestellt, gegebenenfalls angepasst und anschließend durchgeführt. Im letzten Schritt wird mit den Seniorinnen und Senioren evaluiert, inwiefern die Maßnahmen das Sicherheitsempfinden der älteren Menschen positiv beeinflusst haben.

In einem Zeitraum von zwölf Monaten kann die Seniorensicherheitskoordination im Sozialraum eingerichtet und der erste Durchgang an Maßnahmen durchgeführt und evaluiert werden.

3.5.1 DURCHFÜHRUNG DES SICHERHEITS-ASSESSMENTS

Das Ziel des Sicherheitsassessments ist es, die objektiven Risiken und die subjektiven (Un-)Sicherheitswahrnehmungen der älteren Wohnbevölkerung systematisch einzufangen und für den weiteren Projektverlauf aufzubereiten. Das Sicherheitsassessment schafft damit die Ausgangsvoraussetzung für eine erfolgreiche Einführung der Seniorensicherheitskoordination. Die Seniorensicherheitskoordination kann dabei auf einen Methodenkoffer zurückgreifen, deren Gebrauch je nach Ressourcenausstattung variieren wird: Sie sucht direkten Austausch mit den älteren Menschen im Wohnquartier, unter anderem über eine erste Sozialraumveranstaltung. Zudem führt sie mit ihnen eine Stadtteilbegehung durch, um die Problemlagen vor Ort zu sichten. Sie recherchiert (mit Unterstützung der Polizei) Daten zur sozialräumlichen Sicherheitssituation und identifiziert mit den am Projekt beteiligten Netzwerkakteuren bestehende Angebote sowie bereits durchgeführte Projekte zur Sicherheitsthematik (für weitere Informationen Schubert et al. 2015c).

Abbildung 18
Überblick über das Sicherheitsassessment



3.5.1.1 PARTIZIPATIVES AUDITVERFAHREN ZUR SICHERHEITSLAGE IM SOZIALRAUM

Entscheidend für die Einrichtung einer Seniorensicherheitskoordination vor Ort sind die Ergebnisse des partizipativen Sicherheitsaudit, da diese Auskunft darüber geben, wie das Sicherheitsgefühl der älteren Menschen im festgelegten Sozialraum ausgebildet ist und woran mögliche Maßnahmen ansetzen sollten. Der Begriff Auditverfahren stammt vom lateinischen Begriff „auditus“ ab und bedeutet etwa Anhörung. Von der Herangehensweise sollten sich die verschiedenen Methoden der qualitativen Analyse problemlos in das Programm der sozialen Infrastruktureinrichtung der Seniorensicherheitskoordination integrieren lassen.

Das Ziel des Audits liegt in der vertiefenden Untersuchung der Unsicherheitswahrnehmungen der älteren Bewohnerschaft und der Erhebung lokaler sicherheitsrelevanter Problemlagen und Schutzfaktoren. Das partizipative Auditverfahren soll es den älteren Menschen ermöglichen, die Rolle von Expertinnen oder Experten einzunehmen. Es besteht aus drei Komponenten:

1. **einer variablen Anzahl leitfadengestützter Befragungen von älteren Menschen (und auch von professionellen Akteuren im Sozialraum)**
2. **einer Stadtteilbegehung**
3. **einer ersten (von insgesamt drei) Sozialraumveranstaltung**

Leitfadengestützte Befragungen sind ein erster Schritt, um mit den älteren Menschen zum Thema Sicherheit im Sozialraum ins Gespräch zu kommen. Ein zuvor vorbereiteter Leitfaden hilft, das Gespräch strukturiert und mit Bezug auf die wichtigsten sicherheitsrelevanten Fragestellungen durchzuführen [Anhang 1 Arbeitshilfe für das partizipative Auditverfahren]. So können sowohl subjektiv wahrgenommene Sicherheitsempfindungen als auch Sicherheitslücken in Einzel- oder Großgruppengesprächen möglichst breit und multiperspektivisch eingefangen werden. Sie werden dann mithilfe der Erkenntnisse aus den anderen Komponenten des Auditverfahrens zu einem Sicherheitsprofil für den Sozialraum gebündelt aufbereitet.

Um Aussagen über den städtebaulichen Zustand des Sozialraums aus Sicht der Seniorinnen und Senioren treffen zu können, bietet sich eine Stadtteil-

begehung an. Die Begehung ermöglicht es, gemeinsam unsichere Orte und Unordnungserscheinungen aufzudecken. Durch eine detaillierte Erfassung baulicher und technischer Mängel an der Wohninfrastruktur und auf öffentlichen Plätzen werden die älteren Menschen befähigt, die vorgefundenen Mängel an die Stadtverwaltung weiterzugeben und die Beseitigung dieser zu veranlassen.

Zu guter Letzt beinhaltet das partizipative Auditverfahren auch eine erste Sozialraumveranstaltung. Diese steht in der Regel zeitlich am Ende des Auditverfahrens. Zu dieser Veranstaltung werden alle interessierten Bürgerinnen und Bürger im Sozialraum über mehrere Kommunikationswege eingeladen, denn das partizipative Audit dient auch der Bekanntmachung und der Verbreitung der Seniorensicherheitskoordination. In dieser moderierten Veranstaltung erarbeiten die Bürgerinnen und Bürger eine Priorisierung der wichtigsten und drängendsten Sicherheitsprobleme im Sozialraum, auf deren Grundlage die Seniorensicherheitskoordination sicherheitsfördernde Maßnahmen entwickelt.

Neben der Partizipation der Seniorinnen und Senioren im Sozialraum bietet sich das partizipative Auditverfahren auch an, um professionelle Akteure im Sozialraum für die Seniorensicherheitskoordination zu aktivieren und das Netzwerk relevanter Sicherheitsakteure aufzubauen. Auch können Informationssammlungen zu bisherigen Projekten sowie Veranstaltungen zur Sicherheit im Stadtteil zur Analyse der Sicherheitslage beitragen [Anhang 1 Arbeitshilfe für das partizipative Auditverfahren].

3.5.1.2 DATEN UND STATISTIKEN ZUR SICHERHEITSLAGE IM SOZIALRAUM

Zusätzlich zur Erfassung der subjektiven Sicherheitsprobleme bietet es sich an, lokale Struktur- und Polizeidaten zu erheben und aufzubereiten. Die Betrachtung der lokalen Bevölkerungsstruktur ermöglicht beispielsweise eine erste Einschätzung der Lebenslage älterer Menschen im Sozialraum. Sozialdemografische Merkmale wie lokale Altersstrukturen, der Anteil der Bewohnerinnen und Bewohner mit Migrationshintergrund, durchschnittliche Haushaltsgrößen oder der Anteil der Leistungsempfängerinnen und -empfänger von Grundsicherung nach Sozialgesetzbuch II geben einen Überblick über die

Situation im Sozialraum, durch die auch das Sicherheitsempfinden der älteren Menschen geprägt wird.

Es muss nicht zwangsläufig eine eigene quantitative Befragung der sozialdemografischen Merkmale durchgeführt werden. Es können auch statistische Daten bei der Stadt und Polizei erfragt werden. Die Vernetzung mit der Kommunalvertretung und der lokalen Polizei kann dazu beitragen, wichtige Informationen aufbereitet „aus erster Hand“ zu erfahren.

3.5.2 SOZIALRAUMVERANSTALTUNGEN ALS KERNINSTRUMENT

Sozialraumveranstaltungen sind das Schlüsselinstrument der Seniorensicherheitskoordination, denn einerseits ermöglichen sie den Seniorinnen und Senioren die Teilhabe an der Gestaltung ihres Sozialraumes und anderseits geben sie dem Projektverlauf einen für die älteren Menschen nachvollziehbaren Rahmen. Die Sozialraumveranstaltungen finden in einer Einrichtung der Sozialen Arbeit im Wohnquartier statt (zum Beispiel im Bürgerhaus oder Bürgerzentrum) und bieten älteren Menschen die Gelegenheit, aktiv mitzuwirken und ihre Anregungen partizipativ einzubringen [Kapitel 3.3 Partizipation älterer Menschen bei der Definition der Sicherheitsprobleme und der Maßnahmen]. So können die Seniorinnen und Senioren selbst entscheiden, wo Sicherheitsprobleme im Stadtteil sind, welche Maßnahmen zum Ausbau des Sicherheitsgefühls durchgeführt werden sollen und wie erfolgreich diese im Nachhinein zu bewerten sind. Die Motivation und Aktivierung der älteren Bevölkerung ist dabei der Schlüssel für einen gelingenden Prozessverlauf (Abb. 19).

Mindestens drei Sozialraumveranstaltungen sind in dem zu Beginn des Kapitels skizzierten Projektverlauf integriert. Sie sind (1.) Teil des Sicherheitsassessments, also der Problemdefinition, welche Sicherheitsbereiche bearbeitet werden sollen, (2.) ermöglichen sie die gemeinsame Auswahl prioritärer Maßnahmen, um die relevanten Probleme anzugehen, und (3.) dienen sie der (Zwischen-)Auswertung und Reflexion der durchgeführten Maßnahmen und erzielten Ergebnisse.

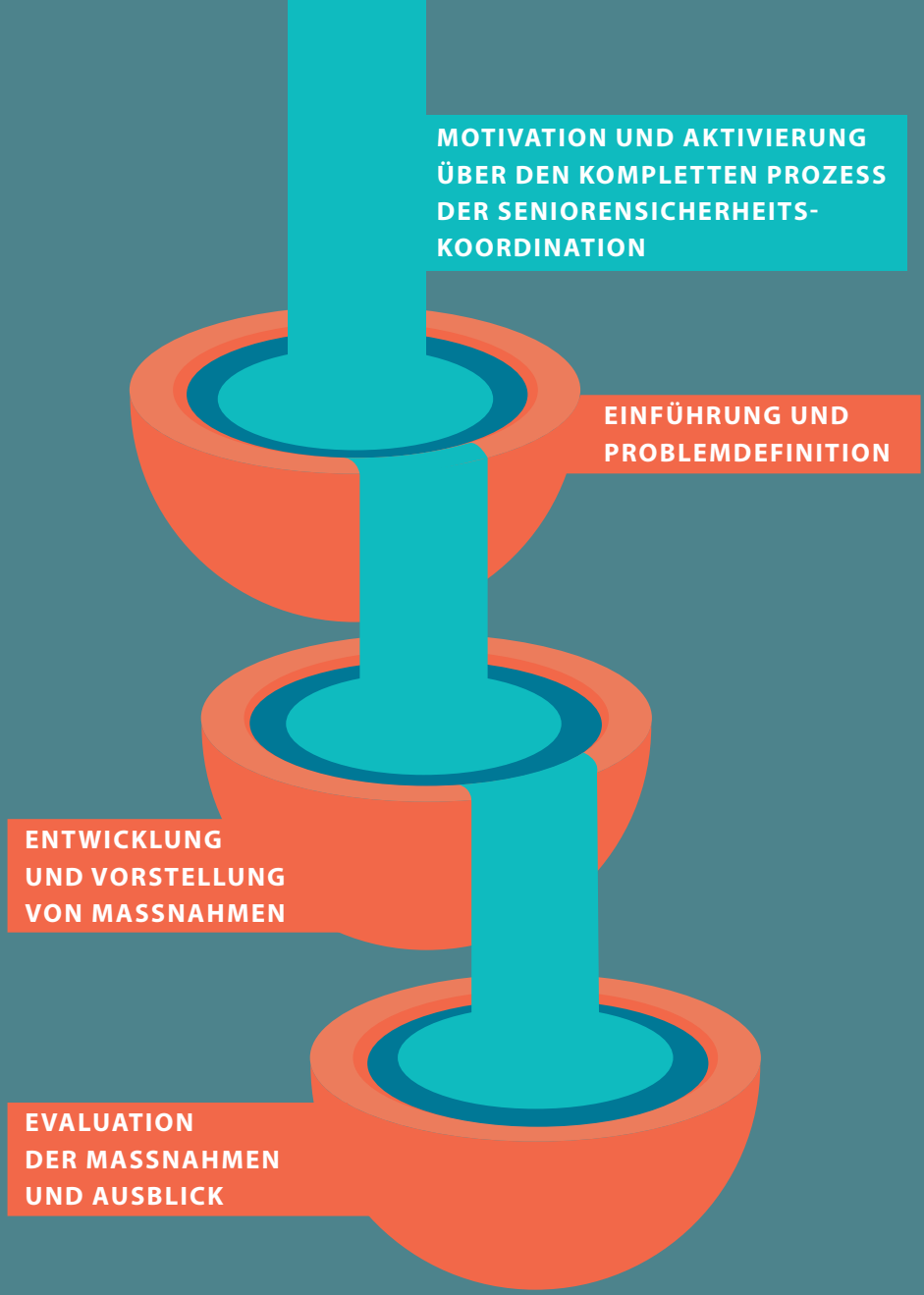


Abbildung 19
Ablauf der drei Sozialraumveranstaltungen

Die Sozialraumveranstaltung richtet sich an ein breiteres Publikum als es im Alltagsgeschäft der sozialen Infrastruktureinrichtung in der Regel erreicht werden kann. Im Sozialraum schwer erreichbare Bewohnerinnen und Bewohner sowie interessierte, aber nicht kontinuierlich mitwirkende Menschen sollen aktiviert sowie Kooperationsakteure zur Mitwirkung gewonnen werden. Daher ist es sinnvoll, mit bestehenden Gruppen in Einrichtungen und Vereinen wie Seniorennetzwerken zu kooperieren, um möglichst viele Seniorinnen und Senioren zu erreichen. Mithilfe von lokaler Pressearbeit, einem regelmäßig stattfindenden Infotisch auf dem Markt, Briefwurfaktionen in der Nachbarschaft und Netzwerkarbeit können weitere Menschen im Stadtteil erreicht werden, die bisher nicht für das regelmäßige Angebot der Einrichtung zu gewinnen waren.

Die Sozialraumveranstaltungen finden bestenfalls unter Einbezug wichtiger Kooperationsakteure wie der Bezirkspolizei statt. Die Zusammenarbeit der relevanten Sicherheitsakteure im Stadtteil kann eine Signalwirkung erzielen; die älteren Menschen lernen die Seniorensicherheitskoordination kennen und fühlen sich mit ihren Sicherheitsproblemen ernst genommen. Auch für die Netzwerkakteure ist ein regelmäßiger Abgleich über Vorstellungen zur Seniorensicherheitskoordination sowie zu Grenzen und Erfolgsaussichten sinnvoll [Kapitel 3.7 Erfolgsaussichten und Grenzen der Seniorensicherheitskoordination].

3.5.3 GESTALTUNG DER SOZIALRAUMVERANSTALTUNGEN

DIE ERSTE SOZIALRAUMVERANSTALTUNG – IM RAHMEN DER PARTIZIPATIVEN SICHERHEITSAUDITS

Die erste Sozialraumveranstaltung gibt Impulse für den weiteren Prozess. Es wird eine lokale Problemdefinition vorgenommen, indem Teilnehmende die Sicherheitsthemen bewerten und einen Ausblick auf den weiteren Projektverlauf erhalten. Zunächst werden aber alle bisher gewonnen Informationen im Rahmen der Veranstaltung zusammengeführt; das heißt, die Erkenntnisse aus den qualitativen Befragungen, der Stadtteilbegehung und der vorher gesammelten Daten aus amtlichen Quellen.

DEFINITION DER PROBLEME

„WIE SICHER IST UNSER QUARTIER?“

ENTWICKLUNG VON MASSNAHMEN

„WIE KÖNNTE UNSER QUARTIER NOCH SICHERER WERDEN?“

EVALUATION DER MASSNAHMEN

„WENIGER FURCHT, MEHR TEILHABE!“

Abbildung 20

Themen und Verlauf der drei Sozialraum-veranstaltungen

Die Teilnehmenden priorisieren die vorgestellten Sicherheitsthemen, die in folgenden Arbeitsschritten bearbeitet werden sollen. Dabei ist das wichtigste Kriterium die Dringlichkeit des Sicherheitsproblems. Auch wenn spontan wenige Chancen auf Erfolg gesehen werden, sollte ein Thema erst einmal aufgenommen werden. Die Realisierbarkeit wird dann im nächsten Projektschritt gemeinsam eingeschätzt.

DIE ZWEITE SOZIALRAUMVERANSTALTUNG – ENTWICKLUNG DER MASSNAHMEN

Die älteren Menschen sollen in der zweiten Sozialraumveranstaltung, geeignete Maßnahmen für sich und den Stadtteil festlegen und weiterentwickeln. Die Ergebnisse der ersten Sozialraumveranstaltung werden dafür zunächst zusammengefasst dargestellt, um die älteren Menschen auf den aktuellen Stand zu bringen. Im Anschluss werden die von der Seniorensicherheitskoordination entwickelten Maßnahmen vorgestellt und kritisch diskutiert. Die Seniorinnen und Senioren können die Maßnahmen bewerten, ihre Wünsche zur finalen Ausgestaltung der Maßnahmen einbringen sowie weitere Maßnahmen vorschlagen. Nach der zweiten Sozialraumveranstaltung schließt eine Phase an, in der die ausgewählten und weiterentwickelten Maßnahmen durchgeführt werden. Die zweite Sozialraumveranstaltung soll die älteren Menschen motivieren und aktivieren, daran mitzuwirken.

DIE DRITTE SOZIALRAUMVERANSTALTUNG – (ZWISCHEN-)EVALUATION DER MASSNAHMEN

Der Prozess kann für die Seniorinnen und Senioren abgerundet werden, indem die Seniorensicherheitskoordination eine dritte Sozialraumveranstaltung durchführt. Die Sozialraumveranstaltung hat die Funktion, dass die Beteiligten aus den Untersuchungsräumen die Wirkung der Maßnahmen evaluierend reflektieren. Sie kann entweder als Zwischenevaluation dienen, wenn die Seniorensicherheitskoordination zeitlich unbegrenzt eingeführt wurde, oder aber als Schlussevaluation bei zeitlicher Begrenzung des Projekts.

In der dritten Sozialraumveranstaltung sollen die Seniorinnen und Senioren herausarbeiten, welche Erfolge und Misserfolge die Seniorensicherheitskoordination und die einzelnen Maßnahmen kennzeichnen. Auf dieser Grundlage werden Verbesserungsvorschläge gesammelt. Des Weiteren sollen mögliche

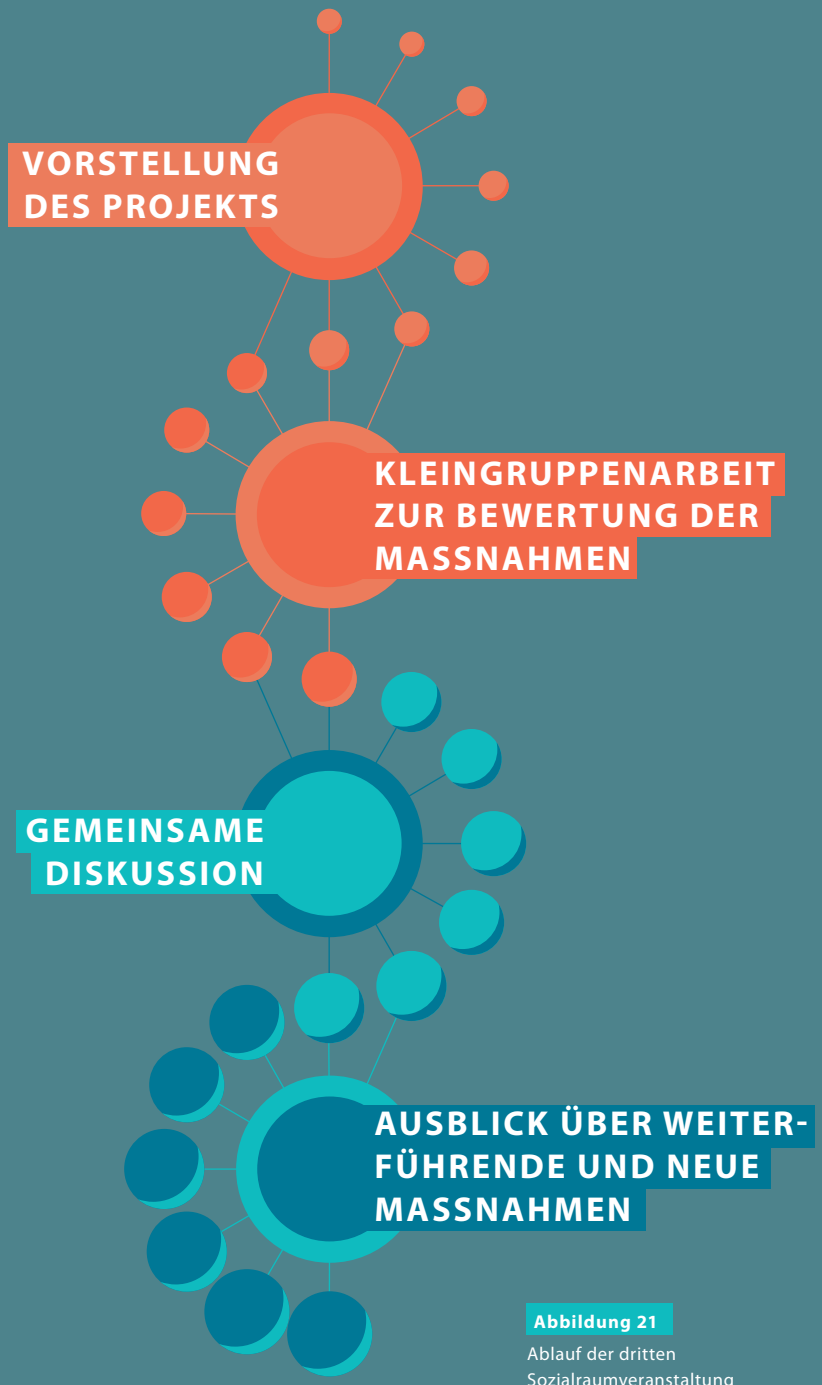


Abbildung 21
Ablauf der dritten Sozialraumveranstaltung

Veränderungen der personalen und sozialen Ressourcen, des nachbarschaftlichen Miteinanders und des Stadtteils, die durch die Maßnahmen erreicht werden konnten, herausgearbeitet und kritisch beleuchtet werden. Im Sinne eines kontinuierlichen Optimierungsprozesses werden Verbesserungsvorschläge gesammelt. Auch wenn das Projekt zeitlich begrenzt ist, wird es vielleicht dennoch Maßnahmen geben, die weiterlaufen und ebenfalls verbessert werden können.

3.5.4 PROFESSIONELLE EVALUATION DER SENIORENSICHERHEITSKOORDINATION

Zur Verbesserung der angebotenen Sicherheitsmaßnahmen sowie zur Optimierung des eigenen Ressourceneinsatzes wird eine professionelle Evaluation der Seniorensicherheitskoordination empfohlen. Hierbei handelt es sich nicht um die partizipative Rückmeldung durch die älteren Menschen, sondern um eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Arbeit im Sozialraum. Farrokhzad und Mäder (2014) stellen praxisnahe Evaluationskonzepte vor, mithilfe derer die Planung, die Durchführung und die Wirksamkeit von Maßnahmen kritisch reflektiert werden können. Bei einer Evaluation stellt sich die Frage, welche der geplanten Maßnahmen implementiert werden können und welche förderlichen beziehungsweise hemmenden Faktoren im Sozialraum auftreten können. Die richtigen Evaluationswerkzeuge ermöglichen es, bereits im Projektverlauf kritische Fragen zur Umsetzbarkeit und Wirkung zu erörtern und kurzfriste Veränderungen am Projektaufbau vorzunehmen.

3.6

STADTTEILEINRICHTUNG ALS IMPULSGEBERIN IM SOZIALRAUM

Kriminalprävention – insbesondere für Ältere – fand in der Sozialen Arbeit bisher nur wenig Resonanz. Das Konzept der Sicherheitskoordination will diese Lücke zwischen Polizei, Ordnungsamt und anderen sicherheitsbezogenen Akteuren auf der einen Seite und den sozialen Diensten sowie der Gemeinwesenarbeit auf der anderen Seite überbrücken. Dabei fungiert eine Stadtteileinrichtung der Sozialen Arbeit als Impulsgeberin für die Berücksichtigung von Sicherheitsfragen, die die Lebensqualität und Teilhabe im Alter tangieren.

„Seniorensicherheitskoordination“ bedeutet somit: (1) Eine soziale Infrastruktureinrichtung im Sozialraum fungiert als Koordinationsstelle. (2) Fachkräfte der Sozialen Arbeit leisten in diesen Einrichtungen die Koordination. Das heißt, sie greifen mit sozialpädagogischen Methoden die Sicherheitsbelange der älteren Bevölkerung im Stadtteil auf und entwickeln unter deren Beteiligung Perspektiven zu einer veränderten Sicherheitswahrnehmung sowie zur Bewältigung der wahrgenommenen Belastungen. (3) Die Seniorensicherheitskoordination nimmt dabei die Rolle einer Vermittlerin zwischen den sicherheitsrelevanten Akteuren und den älteren Menschen ein. Der vermittelnde Ausbau eines Netzwerks zwischen den Seniorinnen und Senioren sowie den lokalen Akteuren bildet den Kern der Seniorensicherheitskoordination. Exemplarische Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner sind:

- **Die Seniorenvertretung und das Amt für Statistik sind konstruktive Partnerin und Partner bei der Bedarfsanalyse auf der Grundlage von Daten und Beobachtungen.**

- **Weitere Kooperationen können mit dem Weißen Ring e.V. (Gemeinnütziger Verein zur Unterstützung von Kriminalitätsopfern und zur Verhütung von Straftaten) und Fachkräften aus der Gemeinwesen- oder Altenarbeit eingegangen werden (zum Beispiel Pflegedienst), die eine Betroffenheit älterer Menschen im alltäglichen Umgang mit ihnen erfahren.**
- **Die örtliche Polizeiinspektion, Bezirksbeamtinnen und Bezirksbeamte sowie Beamtinnen und Beamte der Kriminalprävention/Opferschutz werden in mehrerer Hinsicht zur Unterstützung benötigt: In Informationsveranstaltungen können sie Lageberichte zur örtlichen Sicherheitssituation geben, bei Sicherheitsaudits im öffentlichen Raum können sie begleitend mitwirken und in regelmäßigen Sprechstunden in der Stadtteileinrichtung können sie als Ansprechperson zur Verfügung stehen.**
- **Eine erfahrene Trainerin oder ein erfahrener Trainer sind hilfreich, um das Angebot eines Selbstbehauptungstrainings durchführen zu können.**
- **Die Zusammenarbeit mit der lokalen Soziokultur kann genutzt werden, um Sicherheitsfragen auch in darstellerischer Form zu bearbeiten (Sicherheitstheater).**
- **Lokale Banken sind wichtige Kooperationsakteure, wenn es um das Thema des sicheren Geldabhebens am Geldautomaten oder in der Bankfiliale geht.**
- **Das Nahverkehrsunternehmen kann vor Ort bei der Durchführung eines Mobilitätstrainings zur Förderung der Sicherheit älterer Menschen in Bus und Bahn unterstützen.**
- **Unternehmen der Wohnungswirtschaft können gewonnen werden, um im Quartier Nachbarschaftsfeste durchzuführen und Unordnungserscheinungen zu beseitigen.**
- **Die Träger und Abteilungen der Jugendhilfe werden gebraucht, um intergenerative Maßnahmen durchzuführen.**
- **Unternehmen der örtlichen Abfallwirtschaft helfen dabei, bei**

besonderen Verschmutzungen gemeinsame Reinigungsaktionen unter Beteiligung der älteren Menschen und möglichen Verursacherinnen und Verursachern durchzuführen.

- Wenn es um die Mitwirkung an der Öffentlichkeitsbeteiligung nach Baugesetzbuch geht, um etwa Einfluss auf die Gestaltung des öffentlichen Raumes zu nehmen, dann finden sich geeignete Ansprechpersonen in der Stadtplanung.
- Ehrenamtliche können als Lotsen in der lokalen Sicherheitsberatung für ältere Bürgerinnen und Bürger eingesetzt werden.

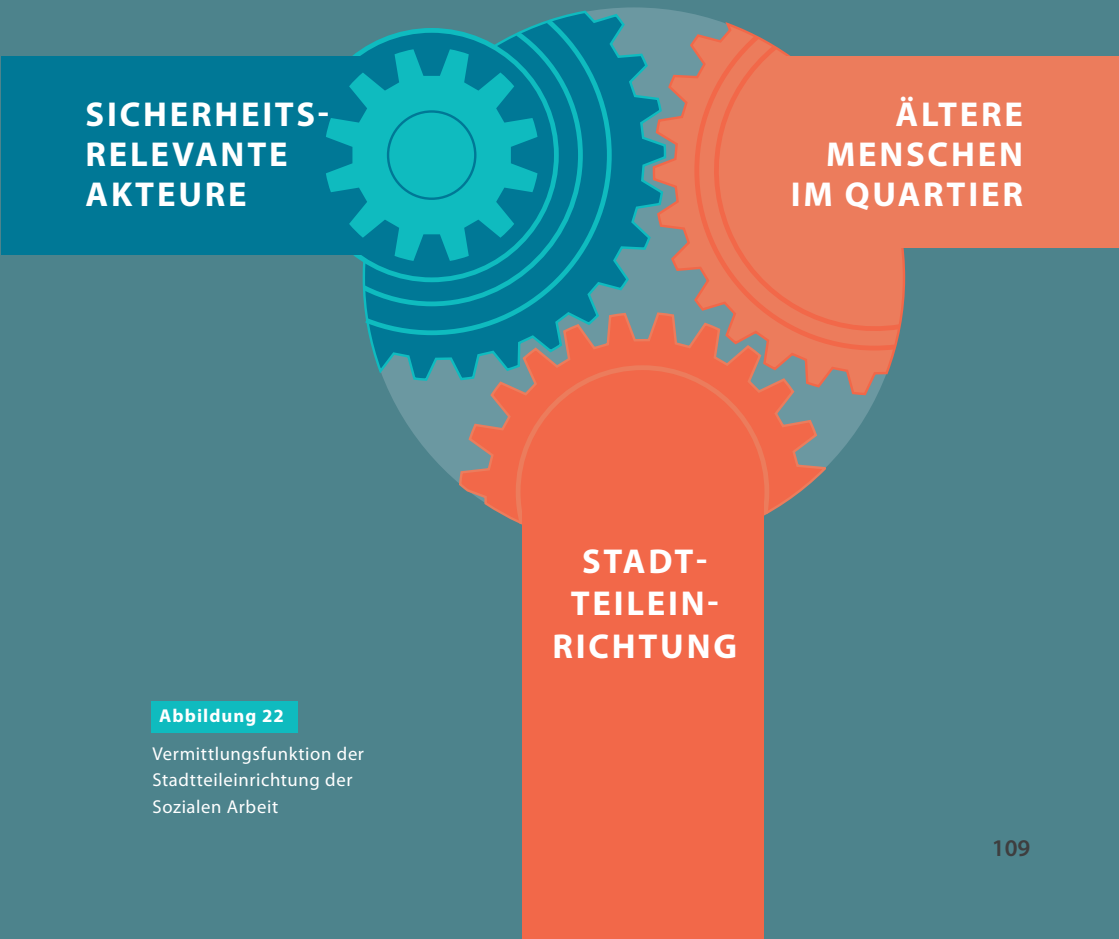


Abbildung 22

Vermittlungsfunktion der Stadtteileinrichtung der Sozialen Arbeit

Diese Koordination zwischen den verschiedenen einschlägigen Organisationen und den älteren Menschen leisten die Fachkräfte der Sozialen Arbeit in einer Stadtteileinrichtung. Bei Sozialraumveranstaltungen geben sie Impulse zur Partizipation der älteren Bevölkerung. Methodisch führen sie durch den Prozess, ziehen zum richtigen Zeitpunkt die notwendigen Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner hinzu und evaluieren in Kooperation mit den sicherheitsrelevanten Akteuren und den älteren Menschen die eingeleiteten Maßnahmen. Folglich läuft der Prozess der Impulsgebung über den Bedarf zur Bedarfsanalyse, diese wird von der sozialen Einrichtung aufgenommen und durch die Seniorensicherheitskoordination umgesetzt (Abb. 23).

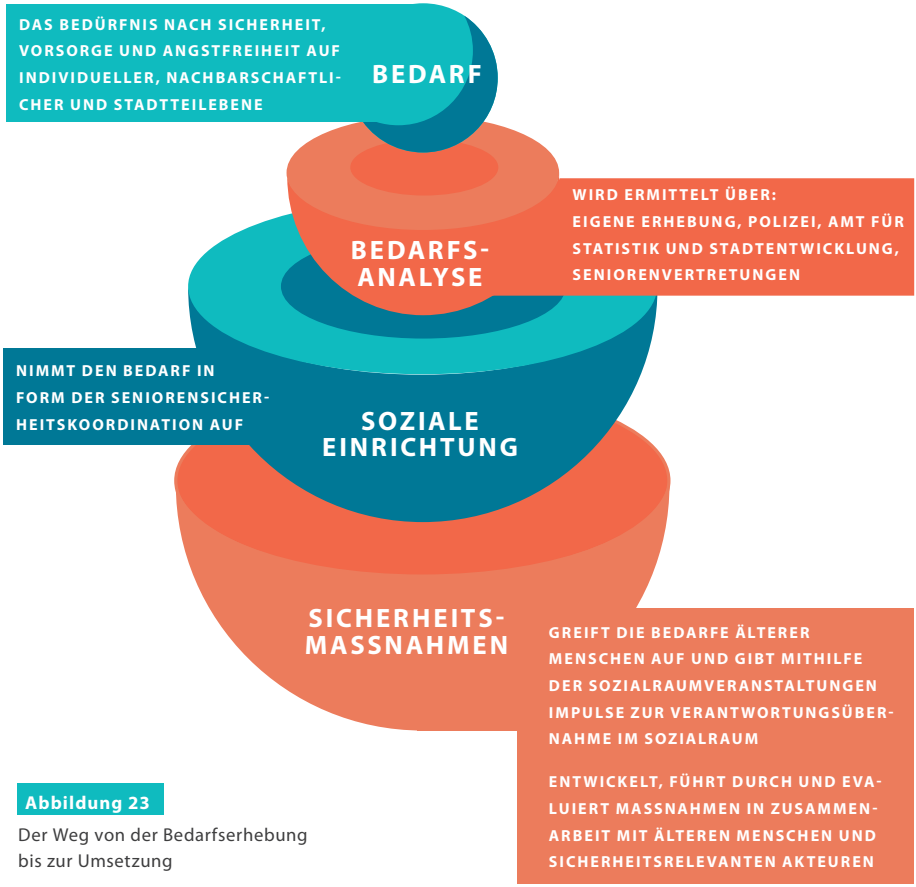


Abbildung 23
Der Weg von der Bedarfserhebung bis zur Umsetzung

3.7 ERFOLGSAUSSICHTEN UND GRENZEN DER SENIOREN-SICHERHEITSKOORDINATION

Wichtig für eine erfolgreiche Durchführung der Seniorensicherheitskoordination sind einerseits eine realistische Einschätzung der Erfolgsaussichten und Grenzen sowie andererseits die offene kommunikative Ermittlung dieser Einschätzung unter Beteiligung der älteren Menschen und der Netzwerkakteure. Insbesondere die Grenzen müssen konsequent thematisiert werden. Enttäuschungen werden bei den Seniorinnen, Senioren und beteiligten Partnerinnen und Partnern ansonsten kaum zu verhindern sein.

Die Seniorensicherheitskoordination kann bereits auf niederschwelliger Ebene wichtige Impulse setzen. Beispielsweise kann durch gegenseitigen Austausch sowie durch Informationsangebote eine Sensibilisierung der Zielgruppe und der am Projekt Beteiligten für die Vielschichtigkeit des Sicherheitsthemas älterer Menschen erreicht werden. Speziell die Netzwerkpartnerinnen und Netzwerkpartner betonen, dass sie in der Erprobung der Seniorensicherheitskoordination eine völlig neue Sicht auf den Stadtteil und die vorhandenen Sicherheitsrisiken für ältere Menschen entwickelt hätten. Die verschiedenen Maßnahmen bieten zudem die Möglichkeit, auf der individuellen, nachbarschaftlichen und stadtteilbezogenen Ebene Prozesse im Quartier anzustoßen. Alle Beteiligten sollten sich darüber im Klaren sein, dass es Zeit benötigt, um erlernte Handlungsstrategien zu hinterfragen und neue Strategien zu internalisieren.

Viele der erwirkten Veränderungen und Erfolge sind schwer zu messen und für alle Beteiligten nur mittelbar fassbar. Wichtig erscheint es deshalb, sich

bei jedem Projektschritt gemeinsam mit allen Beteiligten auf die partizipativ definierten Sicherheitsprobleme zurückzubesinnen und die mit den Maßnahmen erreichten Ziele zu bewerten (Soll-Ist-Vergleich). Gerade in „projektmüden“ Stadtteilen oder in Quartieren mit besonderen Gefährdungslagen ist es notwendig, die Rahmenbedingungen, Maßnahmeninhalte und Zielmarken der Seniorensicherheitskoordination regelmäßig aufzuzeigen. Auch dort, wo sicherheitsfördernde Maßnahmen intensiv mit dem regelmäßig stattfindenden Programm verzahnt werden, sollte der Bezug zur Seniorensicherheitskoordination immer wieder hergestellt werden. Eindeutige Ansprechpersonen, die die Seniorinnen und Senioren mit der Seniorensicherheitskoordination verbinden, können hierbei einen wichtigen Beitrag leisten.

Ohne ausreichend personelle, monetäre, politische und zeitliche Ressourcen ist die Seniorensicherheitskoordination nicht erfolgreich umzusetzen. Die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten zwischen Jung und Alt oder neu hinzugezogenen und alteingesessenen Bewohnerinnen und Bewohnern eines Quartiers - wie zum Beispiel durch ein Stadtteilfest - ist unweigerlich mit monetären Ressourcen verbunden. Eine bestehende Netzwerkstruktur im Stadtteil, bei der jeder Akteur monetäre oder personale Beiträge leisten kann, ist Voraussetzung für eine Seniorensicherheitskoordination, die ohne ausdrückliche Förderung auskommen muss. Etwa zehn Wochenstunden für die koordinierende und durchführende Stelle haben sich für eine zeitlich begrenzte Durchführung der Seniorensicherheitskoordination als sinnvoll erwiesen.

Viele stadtteilbezogene Maßnahmen müssen durch die kommunale Verwaltung umgesetzt werden. Die Entscheidungsprozesse gestalten sich manchmal zäh und die Ergebnisse sind des Öfteren ernüchternd für die älteren Menschen. So kann sich die Verwaltung tatsächlich intensiv und ehrlich mit der Frage einer Verlängerung der Fußgängerampelschaltung für ältere Menschen auseinander gesetzt haben, aber wegen anderer straßenplanerischer Gründe zu dem Ergebnis kommen, dass eine Umstellung der Ampelschaltung nicht möglich ist. Bei solcherlei Misserfolgen kann eine transparente Kommunikation vonseiten der Stadt und eine ehrliche Vermittlung der Beweggründe an die Seniorinnen und Senioren für den weiteren Projektverlauf nur zuträglich sein.

WAS EINE SENIORENSICHERHEITSKOORDINATION LEISTEN KANN:

- Seniorinnen und Senioren sowie die professionellen Akteure im Quartier für die objektive Sicherheit und das subjektive Sicherheitsempfinden von älteren Menschen sensibilisieren.
- Einen Prozess im Stadtteil anregen, neue Kommunikationskanäle mit bisher unbekannten Partnerinnen und Partnern eröffnen.
- Neue Angebote schaffen und darüber bisher nicht erreichte Menschen aktivieren.
- Neue individuelle Handlungsweisen aufzeigen, Nachbarschaftsprojekte anregen, städtebauliche Veränderungen anstoßen.
- Zu einer veränderten, weniger ängstlichen Wahrnehmung lokaler Phänomene befähigen.
- Die Vulnerabilitätsbefürchtung im Alter dämpfen und protektive Faktoren sowie Abwehrkräfte für eine widerstandsfähige Bewältigungsbiographie stärken.
- Kleine Erfolge für die Seniorinnen und Senioren erzielen wie die Beseitigung von Stolperfallen oder die Einflussnahme auf die Gestaltung des öffentlichen Raumes (zum Beispiel bei der Beleuchtung).

WAS EINE SENIORENSICHERHEITSKOORDINATION NICHT LEISTEN KANN:

- Den gesamten Stadtteil umkrempeln: Große Veränderungen benötigen große Anstrengungen.
- Lang internalisierte Handlungsweisen der älteren Menschen durch ein punktuelles Projekt aufbrechen. Um Änderungen zu erzielen, bedarf es der Wiederholung oder Verstetigung der Maßnahmen.

- Die Unsicherheitssituation in stark belasteten Stadtteilen prägnant positiv beeinflussen.
- Immer auf die individuellen Probleme einzelner Seniorinnen und Senioren eingehen.

Übersicht 2

Erfolgsaussichten und Grenzen der Seniorensicherheitskoordination

VORAUSSETZUNGEN FÜR EINE ERFOLGREICHE SENIORENSICHERHEITSKOORDINATION

- Transparenz über die Erfolgsaussichten und Grenzen der Seniorensicherheitskoordination
- Rückbesinnung auf ursprüngliche Ziele und Erfolgsaussichten der Maßnahmen bei allen Arbeitsschritten; Verdeutlichung des Realitätsbezugs bei abstrakten Maßnahmen
- Genügend personale Ressourcen für die Steuerung der Seniorensicherheitskoordination
- Ausreichend Zeit, um Projekte anzustoßen sowie besonders relevante Maßnahmen der Seniorensicherheitskoordination zu wiederholen und zu verstetigen
- Monetäre Ressourcen zur Umsetzung einzelner Maßnahmen (zum Beispiel eines Nachbarschaftsfestes)
- Existierende Netzwerkstrukturen im Quartier, die an einem Strang ziehen
- Der Aufbau von Partnerschaften mit öffentlichen Stellen wie Polizei, Ordnungsbehörden oder anderer kommunaler Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger

Übersicht 3

Voraussetzungen für eine erfolgreiche Seniorensicherheitskoordination

4

KATALOG DER MASSNAHMEN ZUR STÄRKUNG DES SICHERHEITSGEFÜHLS VON SENIORINNEN UND SENIOREN

INDIVIDUELLE EBENE

Im Folgenden werden exemplarisch im Rahmen des Modellprojekts der Seniorensicherheitskoordination erprobte Maßnahmen auf den verschiedenen Ebenen vorgestellt. Diese werden ergänzt durch Maßnahmen, die im Rahmen einer Recherche Guter Beispiele erhoben wurden (vgl. Schubert et al. 2015b). Je nach den Bedarfen und Wünschen vor Ort können die Maßnahmen unterschiedlich kombiniert und um weitere Aktionen ergänzt werden.

Abbildung 24

Stärkung des Sicherheitsgefühls auf mehreren Ebenen

Um die Bedarfe zu erheben und möglichst viele ältere Menschen aus dem Stadtteil über die Möglichkeiten zur Stärkung des Sicherheitsgefühls zu informieren und diese zu aktivieren, bieten sich beispielsweis Sozialraumveranstaltungen an, deren operative Umsetzung auf den folgenden Seiten vorgestellt wird [Kapitel 4.1 Übergreifende Maßnahmen]. Anschließend folgt ein Überblick über Maßnahmen auf der individuellen Ebene. Fortlaufend werden nachbarschaftsbezogene Maßnahmen und schließlich Handlungsmöglichkeiten auf der Stadtteilebene vorgestellt.

Maßnahmen auf der **INDIVIDUELLEN EBENE** sollen dazu beitragen, mit Anforderungen aus der sozialen Umwelt erfolgreich umzugehen [Kapitel 4.2 Individuelle Stärkung des Sicherheitsgefühls]. Sie beinhalten die Aufklärung über Gefahren und den Selbstschutz einer Person, Informationen über (technische) Sicherungsmaßnahmen und die Stärkung des Selbstkonzepts, vor allem der Selbstwirksamkeit. So können beispielsweise Unsicherheiten durch eine gestärkte Wehrhaftigkeit reduziert werden.

SICHERHEITSMASSNAHMEN AUF INDIVIDUELLER EBENE		
Selbstbehauptungstraining	Informationsveranstaltung zu Sicherheitsthemen	Lokale Sicherheitsberatung für ältere Menschen
Sicherheitstheater	Sichere Geldgeschäfte bei der Bank	Geocaching
Regelmäßige Polizeisprechstunde	Sicherheitstafel	Mobilitätstraining im öffentlichen Nahverkehr

Übersicht 4
Maßnahmen zur individuellen Stärkung des Sicherheitsgefühls

Auf der **NACHBARSCHAFTSBEZOGENEN EBENE** stehen die soziale Unterstützung, die Stärkung der Eigenverantwortung im Quartier sowie die Förderung der sozialen Kohäsion im Mittelpunkt [Kapitel 4.3 Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenhalts]. Um Anonymität und die Grenzen innerhalb des Stadtteils zwischen verschiedenen Personengruppen abzubauen, bieten sich Begegnungen zwischen Bewohnerinnen und Bewohnern beispielsweise in Form eines intergenerativen oder interkulturellen Austauschs an. So soll auch die kollektive Wirksamkeit aufgebaut werden, indem sich die Bewohnerschaft eines Wohnquartiers für die Werte und Normen des Kollektivs einsetzt und Verantwortung für die Nachbarschaft übernimmt. Nachbarschaftliche Kontakte sind eine weitere bedeutende Form der Teilhabe im Quartier, wodurch das gegenseitige Vertrauen und der Zusammenhalt in der Nachbarschaft gestärkt werden.

SICHERHEITSMASSNAHMEN AUF NACHBARSCHAFTLICHER EBENE		
Regelmäßiger Sicherheitstreff	Nachbarschaftsfest	Intergeneratives Nachbarschaftscafé
Institutionelle und intergenerative Kooperationen im Sozialraum	Alt trifft Jung	Generationenübergreifende Nachbarschaftshilfe

Übersicht 5

Maßnahmen zum nachbarschaftlichen Zusammenhalt

Die übergeordnete **STADTTEILEBENE** beinhaltet infrastrukturelle und bauliche Aspekte, beispielsweise die Vernetzung lokaler institutioneller Akteure oder auch die Beseitigung baulicher oder materieller Störungen [Kapitel 4.4 Maßnahmen auf der Stadtteilebene zur Stärkung des Sicherheitsgefühls älterer Menschen]. Auf dieser Ebene können somit unsichere Orte zu sicheren Orten werden.

SICHERHEITSMASSNAHMEN AUF STADTTEILEBENE		
Stadtteilbegehung	Unser Quartier putz(t) munter	Mitwirkung an der Öffentlichkeitsbeteiligung nach Baugesetzbuch
Sicherheitstag	Gemeinwesenmediation	Seniorengenossenschaften

Übersicht 6
Maßnahmen zur Stärkung des Sicherheitsgefühls auf Stadtteilebene

Die Maßnahmen auf den drei Ebenen behandeln insgesamt zehn verschiedene Sicherheitsbereiche, wobei mit einer Maßnahme meist mehrere Bereiche abgedeckt werden [Kapitel 3.2.4 Zuordnung zu Sicherheitsbereichen]. Die folgende Tabelle bietet eine Übersicht, welche Sicherheitsbereiche mit der jeweiligen Maßnahme bearbeitet werden kann.

INDIVIDUELLE EBENE	NACHBAR-SCHAFTSEBENE	STADTTEILBE-ZOGENE EBENE
SCHUTZ VOR EIGENTUMS- UND VERMÖGENSDELIKTEN		
Informationsveranstaltung zu Sicherheitsthemen Lokale Sicherheitsberatung Sicherheitstheater Sichere Geldgeschäfte Polizeisprechstunde Mobilitätstraining Sicherheitstag	Sicherheitstreff	
SICHERHEIT IM PRIVATRAUM		
Informationsveranstaltung zu Sicherheitsthemen Sicherheitsberatung Sicherheitstheater Polizeisprechstunde Sicherheitstag	Sicherheitstreff Nachbarschaftshilfe Seniorengenossenschaft	

INDIVIDUELLE EBENE	NACHBAR-SCHAFTSEBENE	STADTTEILBE-ZOGENE EBENE
SICHERHEIT IM ÖFFENTLICHEN RAUM		
Selbstbehauptungs-training Sichere Geldgeschäfte Geocaching Sicherheitstafel	Sicherheitstreff	Stadtteilbegehung Mitwirkung nach Baugesetzbuch
STÄRKUNG DER SELBSTWIRKSAMKEIT		
Selbstbehauptungs-training Stadtteilbegehung Mobilitätstraining		
OPFERSCHUTZ		
Informationsveranstaltung zu Sicherheitsthemen Polizeisprechstunde Sicherheitstag		
AUFKLÄRUNG ÜBER DIE ZUSTÄNDIGKEITEN VON SICHERHEITSAKTUEREN		
Informationsveranstaltung zu Sicherheitsthemen Polizeisprechstunde Sicherheitstafel	Sicherheitstreff	

INDIVIDUELLE EBENE	NACHBAR-SCHAFTSEBENE	STADTTEILBE-ZOGENE EBENE
MOBILITÄTSKOMPETENZ		
Sicherheitsberatung Geocaching Polizeisprechstunde Mobilitätstraining Sicherheitstag		
STÄRKUNG DES NACHBARSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALTS		
	Nachbarschaftsfest Intergeneratives Nachbarschaftscafé Institutionelle und intergenerative Kooperationen Alt trifft Jung Generationsübergreifende Nachbarschaftshilfe Unser Quartier putz(t) munter Gemeinwesenmediation Seniorengenossenschaft	
BESEITIGUNG VON UNORDNUNGSERSCHEINUNGEN		
Geocaching Stadtteilbegehung		Stadtteilbegehung Unser Quartier putz(t) munter

INDIVIDUELLE EBENE	NACHBAR-SCHAFTSEBENE	STADTTEILBE-ZOGENE EBENE
ENGAGEMENT FÜR DAS GEMEINWESEN DURCH BETEILIGUNG		
Lokale Sicherheitsberatung Stadtteilbegehung	Nachbarschaftsfest Intergeneratives Nachbarschaftscafé Generatiaonsübergreifende Nachbarschaftshilfe	Mitwirkung nach Baugesetzbuch Stadtteilbegehung Unser Quartier putz(t) munter

Übersicht 7

Überblick über die Sicherheitsbereiche der Maßnahmen

ERKLÄRUNG DER SYMBOLE

Um die nötigen Ressourcen zur Durchführung der jeweiligen Maßnahme schnell zu erfassen, werden diese in Form von ein bis drei Piktogrammen für jede Maßnahme abgebildet.

Bei den räumlichen, personellen und monetären Ressourcen werden jeweils drei Abstufungen vorgenommen.

RÄUMLICHE RESSOURCEN:

Mithilfe des Symbols 🏠 wird dargestellt, ob ein einfacher Raum zur Durchführung der Maßnahme genügt (🏠) oder ob spezielle Anforderungen an die Räumlichkeiten gestellt werden (🏠🏠 beziehungsweise 🏠🏠🏠).

Grundsätzlich sollten die Räumlichkeiten barrierearm und zentral gelegen sein, sodass sie auch von Seniorinnen und Senioren mit Geheinschränkung gut erreichbar sind. Außerdem ist eine gute Akustik notwendig. Idealerweise finden die Veranstaltungen in Räumlichkeiten statt, die schon vor Projektstart regelmäßig von Seniorinnen und Senioren besucht werden, wie zum Beispiel ein Seniorenmittagstisch, ein Gemeindezentrum oder Räume des Seniorennetzwerks.

PERSONELLE RESSOURCEN:

Symbol 👤 gibt eine grobe Einschätzung, mit wie viel Personaleinsatz zur Vorbereitung und Durchführung der Maßnahme zu rechnen ist. 👤 bedeutet, dass die Maßnahme nur einen geringen Zeitaufwand braucht, während eine Maßnahme mit 👤👤👤 Zeitkapazitäten über mehrere Wochen oder Monate beansprucht. Entsprechend der örtlichen Rahmenbedingungen können die personellen Ressourcen jedoch auch davon abweichen.

MONETÄRE RESSOURCEN:

Symbol 🪙 zeigt die voraussichtliche Höhe der Sachkosten pro Maßnahme an. Bei 🪙 sind keine oder nur sehr geringe Kosten zu erwarten, während mit der Anzahl der Symbole auch die Höhe der Kosten zur Vorbereitung und Durchführung der Maßnahmen steigt. Grundsätzlich nicht berücksichtigt sind in dieser Darstellung Kosten zur Bewerbung der Veranstaltungen, zum Beispiel Kopierkosten für Plakate oder Handzettel.

4.1 ÜBERGREIFENDE MASSNAHMEN

4.1.1 PARTIZIPATIVES AUDITVERFAHREN IM RAHMEN DES SICHERHEITSASSESSMENTS

Im partizipativen Auditverfahren wird eine Untersuchung der Unsicherheitswahrnehmungen und -erfahrungen älterer Menschen sowie eine Erhebung lokaler, sicherheitsrelevanter Problemlagen durchgeführt. „Auditverfahren“ stammt vom lateinischen Begriff „auditus“ ab und bedeutet etwa „Anhörung“. Das partizipative Auditverfahren besteht aus:

1. **leitfadengestützten Befragungen von älteren Menschen und professionellen Akteuren im Sozialraum**
2. **einer Stadtteilbegehung**
3. **einer Sozialraumveranstaltung**

SICHERHEITSBEREICHE

Alle Sicherheitsbereiche

SPEZIFISCHE ZIELE

- Erarbeitung eines Lagebilds zum Thema Sicherheit
- Erstmalige Thematisierung der Sicherheitsthematik im Quartier
- Aktivierung älterer Menschen im Sozialraum für die Maßnahmen der Seniorensicherheitskoordination
- Aufbau und Aktivierung eines Netzwerks zum Thema Sicherheit für ältere Menschen im Quartier

KOOPERATIONEN

Potenziell am Projekt beteiligte Akteure, zum Beispiel:

- Polizei
- Seniorenberatung
- Seniorennetzwerke
- Sozialraumkoordination
- Wohnungsunternehmen

METHODEN

1. **Leitfadengestützte Befragungen von älteren Menschen und professionellen Akteuren im Sozialraum:**

- Befragung älterer Menschen in Gruppen- oder Einzelgesprächen zu ihrem individuellen Sicherheitsempfinden
- Experteninterviews von lokalen Professionellen zur Sicherheitslage

2. **Stadtteilbegehung** [Maßnahme 4.4.1 Stadtteilbegehung]
3. **Erste Sozialraumveranstaltung**

- Großgruppenmethoden [Maßnahme 4.1.2 Sozialraumveranstaltung 1: „Wie sicher ist unser Quartier?“]

VORBEREITUNGSAUFGABEN

Sammlung und Aufbereitung des lokalen Wissens im Austausch mit älteren Menschen und lokalen Professionellen:

- Was ist über die Stadtteile in Bezug auf die Sicherheit älterer Menschen bereits bekannt?
- Wurden bereits Stadtteilbegehungen durchgeführt?
- Was sind lokale sicherheitsrelevante Problemlagen?

Kontaktaufnahme zu Akteuren im Stadtteil:

- Welche (professionellen) Akteure können für das Projekt gewonnen werden?

- In welche Netzwerke könnte das Sicherheitsprojekt integriert werden?

Zugang zur Zielgruppe:

- Wie können Seniorinnen und Senioren vor Ort erreicht werden?
- Anpassung des Fragenkatalogs für leitfadengestützte Befragung

DURCHFÜHRUNG

Gespräche mit professionellen Akteuren

- Vorstellung des Vorhabens und Abklärung, ob Interesse an einer Zusammenarbeit besteht
- Analyse bereits vorhandener Aktivitäten mit Bezug zur Sicherheit älterer Menschen
- Analyse der vorhandenen Ressourcen (Personal, Sachmittel, Anknüpfungsmöglichkeiten sicherheitsfördernder Maßnahmen an bestehende Angebote)
- Abgleich der Erwartungen an die Seniorensicherheitskoordination

Sensibilisierung und Aktivierung der Zielgruppe

- Befragung von Seniorinnen und Senioren über ihr persönliches Sicherheitsempfinden und den aus ihrer Sicht notwendigen Handlungsbedarf mithilfe des Fragenkatalogs. Die Gespräche sollten mit Personen unterschiedlichen Alters, Geschlechts und Herkunft in Form von Einzel- oder Gruppengesprächen stattfinden, um ein möglichst vielfältiges Bild zu gewinnen.
- Anschließend sollten die Seniorinnen und Senioren im Sinne einer Aktivierenden Befragung zur gemeinsamen Stadtteilbegehung sowie zur ersten Sozialraumveranstaltung in mündlicher und schriftlicher Form eingeladen werden [Maßnahme 4.4.1 Stadtteilbegehung respektive Maßnahme 4.1.2 Sozialraumveranstaltung 1).

RESSOURCEN

Räumlich:

Es sind keine besonderen Anforderungen an die Räumlichkeiten notwendig.

Personell:

Es ist möglicherweise viel Netzwerk- und Überzeugungsarbeit zu leisten, bis die entsprechenden Partnerinnen und Partner gewonnen sind. Auch zur Zielgruppe der älteren Menschen muss erst ein Kontakt aufgebaut werden.

Monetär:

Es fallen kaum Ausgaben an, außer gegebenenfalls Kopier- und Bewirtungskosten.

NACHHALTIGKEIT

Die Partizipation der älteren Menschen bei der Definition der Sicherheitsprobleme soll dazu beitragen, dass sich die Seniorinnen und Senioren vor Ort leichter aktivieren lassen und dauerhaft zur Verantwortungsübernahme im Stadtteil motiviert werden.

Ein wichtiger Schritt für die spätere Umsetzung des Sicherheitsprojekts im Stadtteil ist die frühzeitige Einbindung von professionellen Akteuren, die über relevante Steuerungsmöglichkeiten und Ressourcen verfügen oder sich für dieses Thema einsetzen möchten. Diese Akteure helfen dabei, Daten zu Sicherheitsthemen zu sammeln sowie passende Maßnahmen zu planen und umzusetzen.

WEITERE INFORMATIONEN

Ein Fragenkatalog, um mit Seniorinnen und Senioren zur Sicherheitsthematik ins Gespräch zu kommen, befindet sich im Anhang und kann entsprechend an die örtlichen Gegebenheiten angepasst werden [Anhang 1 Arbeitshilfe für das partizipative Auditverfahren].

4.1.2

SOZIALRAUM-VERANSTALTUNG 1

„WIE SICHER IST UNSER QUARTIER?"

Die Sozialraumveranstaltungen richten sich an alle älteren Bürgerinnen und Bürger aus dem Quartier. Die erste Sozialraumveranstaltung ist die Auftaktveranstaltung und hat die Intention, die Seniorensicherheitskoordination vorzustellen sowie die Wünsche bezüglich der Sicherheitsbelange der Zielgruppe zu erheben. Die erste Sozialraumveranstaltung ist Teil des partizipativen Auditverfahrens [Maßnahme 4.1.1 Partizipatives Auditverfahren im Rahmen des Sicherheitsassessments].

SICHERHEITSBEREICHE

Alle Sicherheitsbereiche

SPEZIFISCHE ZIELE

- Kennenlernen der beteiligten Ansprechpersonen
- Information und Austausch über die objektive Sicherheitslage im Quartier
- Benennung defizitärer Sicherheitsthemen, die im Rahmen der Seniorensicherheitskoordination bearbeitet werden sollen
- Priorisierung der genannten Sicherheitsthemen, sodass die relevantesten Themen bearbeitet werden können
- Äußerung von Wünschen und Bedürfnissen im Bereich Sicherheit
- Aktivierung zur Mitwirkung an den Maßnahmen
- Aufzeigen der Erfolgsaussichtung und Grenzen der Seniorensicherheitskoordination: Was kann und was kann die Seniorensicherheitskoordination nicht leisten?

KOOPERATIONEN

Akteure aus der Seniorenarbeit im Stadtteil, zum Beispiel:

- Bürgerzentren
- Polizei
- Quartiersmanagement
- Seniorennetzwerke
- Seniorenvertretung
- Sozialraumkoordination
- Wohnungsbaugesellschaften

METHODEN

Gruppenmethoden, wie zum Beispiel:

- Stärken- und Schwächenanalyse: Was läuft gut im Stadtteil? Wo fehlt noch etwas? Was könnte gemacht werden?
- Erhebung der relevanten Sicherheitsthemen, zum Beispiel mithilfe der Fragen: Inwiefern gibt es im Bereich Sicherheit Nachholbedarf? Was wünsche ich mir persönlich in Bezug auf meine Sicherheit im Quartier? Die Teilnehmenden können auf Moderationskarten die wichtigsten Themen aufschreiben, die anschließend an eine Pinnwand geheftet werden.
- Die Auswahl der wichtigsten Themen, die in der Projektlaufzeit bearbeitet werden sollen, kann mittels einer Punktabfrage mit Klebepunkten durchgeführt werden. Die Themen mit den meisten Punkten erscheinen am wichtigsten und werden angegangen.
- Abfrage, wer sich zu welchen Themen engagieren möchte.

VORBEREITUNGSAUFGABEN

- Einladung der Seniorinnen und Senioren im Quartier
- Recherche zur objektiven Sicherheitslage im Stadtteil und anschauliche Aufbereitung der vorhandenen Daten
- Auswahl und Vorbereitung der Moderationsmethoden

DURCHFÜHRUNG

Bei der Durchführung ist es wichtig, dass die Inhalte verständlich dargestellt werden und ein Austausch zwischen den Anwesenden zur Sicherheitslage angeregt wird.

Es ist damit zu rechnen, dass sich auch Personen mit kritischer Einstellung zur Seniorensicherheitskoordination äußern. Daher ist es besonders wichtig, ein realistisches Bild des Sicherheitsprojekts aufzuzeigen, um keine falschen Erwartungen hervorzurufen.

Es kann sinnvoll sein, die Kontaktdaten der interessierten Seniorinnen und Senioren mit deren Einverständnis zu erheben, um diese anschließend gezielt zu Veranstaltungen einladen zu können.

RESSOURCEN

Räumlich:

Die Veranstaltung sollte in zentralen Räumlichkeiten stattfinden, die genug Platz für die Teilnehmenden bieten. Je nach Moderationsmethode sollten die Räumlichkeiten über Flipchart, Stellwände und Beamer sowie Projektionsfläche verfügen.

Personell:

Die Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung erfordert einen überschaubaren zeitlichen Arbeitsaufwand. Zeitintensiver dürfte der Aufbau eines tragfähigen Netzwerks aus Kooperationspartnerinnen und -partnern ausfallen.

Monetär:

Eventuell fallen Kosten für Moderationsmaterial und Bewirtung an.

NACHHALTIGKEIT

Die Seniorinnen und Senioren kommen unverbindlich zu einem ersten Treffen zusammen, um sich über das Geschehen zur Sicherheitsthematik zu informieren. Dabei treffen sie andere Personen aus

dem Stadtteil und kommen über Sicherheitsthemen ins Gespräch. So stellen sie womöglich fest, dass sie mit ihrem Unsicherheitsempfinden nicht alleine sind und können sich fortan über die Thematik austauschen.

Wenn möglich, kann an der Sozialraumveranstaltung direkt zur ersten Sicherheitsmaßnahme eingeladen werden. So erreicht man alle potenziell interessierten Personen direkt und kann auf einen Folgetermin verweisen. Es ist wichtig, dass neben der mündlichen Bewerbung weiterer Veranstaltungen auch ein kleiner Handzettel als Gedächtnisstütze verteilt wird.

Besonders wirksam werden die Maßnahmen zur Seniorensicherheit dann, wenn viele Akteure aus dem Quartier eingebunden sind. So werden ältere Bewohnerinnen und Bewohner im Rahmen eines ganzheitlichen, auf den Stadtteil bezogenen Ansatzes, an mehreren Anlaufstellen im Wohnumfeld immer wieder mit Sicherheitsaspekten konfrontiert, beispielsweise im Seniorennetzwerk, in der örtlichen Bankfiliale oder beim ortsansässigen Verkehrsunternehmen. Sind viele Partnerinnen und Partner bei den Aktivitäten präsent, verdeutlicht dies außerdem die Relevanz der Seniorensicherheitskoordination und führt zu einer erhöhten Akzeptanz bei den Seniorinnen und Senioren.

TIPPBOX

ERSTELLT VON HEINZ SCHWIRTEN, KOORDINATOR DES SENIORENNETZWERKS KÖLN-BOCKLEMÜND/MENGENICH

Eine persönliche Einladung der Zielgruppe halte ich für sehr gewinnbringend. Ich habe einen kleinen Infotisch auf dem Wochenmarkt aufgebaut und ältere Personen gezielt angesprochen und zur Sozialraumveranstaltung eingeladen. So konnte ich auch neue Seniorinnen und Senioren erreichen, die bisher keinen Zugang zu den örtlichen Seniorenangeboten hatten. Zudem habe ich postalische Einladungen zur Sozialraumveranstaltung im Stadtviertel verteilt. Es ist auch bei

einer mündlichen Einladung wichtig, dass zudem ein kleiner Handzettel mit den wichtigsten Infos herausgegeben wird. Vor allem durch den Stand auf dem Wochenmarkt konnte ich die Personen im persönlichen Gespräch von der Relevanz der Sicherheitsthematik überzeugen sowie bei Fragen zur Verfügung stehen. Beides in Kombination erwies sich trotz des hohen Personalaufwands als sehr wirksam, was sich in einer sehr hohen Teilnehmendenzahl an der Sozialraumveranstaltung widerspiegelte. Und da die erste Sozialraumveranstaltung der Grundstein für die Umsetzung der Seniorensicherheitskoordination ist, ist die Bewerbung der Veranstaltung jede Mühe wert.

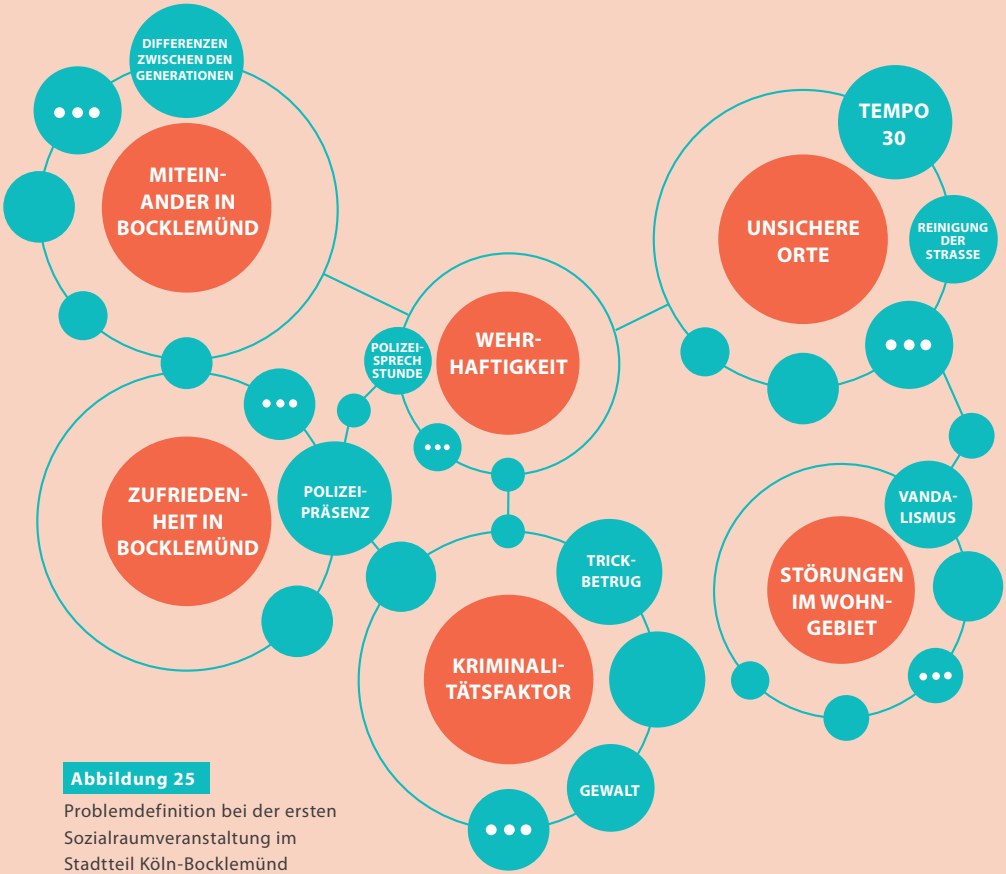


Abbildung 25
Problemdefinition bei der ersten Sozialraumveranstaltung im Stadtteil Köln-Bocklemünd

4.1.3

SOZIALRAUM-VERANSTALTUNG 2

„WIE KANN UNSER QUARTIER NOCH SICHERER WERDEN?"

Bei der zweiten Sozialraumveranstaltung werden Maßnahmen vorgestellt, die auf Grundlage der Ergebnisse des Sicherheitsassessments entwickelt wurden. Diese Maßnahmen werden zur Diskussion gestellt, gegebenenfalls weiterentwickelt und um weitere Aktionen ergänzt.

SICHERHEITSBEREICHE

Alle Sicherheitsbereiche

SPEZIFISCHE ZIELE

- Information über den Fortschritt des Prozesses
- Abgleich, ob weiterhin dieselben Sicherheitsthemen behandelt werden sollen
- Raum für Austausch über die Maßnahmen
- Abstimmung und Entwicklung von Maßnahmen, die im Rahmen der Seniorensicherheitskoordination bearbeitet werden sollen
- Erhöhung der Reichweite der Sicherheitsmaßnahmen
- Motivierung und Aktivierung von Personen zur Mitwirkung an den Maßnahmen
- Aufzeigen der Erfolgsaussichten und Grenzen der Seniorensicherheitskoordination

KOOPERATIONEN

Alle bisher gewonnenen Projektpartnerinnen und -partner

METHODEN

- Präsentation bisheriger Schritte der Seniorensicherheitskoordination
- Großgruppenmethoden zur gemeinsamen Abstimmung und Entwicklung von Maßnahmen, zum Beispiel Brainstorming per Kartenabfrage

VORBEREITUNGSAUFGABEN

- Einladung der Seniorinnen und Senioren im Quartier
- Vorbereitung der Präsentation bisheriger Schritte der Seniorensicherheitskoordination
- Auswahl und Vorbereitung der Moderationsmethoden

DURCHFÜHRUNG

Bei der partizipatorischen Entwicklung und Abstimmung der Maßnahmen ist es wichtig, den Seniorinnen und Senioren genug Raum zu lassen, um ihre Ideen einzubringen, ihre Wünsche zu formulieren und miteinander in Austausch zu treten.

Wenn die Ideen direkt von der Zielgruppe kommen, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sich diese auch für die entsprechenden Themen engagiert und an den auf der Idee basierenden Veranstaltungen teilnimmt.

RESSOURCEN

Räumlich:

Die Veranstaltung sollte in zentralen Räumlichkeiten stattfinden, die genug Platz für die Teilnehmenden bieten. Je nach Moderationsmethode sollten die Räumlichkeiten über Flipchart, Stellwände und Beamer sowie Projektionsfläche verfügen.

Personell:

Es ist ein geringer zeitlicher Aufwand zur Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung nötig.

Monetär:

Eventuell fallen Kosten für Moderationsmaterial und Bewirtung an.

NACHHALTIGKEIT

Ziel der Veranstaltung ist die Erhöhung des Wirkungskreises. Wenn Bürgerinnen und Bürger bisher nicht im Projekt der Seniorensicherheitskoordination involviert waren, besteht die Chance, mit einer ansprechenden Sozialraumveranstaltung diese zur Mitwirkung zu aktivieren. Zudem sollte regelmäßig zu überprüft werden, ob tatsächlich relevante Themen behandelt werden. Durch verschiedene Ereignisse können sich die Sicherheitsbedürfnisse der Zielgruppe innerhalb eines kurzen Zeitraums ändern. Daher ist ein frühzeitiges Erkennen solcher Veränderungen ausschlaggebend für den Erfolg der Seniorensicherheitskoordination.

4.1.4

SOZIALRAUM-VERANSTALTUNG 3

„WENIGER FURCHT, MEHR TEILHABE!“

Die dritte Sozialraumveranstaltung dient der Evaluation, um den Erfolg der Seniorensicherheitskoordination zu überprüfen. Sie sollte bei einer dauerhaften Einrichtung in regelmäßigen Abständen und bei einer zeitlich begrenzten Seniorensicherheitskoordination in der Schlussphase durchgeführt werden.

SICHERHEITSBEREICHE

Alle Sicherheitsbereiche

SPEZIFISCHE ZIELE

- Reflexion über die Durchführungsphase der Maßnahmen
- Herausarbeiten von Erfolgen und Misserfolgen der Seniorensicherheitskoordination
- Sammlung von Verbesserungsvorschlägen
- Aufzeigen der Erfolgsaussichten und Grenzen der Seniorensicherheitskoordination

KOOPERATIONEN

Alle am Projekt beteiligten Akteure

METHODEN

- Präsentation bisheriger Schritte der Seniorensicherheitskoordination
- Kleingruppenarbeit zu den erzielten Veränderungen im Quartier

- Präsentation der Zukunftsvision der Seniorensicherheitskoordination im Quartier

VORBEREITUNGSAUFGABEN

- Einladung der Seniorinnen und Senioren im Quartier
- Vorbereitung der visuellen Darstellung der stattgefundenen Maßnahmen und Darstellung der erzielten Erfolge
- Auswahl und Vorbereitung der Moderationsmethoden

DURCHFÜHRUNG

Es soll mit dieser Veranstaltung ein kritischer Rückblick auf die Seniorensicherheitskoordination angeregt werden, in dem Erfolge und Misserfolge klar benannt werden. Dazu eignet sich ein Rückblick auf die erste Sozialraumveranstaltung, in der die relevanten Sicherheitsthemen definiert wurden. Anschließend können alle Maßnahmen, die auf der Basis dieser Problemdefinition entwickelt wurden, vorgestellt werden, um dann in Kleingruppen sowie im Plenum zu diskutieren:

- Was hat sich durch die durchgeführten Maßnahmen verändert?
- Inwiefern haben sich die anfangs identifizierten Sicherheitsprobleme verringert?
- Wo gibt es noch Verbesserungsbedarf?

Indem die beteiligten Seniorinnen und Senioren aufgefordert werden, zu reflektieren, was sie durch die Sicherheitsmaßnahmen gelernt haben und inwiefern sich dadurch ihr Handlungsspielraum erweitert hat, wird den einzelnen Personen auch der persönliche Lernerfolg bewusst.

RESSOURCEN

Räumlich:

Die Veranstaltung sollte in zentralen Räumlichkeiten stattfinden, die genug Platz für die Teilnehmenden bieten. Je nach Moderationsmethode sollten die Räumlichkeiten über Flipchart, Stellwände und

Beamer sowie Projektionsfläche sowie über Gruppenarbeitstische verfügen.

Personell:

Es ist ein geringer zeitlicher Aufwand zur Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung nötig.

Monetär:

Eventuell fallen Kosten für Moderationsmaterial und Bewirtung an.

NACHHALTIGKEIT

Eine (Zwischen-)Evaluation der Seniorensicherheitskoordination ist unbedingt notwendig, um zu überprüfen, inwiefern die Ziele der Seniorensicherheitskoordination erreicht wurden. So werden alle Tätigkeiten und Maßnahmen transparent und die Seniorensicherheitskoordination erhält eine Rückmeldung von der Zielgruppe, die zukünftiges Handeln beeinflusst.

TIPPBOX

ERSTELLT VON SYLWIA BUZAS, PÄDAGOGISCHE LEITERIN DES BÜRGERZENTRUMS KÖLN-FINKENBERG UND PETRA GRÄFF, KOORDINATORIN DES SENIORENNETZWERKS KÖLN-VOGELSANG

Wir haben darauf geachtet, die Sozialraumveranstaltungen möglichst interaktiv und lebendig zu gestalten. Beispielsweise haben Seniorinnen und Senioren von den Maßnahmen berichtet, an denen sie teilgenommen hatten.

Ergänzend dazu können Plakate und Zeitungsartikel im Raum verteilt aufgehängt werden – zum Beispiel an einer Wand oder an einer Wäscheleine. So können sich die Seniorinnen und Senioren vor Veranstaltungsbeginn oder in der Pause schon ein plastisches Bild von den Veranstaltungen machen.

4.2 INDIVIDUELLE STÄRKUNG DES SICHERHEITSGEFÜHLS

4.2.1 SELBSTBEHAUPTUNGSTRAINING

Zur Verbesserung der Sicherheit älterer Menschen kann ein Selbstbehauptungstraining einen wichtigen Beitrag leisten, denn Selbstbehauptung führt zu Selbstsicherheit und damit zu Selbstwirksamkeit. In einem eigens für Seniorinnen und Senioren entwickelten Training wird die Selbstbehauptung gestärkt, zum Beispiel durch Arbeit mit der eigenen Stimme, Sensibilisierung der Wahrnehmung oder Reflexion der eigenen Außenwirkung. Das Training richtet sich auch an ältere Menschen mit Einschränkungen und berücksichtigt beispielsweise Rollatoren oder Rollstühle im Training.

SICHERHEITSBEREICHE

- Sicherheit im öffentlichen Raum
- Stärkung der Selbstwirksamkeit
- Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenhalts

SPEZIFISCHE ZIELE

- Erlernen von Kommunikations- und Konfliktlösungsstrategien
- Wahrnehmung und Deutung (non-)verbaler Kommunikation: Erkennen bedrohlicher Situationen sowie rollentypischer Sprach- und Argumentationsmuster
- Entwicklung und Erprobung neuer Handlungsstrategien in konkreten

Situationen, zum Beispiel: Erlernen deeskalierender Kommunikationstechniken, Stärkung der eigenen (non-)verbalen Kommunikation und Einforderung von Hilfe
- Aufzeigen von Handlungsalternativen in der Opfer- und Täterrolle durch Rollenspielübungen
- Erweiterung der eigenen Handlungskompetenz: Stärkung des Vertrauens in die eigenen physischen und psychischen Möglichkeiten
- Aufzeigen von Grenzen
- Selbstreflexion: Sensibilisierung für das eigene Konfliktverhalten, zum Beispiel Reflexion der eigenen Emotionen
- Umgang mit geeigneten Hilfsmitteln, zum Beispiel Taschenalarmen

KOOPERATIONEN

- Durchführung des Trainings durch entsprechende Fachkraft
- Polizei (optional)

METHODEN

Je nach Trainingsinhalt werden verschiedene Methoden angewandt, zum Beispiel:

- Rollenspiele
- Situationstraining
- Selbsterfahrung
- Selbstreflexion
- Themenspezifischer Input durch die Fachkraft
- Demonstration von Hilfsmitteln
- Coolnesstraining
- Kommunikationstraining
- Konfliktmanagement
- Deeskalationstraining

VORBEREITUNGSAUFGABEN

- Bedarfserhebung: Was möchten ältere Menschen im Training lernen?
- Kontaktaufnahme und gemeinsame Konzeptentwicklung auf Basis des erhobenen Bedarfs mit der durchführenden Fachkraft

DURCHFÜHRUNG

Die Trainings- und Lernsituation baut auf gegenseitigem Respekt, Partizipation, Freiwilligkeit und Transparenz auf. Der humorvolle und experimentierfreudige Ansatz lädt zu einer aktiven Teilnahme ein.

Das Training sollte von einer Fachkraft durchgeführt werden, die über Erfahrung in den Bereichen Gewaltprävention, Konfliktmanagement und Selbstbehauptung verfügt und gegebenenfalls auch mit traumatischen Erfahrungen von teilnehmenden Personen umgehen kann. Es ist sinnvoll, in einem Vorgespräch alle Interessierten darüber zu informieren, wie das Training ablaufen wird und offene Fragen zu klären. Das eigentliche Training sollte innerhalb von drei bis vier Wochen mit jeweils einer zweistündigen Trainingseinheit pro Woche stattfinden. So ist einerseits ausreichend Zeit, um die gelernten Inhalte im Alltag anzuwenden und im nächsten Training von den Erfahrungen zu berichten, beziehungsweise Rückfragen zu stellen. Andererseits folgen die Termine dicht aufeinander, sodass in den Trainings auf die vorherigen Einheiten aufgebaut werden kann.

RESSOURCEN

Räumlich:

Es wird ein mindestens 70 m² großer, barrierefreier Veranstaltungsraum mit guter Akustik sowie Stühle für alle Teilnehmenden und eine Flipchart benötigt.

Personell:

Das Training sollte in vier Einheiten à zwei Stunden von einer erfahrenen Fachkraft durchgeführt werden.

Monetär:

Honorar der durchführenden Fachkraft, eventuell Raummiete, Ausgaben für die Verköstigung der Teilnehmenden

NACHHALTIGKEIT

Die Seniorinnen und Senioren, die im Rahmen des Modellprojektes am Training teilnahmen, berichten von einer erweiterten Handlungskompetenz im Alltag. Ideal ist eine jährliche Wiederholung des Trainings zur Auffrischung und Verfestigung der erlernten Inhalte. Nicht zuletzt stärkt das Training auch den nachbarschaftlichen Zusammenhalt, da sich verschiedene Seniorinnen und Senioren aus dem Sozialraum in den Trainings kennenlernen und merken, dass sie mit ihren Sicherheitsfragen nicht alleine sind.

WEITERE INFORMATIONEN

Im Anhang dieses Buches befindet sich das ausführliche Konzept des Selbstbehauptungstrainings für Seniorinnen und Senioren, das eigens für die Seniorensicherheitskoordination entwickelt, erprobt und evaluiert wurde [Anhang 4 Ausführliches Konzept des Selbstbehauptungstrainings].

TIPPBOX

ERSTELLT VON CATRIN WAGNER, MILLIMETERTRAINING

Das Training richtet sich an alle Seniorinnen und Senioren; darauf sollte auch bei der Bewerbung des Trainings hingewiesen werden. Auch Personen mit körperlichen oder Sinneseinschränkungen sind willkommen, denn gerade diese Zielgruppe ist besonders auf ein Selbstbehauptungstraining für ein sicheres Auftreten im öffentlichen Raum angewiesen. So werden im Training selbstverständlich die im Alltag gebrauchten Hilfsmittel, wie Rollatoren und Rollstühle, eingebaut. Außerdem sollte explizit beschrieben werden, dass es sich nicht um ein Selbstverteidigungstraining, das körperliche Fitness voraussetzen würde, handelt. So werden keine falschen Erwartungen geweckt oder Leute mit geringer Fitness abgeschreckt.

4.2.2 INFORMATIONSVERANSTALTUNG ZU SICHERHEITSTHEMEN

Je nach Bedarf können verschiedene Organisationen, Initiativen und Unternehmen aus dem Sicherheitsbereich eingeladen werden, die in einem seniorengerechten Vortrag über verschiedene Sicherheitsthemen informieren.

SICHERHEITSBEREICHE

Je nach Art der Veranstaltung:

- Aufklärung über Zuständigkeiten von Sicherheitsakteuren
- Opferschutz
- Schutz vor Eigentums- und Vermögensdelikten
- Sicherheit im Privatraum

SPEZIFISCHE ZIELE

- Informieren der interessierten Seniorinnen und Senioren
- Kennenlernen von direkten Ansprechpersonen im Sicherheitsbereich

KOOPERATIONEN

Je nach Thema der Veranstaltung sind folgende Kooperationen sinnvoll:

- Beratungsstellen für Wohnraumanpassung, Pflegeberatung, Seniorenberatung: Sicherheit im eigenen Haushalt
- Ordnungsamt: Informationen zu Zuständigkeiten und Arbeitsweisen des Ordnungsamts
- Organisationen, die einen Hausnotruf-Service anbieten: Information zum Hausnotruf
- Polizei: Informationen zu Zuständigkeiten oder zum Vorgehen der Polizei; thematische Vorträge, zum Beispiel zu Einbruch, Trickbetrug oder Zivilcourage

- Unternehmen, die technischen Einbruchschutz anbieten: Aufklärung über Möglichkeiten des Einbruchschutzes
- Weißer Ring e.V.: Informationen zum Opferschutz

METHODEN

- Seniorengerechter Vortrag
- Gesprächsrunde mit Möglichkeit, Fragen zu stellen
- Bereitstellung von Infomaterial

VORBEREITUNGSAUFGABEN

- Einladung der entsprechenden Organisation
- Vereinbarung von Zeit, Ort und Inhalten der Veranstaltung
- Einladung der Zielgruppe auf mehreren Kanälen (zum Beispiel Lokalpresse, Handzettel, Plakate, Zeitung, Email)

DURCHFÜHRUNG

Die Veranstaltung sollte ausreichend Raum für Nachfragen von Seniorinnen und Senioren geben und abwechslungsreiche Vortragsmethoden, die die Inhalte visualisieren, einbeziehen. Ein reiner Frontalvortrag ohne Möglichkeiten zum Gespräch trifft erfahrungsgemäß auf wenig Zuspruch. Je nach Raumgröße und Akustik ist eventuell eine Verstärkung über eine Mikrofonanlage sinnvoll.

RESSOURCEN

Räumlich:

Der Raum sollte gut erreichbar und barrierefrei sein und nach Möglichkeit über Induktionsschleifen verfügen, um auch Personen mit Höreinschränkungen den Zugang zu den Informationen bereitzustellen.

Personell:

Da der Vortrag direkt vom jeweiligen Akteur kommt, ist die Orga-

nisation und Durchführung der Veranstaltung mit einem relativ geringen Personalaufwand zu stemmen.

Monetär:

Die Organisationen bieten diese Veranstaltung in der Regel kostenfrei an, gegebenenfalls fallen Kosten für Raummiete und Verköstigung an.

NACHHALTIGKEIT

Da sich manche Fragen erst nach der Veranstaltung ergeben oder möglicherweise Informationen missverständlich aufgefasst werden, bietet sich ein Reflexionsgespräch bei einem zeitnahen Folgetreffen im kleinen Kreis an. Dies kann auch dafür genutzt werden, der vortragenden Person ein Feedback aus der Zielgruppensicht zu geben, sodass die Vortragsmethodik bezüglich der Seniorenfreundlichkeit optimiert werden kann (zum Beispiel hinsichtlich einer lauten, deutlichen Aussprache oder großen Schrift sowie ausreichend Raum für Nachfragen und kleine Anekdoten der Seniorinnen und Senioren).

WEITERE INFORMATIONEN

- Anhang 6 Finanzanreize zur Förderung von Maßnahmen zum Schutz vor Wohnungseinbruch
- Förderprogramme zum Einbruchsschutz des Bundes und der Länder im Überblick: www.kriminalpraevention.de/einbruchsschutz

TIPPBOX

ERSTELLT VON HEINZ SCHWIRTEN, KOORDINATOR DES SENIORENNETZWERKS BOCKLEMÜND/MENGENICH

Diese Veranstaltungen sollen Handlungsmöglichkeiten aufzeigen und informieren, jedoch nicht zu kaffeefahrtähnlichen Verkaufsveranstaltungen ausarten. Daher sollten möglichst unabhängige Vereinigungen ohne Profitabsicht eingeladen werden, die kompetent über den Sicherheitsbereich informieren können.

4.2.3 LOKALE SICHERHEITSBERATUNG FÜR ÄLTERE MENSCHEN DURCH EHRENAMTLICH TÄTIGE MULTIPLIKATORINNEN UND MULTIPLIKATOREN

Nach einer Schulung durch die Polizei beraten Bürgerinnen und Bürger ihre älteren Mitmenschen ehrenamtlich zu Sicherheitsthemen. Bei schwierigen Fällen wird an die Polizei weitervermittelt.

SICHERHEITSBEREICHE

Je nach Bedarf beispielsweise:

- Engagement für das Gemeinwesen durch Beteiligung
- Schutz vor Eigentums- und Vermögensdelikten
- Sicherheit im öffentlichen Raum
- Sicherheit im Privatraum

SPEZIFISCHE ZIELE

- Aufbau eines qualifizierten Unterstützernetzwerks durch Multiplikatorinnen und Multiplikatoren
- Sensibilisierung von Seniorinnen und Senioren, ohne zu verunsichern
- Vorstellung von Hilfemaßnahmen und Verhaltenstipps
- Abbau der Hemmschwelle gegenüber der Kontaktaufnahme mit der Polizei
- Information über weiterführende Hilfsangebote und Ansprechpersonen im Bereich Sicherheit

KOOPERATIONEN

- Pflegeberatung
- Polizei
- Seniorenberatung

METHODEN

Die Polizei vermittelt interessierten Bürgerinnen und Bürgern die nötigen Kompetenzen für einen wirkungsvollen Selbstschutz. Diese

engagieren sich dann als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und stehen älteren Menschen mit einer Sicherheitsberatung unterstützend zur Seite. Durch die Peer-to-Peer Beratung kommen die Sicherheitsberaterinnen und Sicherheitsberater schnell in Kontakt mit der Zielgruppe, kennen deren Bedürfnisse und können bei Unklarheiten an die Polizei weitervermitteln.

Die ehrenamtlichen Beraterinnen und Berater werden durch lokale Präventionsdienststellen koordiniert. Ergänzend werden für die Beratung Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte eingesetzt, teilweise leisten die Seniorensicherheitsberatung auch pensionierte Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte im Ehrenamt. Die Qualifikation und Erfahrung von (ehemaligen) Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sind durch geschulte Ehrenamtliche nicht zu ersetzen. Ehrenamtliche Bürgerinnen und Bürger haben hingegen eine größere Nähe zur Bürgerschaft, können bestehende Vorurteile gegenüber der Polizei eher abbauen und in ihrer eigenen Nachbarschaft als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wirken.

VORBEREITUNGSAUFGABEN

- Kontaktaufnahme zu örtlichen Präventionsstellen, um gemeinsam ein Konzept der Sicherheitsberatung zu entwickeln
- Gewinnung von interessierten Personen, die sich ehrenamtlich als Sicherheitsberaterin oder Sicherheitsberater engagieren möchten
- Schulung der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren durch die Polizei

DURCHFÜHRUNG

Die Beratungen können in Form von Vortragsveranstaltungen oder in persönlichen Gesprächen mit älteren Menschen stattfinden.

Die behandelten Sicherheitsthemen können variabel und nach Bedarf angeboten werden. Während Eigentums- und Vermögensdelikte, insbesondere Trickdiebstähle, grundlegende Sicherheitsthemen sind, können auch die Themen Sicherheit in der eigenen Wohnung und Sicherheit im öffentlichen Raum ergänzend bearbeitet werden. Die Wahl der

Sicherheitsthemen hängt nicht zuletzt von organisatorischen Zusammenhängen und Netzwerken zur Verbesserung der Sicherheit älterer Menschen ab. Prinzipiell ist die Auswahl der Themen variabel und das Angebot kann über die Sicherheitsbereiche hinaus erweitert werden.

Wichtig ist ein professioneller Umgang mit dem Thema Sicherheit. Es dürfen keine dramatisierenden Darstellungen erfolgen und eigene Grenzen der Beraterinnen und Berater müssen erkannt und eingehalten werden. Ehrenamtliche Beraterinnen und Berater sollten deswegen sorgfältig ausgesucht werden. Neben der inhaltlichen Qualifikation ist die Fähigkeit zur Kommunikation und zur Selbstorganisation wichtig. Weiterhin sind regelmäßige Supervisionstermine für die Qualitätssicherung des Angebots wichtig.

RESSOURCEN

Räumlich:

Es sind Räumlichkeiten notwendig, in denen regelmäßige Beratungstermine abgehalten werden können.

Personell:

Die Planung und Durchführung der Beratungen, die Begleitung der Ehrenamtlichen sowie die Organisation der Ausbildung erfordern kontinuierlichen Personaleinsatz.

Monetär:

Die Finanzierung von Seniorensicherheitsberatungen erfolgt meistens über die Präventionsstellen der Polizeibehörden; sie kann aber auch über Präventionsvereine getragen werden. Ehrenamtliche Beraterinnen und Berater werden dabei auch als Entlastung der Beratungskapazitäten innerhalb der Polizei eingesetzt.

NACHHALTIGKEIT

Durch die Förderung von Peer-to-Peer Beratungen wird die Verantwortungsübernahme im gesamten Quartier gestärkt. Mit dieser

Beratung kann ein Angebot zur Verbesserung der Sicherheit eingerichtet werden, das den Kontakt zwischen Bürgerinnen, Bürgern und der Polizei unterstützt.

WEITERE INFORMATIONEN

- Diese Maßnahme wurde im Rahmen der Recherche Guter Beispiele ermittelt (vgl. Schubert et al. 2015b).
- Das Aktionsbündnis Seniorensicherheit im Landkreis Mettmann führt das Konzept bereits seit 2006 erfolgreich durch.
  Internetauftritt: http://www.seniorensicherheit-kreis-mettmann.de

4.2.4 SICHERHEITSTHEATER

In einem Theaterstück wird das Publikum auf verschiedene Gefahren, zum Beispiel Haustürgeschäfte, auf unterhaltsame Art hingewiesen. Daneben lernt das Publikum in der Pause auch wichtige Ansprechpersonen zum Beispiel von der Polizei oder der Seniorensicherheitsberatung kennen und kann mit ihnen in einen Austausch treten.

SICHERHEITSBEREICHE

- Schutz vor Eigentums- und Vermögensdelikten
- Sicherheit im Privatraum

SPEZIFISCHE ZIELE

- Darstellung typischer Abläufe von Straftaten
- Anregungen für den Umgang mit bedrohlichen Situationen
- Unterhaltsame und anschauliche Darstellung von sicherheitsrelevanten Informationen

KOOPERATIONEN

- Örtliche Theatergruppe
- Polizei
- Schauspielhaus für Auftritte

METHODEN

- Präventionsarbeit durch szenisches Spiel

VORBEREITUNGSAUFGABEN

- Kontaktaufnahme zu bestehender Theatergruppe beziehungsweise Neugründung einer Laienschauspielgruppe, die sich bestenfalls aus Seniorinnen und Senioren zusammensetzt
- Anfrage bei der Polizei zwecks Kooperation und Begleitung in der Stückentwicklung
- Eventuell Anfrage einer theaterpädagogischen Begleitung oder Gruppenleitung

- Aufgrund des hohen Erstellungsaufwands eines Theaterstücks werden die Sicherheitshemen vorher definiert und dauerhaft beibehalten. Es können jedoch je nach aktueller Situation Aspekte ergänzt oder weggelassen werden.

DURCHFÜHRUNG

Die Umsetzung kann durch eine Laienschauspielgruppe erfolgen oder auch durch Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. Für die Vorbereitung der Szenen ist die Kenntnis von typischen Situationsmustern erforderlich, die vor allem innerhalb der Polizei vorhanden ist. Die Darstellung muss sowohl unterhaltsam als auch einprägsam sein. Im Vordergrund steht nicht das schauspielerische Talent, sondern die Vermittlung von Inhalten. Ein Einbezug einer Fachkraft aus der Theaterpädagogik ist bei sensiblen Themenbereichen, wie sexualisierter Gewalt, unbedingt zu empfehlen.

Zur Umsetzung wird ein Theaterstück oder ein szenischer Text geschrieben, dessen Inhalte aus dem Handlungswissen der Polizei heraus entwickelt werden (Darstellung des modus operandi). So können beispielsweise verschiedene Trickbetrügereien an der Haustür gezeigt werden, die durch einen kurzen Vortrag der Seniorensicherheitsberatung ergänzt werden können. Daneben besteht in der Pause die Gelegenheit zum Austausch und für Rückfragen. Ergänzend kann an kleinen Ständen der Polizei oder anderer Akteure Infomaterial ausgelegt werden, das die Zuschauerinnen und Zuschauer zu Hause umfassend über die dargestellten Tricks informiert.

RESSOURCEN

Räumlich:

Als Veranstaltungsort kann ein fester Ort, beispielsweise ein Theater, dienen. Von Vorteil ist dabei die Möglichkeit der Lagerung der häufig sperrigen Requisiten und des Bühnenbilds. Womöglich kann ein örtliches Theater gegen einen Kostendeckungsbeitrag günstig genutzt werden. Alternativ kann die Veranstaltung auch mobil an unterschiedlichen Veranstaltungsorten umgesetzt werden, womit

eine größere Reichweite des Angebots erzielt werden kann, der Aufwand jedoch gleichzeitig deutlich zunimmt.

Personell:

Die Koordination und gegebenenfalls Anleitung der Theatergruppe sowie die Organisation der Vorstellungen erfordern einen sehr hohen, kontinuierlichen Personalaufwand.

Monetär:

Die Theateraufführungen können je nach lokaler Nachfrage und Ressourcen aufgeführt werden. Da das Kosten- und Nutzenverhältnis mit der Zahl der Wiederholungen sinkt, sollte eine ausreichende Nachfrage nach Wiederholungen gegeben sein. Mittels eines kostenlosen Shuttle Services, der das Publikum aus einem regionalen Einzugskreis abholt und zurückbringt, kann an einer Spielstätte eine ausreichende Nachfrage erzeugt werden.

Sowohl Kosten als auch Aufwand für das Sicherheitstheater sind relativ hoch. Zur Deckung der Kosten sollten daher verschiedene Fördermittel gewonnen werden, beispielsweise von der Kommune sowie lokalen Firmen.

NACHHALTIGKEIT

In den Theaterstücken geht es um Botschaften, die mit einfachen Handlungsmustern bewältigt werden können. Komplexere Alltagssituationen, wie der Umgang mit Konflikten oder Bedrohungen im öffentlichen Raum, können in diesem Rahmen nicht vermittelt werden.

Die gesehene Botschaft wird als eindrucksvoller als die gelesene eingeschätzt und dadurch auch als wirksamer. Das Theaterstück kann auf verschiedene Situationen aufmerksam machen. Es können jedoch keine alternativen, sicherheitsfördernden Verhaltensweisen eingeübt werden. Daher sollten aktive Momente, zum Beispiel Diskussionen oder Übungen, im Theaterstück eingebaut werden.

WEITERE INFORMATIONEN

- Diese Maßnahme wurde im Rahmen der Recherche Guter Beispiele ermittelt (vgl. Schubert et al. 2015b).
- Das Berliner Präventionstheater für Seniorinnen und Senioren hat das Sicherheitstheater etabliert. Der Polizeiabschnitt 22 führt das Stück im Rahmen seiner Präventionsarbeit als zentrale Säule seit 2004 monatlich auf. Weitere Informationen unter: https://www.berlin.de/polizei/dienststellen/polizei-in-den-bezirken/direktion-2/artikel.80923.php

4.2.5 SICHERE GELDGESCHÄFTE BEI DER BANK

Örtliche Geldinstitute werden motiviert, sich den spezifischen Bedürfnissen von Seniorinnen und Senioren im Bereich von Geldgeschäften anzunehmen. Dazu gehört eine Sensibilisierung zum Risiko des Aufbewahrens größerer Bargeldbeträge in der Wohnung oder die Unterstützung bei Geldgeschäften an Automaten oder im Internet. Eine Begleitung der älteren Menschen durch Bankmitarbeiterinnen und –mitarbeiter zu ihrem Wohnhaus kann als besonderes Angebot zusätzliche Sicherheit schaffen.

SICHERHEITSBEREICHE

- Opferschutz
- Schutz vor Eigentums- und Vermögensdelikten
- Sicherheit im öffentlichen Raum
- Sicherheit im Privatraum

SPEZIFISCHE ZIELE

- Schutz vor Trickbetrug, insbesondere vor dem Enkeltrick
- Sensibilisierung der Bankmitarbeiterinnen und -mitarbeiter für seniorenspezifische Bedürfnisse
- Begleitservice der älteren Menschen nach Hause

KOOPERATIONEN

- Örtliche Banken
- Polizei
- Seniorenvertretung

METHODEN

- Gespräche mit Seniorinnen und Senioren, der Seniorenvertretung sowie der örtlichen Polizeibehörde
- Informierende Gespräche mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sodass diese Seniorinnen und Senioren entsprechend beraten können

VORBEREITUNGSAUFGABEN

- Recherche zu aktuellen Sicherheitsproblemen von Seniorinnen und Senioren bei Geldgeschäften
- Vereinbarung eines Gesprächstermins mit der örtlichen Bank. Zu dem Termin können auch die Seniorenvertretung sowie die Polizei eingeladen werden, die aus erster Hand von aktuellen Vorfällen und möglichen Sicherheitsmaßnahmen berichten können.

DURCHFÜHRUNG

Die Durchführung der Maßnahme obliegt in der Regel den Bankmitarbeiterinnen und Bankmitarbeitern. Es ist auch im Interesse der Bank, dass ihre Kundinnen und Kunden sowohl subjektiv als auch objektiv sichere Geldgeschäfte vornehmen können. Daher ist davon auszugehen, dass die Banken grundsätzlich offen für derartige Gespräche sind.

Wenn die Seniorensicherheitskoordination bereits seit einiger Zeit läuft, hat diese womöglich bereits Expertenwissen über die Sicherheit älterer Menschen im Quartier erlangt und kann dieses im Vorgespräch mit der Bank weitergeben. Die Bank weiß in der Regel gut über aktuelle Betrugsmöglichkeiten Bescheid, kann aber in manchen Fällen die lokalen Ressourcen außerhalb der Bank nicht einschätzen. So könnte es beispielsweise hilfreich sein, die Bank auf einen Newsletter der Polizei zu aktuellen, lokalen Sicherheitsthemen hinzuweisen oder einen Kontakt zur örtlichen Beratungsstelle des Weißer Ring e.V. herzustellen, zu der sie Personen weitervermitteln können, wenn diese bereits Opfer von Vermögensdelikten wurden.

RESSOURCEN

Räumlich:

Die Vorbesprechung kann sowohl bei der Bank als auch in sonstigen Räumlichkeiten im Stadtteil stattfinden.

Personell:

Zuerst verschafft sich die Seniorensicherheitskoordination einen

Überblick über aktuelle Problemlagen und Bedarfe bezüglich Geldgeschäften von Seniorinnen und Senioren. Anschließend führt sie mit der Bank Gespräche, um zu klären, mit welchem Inhalt und in welchem Umfang die Bank sich der Problemlage annehmen kann.

Monetär:
Es ist von keinen besonderen Kosten für diese Gespräche auszugehen.

NACHHALTIGKEIT

Gegebenenfalls kann die Bank angeregt werden, eine Informationsveranstaltung für ältere Kundinnen und Kunden zu veranstalten, um praktische Sicherheitstipps zu Geldgeschäften am Automat, zum Onlinebanking, zum bargeldlosen Bezahlen, zum Umgang mit der PIN oder zu möglichen Trickbetrügen zu geben.

Im besten Fall wird durch die Sensibilisierung der Bankmitarbeiterinnen und -mitarbeiter eine Verhinderung von Trickbetrug erreicht sowie das persönliche Sicherheitsempfinden von Seniorinnen und Senioren beim Geldabheben gestärkt. Im Rahmen eines ganzheitlichen Sicherheitsansatzes im Stadtteil ist eine enge Kooperation der Unternehmen, Einrichtungen und Vereine, die täglich mit Seniorinnen und Senioren zu tun haben, sinnvoll. Je mehr Akteure im Stadtteil für die Sicherheit älterer Menschen sensibilisiert sind, desto wirkungsvoller ist die Seniorensicherheitskoordination.

WEITERE INFORMATIONEN

Das Infoblatt „Enkeltrick. Informationen für Mitarbeiter von Banken und Geldinstituten“ kann als Grundlage für ein Gespräch mit der örtlichen Bank genutzt werden. Es beschreibt das typische Vorgehen der Täterinnen und Täter und gibt Handlungsempfehlungen für Bankmitarbeiterinnen und Bankmitarbeiter, um diese Art des Trickbetrugs zu verhindern und aufzudecken. [Anhang 5 Materialempfehlung zur Bearbeitung sicherheitsrelevanter Themen mit Senioreninnen und Senioren].

4.2.6 GEOCACHING

Geocaching ist eine moderne Form der Schatzsuche, bei der kleine „Schätze“ mithilfe von GPS-Koordinaten gefunden werden. Die hier abgewandelte Version beinhaltet nur an der letzten Station einen Schatz – davor gibt es verschiedene Rätselstationen, die jeweils zur nächsten Örtlichkeit führen. So erschließen sich die älteren Menschen neue Orte in ihrem Wohnumfeld und erlangen Handlungskompetenz für die Beseitigung von Unordnungserscheinungen.

SICHERHEITSBEREICHE

- Beseitigung von Unordnungserscheinungen
- Mobilitätskompetenz
- Sicherheit im öffentlichen Raum
- Stärkung der Selbstwirksamkeit

SPEZIFISCHE ZIELE

- Sensibilisierung der Seniorinnen und Senioren für sichere und unsichere Orte und Wege im Stadtteil
- Abbau des Vermeideverhaltens und Entschärfung von Angsträumen
- Erhalt und Erweiterung des Mobilitätsradius
- Positives Erleben des eigenen Wohnviertels
- Erlangung von Handlungskompetenz zur Beseitigung von Unordnungserscheinungen

KOOPERATIONEN

- Vertreterin beziehungsweise Vertreter einer Geocaching-Community
- Jugendzentren
- Seniorenberatung
- Sozialraumkoordination

METHODEN

Wie bei einer Schnitzeljagd gehen die Geocacher von Station zu Station. An jeder Station erfahren sie etwas über den Ort und lösen ein

Rätsel. Aus allen Rätseln zusammen ergeben sich am Ende die Koordinaten des Zielpunktes, an dem optional ein vorher versteckter Schatz gefunden werden kann.

VORBEREITUNGSAUFGABEN

- Aktivierung von Akteuren im Sozialraum als Kooperationspartnerinnen und -partner
- Festlegung der Route im Stadtteil
- Vorbereiten der Rätsel
- Organisation von mindestens einem GPS-Gerät; ein Smartphone kann auch ausreichen

DURCHFÜHRUNG

Strecke:

Die Länge und Beschaffenheit der Strecke sollte so angelegt sein, dass alle Beteiligten problemlos daran teilnehmen können. Wenn Personen schwer zu Fuß sind, sollte die Strecke ohne große Steigungen, auf ebenem Gelände gewählt werden, sodass auch Rollatoren oder Rollstühle eine Teilnahme nicht verhindern.

Stationen:

Auf der Strecke wird an circa zehn Stationen gestoppt. Es eignen sich Punkte, an denen Wissen vermittelt werden kann.

Im Folgenden zwei Beispiele:

1. **Straßenlaterne:**

   „Welche Nummer hat die Laterne?“ So erfahren die Teilnehmenden, dass jede Laterne mit einer Nummer versehen ist und bei welcher Verwaltungsstelle kaputte Straßenbeleuchtungen gemeldet werden können, damit diese wieder instandgesetzt werden.

2. **Einrichtungen vor Ort kennenlernen:**

   Kommt man an einer Einrichtung, zum Beispiel an einer Jugendwerkstatt vorbei, könnte die Einrichtungsleitung und ein Jugendlicher oder eine Jugendliche nach vorheriger Absprache zehn Minuten

über die Einrichtung berichten. Als Rätsel kann an dieser Station beispielsweise die Frage nach der Hausnummer, der monatlichen Besucherzahl oder der Anzahl der Gebäudestockwerke gestellt werden.

Ziel:

Aus den an den Stationen gesammelten Buchstaben und Zahlen sollen sich am Ende die Koordinaten der Abschlussveranstaltung ergeben. Dort kann ein Schatz versteckt sein sowie eine kleine Preisverleihung mit Verköstigung stattfinden, bei welcher gemeinsam reflektiert wird, was die Teilnehmenden bei der Veranstaltung gelernt haben.

RESSOURCEN

Räumlich:

Die Veranstaltung findet überwiegend im Freien statt. Für den Ausklang der Veranstaltung sind Räumlichkeiten mit kleiner Küche sinnvoll.

Personell:

Die Route und die Rätselstationen müssen vorbereitet werden. Es ist von Vorteil, wenn dies mit Unterstützung einer im Geocaching erfahrenen Person stattfindet, die die Durchführung der Aktion begleitet.

Monetär:

Kosten für Kopien der Aufgabenstellungen für die Teilnehmenden sowie den Schatz und die Verpflegung am Ende der Veranstaltung.

NACHHALTIGKEIT

Gerade ältere Menschen halten sich hauptsächlich im Wohnnahumfeld auf. Mit zunehmendem Alter verkleinert sich meist der Mobilitätsradius, weshalb die gemeinsame Schatzsuche Menschen wieder an Stellen im Stadtteil führt, die sie womöglich länger nicht besucht haben. So können Angsträume gegebenenfalls zurückerobert werden oder zwischenzeitlich geschehene Veränderungen im Stadtteil wahrgenommen werden. Die Auseinandersetzung mit dem

eigenen Stadtteil wird angeregt und die Identifikation mit dem Wohnumfeld gestärkt.

WEITERE INFORMATIONEN

Es gibt in Deutschland mehrere Plattformen von Geocachingcommunities, auf denen es ausführliche Informationen zum Geocaching und zu Kontaktdaten von Geocachern in der Nähe gibt. Der Transfer zu Sicherheitsthemen muss jedoch selbst hergestellt werden.

TIPPBOX

ERSTELLT VON SYLWIA BUZAS, PÄDAGOGISCHE LEITERIN DES BÜRGERZENTRUMS KÖLN-FINKENBERG

Beim Geocaching steht das spielerische Entdecken des eigenen Wohnquartiers im Vordergrund. Die Gruppe der Teilnehmenden sollte nicht zu groß werden: Ideal ist eine Gruppengröße von acht bis zehn Personen. Diese Maßnahme kann auch als intergenerative Maßnahme beispielsweise in Kooperation mit Kinder- und Jugendeinrichtungen durchgeführt werden.

4.2.7 REGELMÄSSIGE POLIZEISPRECHSTUNDE

Die regelmäßige Polizeisprechstunde kann als Einzelberatung oder in Form von Gruppengesprächen stattfinden. Zum Einstieg kann ein kurzer Vortrag zu einem bestimmten Thema gehalten werden.

SICHERHEITSBEREICHE

Je nach Bedarf beispielsweise:

- Aufklärung über die Zuständigkeiten von Sicherheitsakteuren
- Opferschutz
- Schutz vor Eigentums- und Vermögensdelikten
- Sicherheit im Privatraum

SPEZIFISCHE ZIELE

- Niederschwelliges Angebot mit der Möglichkeit, Sorgen, Ängste und Fragen der Polizei gegenüber zu äußern
- Beratung der Seniorinnen und Senioren über Kriminalprävention
- Erhöhung der Handlungskompetenz zur Vermeidung spezifischer Gefährdungen durch (polizeiliche) Verhaltensratschläge
- Ermutigung, Straftaten zur Anzeige zu bringen und sich als Zeugin oder Zeuge zur Verfügung zu stellen
- Aufklärung über Betrugsversuche und andere Risiken
- Erhöhtes Vertrauen in die Polizei durch deutliche Präsenz
- Austausch der Seniorinnen und Senioren untereinander über Sicherheitsthemen

KOOPERATIONEN

- (Bezirks-)Polizei

METHODEN

Die Beratungen sollten von der Polizei an zentralen Orten angeboten werden, die ältere Menschen häufig besuchen. Bestenfalls findet die Sprechstunde regelmäßig statt, sodass alle Seniorinnen und Senioren

wissen, wann und wo sie die zuständige Beamtin oder den zuständigen Beamten antreffen können.

VORBEREITUNGSAUFGABEN

In einem Vorbereitungsgespräch mit der örtlichen Polizeibehörde sollten der Umfang, der Ort und der Inhalt der Sprechstunde geklärt werden, zum Beispiel ob sich der Inhalt aus den Fragen der Seniorinnen und Senioren heraus ergibt oder ein Impulsvortrag zu einem bestimmten Thema gehalten wird.

DURCHFÜHRUNG

Die Durchführung der Sprechstunde obliegt der Polizei.

RESSOURCEN

Räumlich:

Zentrale, gut erreichbare Räumlichkeiten, in welchen bereits Angebote für Seniorinnen und Senioren stattfinden, sind ideal. Ein Raum bei der Polizei selbst würde sich notfalls auch eignen, allerdings kann das die Hemmschwelle zur Inanspruchnahme des Angebots erhöhen.

Personell:

Es müssen zunächst Gespräche mit den Institutionen und mit der Leitung der (Bezirks-)Polizei geführt werden. Womöglich könnten auch bereits pensionierte Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte die Sprechstunde ehrenamtlich anbieten, sofern sie über das aktuelle Stadtteilgeschehen gut informiert sind.

Monetär:

Es sind keine besonderen Kosten zu erwarten.

NACHHALTIGKEIT

Die Sprechstunde sollte regelmäßig, beispielsweise einmal im Monat, stattfinden, sodass akute Fragen geklärt werden können. Die Nach-

haltigkeit ist auch dadurch gegeben, dass Personen mehrfach Informationen einholen können, wenn sich neue Unklarheiten ergeben. Durch den niederschwelligen Kontakt berichten Seniorinnen und Senioren eher von deviantem Verhalten, das sie sonst nicht auf dem Präsidium anzeigen würden. So erfährt die Polizei unmittelbar von den Problemen der Zielgruppe vor Ort und kann darauf adäquat reagieren. Um immer wieder neue Seniorinnen und Senioren für das Angebot der Polizeisprechstunde zu gewinnen, ist eine häufige Bewerbung auf verschiedenen lokalen Veranstaltungen sinnvoll.

4.2.8 SICHERHEITSTAFEL

Die Sicherheitstafel hängt an einem zentralen Ort und informiert über das aktuelle sicherheitsrelevante Geschehen im Stadtteil.

SICHERHEITSBEREICHE

- Aufklärung über Zuständigkeiten von Sicherheitsakteuren
- Sicherheit im öffentlichen Raum
- Stärkung der Selbstwirksamkeit

SPEZIFISCHE ZIELE

- Aktuelle Information über stadtteilbezogene Sicherheitsthemen
- Sensibilisierung für Sicherheitsthemen
- Prävention vor Opferwerdung
- Kennenlernen von Handlungsoptionen zum eigenen Schutz, zum Beispiel Sicherheitstipps bei aktuellen Trickbetrugsmaschen
- Informationen zu wichtigen Ansprechpersonen
- Bereitstellung einer niederschwelligen Informationsmöglichkeit unabhängig von der Anwesenheit bei einer Polizeisprechstunde oder Infoveranstaltung

KOOPERATIONEN

Sicherheitsrelevante Akteure, zum Beispiel:

- Ordnungsamt
- Polizei
- Weißer Ring e.V.

METHODEN

Gestaltung einer Sicherheitstafel: Die Themen werden anhand von Broschüren, Newslettern der Polizei, sicherheitsrelevanten Zeitungsartikeln sowie Vorkommnissen in der Umgebung ausgesucht.

VORBEREITUNGSAUFGABEN

Je nach aktuellem Anlass werden beispielsweise relevante Zeitungsartikel vergrößert ausgehängt. Zur ansprechenden Gestaltung der Themen und zur Erhöhung der Wahrnehmung gehören Visualisierungen durch passende Bilder, Logos und Fotos.

Die Auswahl geeigneter Themen erfolgt auch unter Berücksichtigung der Sicherheitsbedürfnisse der Seniorinnen und Senioren, die bei anderen Veranstaltungen erhoben werden können. Manche Polizeistellen bieten auch einen Newsletter per Email zu aktuellen Sicherheitsthemen an, die eine gute Grundlage für die Sicherheitstafel bilden können.

DURCHFÜHRUNG

Die Sicherheitstafel sollte an einer zentralen Stelle angebracht werden, sodass viele Personen häufig daran vorbeikommen, zum Beispiel beim Seniorenmittagstisch im örtlichen Bürgerzentrum. Sie muss regelmäßig aktualisiert und den Bedarfen der Zielgruppe entsprechend gestaltet werden. Zudem sollte ab und zu auf die Tafel hingewiesen werden, sodass auch neue Seniorinnen und Senioren darauf aufmerksam werden.

RESSOURCEN

Räumlich:

Es eignet sich ein Schaukasten, eine Pinnwand oder Tafel an einem zentralen Ort.

Personell:

Die Seniorensicherheitskoordination vor Ort ist zuständig für die Recherche, Aufbereitung und Aktualisierung der sicherheitsrelevanten Informationen.

Monetär:

Für die Anschaffung der Tafel und den Druck der Aushänge fallen Kosten an.

NACHHALTIGKEIT

Die Sensibilisierung älterer Menschen findet auf verschiedenen Informationskanälen statt. Die Sicherheitstafel liefert die Basisinformationen zu Sicherheitsthemen, die durch die persönliche Ansprache der Fachkraft sowie durch Gespräche der Seniorinnen und Senioren untereinander vertieft werden. Durch prägnante und hilfreiche Tipps werden sicherheitsfördernde Vorkehrungen sowie Verhaltensänderungen initiiert.

TIPPBOX

ERSTELLT VON HEINZ SCHWIRTEN, KOORDINATOR DES SENIORENNETZWERKS BOCKLEMÜND/MENGENICH

Wie bei jeder schriftlichen Einladung für ältere Menschen ist auch bei der Sicherheitstafel darauf zu achten, dass eine orientierungsfreundliche, ruhige Gestaltung mit klarem Aufbau sowie einer großen, klaren Schrift gewählt wird. Da die Farbempfindlichkeit und Farbunterscheidungskraft mit zunehmendem Alter abnimmt, sollten hohe Kontraste, also kein dunkler Text auf farbigem/buntem Hintergrund sowie wenig grün und blau verwendet werden. Es gilt, sich bei den Informationen auf das Wesentliche zu beschränken.

4.2.9 MOBILITÄTSTRAINING IM ÖFFENTLICHEN NAHVERKEHR

Das Training vermittelt älteren Menschen, wie man sich bei der Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs richtig verhält.

SICHERHEITSBEREICHE

- Mobilitätskompetenz
- Schutz vor Eigentums- und Vermögensdelikten
- Sicherheit im öffentlichem Raum
- Stärkung der Selbstwirksamkeit

SPEZIFISCHE ZIELE

- Minimierung der Unfallgefahr durch sicherheitsförderndes Verhalten bei der Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs
- Einübung deeskalierender Kommunikation mit anderen Fahrgästen
- Richtige Nahverkehrsnutzung mit Gehhilfen, Rollatoren und Rollstühlen
- Schutz vor Diebstahl in der Straßenbahn und im Bus
- Richtiges Verhalten in Gefahrensituationen

KOOPERATIONEN

Örtliche Verkehrsbetriebe

METHODEN

- Seniorengerechter Vortrag
- Rollenspiele
- Training im Bus oder in der Straßenbahn

VORBEREITUNGSAUFGABEN

Anfrage der örtlichen Verkehrsbetriebe, ob ein solches Training angeboten werden kann

DURCHFÜHRUNG

Ein Teil des Trainings findet in einer eigens dafür reservierten Straßenbahn beziehungsweise im Bus statt. Dort kann das richtige Ein- und Aussteigen sowie die Platzierung von Mobilitätshilfen im Fahrzeug geübt werden. Außerdem besteht die Möglichkeit, sicheres Verhalten bei Notbremsungen praktisch zu demonstrieren. Der andere Teil des Trainings kann auch ohne Verkehrsmittel stattfinden, wobei die Bedienung der Fahrkartenautomaten oder die verschiedenen Tarife erklärt werden können.

RESSOURCEN

Räumlich:

Der praktische Teil des Trainings findet im Bus oder in der Straßenbahn des jeweiligen Verkehrsbetriebes statt. Für den theoretischen Teil wird ein Gruppenraum benötigt.

Personell:

Eine Person sollte als Kontaktperson für die Verkehrsbetriebe dienen und die Veranstaltung organisieren.

Monetär:

In der Regel wird das Training durch die Verkehrsbetriebe finanziert.

NACHHALTIGKEIT

Manchen Personen fällt es aufgrund körperlicher Einschränkungen mit zunehmendem Alter schwerer, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen. Gründe hierfür sind vielfältig, beispielsweise die Angst, keinen Sitzplatz oder nicht genug Zeit zum Ein- und Aussteigen zur Verfügung zu haben, aber auch die Unsicherheit, ob man mit dem Rollator im (vollen) Bus zurechtkommt. Die zunehmende Technisierung der Fahrkartenautomaten (zum Beispiel Touchscreen statt Tasten) kann zudem für manche Menschen ein Hindernis beim Fahrkartenkauf darstellen. Das Mobilitätstraining bietet die Möglichkeit,

diese schwierigen Situationen zu üben und Sicherheit bei der Nutzung der Verkehrsmittel zu erlangen. Dadurch wird der Mobilitätsradius älterer Menschen wieder vergrößert und eine selbstständige Fortbewegung gefördert. Zudem wird die Zielgruppe für mögliche Taschendiebstahl-Maschen im Nahverkehr sensibilisiert.

WEITERE INFORMATIONEN

In vielen Städten gibt es ein Mobilitätstraining der Nahverkehrsunternehmen bereits. Die Kölner Verkehrsbetriebe bieten beispielsweise ein Mobilitätstraining mit fünf Modulen an. Weitere Informationen unter: http://www.kvb-koeln.de/german/service/mobitraining.html

TIPPBOX

ERSTELLT VON PETRA GRÄFF, KOORDINATORIN DES SENIORENNETZWERKS KÖLN-VOGELSANG

Wichtig ist, frühzeitig Termine mit den Unternehmen des öffentlichen Nahverkehrs zu vereinbaren. In Köln ist das Training meist mehrere Monate im Voraus ausgebucht. Damit alle Personen viel im Training lernen können, sollte die Gruppe der Seniorinnen und Senioren nicht größer als 15 Personen sein.

4.3 STÄRKUNG DES NACHBARSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALTS

4.3.1 REGELMÄSSIGER SICHERHEITSTREFF

Bei regelmäßigen Treffen in einer festen Gruppe können kontinuierlich verschiedene Sicherheitsthemen bearbeitet werden, sodass die teilnehmenden älteren Menschen nach und nach zu Sicherheitsexpertinnen und Sicherheitsexperten werden.

SICHERHEITSBEREICHE

- Aufklärung über Zuständigkeiten von Sicherheitsakteuren
- Schutz vor Eigentums- und Vermögensdelikten
- Sicherheit im öffentlichen Raum
- Sicherheit im Privatraum
- Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenhalts

SPEZIFISCHE ZIELE

- Regelmäßige Bedarfsermittlung, welche Sicherheitsthemen die Seniorinnen und Senioren aktuell im Quartier beschäftigen
- Austausch über sicherheitsrelevante Themen
- Bedarfsbezogene Wissensvermittlung zu Kriminalprävention
- Niederschwelliger Polizeikontakt
- Aufklärung und Sensibilisierung der Polizei, zum Beispiel zu aktuellen Trickbetrugsmaschen
- Widerlegung von Vorurteilen und Gerüchten

KOOPERATIONEN

Polizei

METHODEN

- Reflexion des eigenen Sicherheitsverhaltens und -gefühls.
- Rundgespräch/Austausch der älteren Personen untereinander, zum Beispiel zu Schutzvorkehrungen gegen Einbruch und Taschendiebstahl
- Präsentation/Wissensvermittlung durch die anwesende Bezirkspolizeibeamtin oder den Bezirkspolizeibeamten, um der Verbreitung von Halbwahrheiten und Gerüchten vorzubeugen.

VORBEREITUNGSAUFGABEN

- Aktivierung der Polizei, regelmäßig an den Treffen teilzunehmen
- Vorgespräch mit der Polizei, wie sich der Sicherheitstreff gestaltet
- Recherche zu relevanten Sicherheitsthemen
- Auswahl geeigneter Reflexions- und Moderationsmethoden

DURCHFÜHRUNG

Es können je nach Bedarf verschiedene Themen behandelt werden, zum Beispiel:

- Einstieg ins Treffen mit Reflexionsrunde: Hat sich seit dem letzten Treffen die Sicherheitslage im Quartier oder darüber hinaus verändert?
- Aktuelles sicherheitsrelevantes Geschehen im Stadtteil, zum Beispiel zu den Fragen, wo sind unsichere Orte im Wohnquartier und welche Vorfälle gab es in der letzten Zeit im Stadtteil?
- Hineinversetzen in Verhaltensweisen von Täterinnen und Tätern: Wie verhält sich eine Taschendiebin oder ein Taschendieb? Anschließend wird reflektiert, welche Handlungsstrategien für das eigene Schutzverhalten beispielsweise in Menschenansammlungen abgeleitet werden können.
- Gemeinsame Reflexion darüber, wie über Kriminalität in den Medien berichtet wird: Die teilnehmenden Personen sammeln eine Woche lang

Informationen zur Berichterstattung in den Medien. Beim nächsten Treffen wird die Form der Berichterstattung gemeinsam reflektiert. Ziel ist ein kritischer Umgang mit der häufig bedrohlich wirkenden Darstellung von Sicherheitsthemen in den Medien.

- Austausch über die Relevanz und den Ablauf von Anzeigen und Zeugenaussagen, um die Angst davor zu reduzieren.
- Klärung der Zuständigkeiten von Polizei und Ordnungsamt
- Thematisierung der Bedeutung von guten Nachbarschaftsverhältnissen in der Kriminalprävention, auch hinsichtlich des Umgangs mit Nachbarschaftskonflikten

RESSOURCEN

Räumlich:

Es sollte ein gut zugänglicher Raum mit Tischen und Flipchart gewählt werden.

Personell:

Die Fachkraft liest sich in die Sicherheitsthematik ein und übernimmt die Gruppenleitung der Sicherheitstreffen, bestenfalls in Zusammenarbeit mit der Bezirkspolizei.

Monetär:

Es fallen keine besonderen Kosten an, außer eventuellen Bewirtungskosten.

NACHHALTIGKEIT

Die Treffen sollten in regelmäßigen Abständen stattfinden, sodass kontinuierlich am Thema gearbeitet werden kann und aktuelle Vorfälle direkt aufgegriffen werden können. Indem die an den Treffen teilnehmenden Personen Expertenwissen erlangen, können sie zum einen ihre Handlungsstrategien anpassen und zum anderen Anregungen und Wissen über Kriminalprävention in ihrem Bekanntenkreis verbreiten.

Wenn der Bedarf nach bestimmten Informationen (zum Beispiel Opferschutz) besteht, können Folgeveranstaltungen beispielsweise

mit dem Weißen Ring e.V. veranstaltet oder entsprechende Expertinnen und Experten eingeladen werden.

WEITERE INFORMATIONEN

Zum Einstieg in die Thematik kann beispielsweise eine Broschüre des Programms Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes verwendet werden. [Anhang 5 Materialempfehlung zur Bearbeitung sicherheitsrelevanter Themen mit Senioreninnen und Senioren].

TIPPBOX

ERSTELLT VON PETRA GRÄFF, KOORDINATORIN DES SENIORENNETZWERKS KÖLN-VOGELSANG

Der Sicherheitstreff bietet einen entspannten, niederschwelligen Rahmen, um sich mit dem Thema Sicherheit bei Kaffee und Kuchen zu befassen. Vor dem Themeneinstieg sollte ausreichend Zeit zum Erzählen eingeplant werden.

Wir haben uns wöchentlich in einer festen Gruppe von Seniorinnen und Senioren getroffen und verschiedenste Themen behandelt. Beispielsweise haben wir ein Rollenspiel gemacht und überlegt, wie wir uns als Einbrecherin oder Einbrecher verhalten würden und wo wir nach Wertgegenständen suchen würden. Dementsprechend haben wir anschließend gemeinsam kreative Verstecke in der Wohnung für Schmuck und Co. überlegt. Um auch im Dunkeln sicher unterwegs zu sein, haben sich die Seniorinnen und Senioren große Taschenlampen aus dem Baumarkt gekauft, die sie beispielsweise an den Rollator oder an den Reißverschluss der Jacke hängen können.

Die Auswahl der Themen sollte dem Teilnehmerkreis überlassen bleiben. Es sollte ausreichend Zeit sein über aktuelle Ereignisse und Nachrichten zu reden und Fragen zu stellen zu können. Im günstigsten Fall ist immer die Polizei dabei.

4.3.2 NACHBARSCHAFTSFEST

Bewohnerinnen und Bewohner organisieren für ihre Nachbarschaft ein gemeinsames Fest zur Stärkung des Zusammenhalts.

SICHERHEITSBEREICHE

- Engagement für das Gemeinwesen durch Beteiligung
- Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenhalts

SPEZIFISCHE ZIELE

- Organisation von niederschwelligen, intergenerativen Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten
- Kennenlernen der (kürzlich hinzugezogenen) Nachbarschaft
- Erhöhte Identifikation mit dem Quartier durch Belebung und aktive Gestaltung des Sozialraums

KOOPERATIONEN

Lokale Akteure, zum Beispiel:

- Bildungseinrichtungen
- Geschäfte
- Polizei
- Vereine
- Wohnungsbaugenossenschaften

METHODEN

- Aktivierung für die ehrenamtliche Planung des Festes
- Ideenschmiede zur inhaltlichen Ausgestaltung des Festes
- Wunschkonzert: Aktivierung zur Äußerung der Wünsche zur Gestaltung des Quartiers
- Nachbereitungstreffen zur Reflexion und Auswertung des Wunschkonzerts

VORBEREITUNGSAUFGABEN

- Erhebung, ob ein Nachbarschaftsfest von der Bewohnerschaft gewünscht wird, zum Beispiel bei Gesprächskreisen, Vereinssitzungen oder Seniorentreffs im Quartier

- Anfrage bei relevanten Akteuren bezüglich einer Kooperation zur Planung und Durchführung des Festes
- Abklärung der finanziellen und personellen Ressourcen
- Einladung der Bewohnerschaft zur Mitarbeit bei Planung und Durchführung des Festes
- Planungstreffen, bei denen gemeinsam Zeitraum, Ort, und Bewerbung des Festes festgelegt und organisiert werden.
- Anzeige der Veranstaltung beim Ordnungsamt und Informieren über die Hygienevorschriften beim Ausrichten des Festes
- Inhaltliche Ausgestaltung des Festes: Welche Aktionen sollen angeboten werden? Welche Materialien und welche Personen werden dafür benötigt?
- Organisation der Verköstigung während des Festes
- Koordination der freiwilligen Unterstützerinnen und Unterstützer

DURCHFÜHRUNG

Bei der Durchführung ist auf ausreichend personelle Unterstützung zu achten. Neben Verpflegungsständen können auch verschiedene Aktionen angeboten werden, bei denen die Besucherinnen und Besucher über ein bestimmtes Thema in Austausch miteinander treten können, zum Beispiel Infostände zum Thema Sicherheit von der Polizei oder ein Rollstuhl-Parcours zur Sensibilisierung auf gegenseitige Rücksichtnahme.

RESSOURCEN

Räumlich:

Es werden Räumlichkeiten für die Planungstreffen sowie für die Durchführung des Festes benötigt. Dazu gehört je nach Örtlichkeit beispielsweise auch die Sperrung eines Straßenabschnitts.

Personell:

Das Fest erfordert eine intensive Vorbereitung über mehrere Monate.

Monetär:

Es sollte ein Budget für die Vorfinanzierung der Verpflegung eingeplant werden. Zudem können Mietkosten anfallen für Stände, Bestuhlung, Räume oder Zelt, Spülmobil, Kühlwägen, Theken,

Bühne, Sonnenschirme, Ton- und Lichtequipment.
Damit auch Bewohnerinnen und Bewohner aus finanziell schwächeren Haushalten das Fest besuchen können, sollten die Preise für Speisen und Getränke möglichst günstig gehalten werden.

NACHHALTIGKEIT

Eine nachhaltige Wirkung ist dann gegeben, wenn die Nachbarschaft miteinander ins Gespräch kommt. Die beteiligten Personen lernen sowohl bei der Vorbereitung als auch bei der Durchführung des Festes neue Menschen kennen und haben so die Möglichkeit, sich beispielsweise über Verhältnisse im Wohnquartier auszutauschen. Aus dem Fest können sich neue Kontaktmöglichkeiten ergeben, zum Beispiel ein weiteres Fest im nächsten Jahr, ein regelmäßiges Treffen in der Nachbarschaft oder eine Zusammenarbeit zur Bearbeitung eines kollektiven Problems. Zudem bietet es die Möglichkeit für Polizei und andere Sicherheitsakteure, niederschwellig über die jeweilige Arbeit zu informieren und auf bestehende Veranstaltungen zum Thema Sicherheit hinzuweisen.

TIPPBOX

ERSTELLT VON PETRA GRÄFF, KOORDINATORIN DES SENIORENNETZWERKS KÖLN-VOGELSANG

Der Wunsch nach einem Nachbarschaftsfest muss vonseiten der Bewohnerinnen und Bewohner kommen, da das Fest nur seine Wirkung entfaltet, wenn sich die Nachbarschaft vor Ort engagiert und das Fest gemeinsam plant.

Außerdem bedarf es eines starken Unterstützungsnetzwerks, in welchem sich die Akteure sowohl finanziell als auch mit aktiver Mitarbeit am Fest beteiligen. Da die Vorbereitung des Festes einen hohen Arbeitseinsatz erfordert, müssen alle vorhandenen Ressourcen vorab überprüft werden, um nicht am Ende mit einer Menge Überstunden dazustehen.

4.3.3 INTERGENERATIVES NACHBARSCHAFTSCAFÉ

Regelmäßig findet ein Café für die Bewohnerinnen und Bewohner im Stadtteil statt. Es wird von der Bewohnerschaft selbst organisiert und bringt die verschiedenen Generationen im Stadtteil zusammen.

SICHERHEITSBEREICHE

- Engagement für das Gemeinwesen durch Beteiligung
- Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenhalts

SPEZIFISCHE ZIELE

- Förderung des regelmäßigen intergenerativen Austauschs
- Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner, ihr Quartier zu gestalten
- Soziale Nachbarschaftsförderung

KOOPERATIONEN

- Lokale Akteure, die Räumlichkeiten zur Verfügung stellen und gemeinsam das Café bewerben

METHODEN

- Brainstorming zur inhaltlichen Ausgestaltung des Cafés
- Selbstorganisation des Cafés im Stadtteil

VORBEREITUNGSAUFGABEN

- Organisation geeigneter Räumlichkeiten
- Akquise und Koordination ehrenamtlicher Kuchenbäckerinnen und -bäcker
- Besorgung von Getränken, Geschirr und gegebenenfalls Tischdekoration
- Koordination von freiwilligen Unterstützerinnen und Unterstützern zur Bewirtung im Café

DURCHFÜHRUNG

Durch ein rotierendes Organisationsteam können die Vorbereitungs-

arbeit sowie das Aufräumen und Abspülen aufgeteilt werden. Während des Cafés können verschiedene Aktionen angeboten werden, beispielsweise:

- eine Vorleseecke für Kinder
- eine Ausstellung von alten Fotos aus dem Stadtteil
- ein kleiner Expertenvortrag zu einem bestimmten Thema
- ein kurzes Konzert einer (Kinder-)Musikgruppe
- gemeinsames Singen in der Vorweihnachtszeit
- ein Informationsaustausch zum aktuellen Stadtteilgeschehen
- Vorstellung einer örtlichen Initiative
- eine informelle Fragerunde des örtlichen Bezirkspolizisten

RESSOURCEN

Räumlich:

Ein Treffpunkt für das Café mit Kaffeegeschirr und kleiner Küchenzeile muss gefunden werden. Möglicherweise gibt es solche Räumlichkeiten, die zum Zeitpunkt der Veranstaltung leer stehen und kostenlos genutzt werden können in Gemeindezentren, Seniorennetzwerken, Jugendzentren oder Kindertagesstätten.

Personell:

Eine Person sollte Ansprechperson für alle Beteiligten sein, die Räumlichkeiten organisieren, die Veranstaltung bewerben, Getränke organisieren sowie die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer koordinieren.

Monetär:

Zu Beginn ist ein kleines Startkapital erforderlich. Danach sollte sich das Café durch den Verkauf von Kuchen und Getränken selbst tragen, sofern keine Raummieten anfallen. Das Aufstellen einer Spendenkasse kann bereits ausreichend sein.

NACHHALTIGKEIT

Durch das wiederkehrende Angebot zum intergenerativen Austausch wird der nachbarschaftliche Kontakt intensiviert.

Selbstverständlich können auch Nachbarschaftscafés zielgruppenspezifisch oder anlassbezogen angeboten werden. So kann beispielsweise am Weltfrauentag ein internationales Frauenfrühstück mit interkulturellem Austausch über Bräuche am Weltfrauentag angeboten werden.

TIPPBOX

ERSTELLT VON SYLWIA BUZAS, PÄDAGOGISCHE LEITERIN DES BÜRGERZENTRUMS KÖLN-FINKENBERG

Mit dem Nachbarschaftscafé soll ein Treffpunkt für die Bewohnerinnen und Bewohner im Quartier geschaffen werden. Es ist darauf zu achten, dass keine Konkurrenz zu bestehenden Angeboten im Stadtteil erzeugt wird. Bestehen bereits ähnliche Angebote im Stadtteil, kann eine Kooperation mit abwechselnder Organisation oder gemeinsamer Bewerbung des Cafés aufgebaut werden, um mehr Bewohnerinnen und Bewohner zu erreichen. Damit alle Personen aus dem Stadtteil am Café teilnehmen können, sollte auf geringe Kosten geachtet werden. Eine Möglichkeit kann auch sein, dass es ausdrücklich erlaubt ist, eigene Speisen und Getränke mitzubringen.

Das Nachbarschaftscafé kann neben den regelmäßigen Terminen je nach Anlass auch thematisch ausgerichtet werden, beispielsweise indem ein Frauenfrühstück am Internationalen Weltfrauentag (08. März) angeboten wird. Dabei könnte ein Rahmenprogramm geplant werden, das verschiedenen Frauengruppen aus dem Stadtteil eine aktive Beteiligung ermöglicht, beispielsweise ein Auftritt einer örtlichen Musik- oder Tanzgruppe. Zudem könnten verschiedene kulturelle Vereinigungen eingeladen werden, die berichten, wie der Weltfrauentag in anderen Kulturen gefeiert wird. Hierfür ist es sinnvoll, mit zahlreichen Akteuren aus dem Stadtteil zu kooperieren, um möglichst viele Frauen aus verschiedenen Kulturkreisen zu erreichen.

4.3.4 INSTITUTIONELLE UND INTERGENERATIVE KOOPERATIONEN IM SOZIALRAUM

Im hier vorgestellten Beispiel handelt es sich um eine Kooperation zum Aufbau von Begegnungsmöglichkeiten zwischen Schule und Seniorenwohnheim – auch andere Konstellationen zur Förderung institutioneller und intergenerativer Kooperationen sind denkbar.

SICHERHEITSBEREICHE

- Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenhalts

SPEZIFISCHE ZIELE

- Bessere Vernetzung der Akteure im Stadtteil
- Förderung des intergenerativen Austauschs
- Sensibilisierung für die Lebenswelten der jeweils anderen Generation

KOOPERATIONEN

Lokale Akteure, zum Beispiel:

- Bildungseinrichtungen
- Bürgerzentren
- Jugendzentren
- Seniorenheime

METHODEN

Organisation von Begegnungsmöglichkeiten zwischen Schülerinnen, Schülern und älteren Menschen in Form von schulischen Wahlangeboten oder intergenerativen Projekten, beispielsweise:

- Intergenerative Patenschaften
- Gemeinsames kreatives Gestalten
- Biografieprojekte

VORBEREITUNGSAUFGABEN

- Auswahl der Kooperationsinstitution und gemeinsame Konzeptentwicklung
- Detailplanung der gemeinsamen Aktivitäten

DURCHFÜHRUNG

Mögliche Angebote können sein:

- Wöchentliches Wahlangebot in Jahrgangsstufe fünf oder sechs, um gemeinsam mit einer Gruppe im Seniorenwohnheim zu basteln, zu singen, zu backen, zu spielen oder spazieren zu gehen. Dabei können Tandems in Form von intergenerativen Patenschaften gebildet werden. Die Schülerinnen und Schüler können ihre Tandempartnerin oder ihren Tandempartner auf dem Zimmer abholen und eine engere Beziehung zu dieser Person aufbauen. Um auch gemeinsame Spaziergänge unternehmen zu können, nehmen die Jugendlichen zu Beginn des Schuljahres an einem Rollstuhltraining teil, wo sie die Handhabung von Rollstühlen lernen. Wenn Schülerinnen und Schüler selbst auch die Erfahrung machen, im Rollstuhl unterwegs zu sein, lernen sie herausfordernde Situationen kennen (beispielsweise die Überwindung von unebenen Gehwegen) und werden für die Hindernisse und Schwierigkeiten im Alltag körperlich eingeschränkter Personen sensibilisiert.
- Verschiedene Projekte auch älterer Schülerinnen und Schüler können zu einem intergenerativen Austausch beitragen. Beispielsweise können Schülerinnen und Schüler im Rahmen eines Biografieprojekts ältere Menschen zu verschiedenen Themen (zum Beispiel Nachkriegszeit) interviewen oder zu bestimmten Themen, beispielsweise Demenz, gemeinsam kreativ arbeiten.
- Weitere Angebote können aus der Maßnahme „Alt trifft Jung“ übernommen beziehungsweise angepasst werden [Maßnahme 4.3.5 Alt trifft Jung].

RESSOURCEN

Räumlich:

Die vorhandenen Räumlichkeiten der jeweiligen Institutionen sollten für die Kooperation genutzt werden.

Personell:

In jeder Institution sollte es mindestens eine feste Ansprechperson

geben, die das Kooperationsprojekt betreut. Zudem sollte die Person die Schülerinnen und Schüler auf die Besuche vorbereiten und bei Fragen zur Verfügung stehen. Bei Bedarf können außerdem externe Fachkräfte engagiert werden. Falls ein emotionales Thema in Projektarbeiten künstlerisch bearbeitet wird, zum Beispiel Tod und Trauer, kann es sinnvoll sein, eine Kunstpädagogin oder einen Kunstpädagogen zur Begleitung des Projekts einzustellen.

Monetär:

Es können Kosten für Materialien, die beispielsweise beim Basteln benötigt werden, anfallen. Daneben müssen womöglich Honorarkosten für externe Fachkräfte, zum Beispiel im Bereich der Kunstpädagogik, einkalkuliert werden.

NACHHALTIGKEIT

Wenn Jugendliche und die Bewohnerinnen und Bewohner des Pflegeheims sich kennenlernen, können Unsicherheiten und Vorurteile gegenüber dem jeweils anderen Personenkreis abgebaut werden. Zudem können die Schülerinnen und Schüler im Rollstuhltraining oder im Austausch über Demenz für altersbezogene Einschränkungen sensibilisiert werden, was über den Zeitraum des Wahlangebots hinaus zu mehr Verständnis und Rücksichtnahme führt.

WEITERE INFORMATIONEN

Diese Maßnahme wurde im Rahmen der Recherche Guter Beispiele ermittelt (vgl. Schubert et al. 2015b).

Eine derartige Kooperation findet seit dem Jahr 2000 zwischen dem Frauenlob-Gymnasium und dem Seniorenpflegeheim St. Bilhildis in Mainz statt. Onlineauftritt des Projekts: http://www.frauenlob-gymnasium.de/contao/jung-trifft-alt.html

4.3.5 ALT TRIFFT JUNG

Unter diesem Titel kann eine ganze Reihe von Veranstaltungen stattfinden, die Möglichkeiten der Begegnung zwischen Seniorinnen, Senioren, Jugendlichen und Kindern ermöglichen.

Je nach örtlichen Gegebenheiten und Wünschen der Zielgruppen können folgende Maßnahmen angeboten werden:

- Intergeneratives Kegel- oder Schachturnier
- Besuch des örtlichen Jugendzentrums oder einer Jugendwerkstatt
- Gemeinsames kreatives Gestalten, zum Beispiel Upcycling von alten Hüten für Karneval, Basteln von Weihnachtsdekoration, gemeinsames Malen für eine intergenerative Ausstellung

SICHERHEITSBEREICHE

Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenhalts

SPEZIFISCHE ZIELE

- Austausch und Kommunikation zwischen Jung und Alt
- Abbau von Vorurteilen
- Aufbau eines positiven Kontakts zwischen der Bewohnerschaft im Quartier
- Kennenlernen des Quartiers und seiner Einrichtungen
- Vermittlung eines positiven Altersbilds
- Vernetzungsarbeit im Stadtteil

KOOPERATIONEN

Lokale Akteure, zum Beispiel:

- Bildungseinrichtungen
- Bürgerzentren
- Jugendzentren
- Kindertagesstätten
- Seniorennetzwerke
- Vereine

METHODEN

Im Folgenden wird nicht auf jede Maßnahme einzeln eingegangen, sondern exemplarisch das Kegelturnier und der Besuch der Jugendwerkstatt beschrieben.

- Beim Besuch der Jugendwerkstatt erzählen die Jugendlichen über ihre Ausbildung. Es findet ein gemeinsames Gespräch über ihre beruflichen und sozialen Lebensperspektiven statt.
- Das gemeinsame Kegel- oder Schachturnier bietet die Möglichkeit, miteinander aktiv zu werden und voneinander zu lernen. Auch hier kann eine Vernetzung zu anderen Einrichtungen stattfinden, zum Beispiel indem die Jugendwerkstatt die Pokale für das Turnier anfertigt.

VORBEREITUNGSAUFGABEN

- Kontaktaufnahme zu den Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern
- Gemeinsame Ausarbeitung des Konzepts
- Organisation von Material (je nach Veranstaltung), zum Beispiel Pokale für das Siegerteam beim Kegel- und Schachturnier oder Bastelmaterialien

DURCHFÜHRUNG

Bei der Durchführung sollten die Gruppen intergenerativ durchmischt werden, sodass sich ausreichend Kontaktmöglichkeiten bieten. Um miteinander ins Gespräch zu kommen und das „Eis zu brechen“, bietet sich eine Kennlernphase am Anfang der Veranstaltung mit diversen Warm-Ups oder Kennlernspielen an.

RESSOURCEN

Räumlich:

Je nach Art der Veranstaltung können die vorhandenen Räumlichkeiten genutzt werden. Gegebenenfalls müssen spezielle Räumlichkeiten angemietet werden, zum Beispiel eine Kegelbahn.

Personell:

Die Veranstaltung wird gemeinsam mit dem Kooperationspartner-

innen und Kooperationspartnern vorbereitet.

Monetär:

Kosten für Material beispielsweise für Pokale oder Bastelutensilien und Verpflegung sollten einkalkuliert werden.

NACHHALTIGKEIT

Die Vernetzung der Einrichtungen wirkt über die einmalige Veranstaltung hinaus. Es können sich regelmäßige Treffen entwickeln, bei denen sich die sozialen Akteure aus verschiedenen Blickrichtungen über das Thema Sicherheit im Stadtteil austauschen.

TIPPBOX

ERSTELLT VON SYLWIA BUZAS, PÄDAGOGISCHE LEITERIN DES BÜRGERZENTRUMS KÖLN-FINKENBERG

Grundlage dieser Angebote ist eine gute Vernetzung zu Kinder- und Jugendeinrichtungen im Stadtteil. Konkrete Anlässe eignen sich besonders gut als Anstoß für die Durchführung gemeinsamer Aktionen, zum Beispiel Weihnachten, Karneval, der Internationale Tag der älteren Menschen (01. Oktober), der Weltkindertag (20. September) oder der bundesweite Vorlesetag (dritter Freitag im November).

Besonders die generationenübergreifenden Turniere machen allen Beteiligten viel Spaß. Man spielt und wetteifert gemeinsam um den Sieg. So können Kontakte geknüpft und gemeinsam neue Vorschläge für weitere Aktionen entwickelt werden.

4.3.6 GENERATIONENÜBERGREIFENDE NACHBARSCHAFTSHILFE

Nachbarschaftshilfen können in vielfältiger Weise umgesetzt werden. Der Grundgedanke ist, dass sich Ehrenamtliche für Personen engagieren, die Hilfe im Alltag benötigen. Die Unterstützung orientiert sich an dem individuellen Bedarf. Dies kann beispielsweise die Begleitung bei Arztbesuchen, das Auswechseln einer kaputten Glühbirne oder das Ausfüllen von Formularen sein. Die Nachbarschaftshilfe richtet sich nicht ausschließlich an ältere Personen.

SICHERHEITSBEREICHE

- Engagement für das Gemeinwesen durch Beteiligung
- Sicherheit im Privatraum
- Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenhalts

SPEZIFISCHE ZIELE

- Förderung des intergenerativen Austauschs
- Unterstützung im Alltag und in Notsituationen
- Aktivierung der Bewohnerschaft, ihr Quartier zu gestalten
- Soziale Nachbarschaftsförderung
- Erhöhung der Lebensqualität durch Beziehungen innerhalb der Nachbarschaft

KOOPERATIONEN

Die Kooperationspartnerinnen und -partner hängen von den angebotenen Diensten ab, beispielsweise:

- Hospizdienste
- Kommune
- Örtliche Beratungsstellen
- Schulen
- Seniorenvertretung

- Sozialraumkoordination
- Wohlfahrtsverbände
- Wohnungsbaugenossenschaft

METHODEN

- Einrichtung von nicht-kommerziellen Unterstützungsangeboten
- Koordination von ehrenamtlichen Unterstützerinnen und Unterstützern

VORBEREITUNGSAUFGABEN

- Da es sich bei der Installation einer Nachbarschaftshilfe um eine langfristig angelegte Maßnahme handelt, ist es sinnvoll zu überprüfen, ob diese an örtliche Wohlfahrtsverbände angegliedert werden kann.
- Zu Beginn müssen die lokalen Bedarfe erhoben werden, beispielsweise indem professionelle Akteure im Stadtteil, die mit Seniorinnen und Senioren in Kontakt stehen, befragt werden und indem die Bedarfe direkt bei der Zielgruppe mittels seniorengerechtem Fragebogen sowie auf Informationsveranstaltungen erhoben werden.
- Je nach Bedarf werden anschließend Kooperationen mit verschiedenen Akteuren angestrebt, die bei der Umsetzung des Angebots behilflich sein können.
- Bevor die Nachbarschaftshilfe in Anspruch genommen werden kann, müssen die Bewohnerinnen und Bewohner über die Angebote informiert sowie Ehrenamtliche gewonnen werden.

DURCHFÜHRUNG

Die Durchführung der Angebote erfordert eine kontinuierliche Begleitung, Fortbildung und Koordination der Ehrenamtlichen. Nur wenn genügend ehrenamtliche Ressourcen vorhanden sind, kann die Nachbarschaftshilfe langfristig gelingen. Da das Engagement in den meisten Fällen nicht durch finanzielle Aufwandsentschädigungen honoriert wird, ist es besonders wichtig, die Ehrenamtlichen engmaschig zu betreuen, um auftretende Probleme frühzeitig mitzubekommen und beheben zu können. Wichtig ist auch die Anerken-

nung der ehrenamtlichen Arbeit, indem beispielsweise ein jährliches Dankesfest für die Ehrenamtlichen veranstaltet wird.

Exemplarisch werden im Folgenden kurz die Bestandteile der generationenübergreifenden Nachbarschaftshilfe in Oettingen in Bayern vorgestellt. Bei der Umsetzung der Maßnahme vor Ort müssen unbedingt die örtlichen Bedarfe und Gegebenheiten berücksichtigt werden.

Das Konzept der generationenübergreifenden Nachbarschaftshilfe umfasst folgende Teilprojekte:

1. Kooperation mit einer Schülerfirma: Durch die Zusammenarbeit mit der Schülerfirma DUPF (Dienstleistungs- und Produktionsfirma der M10 Klassen der Grund- und Hauptschule Oettingen) wurden folgende Aktivitäten initiiert:
    a. Kurse von Schülerinnen und Schülern für ältere Personen: „Wie funktioniert mein Handy?“ und „Internet für Seniorinnen und Senioren“
    b. Organisation von Besuchs- und Bringdiensten im Seniorenheim durch Schülerinnen und Schüler sowie ehrenamtliche Erwachsene
    c. Patenschaft zur Pflege eines öffentlichen Spielplatzes
2. Integrationstreff: Aus einem Deutschkurs für ausländische Mütter entstand ein wöchentlicher Integrationstreff. Die Kinder der Teilnehmerinnen werden durch vier Seniorinnen und Senioren betreut.
3. Mittagstisch für Seniorinnen und Senioren: Sechs Frauen kochen einmal pro Monat zum Selbstkostenpreis von drei Euro pro Person gesunde Hausmannskost in der Volkshochschule für 30 Seniorinnen und Senioren.
4. Hausaufgabenbetreuung: Seniorinnen und Senioren betreuen Grundschülerinnen und -schüler im Rahmen der Ganztagsschule bei der Erledigung der Hausaufgaben.
5. Vorlesedienst von Ehrenamtlichen im Seniorenheim, Behindertenheim und der geriatrischen Abteilung der Klinik
6. Fahrdienst für ältere und kranke Menschen von Ehrenamtlichen für eine Kilometerpauschale sowie Hilfe bei Krankheitsfällen oder beim

Einkauf, Besuchsdienste oder Haustierpflege.

7. Hospizarbeit: Basierend auf einer Kooperation mit der Diakonie werden Ehrenamtliche für die Sterbebegleitung ausgebildet.
8. Einrichtung eines Seniorenbereichs in der Stadtbibliothek: Ausstattung mit Büchern mit großer Schrift zu thematischen Schwerpunkten, Hörbüchern, Spielen und seniorengerechten Wiedergabetechniken

RESSOURCEN

Räumlich:

Je nach Angebot können die vorhandenen Räumlichkeiten genutzt werden. Für bestimmte Veranstaltungen ist beispielsweise eine große Küche oder ein Gruppenraum nötig.

Personell:

Für die engmaschige Betreuung und Koordination von Ehrenamtlichen und die Organisation der Angebote ist von einem hohen personellen Aufwand von mehreren Wochenstunden auszugehen. Zudem muss eine regelmäßige Evaluation stattfinden, um aktuelle Bedarfe und Wünsche aufgreifen zu können.

Monetär:

Ziel ist eine sich selbst tragende Nachbarschaftshilfe. Es können allerdings Kosten für eine Plattform anfallen, zum Beispiel einer Homepage, über die die vorhandenen Angebote vorgestellt werden. Daneben werden möglicherweise Versicherungen notwendig, die die Ehrenamtlichen bei ihren Einsätzen absichern. Außerdem können Materialkosten für gemeinsames Moderations- und Bastelmaterial, für Lebensmittel, für das Dankesfest oder für den Essensdienst anfallen.

Besteht ein gutes örtliches Netzwerk, können womöglich viele Kosten gespart werden, da Räumlichkeiten und sonstiges notwendige Material gemeinsam genutzt werden können.

Beim Fahrdienst nutzen die Ehrenamtlichen ihren eigenen PKW und lassen sich von den Nutzerinnen und Nutzern eine Kilometerpauschale als Aufwandsentschädigung auszahlen.

NACHHALTIGKEIT

Der Aufwand zur Implementierung einer lokalen Nachbarschaftshilfe ist hoch, weshalb sich das Vorhaben nur lohnt, wenn es auf Langfristigkeit angelegt wird. Die Nachhaltigkeit kann nur gewährleistet werden, wenn viele Akteure die Aktion unterstützen und durch regelmäßige Evaluationen überprüft wird, ob sowohl Ehrenamtliche als auch Nutzerinnen und Nutzer mit den vorhandenen Diensten und deren Umsetzung zufrieden sind. Nur so kann frühzeitig auf veränderte Bedarfe reagiert werden.

Wichtig ist auch eine gute Betreuung der Ehrenamtlichen, denn mit ihnen steht und fällt die Nachbarschaftshilfe.

WEITERE INFORMATIONEN

Diese Maßnahme wurde im Rahmen der Recherche Guter Beispiele ermittelt (vgl. Schubert et al. 2015b).

Exemplarisch wurde hier die Nachbarschaftshilfe der Stadt Oettingen in Bayern vorgestellt. Online Auftritt des Projektes: http://www.oettingen.de/Nachbarschaftshilfe-Oettingen.o606.html

4.4

MASSNAHMEN AUF DER STADTTEILEBENE ZUR STÄRKUNG DES SICHERHEITSGEFÜHLS ÄLTERER MENSCHEN

4.4.1 STADTTEILBEGEHUNG

Bei der Stadtteilbegehung liegt der Fokus auf der Sicherheit im öffentlichen Raum. Es werden problematische Orte, beispielsweise aufgrund schlechter Beleuchtung, identifiziert, die anschließend

SICHERHEITSBEREICHE

- Beseitigung von Unordnungserscheinungen
- Engagement für das Gemeinwesen durch Beteiligung
- Sicherheit im öffentlichen Raum
- Stärkung der Selbstwirksamkeit

SPEZIFISCHE ZIELE

- Beseitigung von Sicherheitsrisiken wie Stolperfallen, schwer einsehbaren Ecken oder schlechter Beleuchtung
- Bewertung der städtebaulichen Sicherheitssituation vor Ort als Problemdefinition, mit der weitergearbeitet werden kann
- Handlungsfähigkeit zur eigenverantwortlichen Meldung von Unordnungserscheinungen bei den dafür zuständigen Stellen

KOOPERATIONEN

- Lokalpresse
- Ordnungsamt

- Polizei, gegebenenfalls eine Expertin oder ein Experte aus dem Bereich städtebaulicher Kriminalprävention
- Vertreterinnen und Vertreter der Kommunalpolitik

METHODEN

- Erfassung von Unordnungserscheinungen mithilfe eines Fragebogens
- Erfassung von Qualitätskriterien in den Bereichen Städtebau und Instandhaltung mithilfe eines Fragebogens
- Fotografische Mängelerfassung
- Information über entsprechende Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner sowie Meldevorgänge

VORBEREITUNGSAUFGABEN

- Festlegung von Zeit und Ort: Je nach Fokus wird entschieden, ob die Begehung bei Tageslicht oder im Dunkeln stattfindet soll. Bei Tageslicht können Unordnungserscheinungen und Stolperfallen besser wahrgenommen werden, während bei Dunkelheit die Beleuchtung im Stadtteil besser überprüft werden kann.
- Einladung der älteren Stadtteilbewohnerinnen und -bewohner mit dem Hinweis, dass Fotoapparate zur Dokumentation kritischer Orte mitgebracht werden sollen
- Vorbereitung des Einführungsvortrags: Auf was wird bei der Begehung geachtet?
- Anpassen der Fragebögen an die örtlichen Gegebenheiten und Vervielfältigung des Bogens für alle teilnehmenden Personen

DURCHFÜHRUNG

Alle interessierten Senioreninnen und Senioren erhalten eine Einführung in Inhalte und Zielsetzung des Fragebogens. Die Begehung kann in der Gruppe durchgeführt werden oder in Kleingruppen. Die Bewertung sollte durch mindestens zwei Personen erfolgen.

Nicht alle Kriterien sind mit bloßem Auge zu erkennen; sie können recherchiert werden oder offenbleiben. Die Begehung an den ausge-

wählten Orten wird fotografisch und durch ein Protokoll dokumentiert. Der Fragebogen wird ausgefüllt und um weitere – während der Begehung identifizierte – Inhalte ergänzt. Die Ergebnisse werden im Nachhinein von der Seniorensicherheitskoordinatorin oder dem Seniorensicherheitskoordinator bearbeitet und für die Problemdefinition aufbereitet.

RESSOURCEN

Räumlich:

Die Route sollte vorab festgelegt werden.

Personell:

Die Vorbereitungszeit ist relativ gering. Der zeitliche Aufwand folgt in der Regel erst bei der Behebung der Mängel.

Monetär:

Es können Kopierkosten für die Fragebögen anfallen. Eventuell sind Taschenlampen für die Begehung bei Nacht zu organisieren.

NACHHALTIGKEIT

Die während der Begehung erhobenen Qualitätskriterien dienen als Grundlage, um sicherheitsfördernde Veränderungen herbeizuführen. So ist entsprechend der Mängellage beispielsweise die Kontaktaufnahme mit dem Grünflächenamt oder der Stadtverwaltung zu empfehlen. Die Begehung kann in regelmäßigen Zeitabständen wiederholt werden, um die Fortschritte zu dokumentieren beziehungsweise erneut auf Mängel hinzuweisen.

WEITERE INFORMATIONEN

Ein Fragebogen, der entsprechend an die örtlichen Gegebenheiten angepasst werden kann, befindet sich im Anhang [Anhang 2 Arbeitshilfe zur Stadtteilbegehung].

4.4.2 UNSER QUARTIER PUTZ(T) MUNTER

Gemeinsam wird der Stadtteil aufgeräumt, Müll beseitigt und am Ende ein kleines Fest gefeiert.

SICHERHEITSBEREICHE

- Beseitigung von Unordnungserscheinungen
- Engagement für das Gemeinwesen durch Beteiligung
- Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenhalts

SPEZIFISCHE ZIELE

- Erhöhung des Sicherheitsgefühls durch intergenerative und interkulturelle Verständigung
- Abbau von Vorurteilen
- Aufbau nachbarschaftlicher Beziehungen
- Sensibilisierung für den Schutz der Umwelt

KOOPERATIONEN

Lokale Akteure, zum Beispiel:

- Abfallwirtschaftsunternehmen
- Bildungseinrichtungen
- Bürgerzentren
- Jugendzentren
- Kindertageseinrichtungen
- Polizei
- Seniorenwohnheime
- Vereine

METHODEN

- Sternlauf mit gemeinsamer Müllsammelaktion in intergenerativen Gruppen
- Abschlusstreffen mit Verköstigung

VORBEREITUNGSAUFGABEN

- Einholung einer behördlichen Genehmigung
- Anfrage der Polizei bezüglich der Begleitung der Aktion
- Vorbereitungstreffen mit allen beteiligten Akteuren zum Beispiel Schulen, Kindergärten, Seniorenwohnheimen, Abfallbetriebe, um Zeit und Route festzulegen sowie die Abschlussveranstaltung zu planen
- Anforderung von Zangen, Handschuhen, Müllbeuteln sowie die Abholung des gesammelten Mülls durch das ortsansässige Müllunternehmen
- Organisation eines Abhol- und Bringdienstes für Personen mit körperlichen Einschränkungen

DURCHFÜHRUNG

Die Teilnehmenden treffen sich an verschiedenen Treffpunkten mit jeweils einer Polizeibeamtin oder einem Polizeibeamten. Diese verteilen die Müllsäcke und -zangen, Handschuhe sowie Warnwesten an alle Beteiligten. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde beginnt der Sternlauf, bis sich alle Gruppen schließlich am vereinbarten Endpunkt treffen. Dabei werden die Wege und Plätze von herumliegendem Müll gereinigt, wobei die intergenerativen Gruppen miteinander ins Gespräch kommen.

Nach Eintreffen aller Beteiligten findet die Abgabe der gefüllten Müllsäcke an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abfallbetriebe statt. Anschließend wird zur Fortführung der Gespräche gemeinsam gegessen oder Kaffee getrunken. Hierbei sollte es eine Begrüßung und eine Danksagung geben. Denkbar ist auch ein Gewinnspiel mit kleinen Preisen für die Gruppe, die am meisten Müll gesammelt hat.

RESSOURCEN

Räumlich:

Der Sternlauf findet auf vorab definierten Routen statt, die möglichst barrierefrei sind und auch Personen mit Geheinschränkungen eine Teilnahme an der Aktion ermöglichen. Für die Abschlussveranstal-

tung werden zentral gelegene Räumlichkeiten mit Küche benötigt.

Personell:

Aufgrund der zeitintensiven Planung ist es zielführend, wenn die verschiedenen Aufgaben unter den verschiedenen Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern aufgeteilt werden.

Monetär:

Material wie Zangen und Müllbeutel können meist kostenlos beim Abfallbetrieb ausgeliehen werden. Es fallen jedoch Kosten für das gemeinsame Abschlusstreffen an – beispielsweise für Catering, Raummieten, Gewinnspiel-Preise, Miete für Mikrofone und Lautsprecher.

NACHHALTIGKEIT

Jung und Alt kommen im gemeinsamen Handeln ins Gespräch. Es findet eine gegenseitige Sensibilisierung für die Bedürfnisse der jeweiligen Altersgruppe statt und das achtlose Wegwerfen von Müll wird hinterfragt. Eine Wiederholung oder jährliche Etablierung des Aktionstages ist möglich.

4.3.3 MITWIRKUNG AN DER ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG NACH BAUGESETZBUCH

Im Baugesetzbuch (BauGB) wird die Bürgerbeteiligung als Öffentlichkeitsbeteiligung an der Bauleitplanung bezeichnet (§ 3 BauGB). Sie erfolgt zweistufig: Zuerst findet eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen zur Bürgerinformation und einer parallelen Behördenbeteiligung statt. Anschließend können die Pläne in einer öffentlichen Auslegung im Amt für Stadtplanung überprüft werden, bevor sie vom Stadt- oder Gemeinderat beschlossen werden.

SICHERHEITSBEREICHE

- Engagement für das Gemeinwesen durch Beteiligung
- Sicherheit im öffentlichen Raum

SPEZIFISCHE ZIELE

- Frühzeitige Unterrichtung älterer Menschen über allgemeine Ziele und Zwecke von städtebaulichen und verkehrstechnischen Planungen im Wohngebiet
- Formulierung von Stellungnahmen der Bewohnerschaft und lokaler Stakeholder zu Bauplänen: Die kommunale Planungsbehörde ist verpflichtet, die Bedeutung der vorgebrachten Stellungnahmen im Rahmen einer Abwägung zu prüfen und entsprechend berücksichtigen.
- Erhöhung der Akzeptanz und der Qualität der Bauleitplanung durch frühzeitige Bürgerbeteiligung
- Verbesserung der städtebaulichen Planungen durch die Beiträge der älteren Menschen: Die Lebensqualität und das Umfeld der Bewohnerinnen und Bewohner sollen durch die Siedlungsentwicklung langfristig und nachhaltig gesichert werden.

KOOPERATIONEN

- Fachbereich Stadtplanung und Stadtentwicklung, beziehungsweise für das Wohngebiet zuständige Bezirksplanung

METHODEN

- Moderiertes Werkstattgespräch in der Phase der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung zum Wecken des Interesses der älteren Menschen im Wohnquartier an einer Mitwirkung und zur Erörterung der voraussichtlichen Auswirkungen der Planung
- Anschließende Sozialraumbegehungen, um die geäußerten Unsicherheitsaspekte und Ängste zu lokalisieren und zu konkretisieren
- Eventuell Durchführung einer ergänzenden Bewohnerbefragung
- Zusammenfassung der Ergebnisse in einer Stellungnahme für das Stadtplanungsamt

VORBEREITUNGSAUFGABEN

- Kontinuierliche Recherche, welche Planungsverfahren im Stadtteil beziehungsweise in spezifischen Wohnquartieren im Stadtplanungsamt vorbereitet werden
- Erkundung der Betroffenheit älterer Menschen von der Planung im Rahmen von Vorgesprächen mit zuständigen Fachkräften des Stadtplanungsamtes
- Entwicklung eines Veranstaltungskonzepts mit Werkstattgesprächen und Stadtteilbegehungen
- Bündelung der Sicherheitsaspekte und anderer Bedarfe der älteren Bevölkerung bei der Gestaltung des öffentlichen Raumes

DURCHFÜHRUNG

In der Phase der frühzeitigen Bürgerbeteiligung recherchiert eine Fachkraft der Stadtteileinrichtung, welche Neugestaltung oder Entwicklung eines Gebiets vorgesehen ist und ob die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung Sicherheitsthemen der älteren Menschen im Wohnquartier tangieren.

Als Teil der Seniorensicherheitskoordination wird die Thematik in der Form eines Werkstattgesprächs und einer anschließenden Sozialraumbegehung in den Kreis der interessierten älteren Menschen eingebracht. Andere ältere Bewohnerinnen und Bewohner aus dem Wohnquartier

werden zu dieser Veranstaltung eingeladen.

Die Seniorensicherheitskoordination übernimmt die Rolle der Vermittlerin, indem erstens die geplante Neugestaltung oder Entwicklung eines Gebiets im Wohnquartier erläutert werden und zweitens die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung auf die Lebenswelten älterer Menschen erörtert werden.

Die mittels Moderation und Begehungsprotokoll festgehaltenen Ergebnisse werden als Stellungnahme an das Stadtplanungsamt mit der Bitte weitergeleitet, die Relevanz der vorgebrachten Aspekte im weiteren Abwägungsprozess zu prüfen und zu berücksichtigen.

In der Phase der Auslegung wird eine Fachkraft der kommunalen Planungsbehörde zu einem Informationsgespräch in der Stadtteileinrichtung eingeladen. Die Rückmeldungen aus der Stadtplanung auf die Anregungen helfen, das Planungsverfahren transparent zu halten, die getroffenen Entscheidungen nachvollziehbar zu machen und den älteren Menschen die Erfahrung zu vermitteln, dass sie sich im Planungsergebnis wiederfinden können.

RESSOURCEN

Räumlich:

Für das moderierte Werkstattgespräch wird ein Gruppenraum benötigt.

Personell:

Die Fachkraft sammelt kontinuierlich Informationen, welche Planungsverfahren im Quartier in Vorbereitung sind.

Monetär:

Für Moderationsmaterial und Verköstigung können Kosten entstehen.

NACHHALTIGKEIT

Wenn die Stellungnahmen der älteren Menschen in der Planung Berücksichtigung finden, können die als problematisch betrachteten Sicherheitsbelange nachhaltig in die Bauleitplanung aufgenommen und perspektivisch im Rahmen von Gestaltungs- und Baumaß-

nahmen beseitigt werden. Durch die Zusammenarbeit mit der örtlichen Stadtplanung wird es möglich, kooperative Formen der Bürgerbeteiligung über die gesetzlichen Regelungen hinaus zu gestalten.

WEITERE INFORMATIONEN

Im Baugesetzbuch (BauGB) werden in § 3 „Beteiligung der Öffentlichkeit“ die Richtlinien für die Umsetzung des Beteiligungsprozesses beschrieben.

Die Broschüre „Städtebau und Kriminalprävention“, herausgegeben von der Zentralen Geschäftsstelle Polizeiliche Kriminalprävention gibt einen Überblick über städtebauliche Gestaltungsmöglichkeiten mit kriminalpräventiver Wirkung (www.lka.niedersachsen.de/download/82/Staedtebau.pdf). [Anhang 5 Materialempfehlung zur Bearbeitung sicherheitsrelevanter Themen mit Seniorinnen und Senioren]

4.4.4 SICHERHEITSTAG

Ein Tag, der die Seniorinnen und Senioren in den Bereichen Verkehrssicherheit, Mobilität im Alter, Kriminalprävention, Sicherheit in der Wohnung, Unfallvorbeugung und Hilfe für Kriminalitätsopfer sensibilisiert.

SICHERHEITSBEREICHE

Je nach vertretenen Ständen, zum Beispiel:

- Aufklärung über Zuständigkeiten von Sicherheitsakteuren
- Mobilitätskompetenz
- Opferschutz
- Schutz vor Eigentums- und Vermögensdelikten
- Sicherheit im Privatraum

SPEZIFISCHE ZIELE

- Aufzeigen von präventiven Maßnahmen
- Einbindung und Gewinnung der Seniorinnen und Senioren als neue Partnerinnen und Partner
- Stärkung der örtlichen Vernetzung
- Erschließung neuer Kontakt- und Informationskanäle
- Informeller Kontakt zu Sicherheitsakteuren, beispielsweise um Fragen zu stellen
- Information zur Opfernachsorge

KOOPERATIONEN

Lokale Akteure, die sich mit Sicherheit beschäftigen, zum Beispiel:

- Polizei
- Verkehrswacht
- Weißer Ring e.V.

METHODEN

- Informationsstände von sicherheitsrelevanten Akteuren, an denen die Seniorinnen und Senioren Ratschläge sowie Infomaterial erhalten und Fragen stellen können.
- Vortrag der Polizei zum Thema „Sicherheit im Alter“ als fester Programmpunkt

VORBEREITUNGSAUFGABEN

- Organisation der Informationsstände sowie des Vortrags. Es eignet sich ein Termin, an dem bereits Veranstaltungen für Seniorinnen und Senioren im Gebäude stattfinden (beispielsweise ein Mittagstisch), an die angeknüpft werden kann.

RESSOURCEN

Räumlich:

Großer Raum mit ausreichend Platz für die einzelnen Stände der Sicherheitsakteure sowie ein Raum mit Bestuhlung für den Vortrag.

Personell:

Mindestens eine, aber bestenfalls zwei oder mehr Personen, die für die Gesamtorganisation verantwortlich sind.

Monetär:

Ausgaben entstehen, falls eine Verköstigung angeboten wird.

NACHHALTIGKEIT

Der Sicherheitstag hat das Potenzial, als Auftaktveranstaltung die älteren Menschen erstmals mit der Sicherheitsthematik im Quartier zu konfrontieren. Die Seniorinnen und Senioren erleben das Thema Sicherheit als greifbar und zu ihrem Alltag gehörend. Es ist hilfreich, wenn weitere Veranstaltungen mit konkreten Terminen, zum Beispiel die Polizeisprechstunde oder der regelmäßige Sicherheitstreff, angekündigt werden, um möglichst viele interessierte Personen zu

erreichen [Maßnahme 4.2.7 Regelmäßige Polizeisprechstunde respektive Maßnahme 4.3.1 Regelmäßiger Sicherheitstreff].

WEITERE INFORMATIONEN

- Anhang 6 Finanzanreize zur Förderung von Maßnahmen zum Schutz vor Wohnungseinbruch
- Förderprogramme zum Einbruchsschutz des Bundes und der Länder im Überblick: www.kriminalpraevention.de/einbruchsschutz

4.4.5 GEMEINWESENMEDIATION

Das Mediationsgesetz (MediationsG) definiert Mediation in § 1 folgendermaßen:

„**(1)** Mediation ist ein vertrauliches und strukturiertes Verfahren, bei dem Parteien mithilfe eines oder mehrerer Mediatoren freiwillig und eigenverantwortlich eine einvernehmliche Beilegung ihres Konflikts anstreben.

(2) Ein Mediator ist eine unabhängige und neutrale Person ohne Entscheidungsbefugnis, die die Parteien durch die Mediation führt."

Das Konzept der Mediation etabliert sich seit den 1980er Jahren in Deutschland, darunter wird auch die Gemeinwesenmediation als ein Anwendungsbereich der Methode gefasst. Neben dem Begriff Gemeinwesen wird auch der Begriff der Nachbarschaft verwendet, wobei letzterer diese Konflikte eher auf den privaten Bereich reduziert und unter Gemeinwesen auch Konflikte in und mit Institutionen thematisiert werden.

SICHERHEITSBEREICHE

Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenhalts

SPEZIFISCHE ZIELE

- Sicherung der Rechte, ohne dabei zu „harten" Methoden des Gerichtsverfahrens greifen zu müssen
- Konfliktlösung, nicht Sanktionierung von Regelüberschreitungen
- Vermeidung der Eskalation von Konflikten

KOOPERATIONEN

Mediatorinnen und Mediatoren

METHODEN

Eine ausgebildete Mediatorin beziehungsweise ein ausgebildeter Mediator vermittelt bei Konflikten zwischen den verschiedenen Par-

teien, um gerichtliche Verfahren zu vermeiden oder zu ergänzen und Konflikte lösungsorientiert und transformativ anzugehen. Die Dauer eines Mediationsverfahrens hängt vom jeweiligen Bedarf und der spezifischen Konfliktlage ab. Gemeinwesenmediation findet teilweise einmalig statt, wenn an einem Ort ein spezifischer Konflikt auftritt. Sie kann aber auch als dauerhafte Infrastruktur vor Ort etabliert werden.

VORBEREITUNGSAUFGABEN

Zur Etablierung einer Gemeinwesenmediation muss überlegt werden, in welcher Struktur diese eingebettet sein kann und welche Finanzierungsmöglichkeiten vorhanden sind. Gemeinwesensmediation wird entweder dezentral in Stadtteilen durch Trägervereine durchgeführt oder sie wird an bestehende Strukturen beispielsweise in der Kommune angegliedert.

Unterschieden werden Projekte auch danach, ob sie mit hauptamtlichen Mediatorinnen beziehungsweise Mediatoren arbeiten, oder mit geschulten Freiwilligen (vgl. Splinter 2005). Die Mediation kann einerseits aus dem Gemeinwesen heraus intern geleistet werden oder durch externe Mediatorinnen oder Mediatoren. In beiden Fällen ist eine vorhergehende Qualifizierung zwingend erforderlich. Der erwünschte Multiplikatoreneffekt ist bei Mediatorinnen und Mediatoren „aus der Nachbarschaft“ erheblich höher.

DURCHFÜHRUNG

Sicherheitsthemen, die im Rahmen der Gemeinwesenmediation bearbeitet werden können, sind vielfältig. Es handelt sich um Konflikte, die außerhalb des Gerichtssystems gelöst werden können. Beispielhaft sind Streitigkeiten in der Nachbarschaft bei denen es um Störungen durch Lärm geht. Im öffentlichen Raum treten in benachteiligten Quartieren außerdem Konflikte zwischen Gruppen auf, zwischen denen im Rahmen einer Mediation eine einvernehmliche Nutzung des öffentlichen Raumes gefunden werden soll. Auch private Konflikte innerhalb

von Familien und Partnerschaften sowie Konflikte in Institutionen wie Kindertagesstätten oder Betrieben werden in der Gemeinwesenmediation bearbeitet.

RESSOURCEN

Räumlich:

Leicht zugängliche Räumlichkeiten im Stadtteil, die eine Möglichkeit für ungestörte Gespräche bieten, sind unbedingt notwendig.

Personell:

Gemeinwesenmediation funktioniert nur mit festen Strukturen. Grundlegend dafür ist die Koordination der Ehrenamtlichen sowie die Aufklärung, dass das Angebot besteht und wie es genutzt werden kann durch eine hauptamtliche Stelle, die im Stadtteil präsent ist.

Monetär:

Bei der Finanzierung von Mediationsangeboten im Gemeinwesen unterscheiden sich ehrenamtliche Projekte von institutionell getragenen Angeboten. Ehrenamtliche Projekte „aus der Nachbarschaft“ haben den Vorteil, dass eine große Nähe der Mediatorinnen und Mediatoren zu den Fällen angenommen werden kann, die so überhaupt erst den Weg in die Mediation finden. Angestellte Mediatorinnen und Mediatoren „von außen“ haben dafür vermutlich eine größere Neutralität sowie eine konstante Ressourcenausstattung. Es ist möglich, dass die Konfliktparteien einen kleinen Beitrag für die Mediation zahlen, um eine positive Wertschätzung der Leistung zu schaffen.

NACHHALTIGKEIT

Wenn eine Mediation mit einer Einigung der beteiligten Parteien abgeschlossen wird, ist sie allgemein auch erfolgreich; es werden aber auch Fälle abgebrochen. Großgruppenkonflikte wie der Umgang mit der „Trinkerszene“ konnten beispielsweise in Berlin durch Anwendung des Verfahrens bereits verbessert werden. Oft hilft schon das gegenseitige Kennenlernen, um Konflikte zu entschärfen.

WEITERE INFORMATIONEN

Diese Maßnahme wurde im Rahmen der Recherche Guter Beispiele ermittelt (vgl. Schubert et al. 2015b).

Die Konfliktagentur Sprengelkiez aus Berlin verfügt über bereits langjährige Erfahrungen in der Gemeinwesenmediation in Berlin. Internetauftritt: http://www.konfliktagentur.de/

4.4.6 SENIORENGENOSSENSCHAFTEN

Seniorengenossenschaften sind zwar keine Maßnahmen, die sich im Rahmen zeitlich begrenzter Projekte durchführen lassen. Sie sind aber dennoch ein gutes Beispiel für die Partizipation und Selbstorganisation älterer Menschen im Sozialraum.

SICHERHEITSBEREICHE

- Sicherheit im Privatraum
- Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenhalts

SPEZIFISCHE ZIELE

- Versorgung und Unterstützung im Alltag
- Erhalt der Lebensqualität bis ins hohe Alter
- Vorsorge für das eigene Alter auch ohne finanziellen Einsatz in Form von Zeitkonten
- Vorbeugung vor sozialer Isolation im Alter
- Stärkung des sozialen Zusammenhalts im Stadtteil

KOOPERATIONEN

Lokale Akteure vor Ort, zum Beispiel:

- Essensdienste
- Pflegedienste
- Pflege- und Betreuungseinrichtungen
- Wohnungsunternehmen

METHODEN

Das zentrale Konzept ist, dass ältere Menschen, die viel Zeit zur Verfügung haben und selbst noch keine Unterstützung brauchen, andere ältere Menschen im Alltag unterstützen. Die investierte Zeit wird dabei auf einem Zeitkonto der Genossenschaft gutgeschrieben, sodass man diese, wenn man später einmal selbst Hilfe braucht, wieder einlösen kann. Alternativ ist es auch möglich, sich die geleisteten Stunden im Rahmen einer Aufwandsentschädigung auszahlen zu lassen.

VORBEREITUNGSAUFGABEN

- Zur Implementierung einer Seniorengenossenschaft ist ein Zeitraum von mindestens sechs Monaten notwendig.
- Zur detaillierten Vorbereitung und Gründung einer Seniorengenossenschaft empfiehlt sich der „Wegweiser zur Gründung und Gestaltung von ‚Seniorengenossenschaften'".

DURCHFÜHRUNG

Je nach Bedarf vor Ort können folgende Leistungen angeboten werden:

- Essensdienste, die das Mittagessen zu älteren Menschen nach Hause liefern
- Besuchsangebote
- Begleitung bei Ämtergängen und Arztbesuchen
- Fahrdienste
- Hilfen im Haushalt
- Telefonrufbereitschaft für Notfälle
- Rechtsberatung
- Tagespflegeeinrichtungen
- Demenzbetreuung

RESSOURCEN

Räumlich:

Je nach Angebot sind verschiedene Räumlichkeiten notwendig, beispielsweise eine Großküche, in der das Essen für den Essensdienst zubereitet werden kann. Die Hilfen selbst werden meist im privaten Bereich bei den Nutzerinnen und Nutzern zu Hause erbracht.

Personell:

Es braucht eine koordinierende Instanz, die die Ehrenamtlichen sowie die Nutzerinnen und Nutzer betreut und als Ansprechperson für Fragen zur Verfügung steht. Das kann beispielsweise der ehrenamtliche Vereinsvorstand sein.

Monetär:

Die Person, die einen Dienst in Anspruch nimmt, zahlt einen Beitrag pro

in Anspruch genommener Stunde an die Genossenschaft. Die Person, die den Dienst erbringt, kann auswählen, ob sie den Betrag (abzüglich einer Verwaltungspauschale) ausgezahlt bekommen möchte oder die Stunden auf einem Zeitkonto ansparen möchte. Angesparte Stunden können eingelöst werden, wenn die Person später einmal selbst Hilfe benötigt. So kann sich die Seniorengenossenschaft finanziell selbst tragen, wenngleich bei Gründung eine Anschubfinanzierung nötig ist.

NACHHALTIGKEIT

Es empfiehlt sich, vor Gründung der Genossenschaft eine genaue Bedarfsanalyse vorzunehmen, damit die Seniorengenossenschaft passgenau entsprechend der lokalen Bedarfe implementiert werden und langjährig bestehen kann. Ein enger Kontakt zu den Mitgliedern und wiederkehrende Bedarfserhebungen sind notwendig, um Wünsche und Anregungen frühzeitig aufgreifen zu können. Zudem kann eine Genossenschaft nur erfolgreich bestehen, wenn sich alle für das gemeinsame Vorhaben verantwortlich fühlen und ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Geben und Nehmen besteht.

WEITERE INFORMATIONEN

Diese Maßnahme wurde im Rahmen der Recherche Guter Beispiele ermittelt (vgl. Schubert et al. 2015b).

Der „Wegweiser zur Gründung und Gestaltung von ‚Seniorengenossenschaften'" gibt einen guten Überblick über Aufbau, Inhalte, Finanzierung, Aufgaben und die Auflösung einer Seniorengenossenschaft (Rosenkranz & Görtler 2013; www.stmas.bayern.de/imperia/md/content/.../wegweiser_seniorengenossenschaften.pdf).

Weitere Informationen finden sich auch im Buch „Seniorengenossenschaften – organisierte Solidarität" (Beyer et al. 2015).

Über langjährige Erfahrung verfügt die Seniorengenossenschaft Riedlingen e.V., die als eine der ersten Seniorengenossenschaften in Deutschland 1991 gegründet wurde. Internetauftritt: http://www.martin-riedlingen.de/senioren/seniorenhomepage.htm

ANHANG

1 ARBEITSHILFE FÜR DAS PARTIZIPATIVE AUDITVERFAHREN

Das partizipative Auditverfahren dient der Problemdefinition im Rahmen des Sicherheitsassessments. Die Arbeitshilfe kann für Gruppen- beziehungsweise Einzelgespräche mit älteren Menschen sowie mit professionellen Akteuren im Quartier angepasst werden.

THEMEN-BEREICH	SICHERHEIT

1. Was bedeutet Sicherheit für Sie?

THEMEN-BEREICH	UNSICHERE UND ZENTRALE ORTE

2. Wo liegen hier im Stadtteil die sicherheitsrelevanten Probleme?
3. An welchen Orten zentrieren sich die sicherheitsrelevanten Probleme?
4. Welche Orte sind von zentraler Bedeutung?
   a. Bürgerzentrum
   b. Einkaufszentrum
   c. Haltestelle, öffentlicher Nahverkehr
   d. andere
   e. Wie gerne besuchen Sie/ die Seniorinnen und Senioren diese Orte?
   f. Was stört Sie/ die Seniorinnen und Senioren dort?
5. An welchen Orten trifft man Sie/ ältere Menschen tagsüber/ nachts an?

Mithilfe der Nadelmethode (oder vergleichbaren Methoden) sollen Orte auf dem Stadtplan definiert werden, die sicherheitsrelevant sind, weil sie besonders wichtig oder problematisch sind.

THEMEN-BEREICH	ÖFFENTLICHE INSTITUTIONEN UND ANGEBOTE FÜR SENIORINNEN UND SENIOREN

6. Welche Angebote gibt es im Quartier für Sie/ für ältere Menschen?

THEMEN-BEREICH	FORMALE KONTROLLE DURCH POLIZEI UND ORDNUNGSAMT

7. Ist die Tätigkeit von Polizei und Ordnungsamt bürgerfreundlich, transparent, ausreichend oft vorhanden?
   a. Besteht Handlungsbedarf?

8. Sind bereits kriminalpräventive beziehungsweise sicherheitsbezogene Maßnahmen und Angebote vorhanden?
   a. Besteht Handlungsbedarf?

THEMEN-BEREICH	ORGANISATIONEN UND ANGEBOTE

9. Können eigene Initiativen im Stadtteil umgesetzt werden und werden diese unterstützt? Wenn ja, von wem?

THEMEN-BEREICH	AKTIVITÄTEN DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER

10. Gibt es Angebote, die Bürgerinnen und Bürger bei der Mitwirkung im Stadtteil unterstützen?
    a. Besteht Handlungsbedarf?

2 ARBEITSHILFE ZUR STADTTEILBEGEHUNG

Die Arbeitshilfe kann als Inspiration zur Erarbeitung eines lokalen Fragebogens genutzt werden. Dieser kann an die Seniorinnen und Senioren bei der Stadtteilbegehung ausgeteilt werden.

UNTERSUCHUNGSRAUM	THEMA	
SICHERHEIT DURCH STÄDTEBAU	AKTIVITÄT UND RÄUMLICHE ANORDNUNG	Sind die Gebäude und öffentlichen Räume für unterschiedliche Alters- und Nutzungsgruppen (insbesondere Seniorinnen und Senioren) attraktiv, sodass der Raum zu jeder Tageszeit durch legitime Nutzungen belebt ist? Werden durch die räumliche Anordnung der Gebäude Sichtbeziehungen in die Wohnumgebung gefördert?
	INFRASTRUKTURELLE ANBINDUNG	Ist ein Versorgungszentrum mit Einzelhandelsgeschäften zur Deckung des täglichen Bedarfs, für den Wochenbedarf sowie mit medizinischen Dienstleistungen fußläufig für alle Nutzerinnen und Nutzer erreichbar? Befinden sich Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs in der Nähe Ihrer Wohnung (im Abstand bis 10 Gehminuten)?
	BELEUCHTUNG	Sind Straßen und Gehwege nachts und in der winterlichen Jahreszeit ausreichend beleuchtet? Sind öffentliche Plätze nachts und in der winterlichen Jahreszeit ausreichend beleuchtet? Sind Bus- und Bahnhaltestellen nachts und in der winterlichen Jahreszeit ausreichend beleuchtet?

	AUDITOREN	DATUM	
	ERLÄUTERUNG DES THEMAS	**HANDLUNGS-BEDARF**	**ERLÄUTERUNG DES HANDLUNGSBEDARFS**
	Sicherheit im Stadtraum hat etwas mit Geschäftigkeit, mit sichtbaren Aktivitäten anderer Menschen und mit Leben auf der Straße zu tun. Die Anordnung der Fenster von Wohnungen zu Fußwegen ermöglichen schützende „Augen auf die Straße“.	☐ *Ja* ☐ *Nein* ☐ *?*	
	Die Grundbedingungen des sicheren Wohnens werden durch isolierte Wohnstandorte nicht erfüllt. Vielmehr ist die Anbindung an Infrastrukturen der Kommune insbesondere für ältere Menschen wichtig.	☐ *Ja* ☐ *Nein* ☐ *?*	
	Außenbeleuchtung der Wege und Gebäude sind so zu konzipieren, dass es keine dunklen Bereiche gibt. Denn eine mangelhafte Beleuchtung fördert insbesondere bei älteren Menschen Unsicherheitsgefühle (zum Beispiel aufgrund von Sturzgefahr).	☐ *Ja* ☐ *Nein* ☐ *?*	

	THEMA
SICHERHEIT DURCH STÄDTEBAU	**ÜBERSCHAUBARKEIT UND SICHTBARKEIT** Gibt es Ecken, die nicht einsehbar und dadurch die Geschehnisse dort nicht zu überschauen sind? Gibt es Sträucher und Hecken, die die Sicht versperren? Sind die Wohnungsfenster auf den öffentlichen Raum und auf die Straße ausgerichtet?
	GESTALTERISCHE KLARHEIT Entspricht die Gestaltung des öffentlichen Raums und der Gebäude (zum Beispiel Farbgebung, Materialverwendung) den Bedürfnissen aller Nutzerinnen und Nutzer? Sind die Maßstäbe der Abstände, Höhen, Längen und Breiten angemessen/ richtig dimensioniert (zum Beispiel Straßen sind nicht zu weiträumig/ breit, Unterführungen nicht zu eng)?
SICHERHEIT DURCH MANAGEMENT	**REINIGUNG UND INSTANDHALTUNG** Werden öffentliche Plätze und Grünflächen ausreichend oft gereinigt, Mülleimer häufig genug geleert? Sind Spielplätze, Parkanlagen und Bänke intakt und werden Sie im Falle einer Beschädigung zeitnah repariert/ ersetzt?
	REGELN FÜR DIE NUTZUNG Werden Maßnahmen durchgeführt, damit sich neuhinzugezogene und alteingesessene Nachbarinnen und Nachbarn untereinander kennenlernen können? Gibt es angemessene Nutzungsregeln für den öffentlichen Raum? Werden die Regeln von allen Nutzungsgruppen eingehalten?

	ERLÄUTERUNG DES THEMAS	HANDLUNGS-BEDARF	ERLÄUTERUNG DES HANDLUNGSBEDARFS
	Wenn das Wohnumfeld unübersichtlich ist oder durch Büsche und Bäume zugewachsen ist, fühlen sich nicht nur ältere Bewohnerinnen und Bewohner unwohl und bekommen Angst vor Kriminalität.	☐ *Ja* ☐ *Nein* ☐ *?*	
	Gut gestaltete Räume werden als angenehm empfunden und wirken dem Unsicherheitsempfinden (älterer) Nutzerinnen und Nutzer entgegen.	☐ *Ja* ☐ *Nein* ☐ *?*	
	Wenn die regelmäßige Reinigung und Instandhaltung unterbleibt, signalisiert der physische Verfall, dass eine Kontrolle des Verhaltens in dieser Gegend nicht mehr stattfindet oder zumindest eingeschränkt ist. Das verstärkt Unsicherheitsempfinden bei der (älteren) Bewohnerschaft.	☐ *Ja* ☐ *Nein* ☐ *?*	
	Eine von allen Parteien anerkannte und gelebte Ordnung mit klar formulierten Regeln ist ein geeignetes Instrument, um unerwünschte Ereignisse auszuschließen. Ein Regelkodex entfaltet nur seine Wirkung, wenn neuhinzugezogene und alteingesessene Nachbarinnen und Nachbarn Verantwortung für die Einhaltung der Regeln übernehmen.	☐ *Ja* ☐ *Nein* ☐ *?*	

	THEMA
SICHERHEIT DURCH VERKERHSPLANUNG	**ZUGÄNGLICHKEIT UND BARRIEREN** Sind die Wege sicher zu begehen (ausreichend breit, Fahrrad- und Gehwege getrennt, der Untergrund befestigt)? Ist die Ausstattung mit Sitzmöglichkeiten auf den öffentlichen Plätzen ausreichend? Sind bei der Wegeführung Fußgängerrisiken angemessen berücksichtigt (zum Beispiel Möglichkeiten zur Überquerung von Straßen, Verkehrssicherung durch Ampeln)?
	ORIENTIERUNG UND BESCHILDERUNG Sind kritische Verkehrssituationen (zum Beispiel Kreuzungen) optisch und akustisch klar zu erfassen? Wird die Orientierung im Stadtteil durch die Wegführung, Beschilderung erleichtert? (Ist ein Wegeleitsystem vorhanden?)

	ERLÄUTERUNG DES THEMAS	HANDLUNGS-BEDARF	ERLÄUTERUNG DES HANDLUNGSBEDARFS
	Über die Fuß- und Radwege sollten die Infrastruktureinrichtungen im Wohnquartier von allen Nutzerinnen und Nutzern sicher erreicht werden können.	☐ *Ja* ☐ *Nein* ☐ *?*	
	Eine gute Orientierung sollte in allen, insbesondere an kritischen Verkehrs-situationen, wie Überquerungen, Haltestellen, sehr belebten Orten möglich sein. Reizüberflutung ist zu vermeiden.	☐ *Ja* ☐ *Nein* ☐ *?*	

3 ARBEITSHILFE ZUR ENTWICKLUNG DER SICHERHEITSMASSNAHMEN

Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit von älteren Menschen können nach Sicherheitszielen unterschieden werden. Die Unterscheidung ist wichtig, da es im Bereich der Kriminalität andere Eingriffsmöglichkeiten gibt als bei Störungen und Konflikten. Im Bereich der subjektiven Sicherheit sind wiederum andere Maßnahmen zu ergreifen.

Aus den beim Sicherheitsassessment identifizierten Sicherheitsthemen sollen konkrete Maßnahmen im Quartier entwickelt werden. Wichtig ist die Abwägung von Zielen und Machbarkeiten, die sich auf den drei Handlungsebenen deutlich unterscheiden.

SICHERHEITS-THEMA	ZUM BEISPIEL: MÜLL IM ÖFFENTLICHEN RAUM
WAS SIND DIE URSACHEN DER SICHERHEITSPROBLEME (SOWEIT NACHVOLLZIEHBAR)? Zum Beispiel: *Jugendliche haben keinen Sinn für unsere Ordnung.*	
WAS WIRD DERZEIT BEREITS ZU DIESEM THEMA IM STADTTEIL GETAN? Zum Beispiel: *Die Abfallwirtschaftsbetriebe reinigen den öffentlichen Raum täglich.*	
MASSNAHMEN-VORSCHLÄGE	**WAS KÖNNTE IM STADTTEIL ERGÄNZEND DAZU GEMACHT WERDEN?**
MASSNAHME 1 Zum Beispiel: *Kunstprojekt aus Müll*	

WAS SOLL DAMIT BEWIRKT WERDEN?

Zum Beispiel: *Sensibilisierung für das achtlose Wegewerfen von Müll*

WIE KÖNNTE DIE MASSNAHME KONKRET UMGESETZT WERDEN?

Zum Beispiel: *Organisation durch Seniorennetzwerk und Jugendzentrum*

WELCHE RESSOURCEN SIND FÜR DIE UMSETZUNG NÖTIG?

Zum Beispiel: *Unter 2000€ Sachkosten, Zeitaufwand, Personal*

WIE WIRD DIE DIE REALISIERBARKEIT EINGESCHÄTZT?

Zum Beispiel: *Machbar, wenn sich eine breite Koalition bilden lässt (nicht nur Seniorinnen und Senioren).*

MASSNAHME 2 UND WEITERE (WIE OBEN DARSTELLEN)

...

4 AUSFÜHRLICHES KONZEPT DES SELBSTBEHAUPTUNGSTRAININGS

Selbstbehauptungstrainings haben sich in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, Frauen und Menschen mit Behinderung in jahrzehntelanger Anwendung bewährt. Für ältere Menschen gab es bisher noch kein ausgearbeitetes, standardisiertes Konzept. Daher erfolgte die Konzeptentwicklung unter Mitarbeit einer erfahrenen Gerontologin, die die Perspektive der Entwicklungsmöglichkeiten und -grenzen im höheren Alter sowohl aus physischer als auch aus psychologischer Sicht einbrachte und das Training in dieser Hinsicht fachlich bewerten konnte. Des Weiteren unterstützte eine Kollegin des Kriminalkommissariats Opferschutz der Polizei Köln aus dem Bereich Prävention und Selbstbehauptung die Entwicklung. Sie ergänzte das Konzept insbesondere um Wissen über das Vorgehen von Täterinnen und Täter.

Das Selbstbehauptungstraining als ein Bestandteil des integrierten Konzepts der Seniorensicherheitskoordination beabsichtigt eine Verbesserung des Sicherheitsgefühls auf individueller Ebene, indem die individuelle Selbstbehauptung und Selbstwirksamkeit gestärkt werden. Selbstbehauptung wird hier definiert als „Fähigkeit, sich in grenzüberschreitenden Situationen der eigenen Grenzen bewusst zu sein und diese deutlich machen zu können“ (LKA Niedersachsen 2005: 4). Der Umgang mit unsicheren oder bedrohlichen Situationen hängt vom Umfang und der Ausgestaltung der eigenen Handlungssicherheit ab. Das Training dient deshalb dazu, Ressourcen im Umgang mit täglichen Herausforderungen besser mobilisieren und so die Selbstsicherheit stärken zu können. Insbesondere in sozialen Interaktionen, in denen es zum Austausch mit Unbekannten und Fremden im öffentlichen Raum kommen kann, stellt sich die Frage, wie die eigene Handlungssicherheit wiederhergestellt beziehungsweise aufrechterhalten werden kann.

Je höher die Verletzbarkeit desto eher und stärker können Risikofaktoren ungünstig wirksam werden (vgl. Wittchen 2011: 303). Vulnerabilität kann sich über entwicklungsbiologische, psychologische und soziale Prozesse weiter akzentuieren oder auch abschwächen (ebd.: 890). Soziale Veränderungen im Alter, wie sie durch strukturelle Umgestaltung des sozialen Umfeldes, aber auch durch Austritte aus Berufs- und Arbeitsleben erfolgen, können mit

einer Veränderung des Selbstvertrauens einhergehen und die Vulnerabilität weiter ausprägen. Die Wahrnehmung eigener Schwächen oder die Einschätzung geringer Bewältigungsfähigkeiten in Gefahrensituationen sind die Folge (Wahl & Heyl 2004). Je nach der Einschätzung und Verfügbarkeit eigener Kompetenzen folgt eine unterschiedliche Vulnerabilität, die bestimmt, wie das Risiko eigener Opferwerdung eingeschätzt wird (Lazarus 1981).

Das Ziel auf der individuellen Ebene ist es nicht, Risiken und Belastungen zu beseitigen, sondern den wirkungsvollen Umgang mit unbekannten Situationen zu erlernen – kurz: die Stärkung der psychischen Widerstandsfähigkeit (Resilienz) durch erweiterte Handlungsmöglichkeiten und Orientierungen. Relevante Resilienzfaktoren als Bestandteile der Selbstbehauptung sind unter anderem die Selbstwahrnehmung (angemessene Selbsteinschätzung), Selbstwirksamkeit, Selbststeuerung (Regulation von Gefühlen) und soziale Kompetenz.

4.1 THEMEN DES SELBSTBEHAUPTUNGSTRAININGS

Zentrale Themen des Trainings sind das Kennenlernen und Ausprobieren von konkreten Verhaltens- und Handlungsmöglichkeiten in Konflikt-, Bedrohungs- und Gewaltsituationen. Ältere Menschen lernen, sich in konfliktbeladenen Situationen zu schützen beziehungsweise diese so zu deeskalieren, dass sie weder sich noch andere Personen dabei in Gefahr bringen. Wichtige Fragestellungen des Selbstbehauptungstrainings sind:

- **Wie kann ich mich vor Gewaltangriffen schützen?**
- **Wie begegne ich Angriffen, Ohnmacht, Aggression, Angst?**
- **Was kann ich wann tun?**
- **Wo sind meine Grenzen?**
- **Wie kann ich mir Hilfe holen?**
- **Was tun, wenn Verständnis und Freundlichkeit nicht mehr helfen?**
- **Wo fängt Gewalt bei mir an? Schon mit Beleidigungen oder erst mit körperlichen Übergriffen?**
- **Wann und wie interveniere ich?**
- **Wie setze ich Grenzen und wie bleibe ich dabei ruhig?**
- **Was wirkt eskalierend und was wirkt deeskalierend?**
- **Wie trete ich sicher auf?**

In einer Rückkopplungsschleife von Theorie und Praxis soll diesen Fragen erfahrungsintensiv nachgegangen werden. Dabei werden folgende Themen bearbeitet:

- **Gefahren früh erkennen und vermeiden**
- **Reflexion des eigenen Verhaltens in bedrohlichen Situationen**
- **Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit in direkten Konflikt- und Gewaltsituationen**
- **Ausbildung und Verbesserung eigener Wahrnehmungskompetenzen**
- **Wahrnehmung und Deutung von Körpersprache**
- **Grenzen ziehen und behaupten**
- **Einsatz und Wirkung von Körper- und Verbalsprache zur Deeskalation**
- **Nähe-Distanz-Schulung**
- **Umgang mit Provokationen**
- **Erlenen von individuellen und authentischen Eskalations-, Deeskalations- und Konfliktlösungsstrategien**
- **Stressmanagement**

Die Erfahrungen in den Trainings zeigen, dass sich bei frühzeitigem Wahrnehmen und Einsetzen von Selbstbehauptungstechniken bedrohliche Situationen häufig entschärfen, ohne dass weitere Handlungsschritte erforderlich werden. Insbesondere in der Altersgruppe von Menschen über 65 Jahren erlangt Selbstbehauptung eine enorme Relevanz, da aufgrund erhöhter Vulnerabilität beispielsweise eine körperliche Selbstverteidigung kaum Anwendung finden kann.

4.2 ZIELGRUPPE DES SELBSTBEHAUPTUNGSTRAININGS

Die primäre Zielgruppe des Selbstbehauptungstrainings sind ältere Menschen im Alter von 65 Jahren und älter. Das Training richtet sich insbesondere auch an Menschen mit körperlichen und Sinneseinschränkungen. So werden Verhaltenstipps für Menschen mit Gehproblemen und Hilfsmitteln gegeben und Übungen explizit mit Rollatoren durchgeführt. Menschen mit (gravierenden) Sinneseinschränkungen seit jungen Jahren könnten allerdings enttäuscht werden, da sie viele der Techniken aus zwingender Notwendigkeit oftmals bereits internalisiert haben.

Spezifische Selbstbehauptungstrainings für Frauen oder Männer sind nicht angeraten, sofern nicht der explizite Wunsch danach geäußert wird. Gemischte Trainings bieten zum einen mehr Abwechslung, zum Beispiel bei den Übungen, und zum anderen erlauben sie auch eine Teilnahme von Paaren, bei denen eine Person die Rolle des Aktivators übernimmt.

Die Ansprache älterer Migrantinnen und Migranten kann sich als schwierig erweisen. Diesbezüglich ist eine Bedarfsabfrage vor Ort durchzuführen. Von einem konsekutiven Dolmetschen der Trainings wird abgeraten, da sich das Training dadurch von der Selbsterfahrung hin zur kognitiven Wahrnehmung verschiebt.

In der Arbeit mit älteren Menschen gibt es einige Besonderheiten, die in den Trainings bedacht und berücksichtigt werden sollten. Die Zielgruppe zeichnet sich durch eine große Lebenserfahrung aus. Selbstredend verfügen viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer über eine Vielzahl von Strategien, die im Training genutzt und wertschätzend aufgenommen werden können.

Folgende Besonderheiten sind zu berücksichtigen:

- **Übungen und Rollenspiele sind ungewohnt.**
- **Übungen mit Selbsterfahrungsanteilen werden teilweise auch als unangenehm empfunden.**
- **Das Tempo des Trainings sollte sehr langsam sein: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer benötigen Zeit, sich auf die Übungen einzulassen.**
- **Raum für Gespräche sollte gegeben werden.**
- **Übungen müssen variablen Charakter haben, da lange Bewegungsabschnitte nicht möglich sind.**
- **Konkrete Beispiele und Übungen sind wichtig; das Training sollte nicht zu abstrakt bleiben.**
- **Gehhilfen, Rollatoren und Rollstühle werden aktiv ins Training einbezogen.**
- **Laute und deutliche Ansprache ist erforderlich.**
- **Auf Pausen und Verköstigung wird geachtet.**

4.3 RAHMENBEDINGUNGEN DES SELBSTBEHAUPTUNGSTRAININGS

4.3.1 DIE RICHTIGE BEWERBUNG DER SELBSTBEHAUTUNGS-TRAININGS

Bereits bei der Ausschreibung des Selbstbehauptungstrainings sollte deutlich gemacht werden, welche Inhalte das Training anbietet und wie der Kurs gestaltet ist. Vielen älteren Menschen sind die Inhalte eines Selbstbehauptungstrainings nicht geläufig; Verwechslungen mit Selbstverteidigungskursen sind keine Seltenheit. Deshalb sollten die Ziele und Inhalte kurz und eindeutig ausformuliert werden.

Bei einem zusätzlichen Vorgespräch von etwa einer Stunde werden die Seniorinnen und Senioren über die Inhalte des Trainings aufgeklärt und informiert. Die Trainerin oder der Trainer gibt einen Überblick über die Trainingsinhalte und den Ablauf. Dies ist wichtig, damit die potenziellen Teilnehmerinnen und Teilnehmer Fragen stellen und ihre persönlichen Interessen an dem Training äußern können. So kann das Selbstbehauptungstraining die sozialräumlichen sicherheitsrelevanten Themen der älteren Menschen aufgreifen und in der konkreten Anwendung bearbeiten. Weiterhin können Unklarheiten aus dem Weg geschaffen werden.

Wichtig ist auch, dass die Veranstalterin beziehungsweise der Veranstalter hinter dem Angebot des Trainings steht. Er oder sie sollte präsent sein, Werbung machen sowie eine wertschätzende Haltung einnehmen, denn diese überträgt sich automatisch auf die Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

4.3.2 TEILNEHMERINNEN UND TEILNEHMER DER TRAININGS

- **Alter 65+**
- **Menschen mit und ohne körperliche oder Sinneseinschränkungen**
- **Maximale Teilnehmendenzahl: 20 Personen**
- **Minimale Teilnehmendenzahl: sechs Personen**

4.3.2 RÄUMLICHKEITEN

- **großer Raum (mindestens 70 Quadratmeter)**
- **Medienausstattung: Flipchart**

- **Bestuhlung: flexibler Stuhlkreis, keine Tische**
- **gute Raumakustik (keine Halle)**
- **Barrierefrei**

Ausreichend große Räumlichkeiten mit guter Akustik sind ein Muss für die Zielgruppe älterer Menschen. Es sollte dringend darauf geachtet werden, dass der Raum nicht von anderen Personen während des Trainings durchquert wird, da dies zu Unruhen führt und es den beteiligten Personen schwerer fällt, sich auf die Übungen einzulassen [Kapitel 4.2.1 Selbstbehauptungstraining].

4.3.4 TRAININGSZEITEN

- **ein Vorgespräch von etwa einer Zeitstunde**
- **vier Trainingseinheiten; zwei bis zweieinhalb Zeitstunden pro Trainingseinheit**

Vier Trainingseinheiten von bis zu zweieinhalb Stunden haben sich als optimal herausgestellt. Längere Sequenzen und seltenere Einheiten reduzieren die Wiederholung der Übungen und verringern die Internalisierung der neu erlernten Verhaltensweisen.

Ausreichend viele Pausen von mindestens zwanzig Minuten sind dringend geboten. Dabei sollte eine kleine Verköstigung zur Verfügung gestellt werden. Die Pausen stellen wichtige Verschnaufpausen dar, dienen einem ersten Austausch zwischen den Teilnehmenden und erhöhen die Aufmerksamkeit in den Trainingsphasen.

4.4 ÜBERSICHT ÜBER DIE INHALTE DES SELBSTBEHAUPTUNGSTRAININGS

Das übergeordnete Ziel des Selbstbehauptungstrainings ist das Einüben von Verhaltens- und Reaktionsweisen sowie die praktische Erprobung potenziell gefährlicher Situationen. Konkrete Strategien zur Steigerung des Selbstvertrauens und der Selbstwirksamkeit werden erlernt und entwickelt. Die folgende Übersicht verdeutlicht die Inhalte und das Vorgehen des Selbstbehauptungstrainings für ältere Menschen.

KOMMUNIKATIONS- UND KONFLIKTLÖSUNGSSTRATEGIEN

THEMA	KÖRPERSPRACHE, WIRKUNGSWEISEN, TRAINIEREN VON STARKEN KÖRPERSIGNALEN

Mimik, Gestik und Körperhaltung haben einen großen Einfluss darauf, wie man von seinen Mitmenschen wahrgenommen wird. Ob bewusst oder unbewusst – mit der Körpersprache vermittelt man immer eine Botschaft.

FOLGENDE INHALTE WERDEN BEARBEITET:

Zur Körpersprache zählen Ausdrucksmöglichkeiten wie:

- **Gestik, Mimik, Blickverhalten**
- **Nähe und Distanz**
- **Körperkontakt, Körperbewegung, Körperhaltung**
- **Aspekte des Sprechens: Tempo, Tonfall, Lautstärke**
- **Räumliche Faktoren: Sitzhaltung, Sitzposition, Distanz**

THEMA	WAHRNEHMUNG UND DEUTUNG VON (NON-)VERBALER KOMMUNIKATION

Der nonverbale Anteil der Kommunikation kann in seiner Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden. Er bestimmt in überwiegendem Maße, mit welcher Einstellung und mit welchen Bewertungen eine Botschaft aufgenommen wird. Diese Erkenntnis wird im Training genutzt, um das Erkennen von bedrohlichen Situationen und rollentypischen Sprach- und Argumentationsmustern zu vereinfachen.

FOLGENDE INHALTE WERDEN BEARBEITET:

Die 7-38-55-Regel (nach dem Kommunikationsforscher Mehrabian, 1972) ist ein prägnantes Modell zum Verständnis der Bedeutung von (non-)verbaler Kommunikation und (non-)verbaler Kompetenz. Die Regel besagt, dass eine Botschaft grundsätzlich aus drei Teilen besteht:

Dem gesprochenen Wort (7 Prozent), der nonverbalen Kommunikation über Stimme, Mimik und Augenkontakt (38 Prozent) sowie der übrigen nonverbalen Körpersprache wie Haltung und Darstellung (55 Prozent).

THEMA	ENTWICKLUNG UND ERPROBUNG NEUER HANDLUNGSSTRATEGIEN IN KONKRETEN (BEDROHLICHEN) SITUATIONEN

In Konflikt- und Bedrohungssituationen wird häufig Stress ausgelöst. Gewaltprädikatoren wie Schwitzen, weiche Knie, trockener Mund oder eine piepsige Stimme, bieten wertvolle Hinweise auf eventuell bevorstehende Ereignisse und tragen bei frühzeitigem Erkennen zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit bei.

FOLGENDE INHALTE WERDEN BEARBEITET:

Bestimmte Handlungsmuster werden trainiert und im Szenarientraining angewendet, um sie im realen Konflikt automatisch abrufen zu können. Dabei werden folgende Inhalte bearbeitet:

- **Persönliche Gewaltprädikatoren**
- **Deeskalierende Kommunikationstechniken**
- **Kommunikationsmodell der Statuswippe**
- **Reflexion und Stärkung der eigenen Kommunikation**
- **Inanspruchnahme von Hilfe**

THEMA	GRENZEN SETZEN UND BEHAUPTEN

Grenzen zu definieren und diese auch durchzusetzen, ist ein Grundpfeiler einer aktiven Lebensgestaltung. Rechtzeitige Grenzziehung kann in Bedrohungssituationen schützen und Gefahren abwenden.

FOLGENDE INHALTE WERDEN BEARBEITET:

- **Wahrnehmung persönlicher und fremder Grenzen**

- **Finden von Ausdrucksmöglichkeiten, um eigene Grenzen klar und deutlich zu machen**
- **Setzen klarer Stopp-Signale**

THEMA	ROLLENSPIELÜBUNGEN/ SITUATIONSTRAINING

Die individuelle Ressourcenaktivierung der einzelnen Teilnehmerinnen und Teilnehmer in einem geschützten Raum zur Erweiterung der Handlungskompetenz ist Hauptbestandteil des Rollenspiels. In Situationstrainings können verschiedene Situationen (nach)erlebt und persönliche Handlungsalternativen erarbeitet werden.

FOLGENDE INHALTE WERDEN BEARBEITET:

Rollenspiele sind für ältere Menschen ungewohnt, weshalb der Transfer („Was bringt mir das?“) sofort hergestellt werden sollte. Eine Möglichkeit ist, eine Situation in Zeitlupe zu spielen und die Situation an bestimmten Stellen zu unterbrechen, um zu besprechen, was mit den jeweiligen Handlungen ausgelöst wurde.

SELBSTREFLEXION

THEMA	SELBSTREFLEXION

Die Selbstreflexion ist unter anderem die Fähigkeit, vorauszusehen wie sich eine Aussage oder eine Handlung etwa auswirken wird. Diese Fähigkeit ist für Bedrohungssituationen von außerordentlicher Bedeutung, weil damit schon im Vorfeld abgeschätzt wird, welche Reaktionen das eigene Verhalten in bestimmten Situationen auslösen kann.

FOLGENDE INHALTE WERDEN BEARBEITET:

Zur Erweiterung der Handlungskompetenz werden folgende Inhalte reflektiert:

- **Stärkung des Vertrauens in die eigenen physischen und psychischen Möglichkeiten**
- **Sensibilisierung für das eigene Konfliktverhalten**
- **Reflexion der eigenen Körpersprache**
- **Umgang mit eigenen Emotionen**

Übersicht 8

Ziele und Inhalte des Selbstbehauptungstrainings

4.5 WER KANN DAS TRAINING ANBIETEN?

Von einer Anwendung des Trainings durch ungelernte Trainerinnen oder Trainer sollte abgesehen werden. Ungelernte Personen können in der Regel nicht richtig einschätzen, welche Reaktionen die einzelnen Übungen bei den älteren Menschen auslösen. Professionelle Trainerinnen und Trainer haben Erfahrung darin, was der Zielgruppe abverlangt werden kann und wer Schutz braucht. Sie können das Training nach entsprechender Ausbildung, Einarbeitung und Auseinandersetzung mit den Besonderheiten der älteren Zielgruppe durchführen. Dieses Niveau können Laien nicht erreichen, weshalb auf ausschließlich professionelle Trainerinnen und Trainer zurückgegriffen werden sollte.

Ein Problem bei der Suche nach einer geeigneten Trainerin oder eines geeigneten Trainers ist ein Fehlen an einheitlichen Qualitätsstandards im Bereich der gewaltpräventiven Trainings. So kommt es immer wieder vor, dass selbsternannte Trainerinnen und Trainer beispielsweise Kampfkunsttechniken innerhalb der Selbstbehauptungstrainings lehren, die nicht Elemente des Selbstbehauptungstrainings sind. Für die Recherche einer geeigneten Fachkraft können die von einigen Vereinigungen erarbeiteten Qualitätskriterien von Selbstbehauptungskursen für Frauen oder Kinder und Jugendlichen als

Orientierung zur Rate gezogen werden. Beispielsweise haben die Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (AJS) NRW e.V. in Zusammenarbeit mit anderen Verbänden 2006 folgende Qualitätskriterien veröffentlicht, die auf die Arbeit mit älteren Menschen angepasst wurden:

„Die Kursleitung sollte nachweisen...

- **eine pädagogische/ psychologische Ausbildung oder umfassende Fortbildung,**
- **Kenntnis der Fachliteratur und Fachdiskussion,**
- **fachliche und persönliche Auseinandersetzung mit dem Thema [Kriminalitätserfahrungen Älterer], (...)**
- **Kompetenz im Umgang mit Gewalterfahrungen betroffener [Erwachsener]**
- **Auseinandersetzung mit Rollenbildern (...),**
- **entwicklungspsychologische Kenntnisse,**
- **Fachkompetenz bei einer möglichen Krisenintervention,**
- **Erfahrungen und Fachwissen in der Gruppenarbeit mit [Erwachsenen],**
- **ein breites Spektrum unterschiedlicher Methoden für die Präventionsarbeit mit [Erwachsenen],**
- **eine wertschätzende und empathische Grundhaltung gegenüber [Seniorinnen und Senioren],**
- **regelmäßige Fortbildung, kollegiale Beratung oder Supervision,**
- **nachgewiesene persönliche und fachliche Vernetzung mit den örtlichen Hilfestellen.“** (Braun et al. 2006: 9)

4.6 ZUSAMMENARBEIT MIT DER BEZIRKSPOLIZEI

Eine Einbindung der Polizei in das Training passt mit dem Aufbau des Trainings gut zusammen. Der Kontakt der Polizei wird von den Seniorinnen und Senioren überwiegend sehr geschätzt. Eine Zusammenarbeit ließe sich entweder realisieren, indem die (Bezirks-)Polizistin oder der (Bezirks-)Polizist zur letzten Trainingseinheit hinzukommt oder separat an einem zusätzlichen Termin nach dem Selbstbehauptungstraining offene Fragen der Seniorinnen

und Senioren beantwortet. Durch das Training werden Wünsche der älteren Menschen klarer, die dann direkt weitergegeben werden können.

Besonders zur Vorbereitung der letzten Trainingseinheit („Richtig helfen“) lohnt sich ein vorheriger Austausch mit der Polizei, um Argumentationshilfen und Informationen aus erster Hand zu erfahren. So wurde im Modellprojekt deutlich, dass bei den beteiligten älteren Menschen teilweise hohe Barrieren vorhanden waren, sich mit einer Zeugenaussage bei der Polizei zu melden. Diese speisten sich aus falschen Kenntnissen zum Umgang der Polizei mit den Daten der Zeuginnen oder Zeugen oder aus schlechten Erfahrungen bei der Polizei. Ein Vorgespräch kann damit auch der Sensibilisierung der Polizei dienen, Verhörmethoden auf die Zielgruppe anzupassen.

4.7 NACHHALTIGE VERANKERUNG

Der Abstand der einzelnen Trainingseinheiten von einer Woche ist sinnvoll. So haben die Teilnehmenden Zeit, sich mit den einzelnen Inhalten im Alltag zu beschäftigen. Eine nachhaltige Verankerung der Inhalte kann durch ein Training mit hohem Selbsterfahrungsanteil besser als mithilfe eines Vortrags bewerkstelligt werden. Der Austausch zu Beginn jeder Trainingseinheit sowie Reflexionsrunden tragen dabei immens zur nachhaltigen Verankerung bei.

Eine zukünftige Wiederholung der wichtigsten Trainingsinhalte wäre sinnvoll. Dabei kann ein Trainingstag ausreichend sein.

4.8 FINANZIERUNG DES SELBSTBEHAUPTUNGSTRAININGS

Für ein Selbstbehauptungstraining von vier Übungseinheiten und einem Vorgespräch (gegebenenfalls exklusive der Vorbereitung auf Grundlage des Konzepts) müssen Kosten von etwa 1500 bis 2000 Euro veranschlagt werden. Zur Finanzierung des Trainings können in der Regel einige Fördertöpfe abgerufen werden: Auf der lokalen Ebene trägt das Training zur Imagearbeit der Stadt bei; einige Bundesländer bieten Fördertöpfe beispielsweise für Modellprojekte; der Bund fördert mit dem Programm der Sozialen Stadt und auch EU-Mittel tragen zum „Strauß der Mittel“ bei.

4.9 TRAININGSVERLAUFSPLAN

4 TRAININGSEINHEITEN À 2,5 STUNDEN PRO EINHEIT

1. EINHEIT			
NR.	ZEIT	ZIEL	MATERIAL/ORGANISATION
1. BLOCK	CIRCA 30 MINUTEN		
1. a.		KENNENLERNEN	Stuhlkreis
1. b.		ERWARTUNGEN AN DAS TRAINING	Metaplankarten, Permanentmarker, Flipchart
1. c.		RAHMENBEDINGUNGEN	Flipchart
1. d.		REGELVEREINBARUNGEN	Folien
		THEMENÜBERBLICK FÜR DIE ERSTE TRAININGSEINHEIT	Stuhlkreis
2. BLOCK	CIRCA 45 MINUTEN		
2. a.		EINSTIEG IN DAS THEMA SELBSTBEHAUPTUNG	Metaplankarten, Permanentmarker, Flipchart
2. b.		SENSIBILISIERUNG	Flipchart

INHALT

Vorstellungsrunde

Erwartungsabfrage

Trainingsrahmen (Trainingszeiten und Termine, Pausen, Verköstigung)

Regelvereinbarungen (Freiwilligkeit, respektvoller Umgang)

Einstieg in die Selbstbehauptung, Wahrnehmung, Intuition, Körpersprache I

INTRO-ROLLENSPIEL „IN DER BAHN“

Es wird als Einstieg ein kleines Rollenspiel mit einer oder einem Teilnehmenden vorgespielt, in dem die Person leichte Grenzüberschreitungen erlebt, wie beispielsweise eine unangemessene Ansprache oder eine Überschreitung der Distanzzone.

VISUALISIERUNG DER VERHALTENSWEISEN DER TEILNEHMENDEN, DIE SOGENANNTE„LIZENZ ZUR NEUGIERDE“:

Fragen zum Thema, zur eigenen Person, zu bereits bekannten Handlungsstrategien oder zum Wohngebiet: Die Teilnehmenden haben einen kleinen Smiley in der Hand und heben bei der Beantwortung der Fragen mit Ja

2. c.		WAHRNEHMUNG UND DEUTUNG (NON-)VERBALER KOMMUNIKATION/ INTUITIONSSCHULUNG	Dreiergruppen
3. BLOCK	**CIRCA 40 MINUTEN**		
3. a.		KÖRPERSPRACHE I/ WIRKUNGSWEISEN	Schaubild zur 55-38-7-Regel (Abb. 26)
3. b.		WIRKUNGSWEISEN/ SENSIBILISIERUNG SELBSTERFAHRUNG	Zweiergruppen
3. c.		INFORMATION ZU KÖRPERSPRACHE	Stuhlkreis; Schaubild Determinanten der Kommunikation (Abb. 27) Flipchart
3. d.		WIRKUNGSWEISEN/ SENSIBILISIERUNG	Zweiergruppen

den Smiley hoch; bei der Beantwortung mit Nein bleibt der Smiley unten, bei keiner Angabe bleibt der Smiley auch unten.

WAHRNEHMUNGS-/INTUITIONSÜBUNG:

Die Intuitionsübung ermöglicht eine andere Art des Kennenlernens, die auf den ersten Blick für die Teilnehmenden etwas ungewöhnlich erscheint:

Die Teilnehmenden lernen sich in Dreiergruppen auf etwas ungewöhnliche Art kennen, indem sie ihrer Intuition vertrauen und frei über eine Person „spekulieren“. Es findet ein kurzer Austausch im Plenum zu den Erfahrungen mit der Intuitionsübung statt.

Schaubild zur Körpersprache

Die Teilnehmenden lernen die Rolle des Augenkontakts kennen.

EINE-MINUTE-ÜBUNG:

Die Teilnehmenden schauen sich eine Minute an, ohne zu sprechen.

„DREI-SEKUNDEN-REGEL“:

Nach circa drei Sekunden Dauerblickkontakt stellt sich in der Regel ein Unbehagen bei den Beteiligten ein. Längere Blickkontakte werden tendenziell als bedrohlich eingestuft. Diese „soziale Regel im Augenkontakt“ gilt für Täterinnen und Täter wie für Seniorinnen und Senioren gleichermaßen, die sich einer solchen Grenzüberschreitung bewusst sein sollten.

„SICHERER STAND“:

Die Teilnehmenden lernen den sicheren Stand. Wenn die älteren Menschen sich in einer Situation unsicher fühlen, sollen sie den sicheren Stand einnehmen.

		SELBSTERFAHRUNG	
4. BLOCK	**CIRCA 15 MINUTEN**		
4. a.		COOL DOWN; TRAININGSAUSKLANG	Stuhlkreis
4. b.		REFLEXION	

Abbildung 26

Determinanten der Kommunikation (verändert nach nonverbale-kommunikation.info)

Standübungen mit anschließendem leichten Schubsen

ABSCHLUSSSPIEL NACH WAHL

ABSCHLUSSREFLEXION ZUR ERSTEN EINHEIT:

Befindlichkeit, neue Eindrücke und Wünsche für die nächste Einheit

*** PAUSEN NACH BEDARF SETZEN, MINDESTENS ABER 20 MINUTEN.**

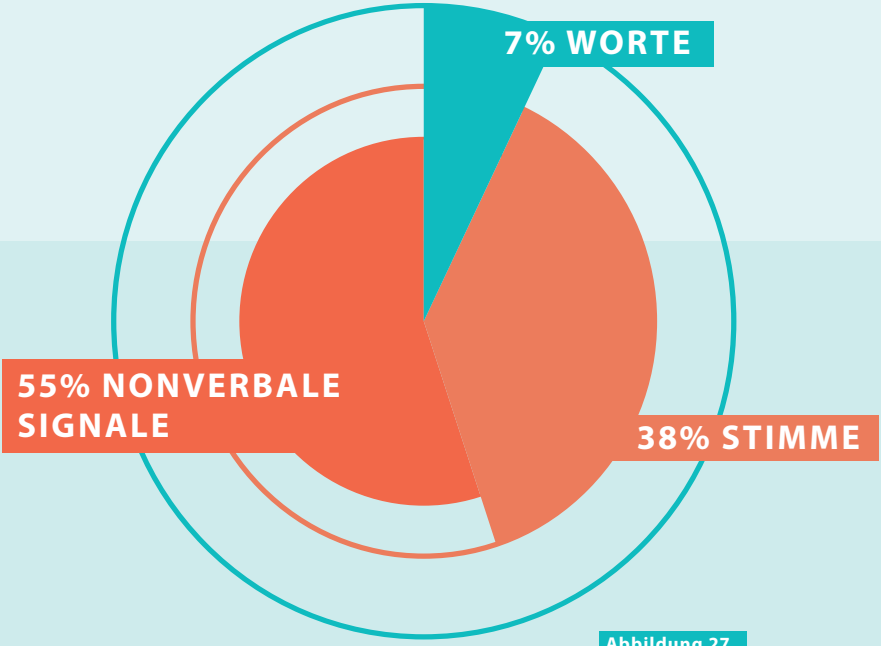


Abbildung 27

Komponenten der Kommunikation (verändert nach Mehrabian 1972)

2. EINHEIT			
NR.	ZEIT	ZIEL	MATERIAL/ORGANISATION
1. BLOCK	CIRCA 20 MINUTEN		
1. a.		BEGRÜSSUNG/ BEFINDLICHKEIT	Stuhlkreis
1. b.		REFLEXION ERSTE TRAININGSEINHEIT	Stuhlkreis
1. c.		THEMENÜBERBLICK FÜR DIE ZWEITE TRAININGSEINHEIT	Flipchart
2. BLOCK	CIRCA 45 MINUTEN		
2. a.		KÖRPERSPRACHE II WIRKUNGSWEISEN	Zweiergruppen
2. b.		WAHRNEHMUNGSSCHULUNG	Zweiergruppen Stuhlkreis

INHALT

Begrüßung; „Wie geht's"-Abfrage

Rückmeldungen vom letzten Training;
neue Erfahrungen oder Beobachtungen

KÖRPERSPRACHE II:

Grenzen setzen, Deeskalierende Kommunikation

WIEDERHOLUNG DES SICHEREN STANDES

Standübungen mit leichtem (vorsichtigem) Schubsen

NÄHE-DISTANZ-SCHULUNG:

Die Teilnehmenden stehen sich in angenehmem Abstand gegenüber

- Abstandsverkürzung: Abstand bewusst reduzieren und in die Schutzzone der anderen Person eindringen
- Abstand reduzieren bis beinahe Nase an Nase stößt und dann ganz weit auseinander
- Kurzbeschreibung der Gefühle und der eigenen Wahrnehmung

Hinweis zur Eskalation und Deeskalation durch Distanzschulung, Thematisierung von Grenzüberschreitungen durch Distanzverkürzungen oder Anfassen

Kennenlernen der berühmten Regel „Eine Armlänge Abstand"

2. c.		GRENZEN SETZEN; SCHULUNG DER EINDEUTIGKEIT	Zweiergruppen in Gasse gegenüber, circa drei bis vier Meter Abstand
3. BLOCK	**CIRCA 50 MINUTEN**		
3. a.		(DE)ESKALIERENDE KOMMUNIKATION	Stuhlkreis
3. b.		RESSOURCENAKTIVIERUNG	Standkreis
3. c.		DEESKALIERENDE KOMMUNIKATION	Standkreis
3. d.		WIRKUNGSWEISEN/ SENSIBILISIERUNG SELBSTERFAHRUNG	Zweiergruppen

ERLERNEN VON PERSÖNLICHEN STOPP-SIGNALEN

Stopp-Übung: Aufeinander zugehen

- nur mit Blick
- mit Blick und Geste
- mit Blick, Geste und Stimme
- mit dem Versuch, die andere Person zum Anhalten zu bringen

ROLLENSPIEL „GEH WEG!“:

Kurzes Rollenspiel zu verschiedenen Stimm- und Wortwahlvarianten, um persönliche Grenzen aufzuzeigen, ohne dabei schwierige Situationen zur Eskalation zu bringen

STIMMÜBUNGEN

- laut werden
- leise werden
- mit der Stimme „spielen“

WORTE/ SÄTZE ZUR ABGRENZUNG:

Auf Flipchart werden Worte und Sätze zur Abgrenzung gesammelt und reflektiert.

Was wirkt deeskalierend, was eskalierend?

WIEDERHOLUNG DES SICHEREN STANDES

Standübungen, auch mit leichtem (vorsichtigem) Schubsen

4. BLOCK	CIRCA 15 MINUTEN		
4. a.		COOL DOWN; TRAININGSAUSKLANG	Stuhlkreis
4. b.		REFLEXION	

3. EINHEIT			
NR.	ZEIT	ZIEL	MATERIAL/ORGANISATION
1. BLOCK	CIRCA 20 MINUTEN		
1. a.		BEGRÜSSUNG/ BEFINDLICHKEIT	Stuhlkreis im Raum durcheinander
1. b.		REFLEXION DER ZWEITEN TRAININGSEINHEIT	Stuhlkreis
1. c.		THEMENÜBERBLICK FÜR DIE DRITTE TRAININGSEINHEIT	Flipchart
2. BLOCK	CIRCA 95 MINUTEN		
2. a.		VORSTELLUNG DIVERSER HILFSMITTEL	Stuhlkreis Schrillalarme Gehhilfe

ABSCHLUSSSPIEL NACH WAHL

ABSCHLUSSREFLEXION ZUR ZWEITEN EINHEIT:

Befindlichkeit, neue Eindrücke und Wünsche für die nächste Einheit

*** PAUSEN NACH BEDARF SETZEN, MINDESTENS ABER 20 MINUTEN.**

INHALT

BEGRÜSSUNG

Murmelrunde

Rückmeldungen vom letzten Training;
neue Erfahrungen oder Beobachtungen

HANDLUNGSSTRATEGIEN, HILFSMITTEL, SZENARIENTRAINING

SCHRILLALARM UND CO

			Schirm Trillerpfeife, zum Beispiel „FOX 40“, da deren Kugel nicht verkleben kann
2. b.		EINSATZ UND GEBRAUCH VON ALLTAGSGEGEN-STÄNDEN, WERTGEGEN-STÄNDEN; ERFAHRUNGSAUSTAUSCH TIPPS ZUR SICHERHEIT	Stuhlkreis Rucksack Taschen Portemonnaie Rollator
2. c.		SITUATIONSTRAINING	Halbkreis
3. BLOCK	**CIRCA 15 MINUTEN**		
3. a.		COOL DOWN; TRAININGSAUSKLANG	Stuhlkreis
3. b.		REFLEXION	

Vorstellung diverser Minialarmanlagen:

- Schrillalarm, Taschenalarm
- Trillerpfeife

Erklärung der Handhabung und Möglichkeiten des Einsatzes; Ausprobieren (unter einem Schal oder ähnlichem)

Warnung vor dem Einsatz von Schirmen und Gehhilfen als „Waffe“

ALLTAGSGEGENSTÄNDE:

Packen von Rucksäcken, Handtaschen und Rollatoren;

Wo sollten Wertgegenstände aufbewahrt werden, wo nicht?

Verhalten an Bankautomaten oder Kassen.

PRAKTISCHES SZENARIENTRAINING:

- jemand zieht an der Tasche
- jemand kommt an der Kasse zu nah
- jemand beobachtet den Bankautomaten
- jemand greift in das Rollatornetz

ABSCHLUSSSPIEL NACH WAHL

ABSCHLUSSREFLEXION ZUR DRITTEN EINHEIT:

Befindlichkeit, neue Eindrücke und Wünsche für die nächste Einheit

*** PAUSEN NACH BEDARF SETZEN, MINDESTENS ABER 20 MINUTEN.**

4. EINHEIT			
NR.	ZEIT	ZIEL	MATERIAL/ORGANISATION
1. BLOCK	CIRCA 20 MINUTEN		
1. a.		BEGRÜSSUNG/ BEFINDLICHKEIT	Stuhlkreis Im Raum durch-einander
1. b.		REFLEXION DRITTE TRAININGSEINHEIT	Stuhlkreis
1. c.		THEMENÜBERBLICK FÜR DIE VIERTE TRAININGSEINHEIT	
2. BLOCK	CIRCA 40 MINUTEN		
2. a.		WAHRNEHMUNGS-SCHULUNG ZUR TÄTERBESCHREIBUNG	Dreiergruppen
2. b.		ENTWICKLUNG NEUER HANDLUNGSSTRATEGIEN; HILFE HOLEN	Flipchart Stuhlkreis

INHALT

BEGRÜSSUNG

Marktplatz: Austausch über die letzten Wochen

Rückmeldungen vom letzten Training;
neue Erfahrungen und Beobachtungen

HILFE HOLEN, HILFEREGELN, OFFENE FRAGEN

ÜBUNG „TÄTERBESCHREIBUNG“:

Die Teilnehmenden setzen sich zu dritt zusammen, Rücken an Rücken. Ohne sich noch einmal umzudrehen, versucht die erste Person die zweite Person zu beschreiben, die zweite Person die dritte Person und die dritte Person die erste Person.

Alles, was noch im Gedächtnis geblieben ist, soll beschrieben werden, beispielswiese Kleidung, Schmuck, Frisur oder Schuhe.

RICHTIG HELFEN:

1. Ich hole Hilfe über 110.
2. Ich helfe, ohne dass ich dabei selbst in Gefahr komme.
3. Ich fordere andere aktiv und direkt zur Mithilfe auf.
4. Ich beobachte genau und präge mir Tätermerkmale ein.
6. Ich stelle mich als Zeugin oder Zeuge zur Verfügung.

2. c.		ENTWICKLUNG NEUER HANDLUNGSSTRATEGIEN; HILFE HOLEN	Zweiergruppen
3. BLOCK	CIRCA 40 MINUTEN		
3. a.		ERFAHRUNGSAUSTAUSCH, OFFENE FRAGEN KLÄREN	Moderationskarten Flipchart Stuhlkreis
4. BLOCK	CIRCA 30 MINUTEN		
4. a.		COOL DOWN; TRAININGSAUSKLANG	Stuhlkreis
4. b.		ABSCHLUSSREFLEXION DES GESAMTTRAININGS	Stuhlkreis

Auch Hilfe holen muss gekonnt sein! Es gibt immer Situationen, in denen Menschen nicht helfen. Die Teilnehmenden durchleuchten die Hintergründe dafür und üben das „Hilfe holen“ aktiv.

AUSTAUSCH ÜBER DIE SECHS PUNKTE.

ÜBUNG „HILFE HOLEN“:

- Jemanden konkret ansprechen
- Situation erklären
- Handlungsanweisungen geben
- Hartnäckig bleiben
- Prinzip „Platte auflegen“: Die oder der Teilnehmende wiederholt mehrmals sein Anliegen penetrant mit gleichem Wortlaut.

- Sammeln von offenen Fragen der Teilnehmenden
- Fragen einzeln durchgehen und bei Nichtbeantwortung spätere Klärung ermöglichen
- Erfahrungsaustausch der Teilnehmenden

ABSCHLUSSSPIEL NACH WAHL

ABSCHLUSSREFLEXION:

- Was habe ich für mich mitgenommen?
- Was habe ich neues gelernt?
- Was brauche ich für die Zukunft?
- Was fehlt mir noch?
- ...

*** PAUSEN NACH BEDARF SETZEN, MINDESTENS ABER 20 MINUTEN.**

5 MATERIALEMPFEHLUNG ZUR BEARBEITUNG SICHERHEITSRELEVANTER THEMEN MIT SENIORINNEN UND SENIOREN

Folgende, zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Buches aktuelle Broschüren können bei Maßnahmen zum Thema Sicherheit als niederschwellige Informationsgrundlage genutzt werden:

INFORMATIONEN FÜR MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER VON BANKEN UND GELDINSTITUTEN ZUM ENKELTRICK	
HERAUSGEBER	Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (2015)
INHALT	Viele Seniorinnen und Senioren werden Opfer von Betrug wie dem so genannten Enkeltrick. Betrügerinnen oder Betrüger gaukeln den älteren Menschen am Telefon vor, eine verwandte Person beispielsweise der Enkel oder die Enkelin zu sein und fordern nicht selten hohe Geldbeträge. In dem Glauben, einem Angehörigen zu helfen, machen sich die Seniorinnen und Senioren auf den Weg zur Bank oder Sparkasse, um das geforderte Geld abzuheben. Das Infoblatt enthält vielfältige Ansätze, wie Beschäftigte von Banken und Kreditinstituten einen Enkeltrick erkennen können. Darüber hinaus gibt es Verhaltensempfehlungen für den Verdachtsfall.
VERFÜGBAR UNTER	http://www.polizei-beratung.de/fileadmin/upload/Polizei-Beratung/Germany/Medienportal/Medien/Infoblaetter/IB_Enkeltrick_2015_06.pdf

„RATE MAL, WER DRAN IST?“ SO SCHÜTZEN SIE SICH VOR BETRÜGERN UND TRICKDIEBEN	
HERAUSGEBER	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2014)
INHALT	Die Broschüre richtet sich an Seniorinnen und Senioren, informiert über typische Trickbetrugsmaschen und gibt Hinweise zum Schutz sowie zum akuten Handeln, wenn eine Person Opfer geworden ist.
VERFÜGBAR UNTER	http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/publikationen,did=126226.html (Download und kostenlose Bestellung der Printversion)

RATGEBER FÜR ÄLTERE UND JUNGGEBLIEBENE „SICHER LEBEN“	
HERAUSGEBER	Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (2015)
INHALT	Die Broschüre informiert über Kriminalitätsformen, denen ältere Menschen in besonderer Weise ausgesetzt sind, und gibt Tipps zum wirksamen Schutz vor solchen Straftaten. Sie erläutert Gefahren im Privatraum wie Diebstahldelikte an der Haustür, Gefahren am Telefon, wie den so genannten Enkeltrick oder falsche Gewinnversprechen. Auch über Internetsicherheit, Gefahren im Internet und sozialen Netzwerke wird informiert. Weiterhin wird über Gefahren im öffentlichen Raum wie zum Handtaschenraub, Taschendiebstahl oder dubiosen Kaffeefahrten aufgeklärt. Wichtige Hinweise finden Leserinnen und Leser auch zu Gewalt in der Pflege oder zu den Vorteilen von positiven nachbarschaftlichen Kontakten. Zudem bietet die Broschüre weiterführende Leseempfehlungen sowie Adressen von Polizeilichen Beratungsstellen und der Opferhilfeeinrichtung Weißer Ring e.V.

VERFÜGBAR UNTER	http://www.polizei-beratung.de/fileadmin/upload/Polizei-Beratung/Germany/Medienportal/Medien/Broschueren/BR_Sicher-leben_2015-11.pdf

RATGEBER FÜR SENIORINNEN UND SENIOREN „SICHER ZU HAUSE“	
HERAUSGEBER	Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (2015)
INHALT	Die Broschüre informiert über Kriminalitätsformen, denen Menschen im fortgeschrittenen Alter und bei eingeschränkter Mobilität besonders ausgesetzt sind. Im Vordergrund stehen Tipps zum Schutz vor Delikten wie Haustürgeschäfte oder Telefon-Maschen (beispielsweise Enkeltrick oder Betrug durch falsche Gewinnversprechen). Weiterhin enthalten sind Informationen zur Opferhilfeeinrichtung Weißer Ring e.V. sowie Adressen von (Kriminal-)Polizeilichen Beratungsstellen.
VERFÜGBAR UNTER	http://www.polizei-beratung.de/fileadmin/upload/Polizei-Beratung/Germany/Medienportal/Medien/Broschueren/BR_Sicher-zuhause_2015-11.pdf

STÄDTEBAU UND KRIMINALPRÄVENTION. EINE BROSCHÜRE FÜR DIE PLANERISCHE PRAXIS.	
HERAUSGEBER	Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes. (o. J.)
INHALT	Die Handreichung soll Kommunalverantwortliche, die Wohnungswirtschaft sowie Stadtplanung, Bauträgerinnen, Bauträger, Architektinnen und Architekten für Sicherheitsbelange im Städtebau sensibilisieren und die konkreten Möglichkeiten der praktischen Umsetzung aufzeigen. Nach einer allgemeinen Einfüh-

	rung in das Thema, bei der auch die kriminologische Bedeutung städtebaulicher beziehungsweise sozialräumlicher Gestaltung dargestellt ist, schließen sich zahlreiche Vorschläge für positive Gestaltungsmöglichkeiten von Wohnquartieren, Wohnumfeld und wohnbegleitender Infrastruktur an. Im Einzelnen finden sich kriminalpräventiv bedeutsame Gestaltungsvorschläge zu Freiräumen und Grünflächen, Pkw-Stellflächen, Abstellmöglichkeiten für Fahrräder, Fuß- und Radwege, Tiefgaragen und Parkhäuser, Bahnhöfe und Haltestellen sowie Unterführungen und Tunnel. Ein weiteres Kapitel widmet sich der Gebäudeausstattung von Mehrfamilienhäusern.
VERFÜGBAR UNTER	http://www.polizei-beratung.de/fileadmin/upload/Polizei-Beratung/Germany/Medienportal/Medien/Handreichungen/HR_Staedtebau-und-Kriminalpraevention_2003-12.pdf

6 FINANZANREIZE ZUR FÖRDERUNG VON MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ VOR WOHNUNGSEINBRUCH

Nach jahrelangem Rückgang sind die Anzahl der Wohnungseinbrüche sowie die Schadenshöhe in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) seit 2009 angestiegen. Jährlich werden rund 167 000 Fälle erfasst, die zu einem Schaden von über 440 Millionen Euro führen, Tendenz steigend. Die Folgen für die Betroffenen sind beträchtlich: Jede vierte Person zieht nach einem Wohnungseinbruch aus der Wohnung aus. Häufig beeinträchtigen psychische Belastungen bis hin zu Traumatisierung das Sicherheitsgefühl und Wohlbefinden der Betroffenen nachhaltig. Umso wichtiger ist das Engagement für Einbruchschutz.

Die Polizei kann dieses Problem nicht alleine lösen. Es gilt daher, das Augenmerk auch auf die Eigenvorsorge zu richten durch:

- **Einbau von Sicherheitstechnik,**
- **sicherheitsbewusstes Verhalten und**
- **Aufmerksamkeit im Wohnumfeld.**

Die PKS macht deutlich, dass sich Investitionen in den Wohnungseinbruchschutz lohnen: An vorhandener Sicherheitstechnik und einer aufmerksamen Nachbarschaft scheitern über 42 Prozent der Einbrüche (Wollinger et al. 2014). Dies zeigt: Präventionsmaßnahmen zahlen sich aus! Investitionen in Sicherheitstechnik werden über die KfW-Bankengruppe (KfW) im Auftrag der Bundesregierung gefördert. Die neuen Förderprogramme der KfW sind Bestandteil des Konzepts zum Einbruchschutz, das die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) in Kooperation mit der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) erarbeitet hat und kontinuierlich weiter entwickeln wird. Zu beachten ist, dass insbesondere die Zuschussförderung unter Haushaltsvorbehalt steht.

6.1 FÖRDERPROGRAMM EINBRUCHSCHUTZ ALS EINZELMASSNAHME DURCH ZUSCHUSS ODER KREDIT

Seit November 2015 wird über das KfW-Programm „Altersgerecht Umbauen“ gezielt die Investition in Maßnahmen des Einbruchschutzes in der Zuschuss-

variante (KfW-Programm 455), seit April 2016 in der Kreditvariante (KfW-Programm 159) gefördert.

WICHTIG: DIE ANTRAGSTELLUNG MUSS VOR BEGINN DES VORHABENS ERFOLGEN!

WER KANN FÖRDERANTRÄGE STELLEN?

Natürliche Personen als

- **Eigentümerinnen und Eigentümer von selbst genutzten oder vermieteten Ein- und Zweifamilienhäusern mit maximal zwei Wohneinheiten**
- **Ersterwerberinnen und Ersterwerber von neu sanierten Ein- und Zweifamilienhäusern mit maximal 2 Wohneinheiten sowie Eigentumswohnungen**
- **Eigentümerinnen und Eigentümer von selbst genutzten oder vermieteten Eigentumswohnungen in Wohnungseigentümergemeinschaften**
- **Mieterinnen und Mieter. Eine Modernisierungsvereinbarung zwischen Vermieterin beziehungsweise Vermieter und Mieterin beziehungsweise Mieter wird empfohlen.**
- **Zusätzlich in der Kreditvariante (KfW-Programm 159) juristische Personen, zum Beispiel:**
  - > **Wohnungsunternehmen/-genossenschaften**
  - > **Bauträger**
  - > **Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts**

WIE WIRD GEFÖRDERT?

- **Zinsgünstige Kredite für alle Antragsberechtigten**
- **Investitionszuschuss für Privatpersonen**

WAS WIRD GEFÖRDERT?

- **Einbau von einbruchhemmenden Haus- und Wohnungseingangstüren bzw. Einbau von Nachrüstsystemen für Haus- und Wohnungseingangstüren**
- **Einbau von Nachrüstsystemen für Fenster**

- **Einbau einbruchhemmender Gitter und Rollläden**
- **Einbau von Einbruch- und Überfallmeldeanlagen**
- **Weitere Maßnahmen wie Türspione, Bild-(Gegensprechanlagen), zum Beispiel mit Videotechnik.**

Der Einbau/Austausch einbruchhemmender Fenster, Balkon- und Terrassentüren wird im Programm „Energieeffizient Sanieren – Kredit/Zuschuss (Nr. 151/152/430)“ gefördert.

Die Maßnahmen sind durch spezialisierte Fachunternehmen auszuführen. Fragen zum fachgerechten Einbau DIN-geprüfter und zertifizierter Sicherheitstechnik beantworten auch die Polizeilichen Beratungsstellen, die unter www.polizei-beratung.de/opferinformationen/beratungsstellen-suche.html zu finden sind.

Sollen Maßnahmen zum Einbruchschutz in Verbindung mit barriereredu-zierenden Maßnahmen umgesetzt werden, kann ein „Kombi-Antrag“ gestellt werden. Weitere Informationen dazu erhalten Sie nachfolgend sowie im Internet unter: www.kfw.de/einbruchschutz

6.2 FÖRDERPROGRAMM EINBRUCHSSCHUTZ IM RAHMEN EINER ENERGETISCHEN SANIERUNG ODER IN KOMBINATION MIT BARRIEREREDUZIERENDEN MASSNAHMEN DURCH ZUSCHUSS ODER KREDIT

Über das Förderprogramm „Energieeffizient Sanieren (Nr. 151, 152, 430)“ der KfW-Bankengruppe im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie kann in Maßnahmen zum Schutz gegen Wohnungseinbruch investiert werden, wenn diese bei einer energetischen Sanierung zusätzlich vorgenommen werden.

Das KfW-Förderprogramm „Altersgerecht Umbauen (Nr. 159, 455)“ fördert Maßnahmen zum Einbruchschutz nicht nur als Einzelmaßnahme, sondern auch in Kombination mit barriereredu-zierenden Maßnahmen.

Weitere Informationen unter www.kfw.de/einbruchschutz „Mehr Sicherheit für Ihre vier Wände.“

WICHTIG: DIE ANTRAGSTELLUNG MUSS VOR BEGINN DES VORHABENS ERFOLGEN!

WER KANN FÖRDERANTRÄGE STELLEN?

Alle Träger von Investitionsmaßnahmen an selbst genutzten oder vermieteten Wohngebäuden sowie Eigentumswohnungen, zum Beispiel:

- **Privatpersonen (auch Mieterinnen und Mieter) unabhängig vom Alter der Antragstellerin beziehungsweise des Antragsstellers**
- **Wohnungseigentümergemeinschaften**
- **Wohnungsunternehmen/-genossenschaften,**
- **Bauträger, Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts**
- **Ersterwerberinnen beziehungsweise Ersterwerber von barrierefrei oder barrierearm umgebautem und/oder energieeffizient saniertem Wohnraum.**

WIE WIRD GEFÖRDERT?

- **Zinsgünstige Kredite für alle Antragsberechtigten**
- **Investitionszuschuss für Privatpersonen**

WAS WIRD GEFÖRDERT?

- **Barrierefreier oder barrierearmer Umbau und/oder energieeffiziente Sanierung einer Wohnimmobilie**
- **Zusätzliche Maßnahmen zum Schutz gegen Wohnungseinbruch, wenn diese in unmittelbarem Zusammenhang mit einer energetischen Sanierung stehen oder in Kombination mit barrierereduzierenden Maßnahmen über das Programm „Altersgerecht Umbauen – Kredit/Zuschuss (159/455)“ vorgenommen werden, zum Beispiel:**
  - **Einbau/Austausch von Haus- und Wohnungstüren**
  - **Einbau/ Austausch von Fenstern und Fenstertüren im Rahmen einer energieeffizienten Sanierung**
  - **Installation von Alarm- und Einbruchmeldeanlagen**
  - **Einbau von Rollläden, Fenstergittern, Gegensprechanlagen**
  - **Elektronische Antriebssysteme für Rollläden und selbstverriegelnde Türen**
  - **Nachrüstung einbruchhemmender Produkte (selbstverriegelnde Mehrfachverriegelungen, Zusatzschlösser et cetera)**

6.3 FINANZANREIZE AUSSERHALB DER FÖRDERPROGRAMME

Der Anteil der Arbeitskosten handwerklicher Leistungen bei Investitionen in Sicherheitstechnik kann unter bestimmten Voraussetzungen zum Beispiel nach § 35a EStG steuermindernd berücksichtigt werden.

Darüber hinaus können Sie sich bei Versicherungsunternehmen über einen Nachlass auf die Zahlung zur Hausratsversicherung beim Einbau entsprechender Sicherheitstechnik erkundigen.

6.4 WO KANN ICH MICH INFORMIEREN?

FINANZANREIZE IM ÜBERBLICK	www.kriminalpraevention.de/finanzanreize.html
SICHERHEITSSTANDARDS, VORBEUGUNGSTIPPS	www.k-einbruch.de
POLIZEILICHE BERATUNGSSTELLE IN WOHNORTNÄHE SUCHEN	www.polizei-beratung.de/opferinformationen/beratungsstellen-suche.html
KOSTENLOSE BESTELLUNG DES FALTBLATTES „EINBRUCHSCHUTZ ZAHLT SICH AUS“	**Publikationsversand der Bundesregierung** Postfach 48 10 09, 18132 Rostock Tel.: 030 182722721 Fax: 030 18102722721 Gebärdentelefon: gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

7 WICHTIGE ADRESSEN UND ANLAUFSTELLEN

CATRIN WAGNER, GESCHÄFTSFÜHRUNG MILLIMETERTRAINING

Catrin Wagner ist Dipl.-Sportlehrerin, Sportmanagerin IST, Trainerin für geschlechtsspezifische Gewaltprävention und Coolness-Training, Taekwon-Do - Instructor, 4. Dan und hat eine Weiterbildung in Provokativer Therapie absolviert. Sie entwickelte das in diesem Buch vorgestellte Selbstbehauptungstraining für Seniorinnen und Senioren und erprobte das Training in den vier Kölner Modellstadtteilen.

Weitere Informationen unter http://www.millimetertraining.de.
Emailadresse: info@millimetertraining.de

DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG

Der Deutsche Präventionstag (DPT) ist der weltweit größte Kongress speziell für das Arbeitsgebiet der Kriminalprävention sowie angrenzender Präventionsbereiche. Ziel des jährlich stattfindenden Kongresses ist, das Thema Kriminalprävention interdisziplinär und in einem breiten gesellschaftlichen Rahmen darzustellen und zu stärken. Neben der Vermittlung und dem Austausch zu aktuellen und grundsätzlichen Präventionsthemen will der DPT Praxispartnerinnen, -partner, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zusammenführen, um den Erfahrungsaustausch untereinander zu stärken. Der Kongress wendet sich insbesondere an alle Verantwortungsträgerinnen und -träger der Prävention aus Behörden, Gemeinden, Städten und Kreisen, Gesundheitswesen, Kinder- und Jugendhilfe, Justiz, Kirchen, Medien, Politik, Polizei, Präventionsgremien, Projekten, Schulen, Sport, Vereinigungen und Verbänden, Wissenschaft und alle anderen Interessierten. Der DPT kann den KONTAKT ZU LANDESPRÄVENTIONSRÄTEN herstellen. Des Weiteren werden auf dem DPT gemeinsam Empfehlungen an Praxis, Verwaltung, Politik und Wissenschaft erarbeitet und ausgesprochen.

Weitere Informationen unter http://www.praeventionstag.de/
Kontaktformular: http://www.praeventionstag.de/nano.cms/kontakt#online formular

DER PARITÄTISCHE KÖLN

Der **Paritätische Wohlfahrtsverband** in Köln bildet das Dach für annähernd 300 gemeinnützige Organisationen, die mit etwa 500 Einrichtungen und Diensten in allen Feldern Sozialer Arbeit tätig sind. Als Praxispartnerin des Modellprojekts „Sicherheit älterer Menschen im Wohnquartier“ kann die Kreisgruppe Köln kompetente Ansprechpersonen vermitteln, die zahlreiche in diesem Buch beschriebene Sicherheitsmaßnahmen durchführten und somit über einen enormen Schatz an Erfahrungen in der Kriminalprävention mit älteren Menschen verfügen.

Weitere Informationen unter http://koeln.paritaet-nrw.org/content/
Emailadresse: koeln@paritaet-nrw.org

KRIMINOLOGISCHE GESELLSCHAFT (KRIMG)

Die **KrimG** ist eine wissenschaftliche Vereinigung deutscher, österreichischer und schweizerischer Kriminologinnen und Kriminologen. Auf der Homepage findet man zahlreiche Informationen über aktuelle Publikationen, weitere kriminologische Gesellschaften aus dem In- und Ausland sowie über aktuelle Entwicklungen im Bereich Kriminologie.

Weitere Informationen unter: http://www.krimg.de/drupal//node/86
Emailadresse: ifk@uni-tuebingen.de

KRIMINOLOGISCHE ZENTRALSTELLE E.V. (KRIMZ)

Die **Kriminologische Zentralstelle e.V. (KrimZ)** ist die Forschungs- und Dokumentationseinrichtung des Bundes und der Länder. In Kooperation mit der juris GmbH hat die KrimZ seit 1986 eine kriminologische Aufsatzdokumentation aus deutschsprachigen Fachzeitschriften aufgebaut, die inzwischen frei zugänglich ist. Zusammen mit dem Bestand der KrimZ-Bibliothek bildet diese Fachdokumentation die kriminologische Literaturdatenbank KrimLit. Nachgewiesen sind Aufsätze und Bücher zu übergreifenden Aspekten der Strafrechtspflege, Kriminalpolitik, Kriminalprävention, zu Erscheinungsformen der Kriminalität, Täter und Opfer, Strafvollzug, Soziale Dienste und mehr.

Zugang zu KrimLit mit weiteren Hinweisen und einer Liste der ausgewerteten Zeitschriften unter http://www.krimz.de/dokumentation/krimlit/

LANDESPRÄVENTIONSRÄTE

Landespräventionsräte oder vergleichbare Gremien gibt es in fast allen Bundesländern. Sie dienen als Beratungsorgane der jeweiligen Landesregierungen mit den Zielsetzungen der Reduzierung des Kriminalitätsaufkommens und der Verbesserung des Sicherheitsgefühls. In der Regel sind sie gut vernetzt und unterstützen die kommunale Ebene durch Sachverstand und Expertise. Über die Landespräventionsräte kann Kontakt zu Expertinnen und Experten der Kriminalprävention hergestellt werden; die Landespräventionsräte können in der Regel auch den Kontakt zu kommunalen Präventionsgremien herstellen. Manche bieten auch Qualifizierungen und Weiterbildungen an.

Weitere Informationen gibt es auf der Webseite des jeweiligen Präventionsrates sowie über den **DEUTSCHEN PRÄVENTIONSTAG.**

MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR AUSLÄNDISCHES UND INTERNATIONALES STRAFRECHT (MPI)

Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht

Das **Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht (MPI)** in Freiburg im Breisgau begleitete das Modellprojekt „Sicherheit älterer Menschen im Wohnquartier“ als Verbundpartner. Das MPI vereint Strafrecht und Kriminologie in einem interdisziplinären Ansatz. Dabei geht es um Fortschritte in der Theorie des Strafrechts und der strafrechtlichen Sozialkontrolle. So forscht die strafrechtliche Abteilung zur Strafrechtstheorie und analysiert Themen vor allem auf der Grundlage von normativen Untersuchungsansätzen der Strafrechtsvergleichung. Die kriminologische Abteilung arbeitet zu empirischen und theoretischen Ansätzen, die die Ursachen und Formen von Kriminalität erklären und die Möglichkeiten sozialer Kontrolle aufzeigen. Gemeinsame Fragestellungen sind vor allem Risiko, Gefährlichkeit und Prävention, Globalisierung, Internationalisierung und Vernetzung sowie Informationsgesellschaft und Informationstechnologie. Die Homepage bietet einen Überblick über aktuelle Publikationen und Tagungen.

Weitere Informationen unter: https://www.mpg.de/151885/strafrecht
sowie https://www.mpicc.de/de/home.cfm
Emailadresse: info@mpicc.de

PROGRAMM POLIZEILICHE KRIMINALPRÄVENTION DER LÄNDER UND DES BUNDES

Auf der sehr informativen Homepage finden sich sowohl Artikel und Tipps zu kriminalpräventiven Themen, Informationen für Opfer von Straftaten sowie Hinweise zu Anlaufstellen und Materialempfehlungen für verschiedenste Bereiche der Kriminalprävention.

Weitere Informationen unter: www.polizei-beratung.de
Emailadresse: info@polizei-beratung.de

POLIZEILICHE BERATUNGSSTELLEN

Wo sich die nächstgelegene **Beratungsstelle der Polizei** befindet, kann man auf jeder Polizeidienststelle erfragen sowie über die Beratungsstellen-Suche mittels Postleitzahl oder Standort auf der Homepage http://www.polizei-beratung.de/opferinformationen/beratungsstellen-suche.html in Erfahrung bringen.

STIFTUNG DEUTSCHES FORUM FÜR KRIMINALPRÄVENTION (DFK)

Die **Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)** fördert als unabhängige Einrichtung die gesamtgesellschaftliche Kriminalprävention in Deutschland. Dazu wurde das DFK im Jahre 2001 gemeinsam von Bund und Ländern als gemeinnützige Stiftung gegründet, deren breitgefächertes Kuratorium alle relevanten gesellschaftlichen Kräfte zu gemeinsamer Verantwortung zusammenführt. Das DFK bildet gemeinsam unter anderem mit der Polizei, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund e. V., dem Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. ein Partnernetzwerk, um die Bevölkerung durch gemeinsame Aktionen sowie Beratungs- und Informationsgespräche über Möglichkeiten zum Schutz gegen Wohnungseinbruch zu informieren. Viermal jährlich erscheint die Zeitschrift forum kriminalprävention, die kostenlos im Online-Portal der Stiftung verfügbar ist. Weitere grundlegende Informationen zur Kriminalprävention erhält man bei der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention unter: http://www.kriminalpraevention.de/.

Emailadresse: dfk@bmi.bund.de

Organisatorisch und rechtlich ist dem DFK zudem die neue Arbeitsstelle **Nationales Zentrum für Kriminalprävention (NZK)** angebunden. Kernaufgabe des NZK ist, Erkenntnisse und Befunde über die Wirksamkeit von kriminalpräventiven Maßnahmen für Praxis und Politik verwertbar zu machen.

Weitere Informationen unter: http://www.nzkrim.de/#top
Emailadresse: nzk@bmi.bund.de

TECHNISCHE HOCHSCHULE KÖLN

An der **Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften** wurde das Projekt „Sicherheit älterer Menschen im Wohnquartier“ am Institut für Angewandtes Management und Organisation in der Sozialen Arbeit (IMOS) bearbeitet. Der Forschungsschwerpunkt Sozial · Raum · Management beschäftigt sich mit Lebenswelten, Aktions- und Handlungsräumen von Stadtteilen und Wohnquartieren. Dabei ist die zentrale Frage, wie durch Gestaltungs- und Steuerungsmaßnahmen (Management) in den Sozialräumen der Stadtteile und Wohnquartiere der soziale Zusammenhalt erhöht, die Potenziale in der Bevölkerung geweckt und das Netz der sozialen Dienstleistungen verbessert werden können.

Technology Arts Sciences TH Köln

Weitere Informationen unter: https://www.th-koeln.de/angewandte-sozialwissenschaften/forschungsschwerpunkt-sozial-raum-management_15127.php
Emailadresse: srm@th-koeln.de

WEISSER RING E.V.

Der Verein bietet umfassende Hilfe für Menschen, die von Straftaten betroffen sind. Er hat auf seiner Homepage eine Suchfunktion nach Postleitzahl eingerichtet, mit der die bundesweit 420 Außenstellen in 18 Landesverbänden gefunden werden können. Daneben bietet er auch anonyme Telefonberatung unter der Nummer 116 006 (täglich von 7-22 Uhr) sowie Onlineberatung an.

Weitere Informationen unter: http://weisser-ring.de
Emailadresse: info@weisser-ring.de

GLOSSAR

AKTIVIERENDE BEFRAGUNG

Die Aktivierende Befragung ist eine zentrale Methode der Gemeinwesenarbeit, um Bewohnerinnen und Bewohner eines Sozialraums zu motivieren und zu befähigen, sich für die Durchsetzung der eigenen Interessen zu engagieren. Das Ziel ist es einerseits, Ängste und Wünsche der Bewohnerschaft herauszufinden sowie andererseits eigene Lösungsvorschläge sowie das Interesse an einer Mitwirkung bei der Umsetzung der Ideen zu erfragen. Im Fokus steht somit primär die positive Entwicklung des Gemeinwesens; die Generierung von Daten stellt dabei einen Schritt des Prozesses der Beteiligung und der Verantwortungsübernahme der Bewohnerschaft dar. Bei der Aktivierenden Befragung werden die Bewohnerinnen und Bewohner nicht als „beforschte Objekte“ betrachtet, sondern als Beteiligte, denn es wird davon ausgegangen, dass schon die Erhebung Veränderungen auslöst (vgl. Stoik 2009). Lüttringhaus & Richers (2007) geben in ihrem Handbuch Aktivierende Befragung wertvolle Tipps zur Umsetzung der Methode.

COLLECTIVE EFFICACY

Zu Deutsch „kollektive Wirksamkeit“. Angelehnt an das Konzept der individuellen Selbstwirksamkeit beschreibt Collective Efficacy eine positive Eigenschaft von Wohngebieten. Der US-amerikanische Soziologe Robert Sampson definierte Collective Efficacy als gegenseitiges Vertrauen und geteilte Normen innerhalb der Nachbarschaft sowie der daraus erwachsenen Fähigkeit, abweichendes Verhalten und Gewalt durch informelle soziale Kontrolle abzuwehren (Sampson 2004, 2006; vgl. Friedrichs & Oberwittler 2007). Die Bewohnerinnen und Bewohner engagieren sich im Sinne einer gemeinsamen Interessenwahrnehmung für die Nachbarschaft und reduzieren Unordnungserscheinungen und Kriminalitätsaufkommen. Eine stark ausgeprägte kollektive Wirksamkeit führt damit zu geringer Kriminalitätsfurcht (vgl. Schubert et al. 2015: 3). Im Rahmen kriminalpräventiver Maßnahmen soll die kollektive Wirksamkeit eines Gemeinwesens gestärkt werden, indem sich Bewohnerinnen und Bewohner eines Quartiers selbstwirksam für die Normen und Werte des Kollektivs einsetzen und Verantwortung für das Quartier übernehmen.

DISORDER-ANSATZ

Gemäß diesem der Meso-Ebene zuzuordnenden Ansatz erhöhen Verletzungen gemeinschaftlich geteilter Verhaltensstandards (Unordnungserscheinungen) die Kriminalitätsfurcht der Bewohnerinnen und Bewohner einer Nachbarschaft. Unordnungserscheinungen wie Verunreinigungen durch Müll oder unerwünschte soziale Verhaltensweisen im öffentlichen Raum werden demnach als Vorstufe von Kriminalität wahrgenommen und damit als ein frühes Signal für potenziell gefährliche Situationen verstanden. Dieser Ansatz ist besonders durch die Broken-Windows-Theorie bekannt geworden (vgl. Lüdemann 2006: 287f.). Die Broken-Windows-Theorie (1982) ist eine von James Q. Wilson und George L. Kelling entwickelte Analyse von Prozessen, die zum sukzessiven Niedergang von Wohnquartieren führen. Verschlechterungen des äußeren Erscheinungsbildes des Wohnumfeldes und unerwünschtes Verhalten im öffentlichen Raum wird von der Bewohnerschaft als Signale eines Verfalls gemeinsamer Werte und Normen und einer höheren Gefährdung durch Kriminalität wahrgenommen. Die Bewohnerinnen und Bewohner reagieren darauf mit Rückzugsverhalten, was zu einer weiteren Abnahme informeller soziale Kontrolle und dadurch zur Verschärfung von Problemlagen und zur Steigerung von Kriminalitätsfurcht und objektiven Kriminalität führt (vgl. Wehrheim 2011: 107). Diese kausalen Wirkungen sind in der Forschung jedoch umstritten, da der empirische Nachweis der Wirkungskette schwer zu erbringen ist (Sampson & Raudenbush 1999; Welsh et al. 2015) [Kapitel 3.2.3 Stadtteilbezogene Handlungsebene].

GEOCACHING

Geocaching ist eine Art Schatzsuche, bei der mittels GPS-Geräten sogenannte Caches gesucht werden. Ein Cache (englisch für geheimes Lager) beinhaltet meist ein Logbuch, in das die Finderin beziehungsweise der Finder sich eintragen kann, sowie manchmal Tauschgegenstände, verpackt in einer wetterfesten Dose. Die Caches werden weltweit, häufig in der Natur oder im öffentlichen Raum in Städten, versteckt. Es gibt zahlreiche Plattformen für Geocaching-Communities, über die ein Kontakt zu lokalen Ansprechpersonen hergestellt werden kann, um sozialraumorientierte Maßnahmen zu unterstützen, unter anderem: https://www.geocaching.com/play, http://www.

geocaching.de/ oder http://www.opencaching.de/index.php. Weitere Erläuterungen zur Maßnahme in Kapitel 4.2.6 Geocaching.

GERONTOLOGIE

Abgeleitet vom griechischen Wort geron = alter Mensch, ist Gerontologie die Wissenschaft vom Alter und vom Altern. Der Bogen spannt sich von der biologischen Grundlagenforschung und ihrer Anwendung hin zur Analyse der Potenziale, Lebenslagen und Lebensstile. Primär sprechen Gerontologinnen und Gerontologen vom Altern als Prozess, von individueller und kollektiver Entwicklung und Veränderung im Rahmen des Strukturwandels der Gesellschaft (vgl. Karl 2013: 374, Schmidt 2011: 347f.). Weitere Erläuterung in Kapitel 2.1.1 Altersbilder.

INCIVILITIES, social und physical

Wörtlich übersetzt bedeutet incivility etwa unzivilisiertes Verhalten wie beispielsweise Unhöflichkeit, Rüpelhaftigkeit und Missachtung von gesellschaftlichen Regeln und Normen. Im Kontext der Kriminalprävention handelt es sich um alle Formen der Unordnung beziehungsweise um Verfallserscheinungen der sozialen Ordnung oder der materiellen Umwelt in einem Quartier (Unordnungserscheinungen, soziale und physische).

KRIMINALITÄTSFURCHT

Häufig auch synonym zu Unsicherheitswahrnehmungen genutzt. Bei der Kriminalitätsfurcht handelt es sich um ein mehrdimensionales Konzept. Es wird zunächst zwischen einer gesellschaftlichen und einer persönlichen Furcht unterschieden. Die gesellschaftliche Komponente meint die Einschätzung der allgemeinen Kriminalitätslage und -entwicklung als gesellschaftliches Problem.

Die persönliche Kriminalitätsfurcht setzt sich aus drei Dimensionen zusammen: (1) die kognitive (verstandsbezogene) Dimension, bei der es sich um eine persönliche Risikoeinschätzung handelt, Opfer einer Straftat zu werden, (2) die affektive Dimension , bei der es um die gefühlsmäßige Beunruhigung geht, Opfer von Kriminalität zu werden, und (3) die konative (verhaltensbezogene) Dimension, unter der das Schutz- und Vermeideverhalten

verstanden wird, das einer Opferwerdung vorbeugen soll. Hiermit können unter anderem Sicherungsmaßnahmen der Wohnung, aber auch das Meiden gefährlicher Orte gemeint sein (vgl. dazu u.a. Boers 1991). Diese drei Ebenen stehen in Zusammenhang miteinander, auch wenn Ursächlichkeiten und die wechselseitigen Beziehung weiterhin umstritten sind.

Es gibt eine Vielzahl von Ansätzen zur Erklärung von Kriminalitätsfurcht beziehungsweise Unsicherheitswahrnehmungen, die auf verschiedenen Erklärungsebenen ansetzen. Auf der Mikroebene wird das Individuum analysiert und steht im Mittelpunkt. Auf der Mesoebene beschäftigt sich die Forschung mit dem unmittelbaren Umfeld der Individuen, zum Beispiel der Nachbarschaft oder dem Stadtteil. Auf der Makroebene wird die Kriminalitätsfurcht gesellschaftlich analysiert. Für ein Projekt der lokalen Kriminalprävention ergeben sich Ansätze auf der Mikroebene des Individuums und der Mesoebene des Wohnquartiers:

- **DISORDER-ANSATZ UND SCP**
- **SOZIALKAPITAL**
  - **COLLECTIVE EFFICACY**
  - **SOZIALE KOHÄSION**
- **VIKTIMISIERUNGSTHESE**
- **VULNERABILITÄTSANSATZ**

KRIMINALPRÄVENTION

Die Kriminalprävention beschäftigt sich mit der Vorbeugung von kriminellen und die Ordnung beeinträchtigenden Ereignissen. Der Begriff umfasst alle Bemühungen, die darauf ausgerichtet sind, das Ausmaß und die Schwere von Kriminalität zu mindern. Sie richtet sich an unterschiedliche Zielgruppen: allgemein an die Bevölkerung, spezifisch an (potenzielle oder reale) Opfer oder (potenzielle) Täterinnen und Täter. Mithilfe kriminalpräventiver Maßnahmen sollen tatbegünstigende Umstände, Situationen und Gelegenheiten vermieden werden. Die Kriminalprävention wird typischerweise in drei Stufen unterteilt: (1) Die Primärprävention beschäftigt sich mit an die Allgemeinheit gerichteten Vorbeugungsstrategien zur Ursachenreduzierung. (2) Bei der Sekundärpräven-

tion geht es hauptsächlich um die Beeinflussung von potenziellen Täterinnen und Tätern sowie Opfern, kriminalitätsfördernden Situationen und schutzbedürftigen Opfern mit dem Ziel, dass sich das konkrete Risiko nicht zu einer Straftat realisiert. (3) Das Ziel der Tertiärprävention ist die Rückfalleindämmung durch Einflussnahme auf die Täterinnen und Täter sowie die Unterstützung der Opfer (vgl. Mollik 2011: 548f.). Weitere Erläuterungen in Kapitel 2.5 Ansatzpunkte der Kriminalprävention.

LEBENSQUALITÄT

Unter Lebensqualität wird ein multidimensionales Konzept verstanden. In Bezug auf das Alter ist Lebensqualität „die Wahrnehmung der eigenen Rolle im Kontext des die alternde Person umgebenden Kultur- und Wertesystems unter Berücksichtigung ihrer Ziele, Erwartungen, Werte und Sorgen“ (WHO 2002: 13). Lebensqualität steht damit in Zusammenhang mit physischen, psychischen und sozialen Ressourcen wie auch dem persönliche Wertesystem, dem Maß an Unabhängigkeit, und der Beziehung zu wichtigen Aspekten des Umfelds (vgl. ebd.).

PARTIZIPATION

Unter Partizipation versteht man die Teilhabe und Mitwirkung von Personen an der Gestaltung sozialer Zusammenhänge und gemeinschaftlicher Aufgaben sowie die aktive Einbindung in soziale Institutionen oder soziale Bewegungen. Die Beteiligung an politischen Strukturen und demokratischen Willensbildungsprozessen ist zentraler Bestandteil von Partizipation (vgl. Wurtzbacher 2011: 634). Partizipation kann verschieden stark ausgeprägt sein. Die „Leiter der Partizipation“ reicht dabei von der Voraussetzung weiterer Partizipationsformen, dem informiert werden, über die Anhörung von Betroffeneninteressen sowie der Mitbestimmung durch zugesprochene Entscheidungs- und Handlungsmacht bis hin zur Selbstverwaltung (vgl. Aner 2016). Partizipative Methoden haben damit das Potenzial der Ressourcenaktivierung für die Veränderung eigener Lebensverhältnisse. Nicht nur für die lokale Kriminalprävention kann die Beteiligung der Betroffenen mehrere Ziele gleichzeitig erfüllen: „Echte Mitbestimmung erhöht die Akzeptanz von Entscheidungen, verbessert die Qualität von Angeboten und steigert die subjektive Zufriedenheit der

Nutzer/innen“ (ebd.: 144). [Kapitel 3.3 Partizipation älterer Menschen bei der Definition der Sicherheitsprobleme und der Maßnahmen].

RESILIENZ

Resilienz ist die psychische Widerstandsfähigkeit und das Gegenstück zur Vulnerabilität. „Als Resilienz wird die Fähigkeit einer Person bezeichnet, auch in Gegenwart von extremen Belastungsfaktoren und ungünstigen Lebenseinflüssen adaptiv und proaktiv zu handeln“ (Wittchen & Hoyer 2011: 22). Resilienz bedeutet, dass eine Krise auf der Grundlage persönlicher und sozialer Ressourcen relativ schnell bewältigt werden kann und als Anlass genutzt wird, sich weiter zu entwickeln und gegen weitere Krisen zu schützen. Persönliche Resilienz ist dabei nicht angeboren, sondern kann auch durch Förderung entwickelt werden. Begünstigende Faktoren für die Entwicklung der psychischen Widerstandsfähigkeit sind unter anderem die soziale Unterstützung innerhalb und außerhalb der Familie, Kompetenzen der Selbststeuerung wie der Regulation von Gefühlen, positive Selbstwirksamkeitserfahrungen und soziale Kompetenzen (vgl. Fröhlich-Gildhoff & Rönnau-Böse 2011: 719-720).

SCP

SCP steht für „Signal Crimes Perspective“ (Innes 2004). Dieser Blickwinkel auf die Kriminalitätsfurcht konstatiert, dass das subjektive Gefühl von Unsicherheit auf der Ebene der visuellen Kommunikation beeinflusst wird. Die Wahrnehmung bestimmter Phänomene kann entweder Unsicherheit gegenüber Personen, Orten und Ereignissen oder Sicherheit, Engagement und Verantwortung erzeugen. Verantwortlich sind dafür Risikozeichen oder Kontrollsignale. Risikosignale wie Zerstörungen oder Verunreinigungen werden als Signal der Gefahr und als Schwäche interpretiert. Kontrollsignale gelten wiederum als wichtige Faktoren, um sich sicher zu fühlen, zum Beispiel durch die Präsenz der Polizei oder durch die Kommune gepflegte und instandgehaltene öffentliche Räume im Stadtteil. Die SCP steht in enger Beziehung zum Disorder-Ansatz, wobei sich die SCP auf die verschiedenen Risiko- und Kontrollsignale fokussiert. Weitere Erläuterungen in Kapitel 2.2.2 Die Rolle der Sicherheitswahrnehmung.

SELBSTBEHAUPTUNG

Selbstbehauptung ist die „Fähigkeit, sich in grenzüberschreitenden Situationen der eigenen Grenzen bewusst zu sein und diese deutlich machen zu können“ (LKA Niedersachsen 2005: 4) [Anhang 8 Ausführliches Konzept zum Selbstbehauptungstraining].

SELBSTWIRKSAMKEIT

Selbstwirksamkeit Nach Bandura (1977a) bezeichnet Selbstwirksamkeit die Überzeugung von Personen in der Lage zu sein, bestimmte Handlungen zu organisieren und auszuführen, um angestrebte Ziele zu erreichen. Die Gewissheit, mit den Anforderungen der sozialen Umwelt erfolgreich umgehen zu können, hat große Auswirkungen auf die Motivation, das Handeln und die eigene Leistung. Selbstwirksamkeit entwickelt sich primär durch eigene Erfahrungen, aber auch durch die Beobachtung erfolgreicher Bewältigung von Problemen lässt sich die eigene Selbstwirksamkeit stärken. Das Konzept der Selbstwirksamkeit ist Teil der psychologischen Theorie des sozialen Lernens (vgl. Bandura 1977a, 1977b, 1997).

SICHERHEIT

Sicherheit ist ein Zustand frei von Bedrohungen, in dem die Unversehrtheit von Körper (psychisch und physisch) und Eigentum nicht beeinträchtigt wird. Sicherheit ist sowohl ein individuelles wie auch kollektives Grundbedürfnis (vgl. Endreß & Petersen 2012). In diesem Buch wird ein erweitertes Verständnis des Sicherheitsbegriffs zugrunde gelegt. Neben der objektiven Sicherheit, die sich auf statistisch und wissenschaftlich nachweisbare (Kriminalitäts-) Ereignisse bezieht, behandelt dieses Buch insbesondere den Aspekt des subjektiven Sicherheitsempfindens. Die subjektive Sicherheit bezieht sich auf die individuelle Wahrnehmung von Unsicherheit beziehungsweise der persönlichen Kriminalitätsfurcht. Objektive und subjektive Sicherheit entwickeln sich häufig unabhängig voneinander, weshalb kriminalpräventive Maßnahmen oft auch das subjektive Sicherheitsempfinden adressieren. Weitere Erläuterungen in Kapitel 2.2.1 Wandel des Sicherheitsverständnisses.

SICHERHEITSASSESSMENT

Einem Sicherheitsassessment liegt eine Bewertung, Beurteilung und Einschätzung diagnostizierter Problemsituationen zu Grunde. Es handelt sich um eine Analyse der subjektiven und objektiven Sicherheitslage in einem Untersuchungsgebiet, beispielsweise ein Wohnquartier. Auf Basis von Recherchen zur objektiven Sicherheitslage (beispielsweise der Polizeilichen Kriminalstatistik) und partizipativer Umfrage- und Beteiligungsrunden mit der Zielgruppe und lokalen Professionellen entsteht ein relativ vollständiger Überblick zum gegenwärtigen Stand der Sicherheitslage. Weitere Erläuterungen in Kapitel 3.5 Prozessmodell.

SICHERHEITSAUDIT

Das Sicherheitsaudit ist ein Baustein des Sicherheitsassessments, der sich auf die individuellen Unsicherheitswahrnehmungen der Zielgruppe von kriminalpräventiven Maßnahmen sowie von lokalen Stakeholdern fokussiert. Das partizipative Auditverfahren dient dem Ziel einer möglichst breiten und multiperspektivischen Erfassung lokaler sicherheitsrelevanter Problemlagen. Weitere Erläuterungen in Kapitel 3.5.1.1 Partizipatives Auditverfahren zur Sicherheitslage im Sozialraum.

SOZIALE KOHÄSION

Unter sozialer Kohäsion versteht man den inneren Zusammenhalt von Bewohnerinnen und Bewohnern eines Wohnquartiers. Starke Bindungen in Form von direkter sozialer Interaktion bis hin zur Organisation in sozialen Netzwerken und Verbänden führen dazu, dass die Menschen gegenüber von außen kommenden, nicht akzeptierten Einflüssen resistenter sind (vgl. Lamnek 2000: 337). Hinsichtlich der persönlichen Kriminalitätsfurcht betonen Ansätze, die soziale Kohäsion besonders unterstreichen, die Bedeutung der Kontakte und des Vertrauens unter Nachbarinnen und Nachbarn sowie der Regulierung der Nachbarschaftsbeziehungen für einen Rückgang der Kriminalitätsfurcht (vgl. u.a. Friedrichs & Oberwittler 2007; Lüdemann 2006: 288). Weitere Erläuterungen in Kapitel 2.5.4 Nachbarlichkeit.

SOZIALE KONTROLLE

Soziale Kontrolle dient der Prävention von abweichendem Verhalten und damit der Herstellung von Sicherheit. Der Begriff geht auf den amerikanischen Soziologen Edward Ross (1866-1951) zurück. Mittels Sozialkontrolle versucht eine Gesellschaft oder soziale Gruppe, ihre Mitglieder dazu anzuhalten, die aufgestellten sozialen und rechtlichen Regeln zu befolgen. Nach dem Modell von Bursik & Grasmik (1993) wird soziale Kontrolle nach privater, gemeinwesenbezogener und öffentlicher Kontrolle unterschieden: (1.) Private Kontrolle basiert auf Freundschaften und Verwandtschaftsbeziehungen, also auf sehr engen sozialen Bindungen, die abweichendes Verhalten durch Abwertung und Verachtung sanktionieren (vgl. Bursik & Grasmik 1993: 16). (2.) Die gemeinwesenbezogene, „parochiale" Kontrolle bezieht sich auf die Bewohnerschaft des Stadtteils. Diese Art der Kontrolle ist vorhanden, wenn sich die Nachbarschaft um die Regeleinhaltung in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld und im öffentlichen Raum kümmert. (3) Öffentliche Kontrolle setzt bei öffentlichen Institutionen an, klassischerweise der Polizei und der kommunalen Ordnungsbehörde, die beispielsweise mit Streifenfahrten und -gängen den Stadtteil überwachen (vgl. Messner & Zimmerman 2012: 159). Differenziert man den Begriff nach dem Charakter der einzuhaltenden Verhaltensaufforderungen, bezeichnet formelle soziale Kontrolle die Überwachung von gesetzeskonformem Verhalten durch strafrechtliche Instanzen wie Polizei, Staatsanwaltschaft, Strafgerichten oder Gefängnissen. Informelle soziale Kontrolle hingegen bezieht sich auf außerrechtliche Einflussmöglichkeiten der Gesellschaft zur Verhinderung von abweichendem Verhalten, beispielsweise im Zusammenhang mit Bräuchen, Sitten, Tradition, Erziehung und Moral. Nach dem Ansatz der Collective Efficacy kann die informelle Kontrolle im Wohngebiet jedoch einschließen, dass Bewohnerinnen und Bewohner sich an die Polizei oder andere staatliche Instanzen wenden (vgl. Sampson 2006).

SOZIALKAPITAL

Dabei gilt es, akteur- und systemorientierte Begriffsvarianten zu unterscheiden, wobei die systemorientierte Definition für Maßnahmen lokaler Kriminalprävention die entscheidende ist. Systemorientierte Definitionen, zum Beispiel nach Putnam (1995) und Coleman (1991), begreifen Sozialkapital als

Summe von Faktoren, die das Zusammenleben und damit die gesellschaftliche Entwicklung fördern. So wird in Anlehnung an Putnam das Sozialkapital in der Nachbarschaft anhand struktureller (soziale Netzwerke, zum Beispiel Vereine) und kultureller Faktoren (Normen, zum Beispiel generalisiertes Vertrauen) bestimmt (vgl. Nollert o.J.). Sozialraumbezogene Ansätze der Kriminalitätsfurchtforschung identifizieren Sozialkapital als wichtigen Einflussfaktor auf die persönliche Kriminalitätsfurcht. Je stärker die Bewohnerinnen und Bewohner im Gemeinwesen integriert sind, umso höher zeigt sich das lokale Sozialkapital unter anderem in Form von sozialer Kohäsion und kollektiver Wirksamkeit. So sorgt hohes Sozialkapital wiederum für geringe Unsicherheitswahrnehmungen im Wohnquartier (vgl. Lüdemann 2006: 288).

UNORDNUNGSERSCHEINUNGEN, soziale und physische

Unordnungserscheinungen sind subjektiv wahrgenommene Störungen der sozialen und normativen Ordnung. Physische Unordnung oder „Verfall“ bezieht sich dabei auf die materielle Ordnung und beinhaltet beispielsweise herumliegenden Müll, leere Flaschen und Zigarettenstummel, leerstehende Gebäude oder ungepflegte Vorgärten. Soziale Unordnung oder „Verfall“ bezieht sich auf die soziale Ordnung wie auf öffentlichen Plätzen „herumlungernde“ Jugendliche, auf Lärm durch Nachbarinnen oder Nachbarn, Betteleien oder öffentlichen Drogenkonsum (Skogan 2008: 195). Unordnungserscheinungen sind ein integraler Bestandteil des Disorder-Ansatzes und der Signal Crime Perspective.

VIKTIMISIERUNG

Wörtlich übersetzt bedeutet Viktimisierung „zum Opfer machen“ oder „zum Opfer werden“ (lateinisch victima, englisch victim = Opfer). Viktimisierung beschreibt einerseits die unmittelbaren Ursachen und Wirkungen einer Straftat auf das Opfer (primäre Viktimisierung), andererseits auch die indirekten Folgen der Tat auf die Beziehung zwischen Opfer und sozialem Umfeld oder die Instanzen der sozialen Kontrolle (sekundäre und tertiäre Viktimisierung) (vgl. Schneider 1975: 15; Kiefl & Lamnek 1986: 128).

VIKTIMISIERUNGSTHESE

Gemäß dieser auf der Mikroebene ansetzenden These sorgen direkte oder indirekte Erfahrungen mit Kriminalität für eine höhere Kriminalitätsfurcht.

VULNERABILITÄT

Vulnerabilität bedeutet allgemein Verwundbarkeit oder Verletzbarkeit (lateinisch vulnerare = verwunden) und bildet das Gegenteil zu Resilienz. „Sie kann sich auf biologische, psychische, soziale, kulturelle oder technische Systeme beziehen, ist also nicht a priori auf Menschen oder gar ältere Menschen begrenzt. Von Vulnerabilität wird gesprochen, wenn ein Zustand, häufig ein dynamisch geregelter Gleichgewichtszustand, als für ungünstige Veränderungen anfällig erscheint." (Schelling 2015) In Bezug auf die hier im Fokus stehende Altersgruppe der Seniorinnen und Senioren ist von einer erhöhten altersbedingten Vulnerabilität auszugehen, die sich aus medizinischer Sicht in einer erhöhten Gebrechlichkeit (Frailty) äußert. In der Psychologie meint Vulnerabilität eine herabgesetzte Widerstandsfähigkeit gegenüber Belastungen, die beispielsweise das Auftreten einer Krankheit begünstigt. Aus soziologischer Sicht meint (soziale) Vulnerabilität die Verwundbarkeit des sozialen Status sowie sozialer Beziehungen, die sich aus einem Mangel an ökonomischem, kulturellem und sozialem Kapital (Sozialkapital) ergeben (vgl. Bourdieu 1983; Schelling 2015).

VULNERABILITÄTSANSATZ

Der Vulnerabilitätsansatz bezieht die Kriminalitätsfurcht auf den individuellen Mangel an Verteidigungs- und Bewältigungsstrategien. So sind sich zum Beispiel ältere Menschen ihrer physischen Unterlegenheit bewusst und leiden somit unter der Furcht vor Überfällen oder Verbrechen (vgl. Hummelsheim-Doß 2016: 7f.).

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

ABBILDUNG 1: 31
Einflussfaktoren für aktives Altern (verändert nach WHO 2002: 19)

ABBILDUNG 2: 33
Wandel der Sicherheitskultur

ABBILDUNG 3: 35
Maslowsche Bedürfnispyramide (verändert nach Bardmann 2014: 221)

ABBILDUNG 4: 46
Verbundenheit mit dem Wohngebiet (Zustimmung in Prozent)

ABBILDUNG 5: 47
Soziale Einbindung – Freundschaften und deren lokale Ausrichtung

ABBILDUNG 6: 48
Soziale Einbindung – Kontakte zu Nachbarinnen und Nachbarn, kulturelle Freizeitaktivitäten

ABBILDUNG 7: 49
Opfererfahrungen im letzten Jahr

ABBILDUNG 8A & B: 50
Dimensionen der Kriminalitätsfurcht

ABBILDUNG 9: 52
Nachts unsicher im Wohngebiet nach subjektivem Gesundheitszustand

ABBILDUNG 10: 53
Wahrnehmung und Bewertung von herumhängenden Jugendlichen und Lärm

ABBILDUNG 11: 56
Zusammenhang zwischen sozialräumlicher Benachteiligung und kollektiver Wirksamkeit (Wohngebiete in Köln und Essen)

ABBILDUNG 12: 57
Zusammenhang zwischen sozialräumlicher Benachteiligung und wohngebietsbezogener Unsicherheitsgefühle (Wohngebiete in Köln und Essen)

ABBILDUNG 13: 58
Effekte der sozialräumlichen Benachteiligung des Wohngebiets auf die Unsicherheitsgefühle für unterschiedliche Altersgruppen

ABBILDUNG 14: 60
Effekte der sozialräumlichen Benachteiligung des Wohngebiets auf die Unsicherheitsgefühle für unterschiedliche Einstellungen zu Migrantinnen und Migranten

ABBILDUNG 15: 65
Das ISAN-Präventionsmodell (verändert nach Schubert & Veil 2011a: 90)

ABBILDUNG 16: 80
Ansatzpunkte auf den drei Ebenen

ABBILDUNG 17: 89
Leiter der Partizipation (verändert nach Wright et al. 2007: 2)

ABBILDUNG 18: 97
Überblick über das Sicherheitsassessment

ABBILDUNG 19: 101
Ablauf der drei Sozialraumveranstaltungen

ABBILDUNG 20: 103
Themen und Verlauf der drei Sozialraumveranstaltungen

ABBILDUNG 21: 105
Ablauf der dritten Sozialraumveranstaltung

ABBILDUNG 22: 109
Vermittlungsfunktion der Stadtteileinrichtung der Sozialen Arbeit

ABBILDUNG 23: 110
Der Weg von der Bedarfserhebung bis zur Umsetzung

ABBILDUNG 24: 117
Stärkung des Sicherheitsgefühls auf mehreren Ebenen

ABBILDUNG 25: 134
Problemdefinition bei der ersten Sozialraumveranstaltung im Stadtteil Köln-Bocklemünd

ABBILDUNG 26: 240
Determinanten der Kommunikation (verändert nach nonverbale-kommunikation.info)

ABBILDUNG 27: 241
Komponenten der Kommunikation (verändert nach Mehrabian 1972)

ÜBERSICHTSSVERZEICHNIS

ÜBERSICHT 1: 37
Beispiele für Kontrollsignale (verändert nach Innes & Jones 2006)

ÜBERSICHT 2: 113
Erfolgsaussichten und Grenzen der Seniorensicherheitskoordination

ÜBERSICHT 3: 114
Voraussetzungen für eine erfolgreiche Seniorensicherheitskoordination

ÜBERSICHT 4: 118
Maßnahmen zur individuellen Stärkung des Sicherheitsgefühls

ÜBERSICHT 5: 119
Maßnahmen zum nachbarschaftlichen Zusammenhalt

ÜBERSICHT 6: 120
Maßnahmen zur Stärkung des Sicherheitsgefühls auf Stadtteilebene

ÜBERSICHT 7: 124
Überblick über die Sicherheitsbereiche der Maßnahmen

ÜBERSICHT 8: 233
Ziele und Inhalte des Selbstbehauptungstrainings

LITERATURSVERZEICHNIS

Ackermann, Andreas (2006): *Selbstständigkeit und Kompetenz.* In: W.D. Oswald, U. Lehr, C. Sieber & J. Kornhuber (Hrsg.) Gerontologie. Medizinische, psychologische und sozialwissenschaftliche Grundbegriffe. 3. Aufl. Stuttgart: Kohlhammer, 322-327.

Alexander, Christopher; Ishikawa, Sara; Silverstein, Murray; Jacobson, Max; King, Ingrid F.; Angel, Shlomo & Czech, Hermann (1995): *Eine Muster-Sprache – Städte, Gebäude, Konstruktion.* 2. Aufl. Wien: Löcker.

Aner, Kirsten & Arbeitskreis Kritische Gerontologie (2016): *Diskussionspapier Partizipation und partizipative Methoden in der Gerontologie. Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie.* 49(2): 143-148.

Atlas, Randall I.; Hayes, John G. & Sorensen, Severin L. (2008): *Understanding CPTED and Situational Crime Prevention.* In: R. I. Atlas (Hrsg.) 21st Century Security and CPTED: Designing for Critical Infrastructure, Protection and Crime Prevention. Boca Raton/FL: CRC Press, 59-90.

Bandura, Albert (1977a): *Social Learning Theory.* Englewood Cliffs, New Jersey: Prentice-Hall.

Bandura, Albert (1977b): *Self-efficacy: Toward a unifying theory of behavioral change.* Psychological Review 84 (2): 191-215.

Bandura, Albert (1997): *Self-efficacy: The exercise of control.* New York: Freeman.

Bardmann, Manfred (2014): *Grundlagen der Allgemeinen Betriebswirtschaftslehre,* 2. Aufl. Wiesbaden: Gabler Verlag / Springer Fachmedien.

Beyer, Thomas; Görtler, Edmund & Rosenkranz, Doris (Hrsg.) (2015): *Seniorengenossenschaft. Organisierte Solidarität.* Weinheim & Basel: Beltz Juventa.

Boers, Klaus (1991): *Kriminalitätsfurcht. Über den Entstehungszusammenhang und die Folgen eines sozialen Problems.* Pfaffenweiler: Centaurus.

Bollnow, Otto Friedrich (1963): *Der Mensch und der Raum.* Universitas 18, 499–514.

Bourdieu, Pierre (1983): *Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital.* In: R. Kreckel (Hrsg.) Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt Sonderband 2. Göttingen: O. Schwarz & Company, 183-198.

Brand, Thomas; Fuhrmann, Astrid & Walter, Michael (2003): *Aktuelle Bestandsaufnahme von Projekten zur Kriminalprävention – Erste Ergebnisse einer Befragung der Kommunen in NRW. forum kriminalprävention* (01/03): 3-4.

Braun, Gisela; Bundschuh, Claudia; Hasebrink, Marianne; Huxoll, Martina; Lehmann, Karen & Nöthen-Schürmann, Ute (2006): *Selbstsicherheitstrainings für Mädchen und Jungen gegen sexuelle Übergriffe. Woran erkenne ich gute Angebote? Die Position des Kinder- und Jugendschutzes.* AJS Forum 1/2006. 7-10. Online verfügbar unter: https://www.polizei.sachsen.de/de/dokumente/Landesportal/Posititonspapier_Selbstsicherheitstraining.pdf [zuletzt geprüft am 15.11.2016].

Braun, Sören (2003): *Akteure kommunaler Kriminalprävention – Zusammenstellung anhand einer Befragung.* forum kriminalprävention (02/03): 34-35.

Brunton-Smith, Ian; Jackson, Jonathan & Sutherland, Alex (2014): *Bridging Structure and Perception. On the Neighbourhood Ecology of Beliefs and Worries.* About Violent Crime. British Journal of Criminology, 54 (4): 503-526.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (Hrsg.) (2013): *Gewalt und Kriminalprävention in der Sozialen Stadt.* BMVBS-Online-Publikation Nr. 17/2013. Online verfügbar unter: www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/Online/2013/DL_ON172013.pdf?__blob=publicationFile&v=2 [zuletzt geprüft am: 11.04.2015].

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) & **Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)** (Hrsg.) (2007): *Städtebauliche Aufwertungsstrategien in benachteiligten Stadtquartieren.* BBR-Online-Publikation 05/2007. Online verfügbar unter :0093-ON0507R120 [zuletzt geprüft am:10.03.2014].

Buchka, Maximilian (2012): *Das Alter. Heil-und sozialpädagogische Konzepte.* Stuttgart: Kohlhammer.

Bursik, Robert J. Jr. & Grasmick, Harold G. (1993): *Neighborhoods and Crime: The Dimensions of Effective Community Control.* New York: Lexington Books.

Clarke, Ronald & Eck, John (2003): *Become a Problem-Solving Crime Analyst.* 55 Small Steps. London. Deutsche Übersetzung hrsg. v. Landespräventionsrat Niedersachsen (2007): Der Weg zur Problemlösung durch Kriminalitätsanalyse in 55 kleinen Schritten. Landespräventionsrat Niedersachsen: Hannover. Online verfügbar unter: http://www.beccaria.de/nano.cms/de/Kriminalitaetsanalyse1/ [zuletzt geprüft am 15.12.2016].

Clemente, Frank& Kleiman, Michael B. (1976): *Fear of crime among the aged.* The Gerontologist (16): 207-210.

Coleman, James S. (1991): *Grundlagen der Sozialtheorie. Handlungen und Handlungssysteme.* Band 1. München: Oldenbourg.

Colquhoun, Ian (2004): *Design Out Crime: Creating Safe and Sustainable Communities.* New York: Taylor & Francis Ltd.

Crowe, Timothy D. (1991): *Crime Prevention Through Environmental Design.* 3. Aufl. Waltham/MA: Elsevier.

Daase, Christopher (2012): *Sicherheitskultur als interdisziplinäres Forschungsprogramm.* In: C. Daase, P. Offermann & V. Rauer (Hrsg.) Sicherheitskultur. Soziale und politische Praktiken der Gefahrenabwehr. Frankfurt/Main: Campus , 23–44.

Dahme, Hans-Jürgen & Wohlfahrt, Norbert (2011): *Kommunale Sozialpolitik. Neue Herausforderungen, neue Konzepte, neue Verfahren.* In: H.-J. Dahme & N. Wohlfahrt (Hrsg.) Handbuch Kommunale Sozialpolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 9-18.

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (2011): *Eckpunkte für eine integrierte Sozial- und Finanzplanung in Kommunen.* DV 08/11 AF I. Online verfügbar unter: www.deutscher-verein.de/05-empfehlungen/

[zuletzt geprüft am:29.07.2013].

Eck, John E. & Weisburd, David (1995): *Crime Places in Crime Theory.* In: J. E. Eck & D. Weisburd (Hrsg.) Crime Prevention Studies Volume 4, Monsey, New York: 1-35.

Endreß, Christian & Petersen, Nils (2012): *Die Dimensionen des Sicherheitsbegriffs.* Bundeszentrale für Politische Bildung. Online verfügbar unter: http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/innere-sicherheit/76634/dimensionen-des-sicherheitsbegriffs?p=all [Zuletzt geprüft am: 26.10.2016]

Farrokhzad, Schahrzad & Mäder, Susanna (2014): *Nutzenorientiere Evaluation.* Ein Leitfaden für die Arbeitsfelder, Integration, Vielfalt und Toleranz. Münster: Waxmann.

Ferraro, Kenneth & La Grange, Randy (1988): *Are older people afraid of crime?* Journal of Aging Studies 1 (3): 277-287.

Fred, Karl (2013): *Gerontologie.* In: D. Kreft & I. Mielenz (Hrsg.) Wörterbuch Soziale Arbeit. 7. Aufl., Weinheim und Basel: Beltz Juventa, 374.

Friedrichs, Jürgen & Oberwittler, Dietrich (2007): *Soziales Kapital in Wohngebieten.* In: A. Franzen & M. Freitag (Hrsg.) Sozialkapital. Sonderheft 47 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie: 450-486.

Frijters, Paul & Beatton, Tony (2012): *The mystery of the U-shaped relationship between happiness and age.* Journal of Economic Behavior & Organization 82(2-3): 525-542.

Fröhlich-Gildhoff, Klaus (2009): *Psychologie: Lebensqualität im Alter, Umgehen mit der Endlichkeit.* In: B. Kraus, M. Baier-Hartmann, K. Fröhlich-Gildhoff, I. Geissler-Frank & D. Oesselmann (Hrsg.) Lebensphasen. Entwicklung aus interdisziplinärer Sicht. Freiburg: FEL Verlag Forschung – Entwicklung – Lehre: 315-325.

Fröhlich-Gildhoff, Klaus & Rönnau-Böse, Maike (2011): *Resilienz.* In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (Hrsg) Fachlexikon der sozialen Arbeit. 7. Aufl. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesell-

schaft, 719-720.

Garland, David (2008): *Kultur der Kontrolle.* Frankfurt/New York: Campus Verlag.

Gesamtverband der Wohnungswirtschaft (GdW) (1998): *Überforderte Nachbarschaften. Zwei sozialwissenschaftliche Studien über Wohnquartiere in den alten und den neuen Bundesländern.* GdW Schriften 48, Köln, Berlin.

Greve, Werner (1998): *Fear of crime among the elderly: Foresight, not fright.* International Review of Victimology (5): 277-309.

Gusy, Christoph (2012): *Vom „neuen Sicherheitsbegriff" zur „Neuen Sicherheitsarchitektur".* In: T. Würtenberger, C. Gusy & H.-J. Lange (Hrsg.) Innere Sicherheit im europäischen Vergleich. Sicherheitsdenken, Sicherheitskonzepte und Sicherheitsarchitektur im Wandel. Berlin: Lit- Verlag, 71–106.

Görgen, Thomas; Nägele, Barbara; Kotlenga, Sandra; Fisch, Sarah, Kraus, Benjamin& Rauchert, Kathrin (2012): *Kriminalitäts- und Gewalterfahrungen im Leben älterer Menschen. Zusammenfassung wesentlicher Ergebnisse einer Studie zu Gefährdungen älterer und pflegebedürftiger Menschen.* Hrsg.: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.

Görgen, Thomas; Wagner, Daniel; Nowak, Sabine; Kraus, Benjamin; Nägele, Barbara; Kotlenga, Sandra; Lüttschwager, Nora; Binninger, Markus & Fisch, Sarah (2014): *Sicherheitspotenziale im höheren Lebensalter. Ein Projekt zur Förderung sicherheitsbezogenen Handelns im Alter und zur Prävention betrügerischer Vermögensdelikte an älteren Menschen.* Münster: Deutsche Hochschule der Polizei.

Hallenberg, Bernd (2010): *Wohnen in der vhw-Trendbefragung 2010.* In: vhw FWS (H. 6):294–299.

Heinz, Wolfgang (2004): *Kommunale Kriminalprävention aus wissenschaftlicher Sicht.* In: H.-J. Kerner & E. Marks (Hrsg.) Internetdokumentation Deutscher Präventionstag. Hannover. Online verfügbar unter: www.

praeventionstag.de/content/9_praev/doku/heinz/index_9_heinz.html [zuletzt geprüft am: 28.07.2017].

Heusinger, Josefine & Kammerer, Kerstin (2011): *Partizipative Methoden in der Gesundheitsforschung für und mit älteren Menschen.* Journal für Psychologie 19(2): 1-21.

Hirtenlehner, Helmut (2006): *Kriminalitätsfurcht - Ausdruck generalisierter Ängste oder schwindener Gewissheiten?* Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 58(2): 307-331.

Hirtenlehner, Helmut & Hummelsheim-Doss, Dina (2015): *Kriminalitätsfurcht und Sicherheitsempfinden: Die Angst der Bürger vor dem Verbrechen (und dem, was sie dafür halten).* In: N. Guzy, C. Birkel, & R. Mischkowitz (Hrsg.) Viktimisierungsbefragungen in Deutschland. Bd. 1: Ziele, Nutzen und Forschungsstand. Wiesbaden: Bundeskriminalamt, 458-487.

Hirtenlehner, Helmut; Groß, Eva & Meinert, Julia (2016): *Fremdenfeindlichkeit, Straflust und Furcht vor Kriminalität. Interdependenzen im Zeitalter spätmoderner Unsicherheit.* Soziale Probleme 27(1): 17-47.

Hummelsheim-Doß, Dina (2016): *Kriminalitätsfurcht in Deutschland. Informationsdienst soziale Indikatoren* 55: 6-11.

Innes, Martin (2004): *Signal crimes and signal disorders: notes on deviance as communicative action.* British Journal of Sociology 55(3): 335-355.

Innes, Martin & Jones, Vanessa (2006): *Neighbourhood Security and Urban Change. Risk, Resilience, and Recovery.* York: Joseph Rowntree Foundation.

Jackson, Jonathan (2004): *Experience and Expression. Social and Cultural Significance in the Fear of Crime.* British Journal of Criminology 44(6): 946-966.

Jacobs, Jane (1961): *Tod und Leben großer amerikanischer Städte.* 3. Aufl., Braunschweig, Wiesbaden: Friedrich Vieweg & Sohn Verlag 1993.

Jeffery, Clarence R. (1971): *Crime Prevention through Environmental Design.* Beverly Hills: Sage Publications

Kiefl, Walter & Lamnek, Siegfried (1986): *Soziologie des Opfers.* München: Wilhelm Fink.

Kricheldorff, Cornelia (2008): *Neue Wohnformen und gemeinschaftliches Wohnen im Alter,* In: S. Buchen & M. S. Maier (Hrsg.) Älterwerden neu denken. Interdisziplinäre Perspektiven auf den demographischen Wandel. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 237-248.

Krings-Heckemeier, Marie-Therese; Heckenroth, Meike & Heyn, Timo (2013): *Gewalt und Kriminalprävention in der Sozialen Stadt.* Entwurf Endbericht des ExWoSt-Projekts, unveröffentlichtes Typoskript, Hannover/Berlin.

Kruse, Andreas (2006): *Psychologische Alternstheorien.* In: W.D. Oswald, U. Lehr, C. Sieber & J. Kornhuber (Hrsg.) Gerontologie. Medizinische, psychologische und sozialwissenschaftliche Grundbegriffe. 3. Aufl., Stuttgart: Kohlhammer, 31-36.

Laboratorio Qualità Urbana e Sicurezza (2007): *Planning Urban Design and Management for Crime Prevention- Handbook.* AGIS-Action SAFEPOLIS 2006-2007, Politecnico di Milano. Online verfügbar unter: costtu1203.eu/wp-content/uploads/2014/10/Handbook-English.pdf [zuletzt geprüft am: 03.05.2015].

Lamnek, Siegfried (2000): *Soziale Kohäsion.* In G. Reinhold (Hrsg.) Soziologielexikon. 4 Aufl., München/ Wien: Oldenbourg, 337.

Landeskriminalamt Niedersachen (LKA Niedersachsen) (2005): *Booklet zur Information Interessierter außerhalb der Polizei. Standards polizeilicher Selbstbehauptungs-/ Selbstverteidigungstrainings.* Online verfügbar unter: http://www.lka.polizei-nds.de/download/660 [zuletzt geprüft am: 20.10.2016]

Levy, Becca, R. (2003): *Mind matters: Cognitive and physical effects of aging self-stereotypes.* In: Journal of Gerontology: Psychological Sciences 58B (4): 203-211.

Lüdemann, Christian (2006): *Kriminalitätsfurcht im urbanen Raum – Eine Mehrebenenanalyse zu individuellen und sozialräumlichen Determinanten verschiedener Dimensionen von Kriminalitätsfurcht.* In: Kölner Zeit-

schrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 58 (2): 285-306.

Lukas, Tim (2010): *Kriminalprävention in Großsiedlungen. Wirkungen baulicher und sozialer Maßnahmen am Beispiel der randstädtischen Neubaugebiete Marzahn Nord und Gropiusstadt,* Berlin: Duncker & Humblot.

Lüttringhaus, Maria & Richers, Hille (2007): *Handbuch Aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis.* Bonn: Stiftung Mitarbeit.

Maslow, Abraham (1954): *Motivation and Personality.* New York: Harper & Brothers.

Masala, Carlo (2012): *Innere Sicherheit im europäischen Vergleich: Die Perspektive der Europäischen Union. Eine Forschungsagenda.* In: T. Würtenberger, C. Gusy & H.-J. Lange (Hrsg.) Innere Sicherheit im europäischen Vergleich. Sicherheitsdenken, Sicherheitskonzepte und Sicherheitsarchitektur im Wandel. Berlin: Lit- Verlag, 57–67.

Mehrabian, Albert (1972): *Nonverbal communication.* Chicago, IL: Aldine-Atherton.

Meier, Bernd-Dieter (2010): *Kriminologie.* 4. Aufl. München: C. H. Beck.

Messner, Steven F. & Zimmerman, Gregory M. (2012): *Community-Level Influences On Crime And Offending.* In: B. C. Welsh & D.P. Farrington (Hrsg.) The Oxford Handbook of Crime Prevention. Oxford: Oxford University Press (OUP), 155-172.

Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nord-Rhein-Westfalen (MAIS) (2011): *Moderne Sozialplanung. Ein Handbuch für Kommunen.* Bearbeitet v. KGSt /Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement. Hrsg. vom Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales (MAIS) des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.

Mollik, Rainer (2011): *Kriminalprävention.* In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (Hrsg) Fachlexikon der sozialen Arbeit. 7. Aufl. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 548-549.

Newman, Oscar (1972): *Defensible Space.* New York: MacMillan.

Nollert, Michael (o.J.): *Sozialkapital. Wörterbuch der Sozialpolitik.* Online verfügbar unter: http://www.socialinfo.ch/cgi-bin/dicopossode/show.cfm?id=610 [Zuletzt geprüft am: 25.10.2016].

Novak, Kenneth J. & Seiler, Charlotte L. (2001): *Zoning Practices and Neighborhood Physical Disorder.* Criminal Justice Policy Review 12(2): 140-163.

Oberwittler, Dietrich (2008): *Armut macht Angst. Ansätze einer sozialökologischen Interpretation der Kriminalitätsfurcht.* In: A. Groenemeyer & S. Wieseler (Hrsg.) Soziologie sozialer Probleme und sozialer Kontrolle. Realitäten, Repräsentationen und Politik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 215-230.

Oberwittler, Dietrich (2013): *Wohnquartiere und Kriminalität – Überblick über die Forschung zu den sozialräumlichen Dimensionen urbaner Kriminalität.* In: D. Oberwittler, S. Rabold & D.Baier (Hrsg.) Städtische Armutsquartiere – Kriminelle Lebenswelten? Studien zu sozialräumlichen Kontexteffekten auf Jugendkriminalität und Kriminalitätswahrnehmungen. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 45-96.

Oswald, Wolf D. & Kaiser, Heinz J. (2006): *Gerontpsychologie.* In: W. D. Oswald, U. Lehr, C. Sieber, J. Kornhuber (Hrsg.) Gerontologie. Medizinische, psychologische und sozialwissenschaftliche Grundbegriffe. 3. Aufl., Stuttgart: Kohlhammer, 210-214.

Pfeiffer, Hartmut; Gluba, Alexander & Seifert, Steffen (2015): *Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachen. Abschlussbericht zur ersten Befragung im Frühjahr 2013.* Hannover: Landeskriminalamt Niedersachsen.

Putnam, Robert (1995): *Bowling Alone – America's Declining Social Capital.* Journal of Democracy 6 (1): 65-78.

Riege, Marlo & Schubert, Herbert (Hrsg.) (2016): *Sozialraumanalyse – Grundlagen, Methoden, Praxis.* 5. Auflage. Köln: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Rosenkranz, Doris & Görtler, Edmund (2013): *Wegweiser zur Gründung und*

Gestaltung von „Seniorengenossenschaften". Neue Formen verbindlicher Unterstützung im Alter. Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration. Online verfügbar unter: http://www.stmas.bayern.de/imperia/md/content/stmas/stmas_internet/senioren/wegweiser_seniorengenossenschaften.pdf [zuletzt geprüft am 20.10.2016].

Rüberg, Rudolf (1991): *Alter – Dimension und Aspekte.* In: H. Trapmann, W. Hofmann, T. Schaefer-Hagenmaier & H. Siemes (Hrsg.) Das Alter. Grundfragen, Einzelprobleme, Handlungsansätze. Dortmund: Modernes Lernen, 13-30.

Sampson, Robert J., Raudenbush Stephen W. & Earls, Felton (1997): *Neighborhoods and Violent Crime: A Multilevel Level Study of Collective Efficacy.* Science 277: 918-924.

Sampson, Robert J. & Raudenbush, Stephen W. (1999): *Systematic social Observation of Public Spaces: A New look at Disorder in Urban Neighborhoods.* American Journal of Sociology 105: 603-651.

Sampson, Robert J. & Stephen W. Raudenbush (2004): Seeing Disorder: Neighborhood Stigma and the Social Construction of "Broken Windows". Social Psychology Quarterly 67(4): 319-342.

Sampson, Robert J. (2004): *Neighborhood and community: Community efficacy and community safety.* New Economy 11(2): 106-113.

Sampson, Robert J. (2006): *Collective efficacy theory: Lessons learned and directions for future inquiry.* In: F. Cullen, J. Wright & K. Blevins (Hrsg.) Taking stock: The status of criminological theory. Edison, New Jersey: Transaction Publishers, 149-168.

Sampson, Robert J. (2012): *Great American City- Chicago and the Enduring Neighborhood Effect.* Chicago: The university of Chicago Press.

Saville, Gregory & Cleveland, Gerry (2003): *An Introduction to 2nd Generation CPTED:* Part 1/2. In: CPTED Perspectives 6/1: 7-9, 6/2: 4–8.

Saville, Gregory & Cleveland, Gerry (2008): *2nd Generation CPTED: Rise and Fall of Opportunity Theory.* In: R. I. Atlas (Hrsg.) 21st Century Secu-

rity and CPTED: Designing for Critical Infrastructure, Protection and Crime Prevention. Florida: CRC Press Taylor & Francis, 91-104.

Schelling, Hans R. (2015): *Vulnerabilität im Alter. Pflegezentren der Stadt Zürich,* Universität Zürich, Kompetenzzentrum für Gerontologie. Online verfügbar unter: http://gerontologieblog.ch/2015/11/vulnerabilitaet-im-alter/ [zuletzt geprüft am: 25.10.2016].

Schmidt-Hertha, Bernhard & Mühlbauer, Catharina (2012): *Lebensbedingungen, Lebensstile und Altersbilder älterer Erwachsene.* In: F. Berner, J. Rossow & K.-P. Schwitzer (Hrsg.) Individuelle und kulturelle Altersbilder. Expertisen zum sechsten Altenbericht der Bundesregierung, Band 1. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 109-149.

Schmidt, Roland (2011): *Gerontologie. In: Fachlexikon der sozialen Arbeit.* In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (Hrsg) Fachlexikon der sozialen Arbeit. 7. Aufl. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 347f.

Schmitt, Eric (2006): *Altersbilder.* In: W.D. Oswald,U. Lehr, C.Sieber & J. Kornhuber (Hrsg.) Gerontologie. Medizinische, psychologische und sozialwissenschaftliche Grundbegriffe, 3. Aufl., Stuttgart: Kohlhammer, 43-46.

Schneider, Hans J. (1975): *Viktimologie. Wissenschaft vom Verbrechensopfer.* Tübingen: J.C.B. Mohr.

Schubert, Herbert (Hrsg.) (2005): *Sicherheit durch Stadtgestaltung. Städtebauliche und wohnungswirtschaftliche Kriminalprävention. Konzepte und Verfahren, Grundlagen und Anwendungen,* Köln: Verlag Sozial Raum Management.

Schubert, Herbert (2008): *Raum und Architektur der Inneren Sicherheit.* In: H.-J. Lange, H. P. Ohly & J.Reichertz (Hrsg.) Auf der Suche nach neuer Sicherheit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 281–292.

Schubert, Herbert; Veil, Katja; Spieckermann, Holger; Kaiser, André & Jäger, Daniela (2009): *Wirkungen sozialräumlicher Kriminalprävention. Evaluation von städtebaulichen und wohnungswirtschaftlichen*

Maßnahmen in zwei deutschen Großsiedlungen, Band 1. Köln: Verlag Sozial Raum Management.

Schubert, Herbert (2009): *Interinstitutionelle Kooperation und Vernetzung in der sozialen Arbeit. Eckpunkte und Rahmenbedingungen.* In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit – Vierteljahreshefte zur Förderung von Sozial-, Jugend- und Gesundheitshilfe 39 (3): 4-20.

Schubert, Herbert & Veil, Katja (2011a): *Kriminalprävention im Sozialraum: Explorative Validierung des ISAN-Präventionsmodells.* In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform H. 2:83–101.

Schubert, Herbert & Veil, Katja (2011b): *Nachbarlichkeit – Solidarität als Faktor der sozialräumlichen Kriminalprävention.* In: E. Marks, & S. Wiebke (Hrsg.) Solidarität leben – Vielfalt sichern. Ausgewählte Beiträge des 14. Deutschen Präventionstages 2009. Godesberg, Mönchengladbach: Forum Verlag, 229–245.

Schubert, Herbert (2013): *Kooperative Sozialplanung – Gute Beispiele der Zusammenarbeit von Kommunen und Kreisen mit der Freien Wohlfahrtspflege.* Hrsg. v. Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.

Schubert, Herbert (2014): *Sozialplanung als Instrument der Kommunalverwaltung in Nordrhein-Westfalen – eine Strukturanalyse in den Städten und Kreisen.* SRM-Arbeitspapier 47, Köln: Verlag Sozial • Raum • Management.

Schubert, Herbert & Wolter, Daniel (2014): *Integriertes Handlungskonzept für die „Bocklemünder Siedlungs-Koalition“ (BoSKo) im Kölner Stadtteil Bocklemünd/Mengenich.* SRM-Arbeitspapier 52. Online verfügbar unter: www.fh-koeln.de/angewandte-sozialwissenschaften/publikationen-des-forschungsschwerpunkts-sozial-raum-management_15361.php#sprungmarke_1_3 [zuletzt geprüft am: 11.12.2016].

Schubert, Herbert & Veil, Katja (2014): *Überbrücken struktureller Löcher zwischen der älteren Bevölkerung und der Infrastruktur im Sozialraum – kleine Innovation mit großem Nutzen.* In: NDV/Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 94. Jahrgang

(4): 173-177.

Schubert, Herbert (2015): *Die Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen.* In: H. Floeting (Hrsg.) Urbane Sicherheit: Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele – Internationale Erfahrungen. Berlin: Reihe „Edition Difu – Stadt Forschung Praxis“, 263-289.

Schubert, Herbert; Zimmer-Hegmann, Ralf; Abels, Stephanie; Assmann, Felix;Hans, Nils; Kieszkowski, Thomas; Kubiak, Susanne; Rinke, Sebastian; Spieckermann, Holger; Veil, Katja (2015a): *„Sicherheit im Quartier- Ansätze sozialräumlicher Kriminalprävention“ Veranstaltungsdokumentationen und Forschungsergebnisse.* Dortmund: ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung in Kooperation mit Fachhochschule Köln, Forschungsschwerpunkt Sozial • Raum • Management.

Schubert, Herbert; Veil, Katja; Wolter, Daniel; Stork, Ann-Kathrin; Nutz, Anna (2015b): *Sicherheit älterer Menschen im Wohnquartier – Konzeption des Praxismodells „Seniorensicherheitskoordination“.* Teilbericht: Sammlung Guter Beispiele zur Verbesserung der Sicherheit älterer Menschen. SRM-Arbeitspapier 53, Köln.

Schubert, Herbert; Stork, Ann-Kathrin; Wolter, Daniel; Nutz, Anna (2015c): *Sicherheit älterer Menschen im Wohnquartier – Konzeption des Praxismodells „Seniorensicherheitskoordination“.* Zwischenbericht. SRM-Arbeitspapier 54, Köln. Online verfügbar unter: https://www.th-koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/fakultaeten/f01/srm-arbeitspapier54_sensiko_zwischenbericht.pdf [Zuletzt geprüft am: 25.10.2016].

Schuhmacher, Birgit (2009): *Soziale Arbeit: Pflege, Engagement und Bildung.* In: K. Fröhlich-Gildhoff, M. Baier-Hartmann,I. Geissler-Frank, B. Kraus & D. Oesselmann (Hrsg.) Lebensphasen. Anforderung, Bewältigung und Unterstützung aus interdisziplinärer Sicht. Freiburg: FEL Verlag Forschung – Entwicklung – Lehre, 279-289.

Skogan, Wesley G. (1990): *Disorder and decline.* Berkeley. CA: University of California Press.

Skogan, Wesley (2008): *Broken windows: Why -and how - we should take them*

seriously. Criminology and Public Policy 7(2): 195-201.

Smith, Jacqui; Delius, Julia A. M. (2006): *BASE: Die Berliner Altersstudie.* In: W.D. Oswald, U. Lehr, C. Sieber & J. Kornhuber (Hrsg.) Gerontologie. Medizinische, psychologische und sozialwissenschaftliche Grundbegriffe. 3. Aufl. Stuttgart: Kohlhammer, 114-119.

Spieckermann, Holger (2012): *Aktivierende Befragungen in Köln-Ostheim.* In: M. Riege & H. Schubert (Hrsg.) Sozialraumanalyse. Grundlagen - Methoden - Praxis. Köln: Sozial Raum Management, 290-303.

Spieckermann, Holger (2012): *Die aktivierende Befragung als Methode der Gemeinwesenarbeit.* In: R. Blandow, J. Knabe & M. Ottersbach (Hrsg.) Die Zukunft der Gemeinwesenarbeit- Von der Revolte zur Steuerung und zurück?. 3.Aufl. Wiesbaden: Springer VS, 155-170.

Stoik, Christoph (2009): *Aktivierende Befragung/ Aktivierendes Gespräch.* In: sozialraum.de (1) Ausgabe 2/2009. Online verfügbar unter: http://www.sozialraum.de/aktivierende-befragung-aktivierendes-gespraech.php [Zuletzt geprüft am: 25.10.2016]

Sutherland, Alex; Brunton-Smith, Ian & Jackson, Jonathan (2013): *Collective Efficacy, Deprivation and Violence in London.* In: British Journal of Criminology 53 (6): 1050-1074.

Thieme, Frank (2008): *Alter(n) in der alternden Gesellschaft. Eine soziologische Einführung in die Wissenschaft vom Alter(n).* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Thiersch, Hans (2014): *Lebensweltorientierte Soziale Arbeit. Aufgaben der Praxis im sozialen Wandel.* 9. Aufl. Weinheim, München: Beltz Juventa.

United Nations Interregional Crime And Justice Research Institute (UNICRI) (2011): *New Energy For Urban Security Improving Urban Security Through Green Environmental Design.* Online verfügbar unter: www.unicri.it/news/files/2011-04-01_110414_CRA_Urban_Security_sm.pdf [zuletzt geprüft am: 31.05.2015].

Wahl, Hans-Werner & Heyl, Vera. (2004): *Gerontologie - Einführung und Geschichte.* Stuttgart: Kohlhammer.

Wehrheim, Jan (2011): *Broken- Window- Theorie.* In: W. Fuchs- Heinritz, D. Kimke, R. Lautmann, O. Rammstedt, U. Stäheli, C. Weischer & H. Wienold (Hrsg.) Lexikon zur Soziologie. 5 Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 107.

Welsh, Brandon C., Braga, Anthony A. & Bruinsma, Gerben J. N. (2015): *Reimagining Broken Windows: From Theory to Policy.* Journal of Research in Crime and Delinquency 52 (4): 447-463.

Wilson, James Q. & Kelling, George L. (1982): *The police and the neighborhood safety: Broken Windows.* The Atlantic Monthly 249 (3): 29-39.

Wilson, James Q. & Kelling, George L. (1996): *Polizei und Nachbarschaftssicherheit. Zerbrochene Fenster.* Kriminologisches Journal Vol. 28 (2): 121–137.

Wittchen, Hans-Ulrich & Hoyer, Jürgen (2011): *Was ist Klinische Psychologie? Definitionen, Konzepte und Modelle.* In: H.-U. Wittchen, & J. Hoyer (Hrsg.) Klinische Psychologie & Psychotherapie. Berlin/ Heidelberg: Springer, 3-25.

Witterstätter, Kurt (2008): *Soziale Hilfen im Alter. Eine Sozialgerontologie für die Pflegearbeit.* 14. Aufl. Freiburg im Breisgau: Lambertus.

Wollinger, Gina Rosa; Dreißigacker, Arne; Blauert, Katharina; Bartsch, Tillmann, & Baier, Dirk (2014): *Wohnungseinbruch: Tat und Folgen. Ergebnisse einer Betroffenenbefragung in fünf Großstädten.* KFN-Forschungsbericht Nr. 124, Hannover. Online verfügbar unter: http://kfn.de/wp-content/uploads/Forschungsberichte/FB_124.pdf [zuletzt geprüft am: 09.11.2016]

World Health Organization (2002): *Aktiv Altern. Rahmenbedingungen und Vorschläge für politisches Handeln.* Wien: (Hrsg.) Österreichisches Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Kompetenzzentrum für Senioren- und Bevölkerungspolitik.

Wurtzbacher, Jens (2011): *Partizipation.* In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (Hrsg) Fachlexikon der sozialen Arbeit. 7. Aufl. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 548-549.

Žiljak, Tihomir (2015): *Soziale Teilhabe.* Online verfügbar unter: http://de.danube-networkers.eu/tatigkeitsfelder/soziale-teilhabe/ [zuletzt geprüft am: 26.07.2016].

FONTS:

Myriad Pro

Noto Serif

Die Schriftart **Noto Serif** wird unter der **Apache License Version 2.0**, Januar 2004, geführt (http://www.apache.org/licenses/).

Copyright 2016 Technische Hochschule Köln,
Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften

Steigende Unsicherheitswahrnehmungen im höheren Alter korrespondieren kaum mit der objektiven Kriminalitätsrate oder dem Risiko, Opfer einer Straftat zu werden. Vielmehr beeinflussen das Gefühl der eigenen Verletzbarkeit, die Wahrnehmungen im Wohnquartier und die Beziehungen zur Nachbarschaft das subjektive Sicherheitsempfinden Älterer in besonderem Maße. Für die Soziale Arbeit eröffnet sich damit ein neues Themen- und Arbeitsfeld, denn das individuelle Sicherheitsempfinden wirkt sich unweigerlich auf die eigene Lebensqualität und auf die Teilhabechancen im Alter aus. Fachkräfte der Sozialen Arbeit können dabei kriminalpräventive und fachliche Methoden kombinieren, um Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheitslage älterer Menschen in die Praxis zu integrieren.

Dieses Praxishandbuch verbindet kriminologisches Grundlagenwissen zur objektiven und subjektiven Sicherheit älterer Menschen mit praxisorientierten Handlungsansätzen für die Soziale Arbeit. Ein übersichtlich gestalteter Katalog gibt Anregungen für Maßnahmen auf der individuellen, der nachbarschaftlichen und der stadtteilbezogenen Handlungsebene der Kriminalprävention. Das Nachschlagewerk richtet sich an Fachkräfte der Sozialen Arbeit, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Gemeinwesen sowie Akteure der Kriminalprävention, die sozialraumorientierte, zielgruppenadäquate Maßnahmen zur Bearbeitung der objektiven und subjektiven Sicherheitslage älterer Menschen in ihrem Quartier durchführen wollen.